

Gemeinderat der Bundeshauptstadt Wien

19. Wahlperiode

50. Sitzung vom 26. Februar 2014

Wörtliches Protokoll

Inhaltsverzeichnis

1. Entschuldigte Gemeinderätinnen bzw Gemeinderäte	S. 3	Verkauf der Liegenschaft EZ 156 und 959, KatG Josefstadt, Kaufoption bezüglich Liegenschaft EZ 999, KatG Fünfhaus	
2. Fragestunde		Berichterstatterin GRin Eva-Maria Hatzl	S. 37
1. Anfrage (FSP - 00528-2014/0001 - KSP/GM)	S. 3	Rednerin bzw Redner: BVin Mag Veronika Mickel-Göttfert	S. 37
2. Anfrage (FSP - 00537-2014/0001 - KVP/GM)	S. 6	GR Mag Günter Kasal	S. 39
3. Anfrage (FSP - 00529-2014/0001 - KFP/GM)	S. 9	GR Heinz Vettermann	S. 40
4. Anfrage (FSP - 00200-2014/0001 - KVP/GM)	S. 14	GR Mag Alexander Neuhuber	S. 42
5. Anfrage (FSP - 00535-2014/0001 - KFP/GM)	S. 14	GR Mag Johann Gudenus, MAIS	S. 43
6. Anfrage (FSP - 00534-2014/0001 - KFP/GM)	S. 15	BVin Mag Veronika Mickel-Göttfert (tatsächliche Berichtigung)	S. 44
		GR David Ellensohn	S. 44
		GR Mag Günter Kasal	S. 47
		GR Mag Alexander Neuhuber	S. 47
		BVin Mag Veronika Mickel-Göttfert	S. 47
		Abstimmung	S. 51
3. AST/00523-2014/0002-KSP/AG: Aktuelle Stunde zum Thema "Interessen der Wiener ArbeitnehmerInnen sind in der Wiener Stadtpolitik gut aufgehoben!" Rednerinnen bzw Redner: GRin Barbara Teiber	S. 16	9. Ordnungsruf an GR Ing Bernhard Rösch	S. 48
GR Dipl-Ing Roman Stiftner	S. 18		
GRin Dr Monika Vana	S. 19	10. 00393-2014/0001-GIF; MA 17, P 1: Verein Projekt Integrationshaus; Subvention	
GR Mag Johann Gudenus, MAIS	S. 20	Abstimmung	S. 51
GR Dr Wolfgang Aigner	S. 21		
GRin Mag Karin Holdhaus	S. 22	11. 00125-2014/0001-GSK; MA 21, P 15: Plan Nr 7292E2: Flächenwidmungs- und Bebauungsplan in 22, KatG Aspern	
GR Senol Akkilic	S. 22	Berichterstatter GR Gerhard Kubik	S. 51
GR Ing Bernhard Rösch	S. 23	Rednerin bzw Redner: GR Anton Mahdalik	S. 51
GR Christoph Peschek	S. 24	GR Mag Rüdiger Maresch (tatsächliche Berichtigung)	S. 53
4. Mitteilung des Einlaufs	S. 25	GRin Mag Muna Duzdar	S. 53
5. Gemäß § 26 WStV ohne Verhandlung angenommene Anträge des Stadtsenates	S. 26	GR Mag Dr Alfred Wansch	S. 54
		Berichterstatter GR Gerhard Kubik	S. 56
		Abstimmung	S. 56
6. Umstellung der Tagesordnung	S. 26		
7. 00138-2014/0001-GJS; MA 10, P 2: Errichtung eines Kindergartens in 14, Waidhausenstraße 30 Berichterstatter GR Heinz Vettermann	S. 26	12. 03896-2013/0001-GSK; MA 21, P 20: Plan Nr. 7323E: Flächenwidmungs- und Bebauungsplan in 23, KatG Erlaa	
Rednerinnen bzw Redner: GRin Ing Isabella Leeb	S. 26	Berichterstatterin GRin Kathrin Gaal	S. 56
GRin Mag Martina Wurzer	S. 28	Redner: GR Dipl-Ing Roman Stiftner	S. 56
GR Dominik Nepp	S. 30	GR Mag Christoph Chorherr	S. 57
GR Dr Wolfgang Aigner	S. 32	GR Wolfgang Irschik	S. 59
GR Mag Jürgen Czernohorszky	S. 33	GR Dipl-Ing Omar Al-Rawi	S. 59
GRin Mag Ines Anger-Koch	S. 36	GR Anton Mahdalik	S. 60
Abstimmung	S. 36	GR Erich Valentin	S. 61
		GR Mag Rüdiger Maresch	S. 63
		GR Dipl-Ing Roman Stiftner	S. 63
		GR Dipl-Ing Omar Al-Rawi	S. 64
		Abstimmung	S. 65
8. 00276-2014/0001-GWS; MA 69, P 27: Ankauf von Anteilen an der Liegenschaft EZ 260, KatG Nußdorf, verbunden mit Wohnungseigentum an der Druckerei,		13. 00080-2014/0001-GSK; MA 21, P 24: Plan Nr 8042: Flächenwidmungs- und	

Bebauungsplan in 3, KatG Landstraße		GR Mag Gerald Ebinger	S. 66
Berichterstatter GR Gerhard Kubik	S. 65	GR Petr Baxant, BA	S. 67
Redner:		Abstimmung	S. 67
GR Ing Mag Bernhard Dworak	S. 65		
GR Mag Rüdiger Maresch	S. 65	15. 00152-2014/0001-GKU; MA 7, P 9:	
Berichterstatter GR Gerhard Kubik	S. 66	Verein Hunger auf Kunst und Kultur; Sub-	
Abstimmung	S. 66	vention	
		Berichterstatterin GRin Susanne Bluma	S. 67
14. 00329-2014/0001-GKU; MA 7, P 7:		Redner:	
Kulturverein österreichischer Roma; Sub-		GR Mag Gerald Ebinger	S. 67
vention		GR Ernst Woller	S. 68
Berichterstatterin		Abstimmung	S. 68
GRin Mag Sybille Straubinger, MBA	S. 66		

(Beginn um 9.01 Uhr.)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Wiener Gemeinderates!

Ich wünsche einen wunderschönen guten Morgen und eröffne die 50. Sitzung dieses Gremiums.

Entschuldigt während des gesamten Tages sind GR Prof Dr Eisenstein, GR Kops, GR Stark und Amtsf StR Dr Mailath-Pokorny, der sich während des gesamten Tages auf einer Dienstreise befindet. Die Klubs wurden davon auch rechtzeitig verständigt.

Es gibt dann noch temporäre Entschuldigungen. Ich lese sie trotzdem vor: GR Mag Maresch von 10.30 Uhr bis 12.30 Uhr, GR Mag Ebinger bis 12 Uhr, GR Akkilić ab 12.45 Uhr, GRin Mag Tanja Wehsely ab 12.45 Uhr, GR Dipl-Ing Schicker ab 17.30 Uhr - das wird allerdings nicht wirksam werden - und GRin Klicka wäre ab 18.30 Uhr entschuldigt. Wir werden früher fertig werden, nehme ich einmal an.

Wir kommen zur Fragestunde.

Die 1. Anfrage (FSP - 00528-2014/0001 - KSP/GM) wurde von Frau GRin Karner-Kremser gestellt und ist an den Herrn amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Information und Sport gerichtet. (Die eigene Bildungsanstalt für Kindergartenpädagogik der Stadt Wien leistet wichtige Arbeit für die Ausbildung von qualifiziertem Bildungs- und Betreuungspersonal. Welche Ausbildungsangebote sind in diesem Zusammenhang für das Jahr 2014 an der bakip21 geplant?)

Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Einen wunderschönen guten Morgen! Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Gemeinderätin!

Sie fragen mich nach den geplanten Ausbildungsschienen im Bereich der Bildungsanstalt für Kindergartenpädagogik, der sogenannten BAKIP 21. Dazu von meiner Seite ein paar Informationen:

Wie Sie wissen, ist das vorrangige Ziel unserer Bildungsanstalt für Kindergartenpädagogik die Ausbildung von Elementar- und HortpädagogInnen in der entsprechenden Anzahl, aber natürlich auch in der entsprechenden Qualität für den Betrieb der städtischen Kindergärten und Horte der Stadt Wien. Wien wendet hierfür einen Betrag von rund 7 Millionen EUR auf, also einen durchaus namhaften Betrag, dies vor allem vor dem Hintergrund, dass gerade in Wien der Bereich der Kindergärten und Horte ein sehr breites Angebot für die Wienerinnen und Wiener darstellt.

Um die Effizienz dieser Ausbildungsschienen an der Bildungsanstalt für Kindergartenpädagogik zu heben, wird der Schwerpunkt ab 2014 in der entsprechenden Erwachsenenbildung liegen, eine Maßnahme, die bei allen Expertinnen und Experten auf sehr breite Zustimmung stößt; nicht zuletzt deshalb, weil auch im internationalen Vergleich vor allem der Bereich der Erwachsenen sicherstellt, dass sich Menschen auch bewusst für diesen wichtigen und notwendigen Beruf entscheiden. Es hat sich das auch bereits in der Vergangenheit bewiesen, als wir vor Jahren neue Ausbildungsmodelle in Wien etabliert haben, vor allem vor dem Hintergrund, dass der

Bereich der Kindergärten, aber natürlich auch der Horte, intensiv ausgebaut und erweitert wurde und daher natürlich klar war, dass wir qualifiziertes Personal in der entsprechend ausreichenden Zahl benötigen.

Deshalb ist Wien auch nicht den Weg anderer Bundesländer gegangen und hat diese eigene Bildungsanstalt, und das fällt eigentlich auch nicht in die unmittelbare Zuständigkeit der Länder, weiterhin eingerichtet gelassen, während andere Bundesländer derartige Einrichtungen gesperrt haben. Besonders hervorzuheben ist zudem, dass erwachsene Ausbildungskandidaten auch eine wertvolle Lebens- und Berufserfahrung mitbringen. Gerade vor diesem Hintergrund haben wir uns entschlossen, sehr stark auf dieses Segment zu setzen. Ich habe schon angesprochen, wir haben hier in den letzten Jahren auch entsprechende Erfahrungen, nicht zuletzt mit den Ausbildungsmodellen „Change“ und „Pick up“, gesammelt, wo wir sehen konnten, dass großes Interesse ist, natürlich auch vor dem Hintergrund, dass gerade dieser Bereich, der sehr stark expandiert, auch tatsächlich eine sichere Jobperspektive für viele Menschen bringt.

Für uns ist aber nicht nur der entsprechende Output, also die Zahl der Absolventinnen und Absolventen, maßgeblich und soll entsprechend erhöht werden, sondern die Ausbildung soll gezielt dort erfolgen, wo auch der Outcome hoch ist beziehungsweise die erwünschte Wirkung erzielt wird. Das heißt, es werden jene Ausbildungsschienen forciert, bei denen die AbsolventInnen nach erfolgreichem Abschluss auch tatsächlich in dem erlernten Beruf tätig sind. Auch hier haben wir in den letzten Jahren die entsprechende Erfahrung mit dem Ausbildungsmodell „Change“ gemacht, dass hier natürlich eine bewusste Berufswahl stattfindet und dann auch der entsprechende Übertritt, aber auch der Verbleib im Beruf mit wesentlich größerer Sicherheit sichergestellt werden kann, als das in der bisherigen fünfjährigen Ausbildung der Fall war. Mit diesen Maßnahmen durch die Verlagerung des Ausbildungsangebotes von der fünfjährigen Ausbildung ab 14 zur Kollegausbildung für Erwachsene können in kürzerer Zeit mehr KindergartenpädagogInnen ausgebildet werden, dies aber nicht unter einem entsprechenden Qualitätsverlust, denn bekanntermaßen sind das Kolleg und das Curriculum des Kollegs angepasst an die bisherige fünfjährige Ausbildung. Das heißt, all jene praxisrelevanten Teile der fünfjährigen Ausbildung sind im Kolleg selbstverständlich auch weiterhin erhalten. Der Ausbildungslehrgang dauert bisher bekanntermaßen fünf Jahre, aber nachdem dort entsprechend die Matura ein Endziel darstellt, ist die Übertrittsquote natürlich nicht dermaßen gegeben, wie wir das in der Erwachsenenbildungsschiene letztendlich haben. Das Kolleg „Change“ wird nur fünf Semester enthalten. Somit halbiert sich die Ausbildungsdauer bei gleicher Ergebnisqualität.

Im Herbst 2014 wird es daher nur mehr eine Klasse an der BAKIP geben, die mit 14 startet. Die Eignungsprüfungen dafür haben bereits stattgefunden, nämlich am 24. Jänner. Es werden voraussichtlich 26 SchülerInnen

mit der entsprechenden Ausbildung beginnen.

Dem Schwerpunkt der Erwachsenenbildung folgend werden im Herbst 2014 voraussichtlich 4 statt der bisherigen 3 Klassen mit rund 120 SchülerInnen die Kollegausbildung zur Kindergartenpädagogin beziehungsweise des Kindergartenpädagogen beginnen. Bei entsprechend großer Nachfrage wären bis zu 6 Klassen mit 180 SchülerInnen möglich.

Um eine möglichst große Zahl an Interessenten zu gewinnen, wurde eine Informationskampagne für die Kollegausbildung gestartet. Sie haben sie sicher bereits in den Medien zur Kenntnis nehmen können und gesehen. Insbesondere durch eine intensive Zusammenarbeit mit dem WAFF und dem AMS sollen auch arbeitssuchende Personen über dieses Angebot informiert und für das Kolleg gewonnen werden. In zwei Berufsinformationszentren des AMS sowie bei der BeSt 2014, der Messe für Beruf, Studium und Weiterbildung, werden MitarbeiterInnen der MA 10 über diese Kollegausbildungsschienen entsprechend informieren. In wenigen Tagen, konkret am 7. März, findet darüber hinaus der Tag der offenen Tür an der BAKIP 21 statt, die speziell diesem Kollegangebot gewidmet ist. Die Anmeldefrist für das Kolleg beginnt an diesem Tag und dauert bis zum 4. April. Die Eignungsprüfungen dafür werden am 24. und 25. April stattfinden.

Wir haben neben dem Kolleglehrgang „Change“ auch noch den entsprechenden Lehrgang „Pick up“ gehabt, also eine Ausbildungsschiene, die sich insbesondere an bereits in den Wiener Kindergärten tätige Assistentinnen und Assistenten richtet, eine Möglichkeit zur Höherqualifizierung bietet, eine Ausbildungsschiene, die in den ersten Jahren sehr stark entsprechend angenommen wurde. Wir merken aber auch, und das bietet letztendlich auch die Möglichkeit im Bereich der Kollegmaßnahmen „Change“, eine entsprechende Erhöhung der Kapazitäten vorzunehmen, dass hier letztendlich die Nachfrage sinkt, nicht zuletzt deshalb, weil die Zahl all jener Assistentinnen und Assistenten, die diesen Weg gehen wollen, sich also in Richtung der Kindergartenpädagogen qualifizieren wollen, durchaus abnimmt. Daher werden wir im heurigen Jahr voraussichtlich ein letztes Mal diesen Ausbildungslehrgang haben. Auch hierfür finden die Eignungsprüfungen Ende April 2014 statt. Der Lehrgang wird im Februar 2015 mit ein oder zwei Klassen, abhängig von der Zahl der Bewerberinnen und Bewerber, starten.

Wir haben darüber hinaus an der BAKIP auch noch die Lehrgänge für Sonderkindergartenpädagogik und Frühförderung sowie für Hortpädagoginnen und Hortpädagogen. Je nach Maßgabe der vorhandenen Ressourcen finden auch hier die Lehrgänge für Sonderkindergartenpädagogik und Frühförderung sowie für Hortpädagoginnen und -pädagogen statt.

Voraussichtlich 2015 - und wir sind hier bereits in den entsprechenden Vorbereitungsarbeiten, ich habe den Gemeinderat darüber bereits informiert - wird es eine neue elementarpädagogische Ausbildungsmöglichkeit für erwachsene Personen mit Pflichtschulabschluss geben, nämlich den Beruf der Assistenzpädagogin, des Assis-

tenzpädagogen. Aufgabe dieser Berufsgruppe wird das eigenverantwortliche Mitwirken an den Bildungsprozessen im Kindergarten unter der Leitung der entsprechenden qualifizierten Kindergartenpädagoginnen beziehungsweise Kindergartenpädagogen sein. Die Ausbildung wird voraussichtlich erstmals im Schuljahr 2015/16 angeboten und drei Jahre dauern. Die Ausbildung wird sowohl externen Interessenten als auch MitarbeiterInnen der Stadt Wien offen stehen. Der Unterricht wird ganztägig mit 40 Wochenstunden erfolgen und Praxisteile enthalten, die wochenweise oder geblockt abgehalten werden. Die erforderlichen Vorarbeiten, wie beispielsweise die Verankerung der Berufsgruppe im Dienstrecht der Stadt Wien, die Festlegung der neuen Schulform, die Genehmigung des Lehrplans, eine breit gefächerte Informationskampagne über diese neue Ausbildungsmöglichkeit in Zusammenarbeit mit AMS und WAFF wurden bereits begonnen und werden voraussichtlich im laufenden Jahr 2014 abgeschlossen sein. Durch die Schaffung dieses neuen Berufsbildes der Assistenzpädagogin, des Assistenzpädagogen wird zukünftig auch erwachsenen Personen mit Pflichtschulabschluss die Möglichkeit geboten werden, im elementarpädagogischen Bereich tätig zu werden. Gleichzeitig steht letztendlich auch mehr Fachpersonal für diesen elementaren Bildungs- und Betreuungsbereich zur Verfügung.

Durch diese neue Schwerpunktsetzung des Ausbildungsangebots an der BAKIP 21 in der Erwachsenenbildung sollen, wie schon angesprochen, die Effizienz der Ausbildung gesteigert, die Ausbildungskapazität erhöht und die Zielgruppe für die Ausbildung letztendlich erweitert werden. Ich glaube, dass einmal mehr eine wesentliche Initiative im Bereich der Elementarpädagogik von Wien ausgeht. Ich bin davon überzeugt, dass diese Ausbildungsangebote letztendlich auch jenes Interesse hervorrufen werden, das es sich zweifellos verdient, nämlich auf Grund der Tatsache, dass es auf der einen Seite ein ganz wesentlicher und wichtiger pädagogischer Bereich ist, aber auch in Zeiten wie diesen ein gutes Angebot ist, für Menschen, in einen zukunftssicheren Job zu gehen, den die Stadt Wien auch garantiert.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke, Herr Stadtrat. Die 1. Zusatzfrage stellt GR Dr Aigner. - Bitte schön.

GR Dr Wolfgang **Aigner** (*Klubungebundener Mandatar*): Schönen guten Morgen, Herr Stadtrat!

Das Thema Kindergarten wird uns heute auch noch im Schwerpunkt-Verhandlungsgegenstand, glaube ich, ausführlich beschäftigen. Es steht außer Streit, dass die Personalsituation auf Grund der Zunahme der Kindergartenplätze in öffentlichen und auch privaten Einrichtungen eine relativ angespannte ist.

Ich möchte Sie daher fragen, ob bei Ihren Ausbildungsplänen und Überlegungen der Stadt Wien auch der Personalbedarf der privaten Träger, vor allem der kleinen privaten Träger, die jetzt ständig wegen Subventionen zur Stadt kommen, Anschubfinanzierungen bekommen, eine Rolle spielt.

Amts StR Christian **Oxonitsch**: Herr Gemeinderat! Selbstverständlich! Deshalb unterstreiche ich auch

einmal mehr jene Wunschforderung, wie immer man es formulieren will, die ich hier schon mehrmals formuliert habe, nämlich, dass wir durchaus auch derartige Ausbildungsschienen an den entsprechenden Bundes-BAKIPs dringend benötigen. Ich glaube, dass auch hier letztendlich die Erhöhung der Ausbildungskapazitäten und die Verbesserung der Ausbildungsqualitäten durchaus etwas Wichtiges und Notwendiges wären.

Es ist die BAKIP 21 nur ein Bestandteil, nämlich eine Einrichtung der Stadt Wien, obwohl bekanntermaßen die Stadt nur für den Pflichtschulbereich zuständig ist. Wie gesagt, wir leisten uns aus guten Gründen diese Einrichtung, nicht zuletzt deshalb, weil eben die Stadt Wien als eigener Betrieb ein sehr großer Betrieb ist und auch eigenes Personal braucht. Aber ich denke, dass hier tatsächlich auch das Ministerium gefordert ist. Wir merken das auch, denn grundsätzlich ist die Nachfrage für Kindergartenpädagoginnen und -pädagogen in Gesamt-Österreich eine sehr große, das heißt, ich denke, dass auch hier zusätzliche Ausbildungsschienen in dem Bereich wichtig und notwendig sind. Auf der anderen Seite muss man ganz klar sagen, es profitieren natürlich auch die Privaten sehr maßgeblich davon. Je mehr Ausbildungskapazität wir in unserer BAKIP für den eigenen Betrieb haben, umso weniger müssen wir von anderen BAKIPs Personen abwerben. Das heißt, es kommen letztendlich auch dort mehr qualifizierte Pädagoginnen und Pädagogen in den Betrieb der privaten Einrichtungen. Also, wir leisten hier auch eine Unterstützungsmaßnahme für die Privaten, ungeachtet des Hintergrundes, dass die BAKIP eine Einrichtung für den städtischen Bereich ist. Aber wenn es hier insgesamt mehr gibt, profitieren alle davon. Ich sage einmal mehr, ich glaube, es wäre gut, wenn es ähnliche Ausbildungsschienen wie bei den Privaten auch an den Bundes-BAKIPs gäbe.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Die nächste Zusatzfrage stellt GRin Ing Leeb. - Bitte.

GRin Ing Isabella **Leeb** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Guten Morgen! Herzlichen Dank!

Lassen Sie mich aber zu Anfang Ihnen, Herr Vorsitzender, im Namen meiner Fraktion alles Gute zum Geburtstag wünschen! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Jetzt zu meiner Zusatzfrage: Herr Stadtrat, ich finde es eine wirklich positive Entscheidung, dass Sie das Kolleg so stark ausbauen wollen. Es ist zweifelsfrei so, dass sehr viele, die die Fünfjährige abschließen, nicht im Beruf bleiben, auch wenn sie in sozialen Berufen bleiben, auch wenn sie nachher Lehramt studieren.

Aber was haben Sie bisher als möglicher Dienstgeber aktiv getan, um an die Absolventen der Fünfjährigen heranzutreten? Ist da aktive Personalpolitik betrieben worden?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsfr StR Christian **Oxonitsch**: Frau Gemeinderätin!

Ja, ist betrieben worden. Es waren in allen 5. Klassen immer entsprechend Personen der MA 10, die Vorträge und Informationsveranstaltungen an der BAKIP über den Umstieg in den Beruf abgehalten haben, letztendlich auch mit dem Angebot der entsprechenden Jobgarantie.

Auch seitens der Personalvertretung wurden immer wieder entsprechende Initiativen gesetzt. Ganz bewusst war es auch ein Bestandteil, sowohl in den 4. als auch besonders in den 5. Klassen, über das Angebot zu informieren. Und man darf nicht vergessen, dass alle Schülerinnen und Schüler letztendlich in ihrem Teil der Ausbildung im Rahmen der fünfjährigen BAKIP auch bereits in Kindergärten gearbeitet haben. Es gab hier immer die entsprechende Information von den Kolleginnen und Kollegen der MA 10 direkt in den Klassen, direkt vor Ort.

Aber nichtsdestotrotz, und ich sage das auch immer völlig vorwurfsfrei an Schülerinnen und Schüler, sind viele in die BAKIP gegangen, um einerseits eine Berufsausbildung zu haben und andererseits die Matura zu erringen, um letztendlich eine andere Ausbildungsschiene zu wählen. Das ist keine Besonderheit der BAKIP, sondern durchaus an allen berufsbildenden mittleren und höheren Schulen immer ein wesentlicher Bestandteil, dass viele diesen Ausbildungsweg nehmen, um sich dann an den Universitäten in welchen Berufen auch immer weiterzuqualifizieren.

Die Informationsangebote gab es immer. Die Informationsangebote wird es auch weiterhin immer geben. Aber, und das ist ganz wesentlich, für uns war es vor allem wichtig, mehr Personen mit dem konkreten unmittelbaren Berufsziel der Kindergartenpädagogin zu gewinnen. Hier haben wir über viele Jahre mit den Ausbildungsmodellen Erfahrungen gesammelt. Wir werden jetzt sehen, wie sie letztendlich in einer breiteren Dimension greifen.

Aber ich glaube, wir gehen hier einen richtigen Weg, zumal eben durchaus immer wieder, und das zeigen auch internationale Beispiele, Ausbildungsmodelle in einem höheren Alter, also mit 18 oder 19, in diesem Bereich der Pädagogik sicherstellen, dass sich Menschen bewusst für einen Beruf entscheiden. Darüber hinaus, und das ist natürlich auch ganz wesentlich für uns, muss man sagen, es gibt für uns auch die Möglichkeit, die Leute unmittelbar an den Betrieb zu binden, denn diese Ausbildung ist gekoppelt an eine fünfjährige Berufsverpflichtung. Das heißt, da wird sich einer schon sehr genau überlegen, ob er in den Beruf einsteigt oder nicht einsteigt. Aber ich glaube, das sichert letztendlich auch ganz wesentlich die Qualität in diesem Bereich, ungeachtet der Tatsache, dass natürlich viele PädagogInnen, die jetzt die Arbeit in den Kindergärten leisten, die Fünfjährige durchlaufen haben, daher das für sie etwas Immanentes ist und daher viele letztendlich auch an dieser fünfjährigen Ausbildung hängen.

Ich denke, dass wir, gerade fußend auf den Erfahrungen der letzten Jahre, hier einen guten und sinnvollen Weg gehen.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Die nächste Zusatzfrage stellt GRin Mag Wurzer. - Bitte schön.

GRin Mag Martina **Wurzer** (*Grüner Klub im Rathaus*): Guten Morgen, Herr Stadtrat!

Grundsätzlich sollte die PädagogInnenausbildung der KindergartenpädagogInnen auf akademischem Niveau erfolgen. Die Bundesregierung hat in der letzten Periode

leider komplett ausgelassen, was diesen Bereich angeht und bei der PädagogInnenbildung neu die Elementarpädagogik komplett ausgelassen und vernachlässigt.

Ich bin deshalb sehr froh, dass wir in Wien jetzt die zweitbeste Lösung forciert haben und in diesem Bereich auf Erwachsenenbildung umstellen.

Ich möchte deshalb aber fragen, welche Hoffnungen wir in die Bundesregierung haben können, in dieser neuen Legislaturperiode auf Qualitätssicherung in der Ausbildung zu achten, endlich den Anschluss an das restliche Europa zu schaffen und die KindergartenpädagogInnen endlich auf akademischem Niveau auszubilden.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Frau Gemeinderätin!

Ich glaube, dass grundsätzlich durchaus jene Erfahrungen, die wir in Wien in diesem Bereich machen werden, einen neuen Impuls geben werden. Wie ich schon gesagt habe, für viele ist die fünfjährige Ausbildung an der BAKIP etwas, was es in Österreich immer gegeben hat und deshalb, wie soll man sagen, ein wenig unter einem Quargelsturz gestanden ist. Gerade durch diesen wichtigen und wesentlichen Schritt, eine Veränderung vorzunehmen, brechen wir, glaube ich, auch die unmittelbaren Ausbildungsschienen ein wenig auf. Jene Erfahrungen, die wir in Wien machen werden, und da bin ich durchaus zuversichtlich, werden möglicherweise ein ganz wichtiger Impuls in Richtung der akademischen Ausbildung sein, genauso wie aber auch, und das sage ich ganz oft, jene Ausbildung für die Assistenzpädagogin oder den Assistenzpädagogen ein wichtiger Schritt ist.

Einmal mehr möchte ich schon betonen, dass es uns nicht darum geht, dass letztendlich alle in pädagogischen Prozessen mit der entsprechenden akademischen Ausbildung tätig sein müssen. Das halte ich nicht für notwendig. Ich glaube aber, dass die Qualitätssicherung und die Qualitätskontrolle, letztendlich auch die Leitung von Kindergärten auf einem akademischen Niveau notwendig sind. Das zeigen auch internationale Beispiele. Aber mehr qualifizierte Personen, und da sind die Matura und die akademische Ausbildung meiner Ansicht nach nicht eine unmittelbare Voraussetzung, sollten insgesamt im Betrieb tätig sein. Deshalb glaube ich, dass gerade in diesem Doppelspiel zwischen Kollegausbildung „Change“ für Erwachsene mit Matura letztendlich im tertiären Sektor, wenn man es einmal allgemein so sagen will, wengleich wir keine Universität in dem Bereich sind und sein können, und auf der anderen Seite Höherqualifizierung von Personen, die Assistenzleistungen im elementarpädagogischen Bereich im Kindergarten vollziehen, auf diesen beiden Schienen die Verbesserung der Qualität, vor allem aber auch die entsprechende Personenanzahl sichergestellt werden können.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke, Herr Stadtrat, für die Beantwortung der 1. Anfrage.

Wir kommen nun zur 2. Anfrage (FSP - 00537-2014/0001 - KVP/GM). Sie wurde von Herrn GR Dipl.-Ing. Stiftner gestellt und ist an die Frau amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Verkehr,

Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung gerichtet. *(Der Bau einer weiteren Wiener U-Bahn-Linie, der U5, ist auf Grund der Entwicklung Wiens als wachsende Großstadt angezeigt. Die ÖVP fordert sie seit langem, die SPÖ will sie, die Grünen sind weiter skeptisch und bremsen lange Zeit. Die Verkehrsstadträtin verwies vor Jahren auf die Diskussion zum neuen STEP und auf eine Machbarkeitsuntersuchung der MA 18, welche Ende 2012 abgeschlossen sein sollte. Wie weit sind nun aktuell die konkreten Überlegungen aus verkehrs- und städteplanerischer Sicht betreffend den Bau der U5 gediehen?)*

Bitte, Frau Vizebürgermeisterin.

VBgmin Mag Maria **Vassilakou**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat!

Die von Ihnen angesprochene Machbarkeitsstudie wurde unter Einbeziehung der Wiener Linien von der MA 18 im Jahr 2012 durchgeführt. Im Zuge dieser Studie wurden verschiedene mögliche Linienführungen einer Linie U5 inklusive Linienkreuz U2/U5 mit dem Fokus auf technischer Machbarkeit untersucht.

Darauf aufbauend und im Zusammenhang mit dem STEP 2015 konnten dann im vergangenen Jahr in einem Brainstorming-Prozess mit dem Namen „Brainstorming zum ÖV-Ausbau Wien“ mit zahlreichen ExpertInnen verschiedene Maßnahmen und deren Wirkungen als Planfälle im Netz des öffentlichen Verkehrs verkehrlich abgeschätzt werden. Damit sind S-Bahn, Straßenbahn und U-Bahn gemeint. Unter anderem waren auch die möglichen Trassierungsvarianten der Linie U5 Inhalt dieses Prozesses.

2014 wird die MA 18, wie bisher in der generellen U-Bahn-Planung üblich, in intensiver Zusammenarbeit mit den Wiener Linien eine Variantenuntersuchung zu einer innerstädtischen U-Bahn-Führung durchführen. Bautechnische, verkehrliche und städtebauliche Aspekte werden dabei untersucht und nach einem durchgeführten Variantenvergleich ein Hauptschlag für eine Trassenführung aus fachlicher Sicht empfohlen. Ebenfalls sind in der Variantenuntersuchung auch attraktive Verknüpfungen mit dem Bestands-ÖV-Netz zu berücksichtigen. Diese Untersuchung liefert aus den verschiedenen Trassierungsvarianten einen Hauptvorschlag, der sich aus einer Kosten-Nutzen-Gegenüberstellung herauskristallisieren wird.

Lassen Sie mich aber Folgendes festhalten. Eine neue innerstädtische U-Bahn-Verbindung kann erst mittel- bis langfristig die erwarteten Wirkungen beziehungsweise den erhofften Nutzen bringen. Kurzfristige Lösungen sind sehr wohl durch Attraktivierungen im Straßenbahn- und Busnetz möglich.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Danke für die Beantwortung. Die 1. Zusatzfrage stellt GR Dipl.-Ing. Stiftner. - Bitte schön.

GR Dipl.-Ing. Roman **Stiftner** (ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien): Einen schönen guten Morgen, Frau Stadträtin!

Ich gebe ehrlich zu, jetzt haben Sie mich ein bisschen verwirrt. Sie haben die prozessuale Vorgehensweise dargelegt. Ich dachte immer, Sie haben einen klaren

politischen Auftrag, den ich durchaus teilen kann, nämlich den öffentlichen Verkehr in Wien zu fördern. U-Bahn-Ausbau ist, glaube ich, in diesem Zusammenhang sehr notwendig. Auf der anderen Seite haben wir jetzt die Situation, dass es nach einem Beginn der Steigerungen, nicht zuletzt auch durch die Verbilligung der Jahreskarte, zu signifikanten Rückgängen in der Nutzung des öffentlichen Verkehrs gekommen ist und wir deshalb in einer schwierigen Situation sind. Das lässt sich wahrscheinlich auch auf klassische Fehler im Management zurückführen. Man baut etwas aus, verbilligt etwas, zieht aber die Infrastruktur nicht nach.

Ich freue mich, wenn Sie heute gesagt haben, Sie wollen den öffentlichen Verkehr attraktivieren, denn ich glaube, solche Bilder, wie wir sie aus Japan kennen, mit Anschiebern oder gar die Infrastruktur eines Entwicklungslandes sind wahrscheinlich nicht unsere gemeinsamen politischen Ziele. *(Der Redner zeigt Bilder.)*

Ich frage Sie deshalb: Welche Maßnahmen werden Sie, nach dem Entfernen von Sitzen aus dem 43er und auch aus anderen Verkehrsmitteln, jetzt kurzfristig setzen, um die Attraktivierung des bestehenden öffentlichen Verkehrs wieder sicherzustellen, damit wir wieder Steigerungsraten im Bereich der Nutzung des öffentlichen Verkehrs haben?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Vizebürgermeisterin.

VBgmin Mag Maria **Vassilakou**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat!

Ich vermute, Sie wissen ganz genau, wie die Aufgabenteilung in der Stadt aussieht. Das heißt, wenn Sie eine Frage an mich richten, dann können Sie von mir meine Meinung beziehungsweise die fachliche Einschätzung, welche Ausbaumaßnahmen insgesamt kurzfristig, mittelfristig, längerfristig erforderlich sind, erfahren. Die Umsetzung dieser Maßnahmen obliegt nicht meinem Ressort. Daher sollte man die Frage im Zusammenhang damit, was, wie gesagt, das Planungsressort für erforderlich hält, vielleicht auch präzisieren.

Es ist kein Geheimnis, dass ich der Meinung bin, dass der Ausbau des öffentlichen Verkehrsnetzes am besten erfolgt, wenn man sich zunächst einmal auf das konzentriert, was unmittelbar und kurzfristig erfolgen kann und im Übrigen auch mit relativ geringen Kosten verbunden ist, mittelfristig allerdings den Ausbau der U-Bahn nicht aus den Augen lässt. Das heißt, entgegen vielen Diskussionen, die in diesem Bereich sehr oft und sehr falsch geführt werden, ist es kein Entweder-oder, es ist kein U-Bahn oder Straßenbahn und Bus, sondern das, was es braucht, ist sowohl den weiteren U-Bahn-Ausbau in der Stadt als auch neue Straßenbahnverbindungen und hier insbesondere Tangentialverbindungen. Denn wir wissen, dass wir in unserem Netz zwar einen ausgezeichneten Versorgungsgrad haben, insbesondere was die radialen Verbindungen anlangt, aber im Tangentialbereich gibt es gewisse Lücken, die geschlossen werden müssen, um nicht zuletzt derzeit überlastete U-Bahn-Linien wieder entlasten zu können. Ein dritter Bereich, der in meinen Augen sehr wesentlich ist, ist natürlich das ganze Kapitel der S-Bahn. Da hat mir im Übrigen

das zweite Bild, das Sie gezeigt haben, sehr viel besser gefallen, denn wenn Sie es wieder für alle zeigen könnten, es ist nämlich ein wunderbares Bild, das einiges auf den Punkt bringt. Dieses äußerst unterhaltsame Bild, vermute ich, aus Bangladesch oder Indien, ist eines, das durchaus als Mahnung herhalten kann für die Ostregion, wenn die erforderliche Kooperation zwischen Wien und Niederösterreich im Zusammenhang mit dem Ausbau der S-Bahn und insbesondere der Verdichtung der S-Bahn-Intervalle, weil darum geht es im Wesentlichen, nicht bald und dringend erfolgt. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Wir wissen alle, dass das, was die Ostregion in Summe braucht, und das, was auch Wien braucht, damit die U-Bahn, wie gesagt, in vielen Bereichen entlastet wird, S-Bahn-Intervalle sind, die eines Metrosystems, wie wir es aus anderen Städten und Großregionen kennen, auch würdig sind. Das heißt, wenn ich S-Bahn-Intervalle von einer Stunde, von zum Teil eineinhalb Stunden habe, dann brauche ich überhaupt nicht darüber zu diskutieren, inwieweit dieses Netz eine brauchbare Ergänzung darstellt. Genau hier müsste meiner Meinung nach der Schwerpunkt der gemeinsamen Überlegungen Wiens und Niederösterreichs im nächsten Jahrzehnt liegen. Denn das ist in der Tat etwas, das Wien nicht allein lösen kann, sondern es braucht, wie gesagt, hier sowohl konzeptiv als auch finanziell ein gemeinsames Konzept, damit wir weiterkommen können.

Das heißt abschließend, um es noch einmal auf den Punkt zu bringen, ich bin der Meinung, dass es hier sehr wohl den weiteren Ausbau der U-Bahn gibt und eine innerstädtische Linie, wie sie derzeit auch untersucht wird, sprich, insbesondere die U5, in diesem Bereich sicher eine Maßnahme ist, die sehr viel dazu beitragen würde, das gesamte Netz zu verbessern und auch, wie gesagt, dann eine Vielzahl von derzeit überlasteten Linien wieder in erforderlichem Ausmaß zu entlasten.

Ich bin der Meinung, dass es darüber hinaus Tangentialverbindungen braucht. Diese sind übrigens, auch wissend darum, dass ein derartiges U-Bahn-Projekt lange Zeit braucht, bis es fertiggestellt ist, wissend auch darum, dass der U-Bahn-Ausbau mit hohen Kosten verbunden ist, sicher eine Maßnahme, die kurzfristig eine Entlastung bringen kann. Beziehungsweise kann es in dem einen oder anderen Fall durchaus auch eine Buslinie sein. Last but not least meine ich immer noch, dass wir sozusagen auch einen besonderen Fokus auf das S-Bahn-Netz richten müssen, weil auch das ist es, was die Ostregion als Ganzes braucht, um eine Verbesserung zu erreichen.

Ich muss Sie abschließend in einem Punkt korrigieren: Die Gesamtzahl der Gäste oder Passagiere, die im vergangenen Jahr die öffentlichen Verkehrsmittel genutzt haben, ist nicht, wie Sie behaupten, gesunken. Wir haben es hier mit Verlagerungen ins S-Bahn-Netz zu tun. Das heißt, sie hat sich anders verteilt. Ich möchte Sie ersuchen, sich die Modal-Split-Zahlen aus dem vergangenen Jahr genau anzuschauen. Dann werden Sie feststellen, dass es hier zu Verlagerungsprozessen, aber nicht zu einem Rückgang insgesamt gekommen ist.

(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Die nächste Zusatzfrage stellt GR Mag Maresch. - Bitte schön.

GR Mag Rüdiger **Maresch** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin!

Nachdem wir jetzt sozusagen die Urlaubsfotos des Kollegen Stiftner gesehen haben, vielleicht ist er auch mit der japanischen U-Bahn gefahren, denke ich mir, es wurde von Ihnen natürlich völlig richtig angemerkt, dass die Wiener Linien die Zahlen der Wiener Linien veröffentlicht haben, aber der öffentliche Verkehr in Wien auch die ÖBB sind. Die ÖBB haben in Ostösterreich plus 4 Prozent und in Wien zum Teil plus 7 Prozent auf den Schnellbahnen. Wenn man das zusammenrechnet, sollte Herr GR Dipl.-Ing. Stiftner vielleicht seine eigene OTS korrigieren. Das wäre kein Fehler gewesen.

Aber jetzt komme ich zur Frage: Wir haben eine große Herausforderung im Osten Österreichs, jedes Jahr 25 000 zusätzliche BewohnerInnen in Wien, auch das Umland wächst. Sie haben schon den Modal-Split erwähnt. Ungefähr 350 000 Fahrzeuge kommen jeden Tag nach Wien herein.

Welche Möglichkeiten gibt es, gemeinsam mit Niederösterreich etwas mehr für die Schnellbahn oder den, wenn man so will, grenzüberschreitenden öffentlichen Verkehr zu tun?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Vizebürgermeisterin.

VBgmin Mag Maria **Vassilakou**: Herr Gemeinderat!

Ich habe zum Teil, muss ich ehrlich sagen, die Frage, die Sie nun stellen, bereits beantwortet. Ich möchte unsere Zeit auch nicht über Gebühr in Anspruch nehmen, indem ich Dinge, die ich bereits gesagt habe, wiederhole.

Aber nur zur Präzisierung: Ich meine, dass es hier möglich sein kann und muss, Intervallverdichtungen aus einer Destination in Niederösterreich bis zum nächsten Wiener Umsteigeknoten vorzunehmen. Das müsste möglich sein, ohne dass man damit einen neuerlichen Infrastrukturausbau benötigt, denn, wie wir wissen, die Stammstrecke hat nicht unendlich Kapazitäten. Die Kapazitäten der Stammstrecke sind zwar seit der Inbetriebnahme des neuen Hauptbahnhofes deutlich anders geworden, aber dennoch können wir die Stammstrecke jetzt nicht sozusagen ad infinitum bespielen, ohne dass wir auch den Takt unterschiedlichster Verbindungen, die uns sehr wesentlich und sehr wichtig sind, durcheinanderbringen.

Was aber, wie gesagt, einmal mehr, sehr wohl möglich ist, sind Intervallverdichtungen aus einer Destination in Niederösterreich bis zum nächsten Wiener Umsteigeknoten in die U-Bahn. Ein derartiger wäre etwa Floridsdorf, damit man Vorstellungen hat, wovon ich rede. Das allerdings kann nur in Kooperation mit Niederösterreich erfolgen, sowohl planerisch als auch finanziell, würde aber bedeuten, dass sich der Modal-Split der Ostregion zu Gunsten der öffentlichen Verkehrsmittel, und hier insbesondere zu Gunsten der S-Bahn, auf dramatische Art und Weise verändern könnte, und zwar zum Besseren.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Die nächste Zu-

satzfrage stellt GR Mahdalik. - Bitte.

GR Anton **Mahdalik** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Nach dem plumpen Aktionismus vom Kollegen Stiftner, der mir persönlich fernliegt, und dem Auftritt von Rüdiger Maresch als Stichwortgeber möchte ich nun zu einem ersten Thema kommen, nämlich zum Radverkehr. Dieser soll genauso wie der Ausbau des U-Bahn-Netzes, des öffentlichen Verkehrs und die Förderung des Fußgängerverkehrs zur Verbesserung des Modal-Split, weg vom motorisierten Individualverkehr, dienen. Nun war es im Vorjahr so, dass die rot-grüne Stadtregierung gerade einmal 18 km neue Radwege erbaut hat. Das hat die rote Alleinregierung auch zustande gebracht. Es hat nach meinen Berechnungen insgesamt ungefähr 1 Million EUR gekostet, weil 80 Prozent davon auf die Straßen gepinselte Mehrzweckstreifen waren.

Jetzt meine Frage: Nachdem Sie zum Beispiel sehr viel Geld ins Radjahr 2013 gesteckt haben, 4,5 Millionen EUR, und bis 2015 8,9 Millionen EUR in die Mobilitätsagentur pulvern, frage ich Sie, wie viel Radwege Sie planen, in diesem Jahr neu zu errichten und wie viel Geld dafür aufgewendet werden soll.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Vizebürgermeisterin.

VBgmin Mag Maria **Vassilakou**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat!

Ihre Berechnungen in allen Ehren, aber es sieht nach einem Privatissimum aus, das Sie und ich gemeinsam absolvieren sollten. Ich weiß nicht, wie Sie zu diesen Berechnungen kommen. Ich weiß auch nicht, welche Note Sie in Mathe hatten. Aber was ich Ihnen schon sozusagen mit auf den Weg geben kann, ist, was die Stadt insgesamt für Infrastruktur, und zwar Radinfrastrukturprojekte, letztes Jahr ausgegeben hat. Ihre Zahlen sind wirklich niedrig. Die Wahrheit ist vielmehr, dass die Stadt vergangenes Jahr nicht nur 18 km neue Radweginfrastruktur hat erbauen lassen.

Ich muss Ihnen auch bei aller Liebe für die Kolleginnen und Kollegen von der SPÖ und bei aller Wertschätzung ihrer Leistungen in den vergangenen Jahren, die durchaus beachtlich waren, widersprechen. Die Stadt verfügt über ein Radinfrastrukturnetz, das schon seit Jahren jenseits der 1 000-Kilometer-Marke liegt. Somit haben wir einen guten Ausbaugrad. Wir wissen auch alle, worauf wir uns konzentrieren müssen, ist der Lückenschluss.

Trotzdem ist in den vergangenen drei Jahren sehr viel, man kann auch sagen, außergewöhnlich viel, weitergebaut worden. Was Sie vergessen haben, in diese Berechnung einzurechnen, sind die verschiedenen Stege, die hier entstehen und die sich sehr wohl mit saftigen Beträgen zu Buche schlagen. Das heißt, wenn Sie hier das Radwegenetz und die Erweiterungen in diesem Bereich nehmen und zusammenzählen mit dem einen oder anderen Steg, der entstanden ist, dann kommen Sie sehr wohl auf einen Betrag von nahezu 9 Millionen EUR. Ich wäre froh darüber und glücklich, wenn ich diese jedes Jahr für den Radausbau zur Verfügung hätte. Aber leider ist es nicht so!

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Die nächste Zusatzfrage stellt GR Dipl.-Ing. Stiftner. - Bitte schön.

GR Dipl.-Ing. Roman **Stiftner** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Frau Vizebürgermeisterin!

Ich gebe es ehrlich zu, aber Sie haben mich jetzt mit Ihrer Fragebeantwortung abermals verwirrt. Denn auf der einen Seite haben Sie mir vorher gesagt, die Reduktion ist zurückzuführen auf die Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel, weil es offenbar Zurechnungsprobleme gibt und es sind viel mehr Leute mit der S-Bahn gefahren. Gleichzeitig haben Sie mir im nächsten Satz gesagt, wir haben ein Attraktivitätsproblem mit der S-Bahn, es scheint mit Intervallen Probleme zu geben. Was stimmt jetzt? Offenbar fahren die Leute S-Bahn. So unattraktiv kann es nicht sein. Ein Problem haben die Wiener Linien, weil diese haben die Reduktion an Fahrgästen. Ich weiß schon, es ist nicht Ihre direkte Zuständigkeit, aber Sie sind Koalitionspartner und als solcher haben Sie hoffentlich auch Einfluss und eine gemeinsame Gesprächsbasis und sollten eine Mitverantwortung haben, weil das Verkehrsthema politisch ausschließlich sozusagen bei Ihnen in der Außenkommunikation liegt.

Aber die Sache hat einen wichtigen Ernst. Ich stimme mit Ihnen überein, dass wir einen Verkehrsverbund brauchen und dort intensive Vernetzungen benötigen. Es kann durchaus noch Verbesserungen im S-Bahn-Netz geben. Aber ich sage Ihnen auch, es gibt ein einfaches Prinzip, nämlich das Bestellerprinzip. Derjenige, der das möchte, bestellt es.

Ich frage Sie: Sind Sie bereit, vor allem im Sinne Ihrer Möglichkeiten, auf Ihren Koalitionspartner einzuwirken, einfach bei den ÖBB oder bei anderen Verkehrsdienstleistern diese Möglichkeit der Verkehrsverdichtungen, die wir gerne mittragen, zu bestellen?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Vizebürgermeisterin.

VBgmin Mag. Maria **Vassilakou**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat!

Ihnen werde ich jetzt nicht mit Privatissimum drohen, damit wir die Missverständnisse, wenn Sie so wollen, aus dem Weg räumen. Ich meine einmal mehr, dass das öffentliche Verkehrsnetz in Wien zu den besten weltweit gehört. Das wissen wir. Wenn allerdings, dankenswerterweise, immer mehr Menschen die Entscheidung treffen, die Öffis für ihre täglichen Wege zu nutzen, dann bedeutet das in der Tat, dass unser System bei der einen oder anderen Linie mit Beförderungszahlen konfrontiert ist, die uns an Kapazitätsgrenzen schrammen lassen.

Das wiederum bedeutet, dass sich Gäste, die die eine oder andere Linie für ihre Alltagswege nutzen, ab einem gewissen Zeitpunkt umschauen, ob es andere Strecken gibt, ob es andere Linien gibt, die für sie in diesem Bereich unter Umständen auch gut nutzbar sind und die sie für ihre tägliche Beförderung nutzen können.

Nun ist es so, dass auch das S-Bahn-Netz zusätzlich und zunehmend an Attraktivität gewinnt. Ich gebe Ihnen nur ein Beispiel dafür: Ich glaube, dass die S45, seitdem das Intervall verdichtet worden ist, eine sehr wesentliche Verbindung für den Westen Wiens geworden ist. Diese

ist noch dazu eine Tangentialverbindung. Sie sehen, nur ein Beispiel von vielen, das bewirkt, dass es innerhalb des Systems zu Verlagerungen kommt. Einmal mehr ist es aber nicht ein Entweder-oder, es ist ein Sowohl-als-auch.

Unser Ziel ist, dass wir in Summe in der Ostregion die Zahl der Menschen, die die öffentlichen Verkehrsmittel für ihre Alltagswege nutzen, einfach steigern. Das bedeutet, dass wir uns auf einen gemeinsamen Ausbau verständigen müssen.

Zu Ihrer Frage konkret, im Zusammenhang mit dem Bestellerprinzip: Natürlich geht es darum, dass Wien die zusätzlichen Leistungen bestellt, aber nicht allein, sondern gleichzeitig mit Wien müsste auch Niederösterreich seinen Anteil an den Leistungen, von denen wir gerade sprechen, bestellen. Um das zu tun, müsste man sich ein paar Jahre lang zusammensetzen. Sie wissen, dass die Verkehrsdienstverträge, nicht zuletzt derjenige Niederösterreichs, vor relativ kurzer Zeit abgeschlossen worden sind, der Wiener Verkehrsdienstvertrag genauso. Sie gelten für fünf Jahre. Also ist jetzt der bestmögliche Zeitpunkt, um sich gemeinsam mit Niederösterreich zu überlegen, was es an Bestellungen für die nächsten Jahre braucht. Das bedeutet aber auch einmal mehr, dass man sich hier auf ein Konzept verständigt, dass man sich hier auch auf einen Schlüssel verständigt und dass beide bereit sind, die erforderlichen Investitionen zu tätigen.

Lassen Sie mich allerdings abschließend sagen, das ist das, was im Zusammenhang mit dem nun vorhandenen System zu tun wäre. Ich möchte aber nicht verhehlen und weiß, dass ich damit unter den Verkehrslandesräten in Österreich alles andere als allein bin, dieses System ist grundsätzlich kein gutes. Eigentlich müsste unser aller politisches Streben in die Richtung gehen, dieses System, das vor einigen Jahren eingeführt worden ist, das für die Länder mit gewissen ordentlichen Nachteilen verbunden ist und das sich nicht als Entwicklungsschub für die Verbindungen Stadt-Umland herausgestellt hat, sondern sich vielmehr als Hemmschuh auswirkt und meiner Meinung nach an sich reformbedürftig ist, dass alle Länder an einem Strang ziehen und, wie gesagt, mit dem Bund in Verhandlungen treten, um dieses - ich möchte es einmal so bezeichnen, wie ich es empfinde - absolut kontraproduktive und widersinnige System wieder zu reformieren. Denn ich glaube auch, dass die sehr zentrale Frage des S-Bahn- und des Bahnausbaus in Österreich in der Tat eine ist, die bedeutet, dass Österreich bereit ist, die erforderlichen Mittel in die Hand zu nehmen und mit großen Infrastrukturmaßnahmen jenen Wurf zu erreichen, den nicht nur die Ostregion besonders dringend braucht, sondern auch viele Landeshauptstädte im Zusammenhang mit ihrem Umland dringend brauchen würden, um endlich eine wesentliche Verschiebung im Modal-Split zu erreichen.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, ich bedanke mich für die Beantwortung der 2. Anfrage.

Wir kommen zur 3. Anfrage (*FSP - 00529-2014/0001 - KFP/GM*). Sie wurde von Frau GRin Mag. Dr. Kappel gestellt und ist an die Frau amtsführende Stadträtin der

Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke gerichtet. *(Laut aktuellem Rechnungshofbericht erhielt das Land Kärnten für die Gewährträgerhaftung bei der Hypo Alpe Adria Bank AG eine jährliche Haftungsprovision von einem Promille der Bemessungsgrundlage. Die Haftung der Gemeinde Wien für die Bank Austria AG und die Privatstiftung zur Verwaltung von Anteilsrechten beträgt laut Rechnungsabschluss 2012 rund 8,17 Milliarden EUR. Wie hoch ist die jährliche Haftungsprovision, die die Gemeinde Wien für diese Gewährträgerhaftung erhält?)*

Bitte, Frau Vizebürgermeisterin.

VBgmin Mag Renate **Brauner**: Einen schönen guten Morgen, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kollegen und Kolleginnen, auch von meiner Seite!

Frau GRin Kappel fragt mich in einem Vergleich zwischen der Haftung des Landes Kärnten für die Hypo und den Haftungen der Stadt Wien für die Bank Austria nach einer eventuellen Haftungsprovision.

Da erlauben Sie mir, Frau Doktor, in aller Höflichkeit, aber extremer Deutlichkeit, diesen Vergleich zurückzuweisen, weil das wirklich völlig unterschiedliche Dinge sind, die Haftung auf der einen Seite für unglaubliche Bereiche - ich bleibe jetzt bewusst sehr allgemein - und der Skandale, die wir jetzt nicht nur erleben, sondern auch büßen müssen, seitens der Hypo und den damit zusammenhängenden damaligen politischen Verantwortlichen in Kärnten und der Situation in Wien, die nämlich so ist, dass die Haftung der Gemeinde Wien für die Bank Austria AG auf die Gründung der damaligen Zentralsparkasse im Jahr 1907 zurückgeht. Ich darf in Erinnerung rufen, die Zentralsparkasse war eine Gemeindeparkasse, an deren Eigenschaften diverse gesetzliche Verpflichtungen, zum Beispiel die Haftung, geknüpft waren. Ich darf die Bestimmungen des § 2 des Sparkassengesetzes zitieren, in denen eine Haftung genau festgelegt ist. Die Übernahme der Haftung ergibt sich also ex lege, ist überhaupt nicht zu vergleichen mit den Skandalen, die leider zu unser aller schrecklichem Schaden in Kärnten passiert sind. Diese Haftung ex lege beantwortet natürlich auch gleich Ihre Frage, denn eine Haftungsprovision für eine gesetzlich vorgeschriebene Haftung gibt es natürlich nicht. Die Gemeinde Wien erhält daher, um Ihre Frage in einem Satz zu beantworten, keine Haftungsprovision von der Bank Austria.

Ergänzend darf ich noch die Frage nach der Höhe der Haftung, die dann auch gleich immer gestellt wird, erwähnen. Diese ist natürlich noch nicht fix bis zum Datum 31.12.2013. Aus derzeitiger Sicht wird sie eine maximale Höhe von 7,5 Milliarden EUR haben, weil sich, sollte man sich die Mühe machen, den Rechnungsabschluss auch zu lesen, eine ganz klare deutliche jährliche Abschmelzung ergibt.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke. Die 1. Zusatzfrage stellt GRin Mag Dr Kappel. - Bitte.

GRin Mag Dr Barbara **Kappel** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Guten Morgen, Frau Vizebürgermeisterin!

Aus meiner Sicht ist der Vergleich nicht von der Hand zu weisen. Es geht hier nicht um die Skandale, die irgendwo passiert sind, sondern es geht um die Haftun-

gen, die übernommen wurden. Das Land Kärnten hat - und ich nehme dabei Bezug auf diesen Rechnungshofbericht vom Februar dieses Jahres - eine Ausfallhaftung übernommen, und der Rechnungshof hat dazu festgestellt, dass für diese Ausfallhaftung - vom Jahr 1997 bis zur Abschichtung im Jahr 2017 - über 200 Millionen EUR an Haftungsprovisionen seitens der Bank an das Land Kärnten zu zahlen sind.

Die Gemeinde Wien trägt eine Ausfallhaftung für die Bank Austria und die Privatstiftung zur Verwaltung von Anteilsrechten. Ich habe im Rechnungsabschluss 2012 sehr wohl nachgelesen. Darin sind Haftungen in Höhe von 8,17 Milliarden EUR vorgesehen. Sie erinnern sich sicherlich: Im Rechnungsabschluss 2001 betrug die Haftung 122 Milliarden EUR.

Also, ich glaube folglich, es ist nicht von der Hand zu weisen. Lassen Sie uns also nicht über Skandale reden, sondern reden wir über eine rein ökonomische Betrachtung: Das Land Kärnten bekommt für seine Haftungen, die zwar höher sind als jene der Gemeinde Wien - die 122 Milliarden EUR aus 2001 relativieren da so manches, denn das ist auch kein geringer Betrag -, über 200 Millionen EUR an Haftungsprovision für die Landeshaftungen, die Gemeinde Wien bekommt für ihre Haftungen nichts.

Meine Frage nun an Sie: Werden Sie mit dem Vorstand der Bank Austria in Verbindung treten, um für die Gemeinde Wien eine entsprechende Haftungsprovision zu verhandeln? *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Vizebürgermeisterin.

VBgmin Mag Renate **Brauner**: Frau Gemeinderätin!

Ich habe es Ihnen gerade erklärt, Frau Kollegin. *(GR Dipl-Ing Rudi Schicker: Das hilft ja nichts!)* Das ist eine Haftung, die sich auf Grund gesetzlicher Bestimmungen ergibt. Dass Sie das nicht hören wollen und dass Sie nichts über die Skandale, die sich in Kärnten auf eine unfassbare Art und Weise abgespielt haben, hören wollen, sehr geehrte Damen und Herren, glaube ich *(GR Mag Wolfgang Jung: Nicht ablenken!)*, weil Sie und Ihre Partei nämlich für diesen unglaublichen Skandal *(GR Mag Dr Alfred Wansch: AVZ!)*, der allen Österreichern und Österreicherinnen schadet, verantwortlich sind! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Sie sind verantwortlich dafür! Sie sind diejenigen, die dazu geführt haben, dass ein Land das Zehnfache seiner Haftung übernommen hat, dass ein Land das Zehnfache des gesamten Landesbudgets übernommen hat, dass, wie man den Medien entnimmt, auf dubioseste Art und Weise Geld verschwunden ist! *(GR Johann Herzog: Lhptm Kaiser!)* Dafür sind Sie verantwortlich, Sie und Ihre Partei! Dass sie darüber nicht reden wollen, sehr geehrte Damen und Herren, verstehe ich schon! Sie wollen auch nicht den Unterschied zu einer Haftung sehen, wie sie die Stadt Wien hat, historisch gesehen für eine Gemeindeparkasse, die Anfang letzten Jahrhunderts entstanden ist, wo die Stadt Wien für Gemeindeparkassen eben ex lege die Haftung übernommen hat, weil diese Art von Sparkassen für die kleinen Leute da war und die Stadt Wien, zumindest die rot-grüne Mehr-

heit, für die kleinen Leute da ist und sie nicht aussackelt wie Sie! (GR Ing Bernhard Rösch: *Die SPÖ soll das übernehmen!*) Dies ist der große Unterschied! Diese Haftung hat sich aus dem Gesetz heraus ergeben, und zwar eine Haftung, kein Eigentum, wie Sie immer völlig falsch darstellen! Die Gemeindesparkassen waren immer autonome wirtschaftliche Einrichtungen.

Ihnen brauche ich es nicht zu erzählen, Sie wollen es eh nicht hören, aber ich erzähle es Richtung Medien, damit sich nicht womöglich jemand von den Journalisten blamiert und den Unsinn, den Sie sprechen, nachsagt! Die Gemeindesparkassen waren immer unabhängige wirtschaftliche Einrichtungen, und weil eben ex lege die Kommune die Haftung übernommen hat, hat sie auch einige Kontrollfunktionen bekommen. Diese Kontrollfunktionen sind das, wo die Stadt Wien damals Vertreter hatte, kein wirtschaftliches Eigentum. Diese Haftungen gibt es von heute. Im Gegensatz zu dem, was in Kärnten unter Ihrer politischen Führung (GR Mag Johann Gudenus, MAIS: *Mit Ihrer Zustimmung!*) mit Haftungen in unfassbarer Art und Weise passiert ist (GR Johann Herzog: *Mit Zustimmung der SPÖ!*), die, wie man den Medien entnehmen kann, ohnehin alle gerichtlich anhängig sind, wurde nämlich Verantwortung übernommen. Im Gegensatz dazu haben die Gremien der Anteilsverwaltung verantwortungsbewusst gehandelt und durch eine Umwandlung der AVZ in eine Privatstiftung dafür gesorgt, dass alle Haftungen nach 2001 gar nicht mehr da sind und die von vor 2001 abschmelzen.

Wenn Sie sagen, Frau Kollegin, es waren im Jahr 2012 8,17 Milliarden EUR (GR Mag Dr Alfred Wansch: *Ein Vermögen ist weg!*), dann habe ich Ihnen gesagt, im Jahr 2013, weil 2013 ist nämlich eines mehr als 2012, sind es nur mehr 7,5 Milliarden EUR. Ich habe Ihnen eine Vorabinformation gegeben, sage aber, es ist eine voraussichtliche Zahl.

Also, zusammenfassend, nicht zu vergleichen, hier kluge Entscheidungen in Wien, mit einer gesetzlichen Grundlage, dort skandalöses, verantwortungsloses Verhalten in Kärnten unter Führung der FPÖ! Das ist der Unterschied! (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. - GR Mag Johann Gudenus, MAIS: *Unter Führung der SPÖ! Das ist der Unterschied!* - GR Heinz Hufnagl: *Die Wahrheit ist zumutbar!*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Liebe Freunde, wir haben Fragestunde und keine Diskutierstunde in den Reihen!

Die nächste Zusatzfrage stellt GR Baxant. - Bitte schön.

GR Petr **Baxant**, BA (Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates): Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin!

Auch ich bin in einer gewissen Hinsicht sehr davon überrascht, dass gerade die Freiheitliche Partei hier in Wien das Thema Hypo heute in der Fragestunde zum Thema macht. (GR Heinz Hufnagl: *Haltet-den-Dieb-Strategie!*) Wenn es nicht so traurig wäre, könnten wir fast ein bisschen belustigt darüber sein. Ich bin sowohl als Steuerzahler als auch als Wiener Politiker sehr darüber entsetzt und schockiert, was da passiert ist und in

den Medien kolportiert wurde. Sie haben jetzt auch schon über die politische Verantwortlichkeit gesprochen.

Ich würde Sie bitten, dass Sie vielleicht aus Ihrer Sicht noch einmal auf diese politische Verantwortlichkeit eingehen. Sie sind als Finanzexpertin und als Volkswirtschaftlerin natürlich in dieser Materie eingearbeitet und haben zu Fragen der Finanzgebarung und der Finanzverwaltung quasi so einiges drauf. Ich würde Sie gerne bitten, uns zu sagen: Können Sie sich vorstellen, wie es zu so etwas überhaupt kommen kann?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Vizebürgermeisterin.

VBgmin Mag Renate **Brauner**: Herr Gemeinderat!

Ich habe es ohnehin schon gesagt. Meine Emotion ist hier, glaube ich, auch sehr deutlich durchgekommen. Es stimmt natürlich, zum einen müssen wir uns sehr dagegen verwehren, und das ist der Zusammenhang mit der Stadt Wien, dass wir in einen Topf geworfen werden, denn es sind völlig unterschiedliche Dinge, um die es hier geht, überhaupt nicht vergleichbar! Das ist mir schon sehr wichtig! Im Interesse von uns allen, und da meine ich jetzt ausnahmsweise wirklich alle, ist es ganz wichtig, dass wir hier einfach eine deutliche Unterscheidung machen. Deswegen meine ausführliche Beantwortung, der kurze Blick in die Geschichte und auch meine Emotion. Das gebe ich gerne zu. Im Gegensatz zu dem, was da behauptet wird, sind Financer und Financerinnen nämlich nicht emotionslos.

Man muss sich vorstellen, was dieses Hypo-Desaster für uns alle bedeutet. Das ist für den Gesamtstaat in einer ohnehin schwierigen Situation noch ein Klotz am Bein. Aber das ist ein Hilfsausdruck. Das drückt uns alle nieder, wo wir ohnehin alle gemeinsam versuchen, die Bundesregierung, die Länder, und zwar über alle Parteigrenzen hinweg, aus dieser schwierigen wirtschaftlichen Situation, wo wir jeden möglichen Spielraum brauchen, herauszukommen. Sie wissen, wie ich für Investitionen kämpfe, weil Investitionen nicht nur wichtig sind für die Dinge, die wir in der wachsenden Stadt brauchen, sondern auch als Arbeitsplätze und Aufträge an die Wirtschaft. Da ist das natürlich ein unfassbarer Alb, der jetzt auf uns allen und natürlich im Endeffekt auf den Steuerzahlern und Steuerzahlerinnen liegt.

Die Frage der politischen Verantwortung liegt auf der Hand. Man muss nur schauen, wer damals zuständig war, wer den Landeshauptmann gestellt hat - die FPÖ -, wer den Finanzreferenten gestellt hat - die FPÖ. Das kann man natürlich jetzt bestreiten, aber es ist so. (GR Mag Wolfgang Jung: *Unsere Dringliche lassen Sie nicht zu und da reden Sie über die Hypo! Das ist unglaublich, Herr Vorsitzender!*) Das ist natürlich schon eine große Sorge, die wir haben, wenn man sich die Medienberichte anschaut, was damals alles passiert ist. (GR Mag Wolfgang Jung: *Das ist demokratiepolitisch bedenklich!*) Wir wissen, dass sich Gerichte jetzt mit zahlreichen Vorwürfen befassen. Ich kann nur sagen, bei uns wären, unabhängig davon, was mit dem Geld passiert ist und, wie man den Medien entnimmt, mit welchen dubiosen Partnern gearbeitet wurde, aber das ist wieder ein anderes Thema, so überhöhte und unverantwortliche Haftungen

schon früher nicht möglich gewesen, weil so eine Entscheidung nie gefällt worden wäre. Ich habe schon erwähnt, zum Höhepunkt der Hypo-Haftungen waren es 25 Milliarden EUR, das Zehnfache des Landesbudgets! Das wäre bei uns gar nicht möglich!

Jetzt haben wir auch als eines der ersten Länder eine Haftungsbegrenzung beschlossen, und das wird passieren oder ist schon passiert, ich bin nicht bei allen neun Bundesländern am Laufenden. Das heißt, es gibt jetzt verordnungsmäßig festgelegt eine Obergrenze, wie viel ein Land an Haftung überhaupt übernehmen darf. Da gibt es Kategorisierungen der Haftungen, Einser, Zweier und Dreier - ich will nicht zu sehr ins Detail gehen - und darüber hinausgehend auch noch entsprechende Regelungen der finanziellen Begrenzung. Das heißt, gar nicht möglich, aber in Wien, und das können Sie mir glauben, auch vorher schon nicht!

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich möchte nur darauf hinweisen, ich habe als Vorsitzender nicht das Recht, und ich will es auch nicht, dass ich Personen, die sich hier zum Wort melden, Antwort geben, in ihrer Äußerung einschränke. *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Fragestellung!)* Ich sage das Ihnen, Kollege Jung, weil Sie gemeint haben, es ist unglaublich, was hier gesagt wird. *(GR Mag Wolfgang Jung: Ja, nämlich nicht zum Thema!)* Es ist so. Wenn hier jemand das Wort ergreift, dann hat der Vorsitzende die Aufgabe, die Äußerung nicht zu beeinflussen, noch dazu, wenn sie zum Thema passt. Das wollte ich hier nur sagen. Es ist nicht mein Stil. Daher, damit es dann nicht irgendwelche andere Wortmeldungen gibt. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Die nächste Zusatzfrage stellt GR Mag Neuhuber. - Ich bitte darum.

GR Mag Alexander **Neuhuber** *(ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien)*: Guten Morgen, Frau Vizebürgermeisterin!

Ich glaube, man sieht an den Ereignissen rund um die Hypo Alpe-Adria, wie gut Wien damals in der SPÖ-ÖVP-Koalition beraten war, eine Begrenzung der Haftungen durch diese neue Überführung in die AVZ einzuführen. Wir haben nur mehr abschmelzende Haftungen, sind also, da gebe ich Ihnen völlig recht, in einer ganz anderen Situation. Auch historisch gesehen war Wien nie der Eigentümer. Es war immer eine andere Rechtskonstruktion. Aber Wien ist im Falle der Auflösung der AVZ der sogenannte Letztbegünstigte. Das heißt, das Vermögen der AVZ würde für den Fall, dass sie aufgelöst wird, an uns ausgeschüttet werden.

Jetzt hat sich das Thema Privatstiftung in den letzten 25 Jahren - es ist ein relativ neues Instrument - rechtlich in Österreich noch in der Form geändert. Es gibt heute immer wieder Diskussionen darüber, welche Möglichkeiten gerade Letztbegünstigte haben, welche Einsichtsmöglichkeiten, welche Mitsprachemöglichkeiten, die sehr begrenzt sind. Das hat für uns natürlich schon eine Relevanz, weil abgesehen von der theoretischen Ausschüttung bekommen wir auch Erträge in Form von Ausschüttungen an den Forschungs- und Technologiefonds der Stadt Wien.

Meine Frage ist jetzt: Welche Möglichkeiten zur Ein-

sichtnahme in das Vermögen der AVZ haben Sie? Beziehungsweise wissen wir heute konkret, welche Vermögensmasse sich in dieser Stiftung überhaupt noch befindet?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Vizebürgermeisterin.

VBgmin Mag Renate **Brauner**: Herr Gemeinderat!

Wie Sie richtig sagen, handelt es sich hier um eine Privatstiftung. Es ist in dieser Privatstiftung niemand von der Stadt Wien. Auch das haben Sie historisch richtig dargestellt. Es hat nie ein Eigentum seitens der Stadt an der Bank Austria oder all ihren diversesten Vorgängermutationen gegeben. Insofern habe ich auch keinen Einblick. Im Gegenteil, soweit ich informiert bin, gibt es sogar ein ausdrückliches Verbot, dass in den Stiftungsgremien aktive Politiker und Politikerinnen sitzen. Das heißt, ich sitze natürlich nicht drinnen, habe auch keinen Einblick.

Ich kann Ihnen nur sagen, dass in den vergangenen Jahren jeweils zwischen 7 und 9 Millionen EUR ausgezahlt wurden. Das wissen wir, weil wir mit dem WWTF sehr gut zusammenarbeiten, weil wir den WWTF auch durch direkte Dotationen der Stadt nutzen, weil dort einfach sehr gut gearbeitet wird und nicht, wie manche behaupten, deswegen, weil die Zahlungen der Privatstiftung ausgefallen sind, sondern weil zusätzliche Dotationen verwendet werden, weil eben der WWTF sehr gut und qualitativ hochwertig arbeitet. *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Für den Van der Bellen braucht ihr eine Extradotation!)* Das heißt, ich kann Ihnen keine Antwort des Einblicks in die internen Zahlen geben, aber ich kann Ihnen eine empirische Antwort geben. In den vergangenen Jahren war es ein Mal mehr, ein Mal weniger. Dass sich natürlich auch hier die Wirtschaftskrise niedergeschlagen hat, liegt auf der Hand. Aber es war immer eine konsequente Reihe, die in dieser Größenordnung ist. Insofern denke ich, dass die Stiftungsverantwortlichen, die darin sitzen, auch entsprechend verantwortungsbeusst agieren.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Die 4. Zusatzfrage stellt GR Dipl.-Ing Margulies. - Bitte.

GR Dipl.-Ing Martin **Margulies** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Vielleicht noch einmal ganz kurz zurück zur Hypo Alpe-Adria, insbesondere zur Fragestellung und zur Bemerkung, das Land Kärnten hätte einen Gewinn von 200 Millionen EUR aus der Haftungsprovision bekommen *(GR Mag Wolfgang Jung: Hat!)*: Ich erlaube mir, diesbezüglich kurz festzustellen, dass die FPÖ anscheinend überhaupt nicht lernfähig ist, wenn sie das finanzpolitische Gebaren der Kärntner Freiheitlichen als positiv bewertet, stehen doch 200 Millionen EUR an Haftungsprovision bis zu 19 Milliarden EUR Kosten für alle Steuerzahler und Steuerzahlerinnen gegenüber. Ich halte es wirklich für eine bodenlose Frechheit und für ein Zeugnis der Nichtlernfähigkeit, jetzt der Hypo-Alpe-Adria-Haftung auch noch etwas Positives abgewinnen zu wollen.

Daher die konkrete Frage betreffend die Haftungen Bank Austria und Wien. Sie haben die gesetzliche Grundlage schon erklärt. Wurden jemals Haftungen, die

die Stadt Wien für die Bank Austria übernommen hat, schlagend?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Vizebürgermeisterin.

VBgmin Mag Renate **Brauner**: Herr Gemeinderat!

Nein, es sind keine Haftungen schlagend geworden. (GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Ausfallhaftung!) Es ist auch extrem unwahrscheinlich, wie uns alle Experten und Expertinnen sagen, denn es ist eine subsidiäre Haftung. (GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Das ist unglaublich!) Vor lauter Aufregung und Emotion über dieses Thema kommen die Buchstaben fast irgendwie falsch heraus. Es ist hier eine Vielzahl an Maßnahmen vorweg nötig, die gesamte Abwicklung der Bank Austria, und dann würde erst unsere Haftung schlagend werden. Das heißt, es wurde bisher nicht schlagend und es ist auch extrem unwahrscheinlich.

Nichtsdestotrotz, im Gegensatz zu der allgemeinen Legende, dass das alles geheim wäre, weisen wir, weil wir eben sehr korrekt und transparent sind, diese Haftung immer im Rechnungsabschluss aus. Dort kann man auch, wie die Frau Kollegin richtig gesagt hat, jeweils den Stand der Dinge nachlesen.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Die 5. Zusatzfrage stellt GRin Mag Dr Kappel.

GRin Mag Dr Barbara **Kappel** (Klub der Wiener Freiheitlichen): Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin!

Es wird weder Ihnen noch dem sehr geehrten Herrn Margulies gelingen, den Skandal der Hypo Alpe-Adria der Freiheitlichen Partei in die Schuhe zu schieben (GR Dipl-Ing Martin Margulies: Weil man es eh weiß!), denn Sie beide wissen ganz genau, dass die Organbeschlüsse in Kärnten dafür von der FPÖ, der ÖVP und auch von der SPÖ gemeinsam getragen wurden, a) (GR Dipl-Ing Rudi Schicker: Wann waren denn die Rechnungsabschlüsse für diese zugänglich?) und b), dass im Jahr 2009, als die Bank an die Bayern verkauft wurde, es ein Testat der Österreichischen Nationalbank gab, in welchem die Hypo Alpe-Adria als „not distressed“ bezeichnet wurde. Das heißt, bis 2009 war das keine Pleitebank! Eine Pleitebank ist die Hypo Alpe-Adria Bank erst dann geworden, als die Bundesregierung die Bank verstaatlicht hatte! (Beifall bei der FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.)

Den Schaden hat also die österreichische Bundesregierung verursacht, der auch Ihre Fraktion angehört, Frau Stadträtin! (GRin Mag Martina Wurzer: Das glauben Sie doch selbst nicht!) Und deshalb fordern wir auch einen Untersuchungsausschuss auf Bundesebene! Wenn alles so klar ist, wie Sie es hier sagen, dann wundert es mich, dass Ihre Fraktion und die Fraktion der ÖVP diesem Ausschuss nicht zustimmen! Warum stimmen Sie dem Untersuchungsausschuss nicht zu? (Beifall bei der FPÖ.)

Um wieder zu den Fakten zurückzukommen: Die Gemeinde Wien hat eine Ausfallhaftung für die Bank Austria. Das ist richtig. Aber kein Institut der Welt würde eine solche Ausfallhaftung geben, ohne dafür eine Haftungsprovision zu bekommen. Ich bin erstaunt, dass Sie diese Diskussion immer in ein populistisches Eck hinein-

drängen. Bleiben wir doch bei den Fakten! Es war nicht ideal, aber die Kärntner haben Haftungen übernommen. (Heiterkeit bei SPÖ und GRÜNEN.) Vergessen Sie aber nicht, dass die Gemeinde Wien 2001 122 Milliarden EUR an Haftungen hatte! Lesen Sie nach im Rechnungsabschluss 2001! Also, so clever war das nicht! Die Kärntner bekamen für ihre Haftungen immerhin 200 Millionen EUR an Provisionen und die Gemeinde Wien bekommt für ihre Haftungen nichts, rein gar nichts!

Jetzt frage ich Sie noch einmal, Frau Vizebürgermeisterin: Werden Sie mit dem zuständigen Gremium, das heißt, dem Vorstand der Bank Austria, in Kontakt treten, um für die Gemeinde Wien eine Haftungsprovision für unsere Haftungen auszuverhandeln? (Beifall bei der FPÖ.)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Vizebürgermeisterin.

VBgmin Mag Renate **Brauner**: Frau Gemeinderätin!

Ich werde Ihnen jetzt nicht aufzählen, was alles an Katastrophen im Zusammenhang mit der Hypo Alpe-Adria passiert ist. (GRin Mag Dr Barbara Kappel: Das interessiert mich nicht!) - Das glaube ich, dass Sie das nicht hören wollen (GRin Uta Meyer: Das ist ja nicht die Frage!), aber es ist allgemein bekannt und wir alle leiden darunter! Verantwortlich für den Hypo-Skandal waren der damalige Landeshauptmann, Landesfinanzreferenten, alle von der FPÖ! Das heißt, Sie sind hier in der politischen Verantwortung! Da können Sie sich nicht wegstellen! Das Einzige, was hier zu klären ist, liegt bei den Gerichten, die schon damit beschäftigt sind, bei den jeweils Zuständigen, soweit sie noch am Leben sind, entsprechend gerichtlich zu klären, wie diese Verantwortung, die für den Hypo-Skandal politisch ganz klar bei der FPÖ liegt, zu werten ist. Das ist jetzt das Gebot der Stunde! (Beifall bei der SPÖ.)

Zum zweiten Punkt: Sie können mich noch drei Mal nach diesen Provisionen fragen, weil Sie vergessen jedes Mal ein klitzekleines Wörtchen, nämlich ex lege, gesetzlich verpflichtete Haftungen, nicht freiwillige, aus Gründen, die die Gerichte zu klären haben, warum die FPÖ-Regierung in Kärnten diese Haftungen übernommen hat! Das sind gerichtsanhängige Fragen! Das ist Ihre Politik! Unsere Politik ist die, dass wir uns an Gesetze halten. Diese gesetzlichen Haftungen, die ganz genau und sehr sachlich vom Herrn Kollegen beschrieben wurden, sind gesetzliche, sind entsprechend abschmelzend nur in absolut wirklich dritter Reihe und nicht gefährlich. Diese Skandale gibt es in Wien nicht, im FPÖ-geführten Kärnten schon! Das ist der Unterschied! Da, sehr geehrte Damen und Herren von der FPÖ, können Sie sich auch nicht ausreden! Das liegt offensichtlich auf dem Tisch! Alle wissen, was sie daraus zu werten haben!

Leider müssen wir alle zahlen! Die jungen Leute, die oben auf der Galerie gerade gekommen sind, müssen mitzahlen für die verantwortungslose Politik der Freiheitlichen in Kärnten! (GRin Mag Dr Barbara Kappel: Der Bundesregierung!) Das ist in Wirklichkeit der Skandal! Da kann man sich bei diesen jungen Leuten nur entschuldigen! Aber eigentlich müssten Sie sich entschuldigen, weil Sie dafür verantwortlich sind! (Beifall bei SPÖ)

und GRÜNEN. - GR Mag Wolfgang Jung: Das nützt Ihnen nichts!)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Ich danke für die Beantwortung der 3. Anfrage.

Ich möchte gleich mit einem Dank fortfahren. Die 4. Anfrage (FSP - 00200-2014/0001 - KVP/GM) wurde von der ÖVP dankenswerterweise zurückgezogen. Sie wäre an den Herrn Amtsf StR Mailath-Pokorny gerichtet gewesen, der, wie wir schon gehört haben, heute entschuldigt ist. Es kommen daher noch zwei Anfragen zum Aufruf, nämlich die 5. Anfrage (FSP - 00535-2014/0001 - KFP/GM), die von Herrn GR Ing Rösch gestellt wurde und an die Frau amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales gerichtet wurde (*Der Generaldirektor des Wiener Krankenanstaltenverbundes (KAV), Dr Wilhelm Marhold, wird mit 31. Mai 2014 in Pension gehen und sich als Facharzt für Frauenheilkunde und Geburtshilfe vermehrt der Tätigkeit in seiner Ordination widmen. So beginnt eine Pressemeldung vom 4. Dezember 2013. Da der Wiener Krankenanstaltenverbund europaweit eine der größten Gesundheitseinrichtungen ist stellt sich die Frage, wann die Stelle des Generaldirektors des Wiener Krankenanstaltenverbundes nachbesetzt und auch öffentlich ausgeschrieben wird?*), und dann natürlich noch die 6. Anfrage.

Bitte, Frau Stadträtin!

Amtsf StRin Mag Sonja **Wehsely**: Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren!

Herr Gemeinderat, Sie fragen mich, wann die Stelle des Generaldirektors des Krankenanstaltenverbundes nachbesetzt und öffentlich ausgeschrieben wird.

Die Ausschreibung wird erfolgen, nachdem der derzeitige Generaldirektor in Pension gegangen ist, was am 31. Mai des heurigen Jahres der Fall ist. Danach wird ausgeschrieben.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke schön.

Bevor ich die 1. Zusatzfrage aufrufe, möchte ich mich ganz herzlich für die Anwesenheit der Schüler und Schülerinnen der Berufsschule für Verwaltungsberufe in der Castelligasse bedanken. Herzlich willkommen im Wiener Gemeinderat! (*Allgemeiner Beifall.*)

Die 1. Zusatzfrage stellt GR Ing Rösch. - Bitte schön.

GR Ing Bernhard **Rösch** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Frau Stadträtin!

Ich hoffe, der KAV ist dann nicht führungslos, aber es wird schon alles seine Richtigkeit haben. (*GR Kurt Wagner: Wofür haben wir einen Generaldirektor-Stellvertreter?*) Gibt es anschließende Verträge für Herrn Dr Marhold, Konsulentenverträge, zusätzliche Abfertigungen - ich glaube, ein Jahr steht im Vertrag - oder sonstige Vergünstigungen?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Stadträtin.

Amtsf StRin Mag Sonja **Wehsely**: Herr Gemeinderat! Nein. (*Beifall von GR Dipl-Ing Rudi Schicker.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Dann kommen wir zur 2. Zusatzfrage. Sie ist von Frau GRin Korosec gestellt. - Bitte schön.

GRin Ingrid **Korosec** (*ÖVP-Klub der Bundeshaupt-*

stadt Wien): Grüß Gott, Frau Stadträtin!

Eine Ära geht zu Ende, zehn Jahre Dr Marhold. Sie wissen, Frau Stadträtin, sowohl der Rechnungshof als auch der Stadtrechnungshof und die Oppositionsparteien haben sehr viel Kritik an mangelnder Transparenz, an wenig Effizienz, an wenig Wirtschaftlichkeit geübt. Das heißt, es kommt jemand Neuer, die Spitzenposition wird neu besetzt. Das lässt einmal positiv hoffen.

Auf der anderen Seite haben Sie auch ein neues Kapitel in der Gesundheitspolitik aufgeschlagen. Es sind derzeit nur Ansagen. Ich meine, die Durchführung werden wir uns ansehen. Aber das stimmt auch positiv.

Dass mein Optimismus jetzt ein bisschen getrübt wird, war Ihre erste Antwort, wo Sie gesagt haben, es wird nach dem 31. Mai nachbesetzt. Es ist Ihnen bekannt, Frau Stadträtin, dass ich jahrzehntelang in der Privatwirtschaft war. Ich kann Ihnen sagen, es ist unvorstellbar, wenn man es ein halbes Jahr vorher weiß. Ein halbes Jahr haben Sie es auf alle Fälle gewusst, weil am 4. Dezember war es bereits eine APA-Meldung. Es ist anzunehmen, Sie haben es sogar schon länger gewusst. In der Privatwirtschaft ist es unvorstellbar, dass man für diese Position nicht sofort Überlegungen anstellt, nicht sofort eine Ausschreibung macht, weil wir wissen, solche Spitzenpositionen, die international ausgeschrieben werden müssen, hat man nicht am nächsten Tag, es dauert in etwa ein halbes Jahr, kann man durchschnittlich sehen.

Daher meine Frage: Wieso, Frau Stadträtin, versäumen Sie so viel Zeit und machen die Ausschreibung erst nach dem 31. Mai, wohl wissend, dass natürlich der Stellvertreter eintritt, wenn der Generaldirektor nicht da ist? Aber das kann ja nicht die Lösung sein!

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Stadträtin.

Amtsf StRin Mag Sonja **Wehsely**: Frau Kollegin Korosec!

Ich sehe das anders. Und zwar sieht es anders aus auf Grund meiner Erfahrung, aus der Privatwirtschaft kommend, dass Unternehmen, und das sind alle Unternehmen, die wie Unternehmen geführt werden, eben nicht nur einen Generaldirektor, sondern auch einen Vorstand haben, wo einer davon meistens Generaldirektor- oder Generaldirektorin-Stellvertreter oder -Stellvertreterin ist und das System so aufgestellt sein muss. Weil sonst geht irgendetwas schief, wenn der Einser, und zwar absehbar, ausfällt und es nicht mehr funktioniert.

Ich möchte ganz ehrlich sagen, Herr Dr Marhold hat sehr große Verdienste um das Gesundheitswesen und um das Spitalswesen in dieser Stadt. Mir ist es daher menschlich wichtig, und Sie haben selbst von einer Ära gesprochen, und ich nehme ihre Worte und teile sie, und halte ich es für richtig, dass wir uns mit der Frage der definitiven Nachbesetzung nach seinem Ausscheiden beschäftigen, weil wir ein sehr gutes Management haben und weil aus der Vertretung, auch der Vertretung des Generaldirektors - der Generaldirektor-Stellvertreter vertritt den Generaldirektor, wenn er nicht da ist, und zwar im gesamten Bereich -, kein Problem entsteht. (*GR*

Mag Wolfgang Jung: Beim Bürgermeister machen wir das in Zukunft auch so!) Ich halte das für die richtige Vorgangsweise, auch in Bezug auf die Leistungen des Herrn Dr Marhold. (Beifall bei der SPÖ. - GR Mag Wolfgang Jung: So ein Unsinn!)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Die 3. Zusatzfrage stellt GRin Dr Kickert. - Bitte.

GRin Dr Jennifer **Kickert** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Ich möchte mich dem Dank und den Worten an den Herrn Generaldirektor anschließen.

Ich möchte aber jetzt in Bezug auf das neue Kapitel im Gesundheitswesen, das Sie aufgeschlagen haben, und der bereits angedeuteten Änderung der Ära im Spitalswesen fragen: Welche sind aus Ihrer Sicht die größten Herausforderungen für eine zukünftige Generaldirektorin oder einen zukünftigen Generaldirektor des Krankenanstaltenverbundes?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Stadträtin.

Amtsf StRin Mag Sonja **Wehsely**: Frau Gemeinderätin!

Die Schienen sind gelegt. Der Zug fährt. Aber da gibt es natürlich unterschiedliche Stationen. Wir haben mit dem gemeinsamen Beschluss des Wiener Spitalskonzepts 2030 einen genauen Plan, der der Umsetzung harret. Vielleicht machen wir einmal gemeinsam eine Bustour zu allen Baustellen, wo bereits konkret umgesetzt wird. Aber es liegt hier auch noch sehr viel vor uns. Die Umsetzung dieses politisch einstimmig beschlossenen Konzeptes ist die große Herausforderung, die uns die nächsten 10 bis 15 Jahre gemeinsam beschäftigen wird, sowohl die Politik als auch das Management.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Die 4. Zusatzfrage stellt GR Ing Rösch. - Bitte.

GR Ing Bernhard **Rösch** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Frau Stadträtin!

Bei der Nachbesetzung des Bürgermeisters werden Sie sich hoffentlich nicht auch erst wesentlich nachher Gedanken machen. Ich bin mir sicher, Sie werden sich schon davor Gedanken machen. Aber das sei so dahingestellt! (*GR Dipl-Ing Rudi Schicker: Das war jetzt ein Witz! Ist aber nicht gut gekommen! - GR Heinz Vettermann: Das hätte lustig sein sollen, war es aber nicht! Ist danebengegangen!*)

Es wird natürlich auch darüber nachgedacht, warum Dr Marhold schon jetzt in Pension geht. Er ist noch nicht 65, so wie wir alle anstreben, erst mit 65 in Pension zu gehen. Also, es ist schon wesentlich früher. Jetzt wird natürlich überall gemunkelt: Warum muss er denn gehen? Sind es die schlechten wirtschaftlichen Daten? Sind es die schlechten personellen Daten, wo wir aus vielen Krankenhäusern hören, wie es dort menschlich zugeht, wo Mitarbeiter der Personalvertretung, FSG, muss man dazusagen, weil es sind die roten Arbeitnehmer, die immer wieder Probleme machen, wenn es dahin geht, dass man sie um Hilfe bittet, und in die nächsten Etagen hinaufkommt und dann an und für sich wirklich skandalöse Repressalien erfährt? (*GR Dipl-Ing Rudi Schicker: Reden Sie konkret, Herr Rösch! Was Sie*

erzählen, sind nur allgemeine Leerplätze!) Es geht hin, wie wenn unbequeme Mitarbeiter, die in dem Unternehmen kritisch sind, sogar Personalvertreter, sich per Gericht wieder einsetzen lassen müssen, weil Sie ganz einfach des Hauses verwiesen werden, die Prozesse alle gewinnen und diese sich dann natürlich aufbäumen und versuchen, das System von innen zu reformieren.

Jetzt ist natürlich die Frage: Wird sich die Frau Stadträtin bei der nächsten Auswahl ein Kriterium einfallen lassen, wo man eine menschlichere Führung im KAV sicherstellen kann?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Stadträtin.

Amtsf StRin Mag Sonja **Wehsely**: Herr Gemeinderat!

Ich danke Ihnen für die kurze Rede und die nicht ganz klare Frage, weil sie vor allem den jungen Kolleginnen und Kollegen, die heute hier bei uns sind, ein ganz klares Bild von der FPÖ macht.

Ich kann Ihnen sagen, dass wir die Besetzung der Position selbstverständlich so vornehmen werden, dass auch in Zukunft garantiert ist, dass der Krankenanstaltenverbund, wie auch jetzt, sehr gut, sehr sozial und sehr menschlich geführt wird. Wissen Sie, Herr Kollege, es werden unwahre Dinge nicht deshalb wahr, weil man Sie immer wieder wiederholt! Es scheint mir ein bisschen so, wie wenn die Journalisten manchmal sagen, sie müssen über ein Thema reden, weil es dauernd in der Zeitung steht, aber die Einzigen, die darüber reden und schreiben, sind sie selbst. Das ist Methode der FPÖ, aber diese Stadt ist nicht FPÖ, und das ist gut so! (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. - GR Ing Bernhard Rösch: Es gibt Gerichtsurteile darüber!*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Damit ist die 5. Anfrage behandelt.

Wir kommen nun zur 6. und letzten Anfrage (*FSP - 00534-2014/0001 - KFP/GM*) der Fragestunde. Sie wurde von Herrn GR Prof Dr Frigo gestellt und ist gleichfalls an die amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales gerichtet. (*AKIM - das AKH- Informationsmanagement als gemeinsames Projekt der Stadt Wien (AKH Wien) und der Medizinischen Universität Wien (Med Uni Wien) hat bereits 60 Millionen EUR gekostet. Auf Grund der noch anzuschaffenden Hardware und des derzeitigen Rollouts des AKIM-Grundpaketes sind weitere Millionen an Kosten zu erwarten. Wie hoch sind die geschätzten Gesamtkosten bis zum Ende der Rolloutperiode des AKIM-Grundpaketes, das mit Ende 2014 veranschlagt wurde?*)

Bitte, Frau Stadträtin.

Amtsf StRin Mag Sonja **Wehsely**: Sehr geehrter Herr Professor!

Sie fragen mich, wie hoch die geschätzten Gesamtkosten bis zum Ende der Rollout-Periode des AKIM-Grundpaketes sind, das mit Ende 2014 veranschlagt wurde.

Hochgerechnet auf das Projektende sind die Kosten 52,4 Millionen EUR. Dazu kommen noch die Personalkosten im Bereich des AKH und der MedUni Wien. Wenn man diese hinzuzählt, ergeben sich Gesamtprojektkosten von 60 Millionen EUR.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Die 1. Zusatzfrage stellt GR Prof Dr Frigo. - Bitte.

GR Univ-Prof Dr Peter **Frigo** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Frau Stadträtin!

Im Zusammenhang mit dieser Rollout-Periode stellt sich für uns im AKH eine Frage. Es gab hier eine Umfrage an mehrere Abteilungen. Ich bleibe bei den Fakten vom Rechnungshof, dass das AKIM relativ lang braucht. Dazu braucht man eben neue Server beziehungsweise auch mehr Personal. Es fehlen derzeit zirka 400 Schreibkräfte im AKH. Ist hier an eine Personalaufstockung bei Schreibkräften gedacht?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Stadträtin.

Amtsf StRin Mag Sonja **Wehsely**: Herr Gemeinderat!

Das Projekt AKIM ist hier, seit es Herr Direktor Wetzlinger in die Hand genommen hat, und auch das steht im Rechnungshofbericht, sehr gut unterwegs. Wir werden 2014 die Ausrollung fertig haben. Ein Teil davon sind natürlich auch die Personalfragen. Das, was notwendig ist, ist hier bereits genehmigt und ist in den von mir genannten fast 8 Millionen EUR zusätzlichen Personalkosten, die auf beiden Seiten, sowohl Stadt Wien als auch MedUni, notwendig sind, bereits einberechnet.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Die nächste Zusatzfrage stellt GR Ing Mag Dworak. - Bitte.

GR Ing Mag Bernhard **Dworak** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Einen schönen guten Morgen, Frau Stadträtin!

Ich möchte mich auf das Thema „impuls“ und AKIM beziehen. Wir hatten damals eine Kontrollamtsprüfung. Der Stadtrechnungshof überprüfte im 2. Quartal 2013 stichprobenartig die Funktionsweise des „impuls“, der Patientendokumentation in den KAV-Spitälern SMZ-Ost, Rudolfstiftung und Wilhelminenspital. Dabei wurden einige Mängel festgehalten. Wenn jetzt schon bei der Umstellung vom alten KIS-System auf das neue „impuls“-System solche Schwierigkeiten entstanden sind, befürchten wir, dass das natürlich bei der Implementierung des AKIM im AKH noch komplizierter und noch komplexer wird. Das AKIM muss auch mit dem „impuls“ funktionieren.

Jetzt meine Frage: Welche Vorkehrungen unter Einbindung des Personals des AKH - Sie haben heute schon darüber gesprochen, dass das AKH-Personal unter Umständen vielleicht doch zu wenig ist oder es wurde hier darüber diskutiert und es geht auch um das Personal in den anderen KAV-Spitälern -, welche Maßnahmen, um dieses reibungslose Zusammenspiel zwischen AKIM und „impuls“ zu gewähren, welche Voraussetzungen sind da? Was haben Sie vorgesehen?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Stadträtin.

Amtsf StRin Mag Sonja **Wehsely**: Herr Gemeinderat!

Ich denke, dass es auf der einen Seite wichtig ist, dass wir jetzt bei AKIM ganz klar sehen, wie die Ausrollung funktioniert und dass es bei „impuls“ auch so ist, dass von Anfang an die verschiedenen Nutzergruppen einbezogen worden sind, und hier auch durch die ausgewiesenen Expertinnen und Experten die Implementie-

rung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Anfang an funktioniert. Weil es darauf ankommt: Die EDV soll nicht das Arbeiten behindern, sondern unterstützen. Das ist mir immer ganz besonders wichtig. Das sehen die EDV-Menschen manchmal nicht so. Da ist es wichtig, großen Druck in diese Richtung zu machen. Da bin ich sehr optimistisch. In den Bereichen, wo das pilotiert wird, weil man das ja nicht gleich überall ausrollt, sondern man es einmal probiert und dann schaut, was noch geändert wird, funktioniert es sehr gut. Dass vor allem auch die Rückmeldungen, die dann von den Usern kommen, dazu führen, dass das Programm geändert wird, ist mir ganz wichtig, sozusagen kein Änderungsmanagement, das dann dazu führt, dass irgendwie Kosten explodieren, sondern das ist ein Teil, der konkret von Anfang an im Prozess war: Ausrollen, ausprobieren, Feedback und dann die Usability zu erhöhen. Das funktioniert sehr gut.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Die letzte Zusatzfrage stellt GR Prof Dr Frigo. - Bitte.

GR Univ-Prof Dr Peter **Frigo** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Frau Stadträtin!

Ich danke für die Antwort, vor allem mit den Gesamtkosten von doch relativ unglaublichen 60 Millionen EUR für das Computersystem fürs AKH.

Es hat sich eben im Zuge der Umfrage die Frage gestellt, dass man auch die Hardware ersetzen muss.

Jetzt wollte ich eben fragen: Wie schaut es mit dieser Hardware-Geschichte aus? Hardware heißt auch Server, heißt Computer selbst, heißt natürlich auch Leitungen, heißt natürlich auch Entsorgung der alten Hardware, heißt letzten Endes vielleicht auch im Hintergrund neue Visitenwagen. Ist das letzten Endes auch schon budgetiert?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Stadträtin.

Amtsf StRin Mag Sonja **Wehsely**: Herr Prof Frigo!

In diesen 52,4 Millionen EUR Gesamtkosten, plus dann diese knapp 8 Millionen EUR Personalkosten, sind die zusätzlich erforderlichen Hardware-Ausgaben bereits drinnen. Das ist eine Teilmenge. Deshalb ist es auch, wie Sie sagen, ein hoher Betrag. Aber das beinhaltet wirklich den gesamten Bereich, also Software, Hardware und Personal.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Sehr geehrte Frau Stadträtin, ich bedanke mich für die Beantwortung der 6. Anfrage.

Die Fragestunde ist damit geschlossen.

Wir kommen nun zur Aktuellen Stunde. Der Klub der Sozialdemokratischen Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates hat eine Aktuelle Stunde mit dem Thema „Interessen der Wiener ArbeitnehmerInnen sind in der Wiener Stadtpolitik gut aufgehoben!“ verlangt. Das Verlangen wurde gemäß § 39 Abs 2 der Geschäftsordnung ordnungsgemäß beantragt. Ich bitte die Erstrednerin, Frau GRin Teiber, die Aktuelle Stunde zu eröffnen, wobei ich bemerke, dass ihre Redezeit mit zehn Minuten begrenzt ist.

GRin Barbara **Teiber** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrter Herr Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren!

Sehr geehrte Gäste auf der Zuhörergalerie!

Der Titel unserer heutigen Aktuellen Stunde lautet: „Die Interessen der Wiener ArbeitnehmerInnen sind in der Wiener Stadtpolitik gut aufgehoben!“

Trotz wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist der Beschäftigungsstand in Wien im letzten Jahr um 0,6 Prozent gestiegen. Das ist in einem enorm schwierigen wirtschaftlichen Umfeld, wo europaweit das Wirtschaftswachstum nur mäßig oder gar nicht steigt, beachtlich. Gleichzeitig ist auch das Arbeitskräftepotenzial um 1,4 Prozent angewachsen. Somit haben wir es in unserer Stadt mit einer steigenden Arbeitslosigkeit zu tun und müssen auch dagegen ankämpfen. Umso bedeutender ist es, dass Wien mit öffentlichen Investitionen massiv gegensteuert. Die Stadt Wien unternimmt zahlreiche Anstrengungen und investiert laufend in aktive Arbeitsmarktpolitik. Neben den Mitteln, die dem AMS Wien zur Verfügung stehen, werden in Wien allein für aktive Arbeitsmarktpolitik 50 Millionen EUR in die Hand genommen und investiert.

Ein ganz zentrales Vorhaben der rot-grünen Stadtregierung ist die Umsetzung des Qualifikationsplans Wien 2020, der mit Sozialpartnern erarbeitet wurde und zahlreiche Maßnahmen beinhaltet, von denen die Wiener und Wienerinnen, übrigens, in Österreich geboren oder nicht, massiv profitieren werden. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Die Höherqualifikation von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen ist ein Gebot der Stunde. Eine geringe Formalqualifikation erhöht das Risiko, arbeitslos zu werden, um ein Vielfaches.

So unterstützt der Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds schon heuer verstärkt arbeitssuchende Menschen, die neue Qualifikationen erwerben wollen, und auch Wiener Unternehmen mit Bedarf an speziell qualifizieren MitarbeiterInnen. Konkret bedeutet allein diese Initiative neue Job- und Ausbildungschancen für 1 300 arbeitssuchende Menschen in unserer Stadt. Insgesamt werden nur für diese Maßnahme 1,6 Millionen EUR an Fördermittel in die Hand genommen.

Wie wichtig andere zentrale Investitionen der rot-grünen Stadtregierung sind, zeigt sich auch an den Auswirkungen für den Arbeitsmarkt. Allein der Gratiskindergarten beispielsweise ermöglicht es nicht nur vorwiegend Müttern, schneller in den Beruf zurückzukehren, sondern diese Maßnahme selbst schafft hunderte neue Arbeitsplätze. In anderen Bundesländern können Mütter und Väter auf Grund fehlender Betreuungsplätze von einem raschen beruflichen Wiedereinstieg nur träumen. So lässt sich auch die mit Abstand höchste Frauenerwerbsquote in Wien mit fast 80 Prozent erklären. In Folge gibt es in Wien auch die geringsten Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen. Das sind Tatsachen, die nicht einfach vom Himmel fallen, sondern das ist das Ergebnis einer Politik, die die richtigen Prioritäten für die Menschen in dieser Stadt setzt! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Auch die Investitionen Wiens in den sozialen Wohnbau dämpfen nicht nur die Mietpreise, sondern sichern selbst zahlreiche Arbeitsplätze in der Baubranche. Wien

als lebenswerteste Stadt zieht immer mehr Touristen und Touristinnen an. In Folge entstehen hunderte neue Arbeitsplätze in der Tourismusbranche. Damit dies aber auch Arbeitsplätze sind, von denen Menschen leben können, sind nicht zuletzt die Sozialpartner gefordert. Damit sich Arbeiten gerade im Niedriglohnbereich wieder auszahlt, ist auch eine rasche Steuerreform dringend notwendig, die insbesondere den Einstiegssteuersatz senkt.

An diesem Punkt sei mir eine kurze Anmerkung in Richtung der FPÖ-VertreterInnen erlaubt: Eine Steuerreform, die die Senkung des Einstiegssteuersatzes beinhaltet und die für ArbeitnehmerInnen auch wirklich spürbar ist, muss gegenfinanziert werden. Wenn Ihnen der so oft strapazierte zitierte kleine Mann wirklich wichtig ist, dann sollten Sie sich endlich dazu durchringen, auch für die Einführung einer Vermögensbesteuerung einzutreten. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Millionäre - absichtlich nur männlich - müssen mehr zum Steueraufkommen beitragen. Das ist eine Frage der Gerechtigkeit. Wir brauchen Steuermittel, um gezielt investieren und damit wichtige Dinge, auch Dinge, die von Seiten der Opposition gefordert sind, finanzieren zu können.

Zurück zum Arbeitsmarkt: Jeder Cent, den die rot-grüne Stadtregierung in Ausbildung und aktive Arbeitsmarktpolitik investiert, ist gut investiertes Geld. Es ist eine Investition in die Zukunft, eine Investition in die Zukunft der Menschen unserer Stadt. Hier spielt der WAFF eine ganz besondere Rolle. Viele ArbeitnehmerInnenvertreterInnen aus anderen Bundesländern, denen ich begegne, blicken wirklich neidvoll auf Wien. Im Speziellen möchte ich da die offene Arbeitsstiftung des WAFF erwähnen, eine Unterstützungsleistung, die KollegInnen angeboten wird, die von massivem Jobabbau betroffen sind und die kein anderes Bundesland in der Form vorzuweisen hat. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Die Wiener Stadtpolitik steht für eine gute Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern, mit Gewerkschaften, Arbeiterkammer und Wirtschaftskammer. Bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist nicht nur die Politik selbst gefragt. Da spielen natürlich auch die Sozialpartner eine ganz wichtige Rolle. Da wir leider damit rechnen müssen, dass bei der angespannten Lage am Arbeitsmarkt die Arbeitslosigkeit nicht so schnell sinken wird, sind alle, die wirklich Interesse an der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit haben, dazu aufgerufen, über neue Wege nachzudenken, welche Rahmenbedingungen es braucht, gute Arbeitsplätze in Wien schaffen zu können. Da, auch ein Satz, ist insbesondere die Wirtschaft gefordert, denn letztendlich sind es die Unternehmen, die neue Jobs schaffen. Leider halten sich aber nicht alle Unternehmen an geltende Spielregeln. Allein die Arbeiterkammer hat letztes Jahr 270 000 Mal Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen zu Arbeitsrechtsfragen beraten und über 30 Millionen EUR allein vor dem Arbeits- und Sozialgericht für Beschäftigte erstritten. Wir in der Arbeiterkammer, übrigens, Herr Rösch, auch in der Gewerkschaft, tun wirklich etwas für Menschen und reden nicht nur, sondern handeln auch! *(Beifall bei SPÖ und GRÜ-*

NEN.)

Ich hoffe übrigens, dass die wichtige Rolle der Arbeiterkammer für die Interessendurchsetzung der Beschäftigten von allen anerkannt wird und dass es nicht mehr vorkommt, wie wir es schon einmal von Seiten der FPÖ erlebt haben, dass eine radikale Kürzung der Arbeiterkammerumlage gefordert wird, was de facto eine komplette Einschränkung der Serviceleistungen der Arbeiterkammer für Beschäftigte bedeuten würde.

Als Gewerkschafterin ist mir auch wichtig zu betonen, dass es auch gut ist für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, dass in unserer Stadt, in Wien, die PolitikerInnen manches nicht tun, was andernorts mittlerweile leider üblich ist. Was meine ich damit? Die zehntausenden Handelsbeschäftigten, die sich in allen Befragungen zu weit über 90 Prozent gegen die Sonntagsöffnung aussprechen, wissen, dass sie sich in Wien auf Bgm Häupl verlassen können. In Wien ist er Garant dafür, dass es keine Tourismuszonen gibt, die die Ladenöffnungszeitenregelungen aushebeln, was nämlich bedeutet, dass tausende Handelsangestellte, vorwiegend Frauen, viele mit kleinen Kindern, am Sonntag arbeiten gehen müssten.

Starke Interessenvertretungen für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen und eine Politik, die die richtigen Prioritäten im Interesse der Beschäftigten setzt, sind heutzutage wichtiger denn je, denn leider kommt in vielen Fällen die Wirtschaftskrise erst jetzt bei den arbeitenden Menschen an. Als verantwortungsvolle Politiker und Politikerinnen müssen wir darauf achten, dass die fast allorts ausgerufene Sparpolitik nicht noch mehr Arbeitsplätze kostet. Diverse Studien belegen, dass öffentliche Investitionen, gerade Investitionen in den Dienstleistungsbereich, die größten positiven Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt haben. Für die rot-grüne Stadtregierung darf ich sagen, dass sie sich weiter unermüdlich für die Besserung der Lage am Wiener Arbeitsmarkt einsetzen wird. Denn für uns ist die Krise erst dann abgewendet, wenn die Arbeitslosigkeit wieder sinkt und nicht schon dann, wenn die Aktienkurse wieder steigen! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Das ist zumindest unser Selbstverständnis, auf das sich die Wiener und Wienerinnen verlassen und auf das sie vertrauen können.

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik** *(unterbrechend)*: Frau Kollegin, ich bitte um Ihren Schlusssatz. Ihre Redezeit ist bereits abgelaufen.

GRin Barbara **Teiber** *(fortsetzend)*: Ich werde mich bessern.

Die Maßnahmen des WAFF, der Gratiskindergarten, der Ausbau des öffentlichen Verkehrs, der Ausbau des Angebots an Ganztagschulen, generell der Einsatz für mehr Gerechtigkeit, all das macht Wien zur lebenswertesten Stadt, auch und gerade für die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen! - Danke. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Für weitere Wortmeldungen bringe ich in Erinnerung, dass sich die Damen und Herren des Gemeinderates nur ein Mal zum Wort melden dürfen und ihre Redezeit mit fünf Minuten

begrenzt ist. Als nächster Redner hat sich Herr GR Dipl.-Ing. Stiftner gemeldet. - Ich erteile ihm das Wort.

GR Dipl.-Ing. Roman **Stiftner** *(ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien)*: Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren!

Es ist schon mutig von der SPÖ, selbstgewählt das Thema Arbeitsmarktpolitik in der Aktuellen Stunde direkt aufzurufen. Wenn man sich nämlich die Zahlen anschaut, dann hätten Sie allen Grund, eher den Mantel des Schweigens über die Arbeitsmarktpolitik in Wien zu hüllen!

Aber vielleicht sehen Sie das anders, denn Wien hat in der Tat einen Spitzenplatz. Die Stadt hat nämlich 110 000 Arbeitslose. 30 000 Personen verstecken Sie zusätzlich statistisch in Schulungen. Wien hat damit strukturell die höchste Arbeitslosigkeit in ganz Österreich. Überdurchschnittlich viele ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind betroffen. Die Verweildauer in dieser bedauerlichen Situation ist im letzten Jahr abermals um zwei Tage gestiegen. Ein wirklich trauriger Rekord für Wien, aber ein Wiener Spezifikum, sehr geehrte Damen und Herren!

Im Jahr 2013 hat es diese, vor allem sozialdemokratisch geführte, Stadtregierung geschafft, eine „double digit“ Arbeitslosenrate für Wien zu erzielen. Eine Schallmauer wurde mit 10,2 Prozent durchbrochen, die höchste Arbeitslosenrate seit 1945, und das, obwohl es keinen Jobzuwachs, keinen Arbeitsplatzzuwachs in Wien gibt. Das ist das eigentliche strukturelle Problem dieser Stadt, denn Wien wächst grundsätzlich.

Es gibt auch so etwas wie Landflucht. Die Leute bewegen sich in städtische Agglomerationen, weil dort normalerweise mehr Arbeitsplätze verfügbar sind. Wien ist aber auch hier anders. Es gibt keine Gründungsoffensive, keine Betriebsansiedlungen. Headquarters ziehen von Wien ab. Folglich werden auch immer weniger Arbeitsplätze in Wien verfügbar. Folge: Die Arbeitslosigkeit steigt, sehr geehrte Damen und Herren. Verantwortlich dafür ist die Wiener Sozialdemokratie! Da hilft auch kein Vorwahlkampf für die Arbeiterkammerwahlen, sehr geehrte Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es erstaunt immer wieder, dass die SPÖ wider besseres Wissen, auch jetzt wieder die Vorrednerin, von einer Steigerung der Beschäftigung gesprochen hat. Es gibt keinen Beschäftigungsrekord in Wien! Ich belege Ihnen das durch Zahlen, die auch Ihnen zugänglich sind. Hatte Wien im vergangenen Jahr 791 300 unselbstständige Beschäftigte, waren es bereits im Jahr 1992, also vor mehr als 2 Jahrzehnten, schon 791 800 Beschäftigte. Das heißt, mehr! Wir haben bereits Beschäftigungsrückgang in Wien, und das, obwohl in ganz Österreich in den letzten 20 Jahren fast eine halbe Million Arbeitsplätze geschaffen worden ist. Genau waren es 428 000. Jetzt frage ich mich natürlich: Was können die anderen Bundesländer, was Wien nicht zusammenbringt?

Einsicht wäre bekanntlich der erste Weg zur Besserung. Aber den gibt es auch nicht. Auch die Analysen der wissenschaftlichen Experten auf dem Bereich Arbeitsmarkt lassen keine Besserung erwarten. Der Grund liegt darin, dass es einen extrem starken und massiven struk-

turellen Wandel am Arbeitsmarkt in Wien gegeben hat. Laut WIFO sind nämlich bereits 84 Prozent der Beschäftigten in Wien im Dienstleistungssektor beschäftigt. Das klingt vordergründig gar nicht so schlecht. Das Problem, das sich dahinter verbirgt, ist jedoch, dass viele Arbeitssuchende nicht für diesen Bereich ausreichend qualifiziert sind und damit auch keine Möglichkeit haben, in diesem Sektor unterzukommen. Da rächt sich nun, dass diese Stadtregierung, und vor allem die SPÖ, die Produktionsbetriebe aus Wien sukzessive ins Wiener Umland vertrieben hat und damit vor allem jenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die diese Qualifikation hätten, um in solchen Betrieben zu arbeiten, einfach die Arbeitsgrundlage entzogen hat. Der Arbeitsplatzheber wäre enorm. Jeder Produktionsbetrieb bringt im Schnitt zwei bis vier weitere Arbeitsplätze in Klein- und Mittelbetrieben, aber auch Forschung und Entwicklung.

Sehr geehrte Damen und Herren, Frau GRin Teiber, Wien braucht verlässliche Rahmenbedingungen. Nicht die Wirtschaft ist schuld, wenn sie hier nicht Arbeitsplätze schafft, sondern die Stadtregierung ist schuld, wenn sie nicht verlässliche Rahmenbedingungen schafft, dass sich Betriebe hier ansiedeln können! Das haben Sie, Damen und Herren der SPÖ, zu verantworten, sehr geehrte Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir haben ein hohes Maß an Langzeitarbeitslosen. Wir haben auch hier das Problem, dass mit Schikanen gearbeitet wird. Die WienerInnen, die Arbeitsplätze haben, haben oft das Problem, mit ihrer Mobilität nach Wien einzupendeln, hier auch zu arbeiten. Das Auto ist kein Laster, sondern es ist oft eine Notwendigkeit, seinem Arbeitsplatz nachzugehen. Hier hat diese Stadtregierung einiges zu bewerkstelligen.

Lassen Sie mich abschließend sagen, wenn Sie den Wienerinnen und Wienern, vor allem in Richtung der Arbeiterkammerwahl gesprochen, netto mehr im Geldsack lassen wollen, dann haben Sie es selbst in der Hand! Sie brauchen dafür keine Vermögenssteuern einzuführen! Senken Sie schlicht und einfach die horrenden Gebühren in Wien! Dann wird es dem Wiener Arbeitsmarkt und den Wienerinnen und Wienern, die in dieser Stadt Arbeit haben, wieder besser gehen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächste Rednerin hat sich Frau GRin Dr Vana zum Wort gemeldet. - Ich erteile ihr das Wort.

GRin Dr Monika **Vana** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste auf der Galerie, insbesondere von der Berufsschule, für die das heutige Thema auch ein essenzielles ist!

Jedes Mal, wenn ich nach einem Kollegen oder einer Kollegin der ÖVP rede, glaube ich, sie sind schon in Vorfremde des Internationalen Tags des Märchenerzählens, der bald bevorsteht, den mein Kollege heute offenbar sehr ernst genommen hat. Ich glaube nämlich, er redet von einer anderen Stadt, wenn er die Situation hier schildert, insbesondere der Arbeitnehmer und der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, nicht von einer Stadt mit einer der höchsten Lebensqualitätsraten in der EU *(GR*

Dipl-Ing Roman Stiftner: Mercer hilft nur den Managern!), einer der niedrigsten Arbeitslosigkeitsraten, der höchsten Frauenbeschäftigung, den besten Fraueneinkommen, der wirtschaftlichen Stärke und der Produktivität.

Den Mantel des Schweigens, Herr Kollege, würde ich nicht über die Arbeitsmarktpolitik der Gemeinde Wien, des rot-grünen Wiens *(GR Dkfm Dr Fritz Aichinger: Das kann doch nicht wahr sein!)*, sondern über Ihre arbeitnehmerInnenfeindliche Politik im Bund legen! *(GR Mag Wolfgang Jung: Dort ist auch die SPÖ!)* Ich erinnere Sie nur an Ihre Vorstöße zum Zwölfstundearbeitstag! Sie verhindern, blockieren, verwässern alle Vorstöße in Fragen der Gleichstellung, sechste Urlaubswoche als Beispiel! Ich will gar nicht an den Kahlschlag erinnern, den Sie an Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen während Ihrer schwarz-blauen Regierungsperiode angerichtet haben und wo Sie die schlimmsten Verschlechterungen für Pensionisten und Pensionistinnen eingeführt haben, die es in diesem Land je gab! Also, sich hier hinstellen und zu sagen, Rot-Grün versagt in der Arbeitsmarktpolitik, ist wohl wirklich lächerlich! *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ. - GR Dipl-Ing Roman Stiftner: Das ist die Wahrheit!)*

Im Gegensatz zu anderen von Ihnen regierten Bundesländern steigt in Wien nämlich die Beschäftigung! *(GR Mag Wolfgang Jung: Nein!)* Es ist völlig unrichtig, was Sie hier gesagt haben! Wir haben auch dank des Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds aktive Arbeitsmarktpolitik, die es in keinem anderen Bundesland in dieser Form gibt! Der Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds ist wirklich europaweit einzigartig. Nicht nur andere Bundesländer, wie es meine Kollegin Teiber richtig gesagt hat, schauen auf Wien, wie wir Arbeitslosigkeit bekämpfen und aktive ArbeitnehmerInnenpolitik machen, sondern auch Europa schaut auf Wien, denn ArbeitnehmerInnenpolitik und auch die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sind keineswegs allein von Wien aus steuerbar. Auch die Krise, die in erster Linie Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen und Arbeitslose trifft, ist nicht allein von Wien aus bekämpfbar, zugegebenermaßen auch nicht von der Bundespolitik. Hier brauchen wir ein gemeinsames soziales Europa, gemeinsamen Kampf für eine Sozialunion auf europäischer Ebene, zum Beispiel gesetzliche Mindestlöhne, zum Beispiel eine europaweite Arbeitslosenversicherung, zum Beispiel einen europaweiten Investitionspakt, der endlich den Kampf gegen Arbeitslosigkeit und Armut und auch für starke ArbeitnehmerInnenschutzrechte in den Fokus und zur Priorität der europäischen Politik macht. Dafür steht Rot-Grün, auch von Wiener Ebene aus! Denn auch von Wiener Ebene aus kann man durch gutes Lobbying, sei das im Städtebund, im Verband der öffentlichen Wirtschaft, wo wir gemeinsam tätig sind, die europäische Politik beeinflussen. Das ist etwas, wo ich mir viel mehr Solidarität, aber auch Mitarbeit von meinen Kollegen und Kolleginnen aus der Opposition wünsche. Sie haben auch Vertreter im Kuratorium des Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds. Da wünsche ich mir eigentlich schon eine etwas regere Mitarbeit und nicht immer nur diese undifferenzierte Kritik *(StR Mag Manfred Juraczka: Wir*

haben 10 Prozent Arbeitslose! Hallo!), als ob Sie nicht genau wüssten, dass Wien europaweit eine der erfolgreichsten Städte im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und auch für gute ArbeitnehmerInnenrechte ist! (*StR Mag Manfred Juraczka: 10 Prozent!*)

Wien ist für die Herausforderungen der Krise gut gerüstet, meine lieben Damen und Herren von der Opposition! Mit einer offensiven und aktiven Politik nützen wir nämlich Handlungsspielräume, die andere Bundesländer oder auch der Bund überhaupt nicht nützen. Man hat auch in einem Europa des Fiskalpakts noch Handlungsspielräume in der ArbeitnehmerInnenpolitik und in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Wir sichern Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik und wir kürzen nicht in Zeiten des Spardrucks!

Den WAFF habe ich schon erwähnt. Meine Kollegin hat den Wiener Qualifikationsplan erwähnt. Ein wichtiger Meilenstein, gerade für Jugendliche, ist die Wiener Ausbildungsgarantie, sind verschiedene Maßnahmen und Einrichtungen des WAFF, wie zum Beispiel das WAFF-Beratungszentrum für Beruf und Weiterbildung, das Bildungskonto, der sogenannte Weiterbildungsausender zum Nachholen von Bildungsabschlüssen oder beruflicher Aus- und Weiterbildung, der Bildungsbonus, das Fachkräftestipendium von Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds und Arbeitsmarktservice und, und, und. Nicht zu vergessen ist etwas ganz Innovatives. Ich glaube, mein Kollege Peschek wird nachher eingehender darauf eingehen. Das ist die Koppelung der Auftragsvergabe der Stadt Wien an Frauenförderung in Betrieben, aber auch an die Aufnahme und Ausbildung von Lehrlingen.

Ich denke, das ist ein wirklich innovatives Projekt, das auch europaweit Schule macht und unsere VorreiterInnenrolle bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie belegt.

Meine Damen und Herren, Rot-Grün fördert ArbeitnehmerInnen, stärkt ArbeitnehmerInnenrechte, bekämpft die Arbeitslosigkeit, sichert Chancen für die Jugend! Das ist gut für Wien, das ist gut für die ArbeitnehmerInnen und das ist gut für Europa! - Danke. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner hat sich Herr GR Mag Gudenus zum Wort gemeldet. - Ich erteile ihm das Wort.

GR Mag Johann **Gudenus**, MAIS (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Schülerinnen und Schüler auf der Galerie!

Das heutige Thema ist angesichts der nackten Tatsachen, die wir in den Medien und angesichts der Statistiken und Studien der letzten Monate und Jahre verfolgen können, wirklich mutig gewählt. Wenn hier die Frau Kollegin Vana vom Internationalen Tag der Märchenstunde gesprochen hat, so darf ich schon auch feststellen, das hier ist eine Aktuelle Stunde, Frau Kollegin Vana und Frau Kollegin Vorrednerin der SPÖ, das ist keine Märchenstunde! Aber diese Tatsachen oder Pseudotatsachen, die Sie uns hier geliefert haben, diese Argumente erinnern leider an eine Märchenstunde! Bitte verwech-

seln Sie das nicht! (*Beifall bei der FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.*)

Streuen Sie den jungen Menschen hier im Raum, aber auch den Wählerinnen und Wählern oder Bürgern der Stadt bitte keinen Sand in die Augen, weil Wien steht leider nicht so gut da, wie Sie es uns heute weismachen wollen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Aber wir wissen schon aus den letzten Jahren, im Schönreden sind Sie Meister! Aber leider sind Sie auch Meister in der Produktion von Arbeitslosen, Sie sind Meister in der Produktion von Armut und Sie sind auch Meister in der Zerstörung des Bildungssystems! Sie geben den jungen Menschen keine Qualifikation mehr mit auf den Weg! Sie versauen im Endeffekt den jungen Menschen den Bildungsweg durch Ihre desaströse Bildungspolitik! Das ist Faktum, meine sehr geehrten Damen und Herren! (*Beifall bei der FPÖ sowie von GR Dr Wolfgang Aigner und GRin Ing Isabella Leeb.*)

Gehen wir weg von den Märchen der Regierungsparteien. Gehen wir zu den Fakten. Die tatsächliche Arbeitslosenquote in Wien ist bei 13 Prozent angelangt. Vorher haben wir vom Herrn Kollegen Hufnagl gehört, die Wahrheit ist zumutbar. Das ist die Wahrheit! Es sollte auch zumutbar sein für die rot-grüne Stadtregierung! Bitte krempeln Sie endlich die Ärmel hoch! Schaffen Sie Maßnahmen, damit Chancen für junge Menschen in der Stadt geschaffen werden, damit Arbeitsplätze geschaffen werden! Das vermissen wir alles! Das vermissen vor allem die jungen Menschen! Wenn Sie zum Beispiel im Wahljahr 2013 kurz vor der Nationalratswahl noch mehr Menschen als sonst in Schulungen versteckt haben, um im Endeffekt die Arbeitslosenmisere in Wien zu verstecken, zu verschleiern, ist das Ihre Politik! (*Beifall bei der FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.*)

Wir wissen jetzt schon ganz genau, wie es vor der Wiener Wahl aussehen wird, wie viele Menschen noch in Schulungen versteckt werden und somit die Arbeitslosenstatistik geschönt wird.

Oder ein anderes Beispiel: 19 Jahre Bürgermeister Häupl. In diesen 19 Jahren Bürgermeister Häupl hat es mit der roten Fraktion, mit der roten Regierung, mittlerweile rot-grünen Regierung, geschafft, die Arbeitslosenzahlen in Wien immer weiter zu erhöhen und Wien im österreichischen Vergleich zum Schlusslicht zu machen.

Wien ist auch Schlusslicht bei den Lehrstellen. Auf eine offene Lehrstelle kommen mittlerweile fünf Lehrstellensuchende! Das sind die Perspektiven für Berufsschüler. Sind das die Perspektiven, eine offene Lehrstelle, fünf Lehrstellensuchende?

Auch weitere Zahlen kann ich hier nennen, wie zum Beispiel Eurostat, Statistik der Europäischen Union: Wien liegt auf Platz 117, was die Arbeitsmarktpolitik betrifft. (*GR Mag Wolfgang Jung: Mercer-Studie!*) Und da kommt Wien immer mit der Mercer-Studie daher! Es ist sehr erfreulich. Ich meine, ich freue mich trotzdem. Aber das betrifft bitte Leute, die hier in Wien für internationale Konzerne arbeiten, mit der Limousine von der Eigentumswohnung oder von der teuren Mietwohnung zur Arbeit gebracht werden, die sich Privatärzte leisten können, die sich im Endeffekt alles in Wien leisten können

und wahrscheinlich die gesamte Ghettoerbildung in manchen Bezirken überhaupt nicht mitbekommen, weil sie dort gar nicht durchfahren. Das ist die Realität, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist die Mercer-Studie! *(Beifall bei der FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.)*

Hören Sie doch auf die Europäische Union, auf die Sie so gerne hören! Bei der Arbeitsmarktpolitik ist Wien weit abgeschlagen auf Platz 117. Was die Jugendarbeitslosigkeit betrifft, ist Wien auf Platz 79. Das ist bei Weitem kein gutes Zeugnis für die Arbeitsmarktpolitik der rot-grünen Stadtregierung, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.)*

Ich darf Ihnen zum Abschluss auch unsere Forderungen präsentieren. Es wurde heute ein Dringlicher Antrag der FPÖ mit wirklich fadenscheinigen juristischen Gründen abgewürgt, weil Sie Angst vor der Diskussion haben! Sie haben Angst vor der Diskussion, darüber zu reden, dass die Arbeitsmarktöffnung nach Osteuropa im Endeffekt die Interessen der österreichischen und Wiener Arbeitnehmer schädigt! Das ist Faktum, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es wurden seit der Arbeitsmarktöffnung am 1. Mai 2011 mehrere Tausend Arbeitsplätze in Wien zwar nicht vernichtet, aber es wurden mehrere Tausend Arbeiter in Wien, nämlich Österreicher, vom Arbeitsplatz verdrängt! Das ist Faktum, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das können Sie nicht wegleugnen! Das ist eine Statistik des Bundesministeriums! *(Beifall bei der FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.)* Deswegen fordern wir eine sektorale Zuzugsbeschränkung.

Abschließend fordern wir mehr direkte Demokratie, damit das Schweizer Modell auch für Österreich möglich gemacht wird! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner hat sich Herr GR Dr Aigner zum Wort gemeldet. - Ich erteile ihm das Wort.

GR Dr Wolfgang **Aigner** *(Klubungebundener Mandatar)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

In Zeiten, in denen Wien zwei unrühmliche Spitzenplätze einnimmt, einerseits bei der Arbeitslosigkeit und andererseits bei der Zahl der Mindestsicherungsbezieher, ist es schon ein gewagtes Stück, zu behaupten und versuchen zu untermauern, dass die Arbeitnehmer in Wien bei der Wiener Stadtpolitik gut aufgehoben sind! Ich glaube, es ist eher ein trauriger Augenblick! Es sollte unser aller Aufgabe sein, auch nachzudenken, was wir tun können, damit Wien ein besserer Standort für Betriebe ist, weil ausschließlich die Betriebe Arbeitsplätze schaffen. Die Politik kann bestenfalls einen Rahmen schaffen! *(Beifall bei FPÖ und ÖVP. - GR Christoph Peschek: 83 000 Mitarbeiter bei der Stadt Wien!)*

Dieser Rahmen ist bei Weitem nicht so toll, wie es hier dargestellt wird. Ich erinnere an die Gebührenlawine, die sich über alle Wienerinnen und Wiener ergossen hat. Da greifen Sie ganz massiv auch den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in die Taschen! Es gibt keinerlei Konzept, die ausufernden Werbeausgaben einzudäm-

men! Es gibt kein Konzept, Überdeckungen zurückzufahren! Es gibt keinerlei Bestrebungen seitens der Stadtregierung, den Speck, der sich in Jahrzehnten der roten Alleinherrschaft angesammelt hat, abzubauen! Bevor Sie das tun, nehmen Sie den Menschen noch mehr Geld weg! Dieses Geld fehlt im Konsum! Dieses Geld fehlt bei den Investitionen! Das ist bei Gott keine arbeitnehmerfreundliche Politik, meine Damen und Herren!

Es geht aber weiter. Wir sind gerade dabei, Zeugen einer mehr als obskuren Bürgerbefragung zur Mariahilfer Straße zu werden. Es ist schon eigenartig, jeder Student aus Deutschland, der kurz da ist, darf mitbestimmen, die Unternehmerinnen und Unternehmer, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die tagtäglich von Ihrem Verkehrswahnsinn betroffen sind, werden aber nicht einbezogen! Und das soll Arbeitnehmerfreundlichkeit, das soll Unternehmerfreundlichkeit sein? Da müssen Sie sich wirklich die Frage stellen, ob man das aufrechterhalten kann!

Dass man irgendwie in die Arbeit kommen muss, wird auch ausgeblendet. Es wird sehr viel Geld ausgegeben, Autofahrer - das sind sehr viele Pendler - zu schikanieren, die Zufahrt zu den Betrieben unmöglich zu machen. Es werden Betriebe ins Umland verdrängt und so weiter. Das mündet dann darin, dass die Zahl der Arbeitsplätze bei einer steigenden Bevölkerung bestenfalls stagniert, wenn nicht überhaupt zurückgeht!

Sie drücken sich vor jeder Debatte, wie viele Menschen die Stadt Wien in vielfältiger Hinsicht überhaupt vertragen kann. Ich habe vor ein paar Tagen gelesen, in Linz gibt es eine Studie, die dort politisch außer Streit steht, dass Linz maximal 200 000 Bewohner verträgt. Hier in Wien wird so getan, je mehr, desto besser. Infrastruktur, Kindergartenplätze, Schulen, die öffentlichen Verkehrsmittel, die Arbeitsplätze. Wie viele Menschen verträgt die Stadt eigentlich? Oder reicht es Ihnen einfach, dass immer mehr Leute nach Wien kommen und die Zahl der Mindestsicherungsbezieher weiter steigt?

Oder glauben Sie wirklich, dass diese Bevölkerungsexplosion in Zeiten knapper Budgets ein Geschäft ist? Zu meinen, jeder, der zusätzlich kommt, da klingelt die Kassa, wenn der Topf als solcher begrenzt ist - das können Sie doch nicht wirklich ernsthaft glauben!

Da muss man in diesem Zusammenhang sehr wohl auch die Frage stellen, die jetzt auch ein wohlhabendes Land wie die Schweiz aufgeworfen hat: Wie ist denn das mit der Aufnahmekapazität? Der sogenannte Dichtestress spielt sich ja auf vielen Ebenen ab, beim Wohnen, in den Verkehrsmitteln, aber auch am Arbeitsmarkt, und diese Debatte findet in keinsten Weise statt. Im Gegenteil, Sie stellen sich allen Ernstes her und feiern miserable Arbeitsmarktdaten als einen großen Erfolg.

Wenn alle Bundesländer uns um den WAFF beneiden, dann frage ich mich wirklich - wenn wir eine niedrigere Arbeitslosenquote hätten, ja, dann würde es hier einen Zusammenhang geben. Aber die einzigen Arbeitsplätze, die hier definitiv gesichert werden, sind die derjenigen, die beim WAFF selber arbeiten. Das sind die gesicherten Arbeitsplätze. Alles andere ist bestenfalls eine Behauptung, aber die Zahlen, Daten und Fakten

sprechen hier eine ganz andere Sprache.

Dass die Arbeiterkammer eine wichtige Einrichtung ist, ist auch klar. Aber über die Höhe der Arbeiterkammerumlage kann man genauso diskutieren, wie die Wirtschaftskammer auch ihre Beiträge abgesenkt hat. Dass mit jeder Erhöhung der Höchstbeitragsgrundlage automatisch mehr Geld in die Arbeiterkammer fließt, die ja sehr viel Geld für Fraktionsarbeit ausgibt - das muss man schon auch sagen: Ist das Arbeitnehmerinteressenvertretung, wenn eigentlich verdeckt Parteien und im Prinzip hauptsächlich eine Partei finanziert wird?

Also ich glaube, da gibt es durchaus auch einen Spielraum, dass man die Beiträge absenkt und gleichzeitig die Servicequalität beibehält. Und dann gibt es vielleicht ein bisschen weniger Propaganda für die roten Präsidenten. *(Beifall bei FPÖ und ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner hat sich Frau GRin Mag Holdhaus zum Wort gemeldet. Ich erteile ihr das Wort.

GRin Mag Karin **Holdhaus** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Ja, wir haben schon viel gehört über die hohe Arbeitslosigkeit in Wien und die mangelnden Gegenmaßnahmen. Ich denke mir, wie gut ein Mitarbeiter bei einem Arbeitgeber - um auf den Titel der heutigen Aktuellen Stunde einzugehen -, wie gut ein Mitarbeiter beim Arbeitgeber aufgehoben ist, das zeigt sich immer in schwierigen Zeiten und am besten an konkreten Beispielen.

Deswegen macht es vielleicht Sinn, denke ich, einmal konkret anzuschauen, wie denn die Stadt Wien als Arbeitgeber mit den Arbeitnehmern umgeht. Da möchte ich konkret auf das Beispiel Abfallberater eingehen.

Kurze Replik: 2012 wehren sich 34 Abfallberater gegen unzulässige Kettenverträge der Stadt Wien. Mit dem Ergebnis, dass sie nach 13 Monaten Streit und Gerichtsprozess recht bekommen; Feststellung: umgangenes Dienstverhältnis. Bis auf 4 von diesen 34 Abfallberatern bleiben die meisten auf der Strecke, halten den finanziellen und psychischen Stress nicht aus, vergleichen sich notgedrungen und kapitulieren. Das nennen Sie „gut aufgehoben“?

Darunter ein über 60-jähriger Berater mit Migrationshintergrund, der 15 Jahre im Dienst der Stadt Wien über Werkvertrag tätig war und so um seine Pensionsansprüche gebracht wurde: Das nennen Sie „gut aufgehoben“?

Vier halten durch und müssen von der Stadt Wien angestellt werden, drei von ihnen sind Akademiker. Alle 4 bekommen eine Einstufung weit unter ihrer Qualifikation - weil wir gerade vorhin vom Qualifikationsplan gehört haben -, also keine entsprechende A- oder B-Einstufung, und damit deutlich unter 1 500 EUR pro Monat. Das nennen Sie „gut aufgehoben“?

Das Ganze gipfelt darin, dass die Stadt Wien jetzt, anstatt die 16 Monatsgehälter auszuzahlen, von den 4 ehemaligen Abfallberatern sechsstellige Beträge zurückfordert, weil sie im Verhältnis zur jetzigen Einstufung zu viel verdient hätten, also überbezahlt worden wären. Das nennen Sie „gut aufgehoben“? Das ist unsozial und beschämend, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der rot-grünen Stadtregierung! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich verlange Respekt vor den Leistungen der ArbeitnehmerInnen. Ja, das fordere ich von Ihnen. Aber sollte Ihnen diese Forderung bekannt vorkommen? Ja, sie sollte es, denn es ist Ihr Arbeiterkammer-Präsident Rudi Kaske, der das fordert. Er richtet diese Forderung offensichtlich an Sie, an die rot-grüne Stadtregierung! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Man hat in den letzten Tagen viel darüber gelesen: Den Mitarbeitern der Stadt Wien scheint es generell schlecht zu gehen. Offensichtlich macht ein Job im Wiener Magistrat derart krank: zu viel Stress, Überforderung. Frau Personalstadträtin Frauenberger, Sie haben dazu gesagt: Alle Mitarbeiter erleben nun mehr Arbeitsdruck. Die Stadt Wien wächst jährlich um 20 000 Einwohner, deswegen ist sozusagen die Belastung so hoch.

Falsch! Das Problem liegt nicht darin, dass Wien wächst, sondern dass Sie es verabsäumt haben, entsprechende Maßnahmen zu setzen, sowohl in der Personalpolitik als auch in Infrastrukturmaßnahmen wie: die U-Bahn auszubauen, Wirtschaftsimpulse zu setzen, die Bautätigkeit anzukurbeln, Arbeitsplätze zu schaffen. Oder: Statt den Wohnbedarf zu decken, wollen Sie die Mieten deckeln.

Es ist also auch kein Wunder, dass diejenigen, die nicht im Krankenstand sind, dementsprechend überbelastet sind. 1,4 Millionen Fehltag pro Jahr müssen aufgefangen werden. Und was tun Sie dagegen? Eine Imagekampagne, wie man liest. Frau Stadträtin, ist das alles, was Ihnen und Ihren Kollegen in der Wiener Stadtregierung dazu einfällt? *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ihre Mitarbeiter brauchen keine Imagekampagne, sondern offensichtlich dringend bessere Arbeitsbedingungen. Genauso wenig brauchen junge Jobeinsteiger eine Imagekampagne für Jobs mit dem Warnhinweis: Achtung, dieser Job gefährdet Ihre Gesundheit!

Ein Insider ortet Systemfehler. Der Fehler liegt im System: Überheblichkeit, Unverbesserlichkeit und in Härtefällen soziale Kälte. Schaffen Sie endlich ein System, das Arbeitsbelastung, Entlohnung, Karriereplanung transparent und nachvollziehbar für alle Mitarbeiter macht, wie es die ÖVP fordert!

Wiener Arbeitnehmer sind offensichtlich überall besser aufgehoben als bei der Stadt Wien. Es ist den Wiener Arbeitnehmern nur zu wünschen, das richtige Kreuzerl bei der Arbeiterkammerwahl zu machen. - Danke. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner hat sich Herr GR Akkilic zum Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

GR Senol **Akkilic** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrter Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Liebe Gäste auf der Galerie!

Zu Beginn meiner Rede möchte ich mit der falschen Behauptung, dass die öffentliche Hand keine Arbeitsplätze schafft, sondern die Rahmenbedingungen dafür schaffen muss, aufräumen. Die öffentliche Hand und die Stadt Wien ist sehr wohl einer der größten Arbeitgeber in dieser Stadt und in diesem Land! *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Die öffentliche Hand schafft durch jede Investition, die wir in dieser Stadt tätigen *(GRin Barbara Novak, in*

Richtung ÖVP: Daseinsvorsorge ist aber schon eine Aufgabe der Stadt! - Gegenrufe bei der ÖVP, mit jedem Cent und mit jedem Euro neue Arbeitsplätze. Sie sichert Arbeitsplätze ab.

Sie vergessen nur eines: Wir haben eine der größten Wirtschafts- und Finanzkrisen durchgemacht und machen sie nach wie vor durch. Die Verantwortlichen dieser Finanz- und Wirtschaftskrise - wir wissen es ganz genau -, das ist nicht die öffentliche Hand, sondern das sind die Banken und das sind die zig Milliarden besitzenden Millionäre und Milliardäre, sage ich jetzt einmal, die für die Misere auf dem Arbeitsmarkt vor allem in der Europäischen Union verantwortlich sind.

Wir haben gesehen, dass die Sparpolitik beziehungsweise die Gelder, die in die Banken hineingepumpt worden sind, in Griechenland die Arbeitslosenrate erhöht haben, in Portugal die Arbeitslosenrate erhöht haben, in Spanien die Arbeitslosenrate erhöht haben. Also hat hier die öffentliche Hand (*GRin Ing Isabella Leeb: ... erhöhen nicht die Arbeitslosenrate!*) erhalten müssen, damit diese Banken, sogenannte systemrelevante Banken - wie systemrelevant diese Banken sind, sehen wir an der Hypo-Bank auch -, gerettet werden können.

Das heißt, diese Milliarden, die wir in die Banken hineingeschmissen haben, hätten viel mehr Arbeitsplätze schaffen können! Und es hätten sehr viele junge Menschen auch Zukunftsvisionen und Zukunftsperspektiven, wenn wir diese Gelder richtig einsetzen würden. Aber nein, wir haben diese Gelder - leider Gottes, sage ich jetzt einmal - in die Banken hineingepumpt.

Herr Gudenus! Sie hätten sich die ersten drei oder vier Minuten Ihrer Rede sparen können. Sie hätten gleich zum Thema kommen können: Dass nämlich an der Arbeitslosigkeit die Ausländer und Ausländerinnen schuld sind. Ein einziges Programm der Freiheitlichen Partei (*GR Mag Wolfgang Jung: Nein, schuld ist die Bundesregierung! - Weitere Zwischenrufe bei der FPÖ*), mehr gibt es nicht - Konzepte gibt es nicht, Alternativen gibt es nicht -: Die Ausländer sind schuld. Diese Korrelation, Herr Gudenus, die Sie herstellen, dass Ausländer herkommen, möchte ich anhand von zwei Beispielen zur Schau bringen.

Luxemburg hat in der Europäischen Union einen der höchsten Ausländeranteile, nämlich über 40 Prozent. Und in Luxemburg ist die Arbeitslosigkeit eine der niedrigsten, nämlich um 3,5 Prozent. Wir haben in der Schweiz diese Volksabstimmung, diesen Volksentscheid, den Sie genannt haben: ungefähr 25 Prozent Migranten/Migrantinnen, übrigens alle aus dem EU-Raum, der größte Teil aus dem EU-Raum, und eine Arbeitslosenrate von 3,7 Prozent.

Das heißt, dieser Versuch, die Arbeitslosenquote mit der Ausländerquote zu verbinden, ist wissenschaftlich nicht haltbar. Sie können nicht wissenschaftlich reden, weil Sie diesen Stand nicht haben. Sie behaupten ja nur, und wir wissen, dass Sie ständig, immer mit falschen Zahlen argumentieren. Ihr Parteichef hat bezüglich Asylwerber und Asylwerberinnen schon mit falschen Zahlen hantiert, und Sie gehen genauso damit um. Also diese Korrelation stimmt einfach nicht.

Bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist es ganz, ganz wichtig, dass wir den Solidaritätsgedanken innerhalb der Bevölkerung beziehungsweise innerhalb der Arbeiternehmer und Arbeitnehmerinnen beleben. Warum? Weil eine geeinigte ArbeitnehmerInnenschaft in der Verhandlung um ihre Positionen bei den Gehaltsverhandlungen oder sonstigen Rechten einen starken Standpunkt hat, wenn sie geeint ist.

Aber die Freiheitliche Partei ist ja interessiert daran, dass die Interessen der Reichen durchgesetzt werden. Deshalb ist sie auch interessiert daran, dass es keine geeinte ArbeitnehmerInnenschaft gibt, sondern eine geteilte. Das heißt, Inländer sollen gegen Ausländer, Ausländer sollen gegen Inländer kämpfen. (*Zwischenrufe bei der FPÖ.*) Das lehnen wir strikt ab! Lassen Sie Ihre Maske fallen: Sie vertreten nicht die österreichischen Arbeitnehmer, sondern Sie vertreten nur die reichen Leute. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ. - Zwischenrufe bei der FPÖ.*)

Dass ein geeinter Kampf mehr Erfolge haben kann, hat der Betriebsrat von alternativen und grünen GewerkschafterInnen, Mesut Kimsesiz, gezeigt, sage ich jetzt einmal, dank ihm, der bei MAN beschäftigt ist. Die freiheitlichen Arbeitnehmervertreter haben Mesut Kimsesiz fallen lassen, sie haben ihn nicht unterstützt. Er ist selber in Hungerstreik gegangen vor der MAN und hat verhindert, dass 150 zusätzliche Arbeiter und Arbeiterinnen gekündigt werden.

Ihre ArbeitnehmervertreterInnen haben der Kündigung zugestimmt. Ein Migrant, sage ich jetzt einmal, der noch bei Auge ist, hat die Solidarität hochgehoben. Ich sage in diesem Sinne: Hoch die internationale Solidarität! Nur so können wir Arbeitslosigkeit bekämpfen. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner zum Wort gemeldet hat sich Herr GR Ing Rösch. Ich erteile ihm das Wort.

GR Ing Bernhard **Rösch** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Vorsitzender! Werte Kolleginnen und Kollegen! Werte Zusehende!

„Internationale Solidarität“ klingt von dieser Seite aus wie eine Drohung. (*Beifall bei der FPÖ. - GR Senol Akkili: Ja, für Sie schon!*)

Wien funktioniert - trotz rot-grünem Chaos! Deswegen muss man den Wienern und Wienerinnen wirklich dankbar sein, dass sie auch diese Bürde mitziehen, neben einer Krise. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Grün zeigt uns tagtäglich, nach welchem Motto Sie arbeiten: „Wir bauen auf und reißen nieder!“ Das war damals schon das Motto in der DDR. Wenn man sich die Gardegasse anschaut und jetzt die Mariahilfer Straße: zuerst wird aufgebaut, dann umgebaut und rückgebaut, was die Bevölkerung Millionen kostet. Wir werden dafür garantieren, dass das bald nicht mehr möglich ist. (*Beifall bei der FPÖ. - Zwischenrufe bei den GRÜNEN.*)

Wenn ich der Kollegin Teiber so zugehört habe - und der Kollege Peschek wird dann sicher auch kommen und die Jugend beschwören, wie wichtig es für die Jugend ist, SPÖ und Grün zu wählen -, dann möchte ich der Jugend schon immer vor Augen halten: Seid kritisch!

Schaut euch an, wie Politik wirklich funktioniert und wer die wahren Schuldigen sind! (*GRin Mag (FH) Tanja Wehsely: ... braucht nicht zu schauen ...*) Dass wir uns international feiern lassen für unser duales Ausbildungssystem und in Wien in Wirklichkeit nur eins zu zehn Arbeitsplätze für Jugendliche, für die Ausbildung zur Verfügung stehen, das ist ein Werk der SPÖ! Dass muss man so sagen. (*Beifall bei der FPÖ. - GRin Mag (FH) Tanja Wehsely: ... ist ja nicht zu vergleichen!*)

Beim Blum-Bonus, der damals aus Vorarlberg gekommen ist, hat man gesagt, man kann einem ÖVP-nahen Konzern ganz einfach keine gute Ausbildung abringen, man muss das selber besser machen, und hat in Wirklichkeit kläglich versagt. (*Beifall bei der FPÖ.*) Ja, dann kommen so Sachen wie: Wir versuchen über den WAFF, über das AMS die Jugendlichen zu fördern, wir versuchen, Kurse für die Jugendlichen zu machen, wir versuchen, Schulabschlüsse nachzumachen. Das ist ja alles richtig, das ist alles wichtig, denn nur mit Bildung können wir in der Wirtschaft weiterkommen. (*Zwischenruf von GRin Mag (FH) Tanja Wehsely.*)

Sie können sich dann irgendwann selber zum Wort melden. (*GRin Mag (FH) Tanja Wehsely: Ja!*) Ich werde das jetzt ausführen, auch wenn es Ihnen nicht passt!

Wenn wir den Jugendlichen erst nachher die Chance geben, dass sie eine gute Ausbildung bekommen, haben wir der Jugend Jahre gestohlen! Das muss man einfach einmal so sagen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Wenn ich mir diese millionenschweren Stätten anschau, den WAFF und das AMS in Wien, wo wir dann plötzlich in der Zeitung auch lesen müssen - dann werden ja diese Fälle erst bekannt, aber es gibt unzählige solche Fälle -, eine junge Mutter wird zum Arbeiten in ein Bordell vermittelt, oder ein angehender Pensionist wird zu „Wie bewerbe ich mich richtig?“ vermittelt, oder so, wie eine junge Mutter zu mir gekommen ist, die eine Ausbildung hatte und für 707 EUR in einem 40-Stunden-Job arbeiten sollte und ihn nicht annehmen konnte, weil sie nicht einmal die Mobilität aufbringen konnte, dass sie zum Arbeitgeber hinkommt - und wenn man sich das Ganze dann netto anschaut und die Mütter vielleicht noch zwei Kinder haben, dann ist das eine Sauerei und ein absolutes Versagen der SPÖ! (*Beifall bei der FPÖ. - GR Godwin Schuster: So geht es nicht, lieber Freund ... - Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Im öffentlichen Dienst, wenn ich mir das anschau, sind 5 300 Beamte im Langzeitkrankenstand. Warum sind sie im Langzeitkrankenstand? Warum steigen die psychischen Belastungen? Ja nicht, weil die Menschen böser geworden sind, die krank sind (*GR Kurt Wagner: Weil man Ihren Reden zuhören muss!*), sondern weil ganz einfach das System viel brutaler geworden ist und die FSG, die sozialistische Vertretung in der Gewerkschaft, immer mehr zur Exekutionsgehilfin wird! Wenn irgendwer nicht spurt, wird über den Nebengebührenkatalog ganz einfach brutal zugeschlagen. Man nimmt die ganzen Vergünstigungen weg: bis zu 600 EUR an Einbußen, wenn irgendjemand da drinnen nicht spurt! Versetzungen sind an der Tagesordnung.

Man braucht nur in die Spitäler und in die Pflegehe-

me hineinzugehen und einmal mit den Leuten persönlich zu reden, ohne irgendeine Öffentlichkeit und ohne dass irgendjemand wie der Kollege Peschek mitgeht, zum Beispiel bei großen Ehrungen mitgeht und dann fälschlicherweise einem jungen Kollegen von den Freiheitlichen hineinschreibt: „die SPÖ-Zukunftshoffnung“. Na, der lässt euch ausrichten, dass das ein großer Schmarren ist. Und der Kollege Lausch hat sich abgehaut darüber: „Bürgermeister Peschek“, und alle stehen daneben, „die große SPÖ-Zukunftshoffnung“. (*GR Christoph Peschek: ... ist eine Unwahrheit! Das stimmt einfach nicht! Die Nase wird immer länger, wie beim Pinocchio!*)

Die Jugend lässt sich nicht kaufen. Die Jugend ist kritisch. Die Jugend ist gescheit genug, hinter die Kulissen zu schauen! (*Beifall bei der FPÖ. - GR Christoph Peschek: Das ist ja unglaublich!*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, darf ich mitteilen, dass Herr Kollege Lindenmayr bei mir war und einen Ordnungsruf eingefordert hat für einen Ausdruck des Herrn Kollegen Rösch. Ich werde mir das Protokoll ausheben lassen und nachlesen und dann dementsprechend entscheiden. (*GR Mag Thomas Reindl: Haben wir alle gehört! - GRin Marianne Klicka: „Sauerei“ hat er gesagt!*) Gut, Herr Kollege, wir werden das dann ... wird auch an Ihnen liegen.

Als nächster Redner ist Herr GR Peschek zum Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

GR Christoph **Peschek** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrte Damen und Herren!

Zunächst, Herr Kollege Rösch: Der Pinocchio war ja ein Unschuldslamm gegen Sie! (*Heiterkeit bei der SPÖ.*) So viele Märchen auf einmal habe ich noch selten gehört. Aber gut, das sind wir mittlerweile auch schon gewohnt. (*Zwischenrufe bei der FPÖ.*)

Vielleicht nur zu ein paar Fakten, dass vor allem auch die Kolleginnen und Kollegen, die Lehrlinge aus der Berufsschule Castelligasse, wissen, wie die Tatsachen tatsächlich sind. (*Beifall von GR Petr Baxant, BA.*) Zum einen: Wir haben einen Höchststand an Arbeitsplätzen in Wien. Und die von Ihnen immer angesprochene Ostöffnung, die so unglaubliche Menschenmassen ... (*GR Ing Bernhard Rösch: Höchste Arbeitslosigkeit!*)

Hören Sie zu, dann kennen Sie sich aus! Dann reden Sie nicht wieder solche Märchen, Herr Rösch. (*GR Ing Bernhard Rösch: Wir haben die höchste Arbeitslosigkeit!*) Genau das, Herr Rösch, genau das, was Sie machen, denken sich dann die jungen Leute: Wie geht es denn da zu? (*GR Ing Bernhard Rösch: Herr Kollege ...*) Die glauben, wir sind alle so wie Sie - und das sind wir nicht! (*Heiterkeit und Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. - Heiterkeit auf der Galerie. - GR Ing Bernhard Rösch: Wären Sie nur so!*)

Also vor allem vor euch möchte ich mich entschuldigen für den Herrn! Der ist halt ein bisschen übermütig. (*Zwischenruf von GR Ing Bernhard Rösch.*) Es ist eben so, wie es ist.

Gut, also zu den Menschenmassen aus dem Osten, die Sie angesprochen haben: 5 752 Rumänen sind der-

zeit in Wien beschäftigt. Und das ist die Masse, vor der Sie Angst haben? (*Zwischenrufe bei der FPÖ.*) Also gut, wenn Sie so verängstigt sind, dann sollten wir einmal gemeinsam darüber reden. (*GR Ing Bernhard Rösch: ... höchste Arbeitslosigkeit!*) Aber es wird wohl auch nichts ändern.

Was kann man aber ganz konkret tun? Wir haben auf der einen Seite in Wien den Qualifikationsplan. Wir haben 3,3 Milliarden an Investitionen, die Arbeitsplätze sichern und Arbeitsplätze schaffen. Das ist kein Geschenk vom lieben Gott, und das ist auch nicht ein Schneeflockerl, das vom Himmel fliegt, sondern das sind ganz konkret politische Entscheidungen, die wir hier treffen für die jungen Menschen, für die Arbeiterinnen und Arbeitnehmer in Wien. Das sollten mittlerweile auch Sie wissen. Das sind die Tatsachen und Fakten.

Nun zum Thema „Die Politik kann keine Arbeitsplätze schaffen.“ Dann sollten Sie, Herr Rösch, einmal da hinaufschauen. Das sind Lehrlinge der Stadt Wien. Wenn die keinen Ausbildungsplatz haben, dann sind das offenbar lauter virtuelle Menschen, die irgendwo arbeiten. Aber offenbar ist es das ja nicht. Das sind glücklicherweise sehr viele liebe Kolleginnen und Kollegen, die ganz konkret einen Ausbildungsplatz haben, weil wir das hier entschieden haben (*GR Mag Wolfgang Jung: ... Arbeitsplatz!*), weil wir über 1 200 Ausbildungsplätze in der Stadt Wien haben. Das ist kein Zufall, sondern ganz klar ein Bekenntnis zu euch, liebe Kolleginnen und Kollegen, weil wir euch eine Zukunftsperspektive schaffen wollen, während andere euch offenbar in die Jugendarbeitslosigkeit schicken wollen, weil sie kein einziges Konzept haben. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Die Arbeitsplätze bei den Kindergärten, bei den Krankenpflegern und Krankenpflegerinnen, bei der Müllabfuhr - sind das keine Arbeitsplätze der öffentlichen Hand? Wollen Sie das alles einsparen? Wollen Sie im Dreck leben, in ganzen Müllbergen? Ich will das nicht!

Ich bin stolz darauf, was die Wiener Arbeiterinnen und Arbeitnehmer bei der Stadt Wien leisten. Ich bin auch dankbar dafür, und das sollten Sie auch sein. Das ist nämlich die Lebensqualität, die wir in Wien gewohnt sind. Und da ein aufrechtes Danke auch an euch und an die Kolleginnen und Kollegen in den Dienststellen, die dazu einen wichtigen Beitrag leisten, wo wir aber die politischen Rahmenbedingungen zur Verfügung stellen! (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Nun noch konkret zu einem Thema, das mir bekannterweise - es ist ja schon schön, dass Sie mich da immer so oft erwähnen. Offenbar habe ich einen Fan gefunden, der nur noch nicht den Inhalt verstanden hat. Aber daran werden wir auch noch arbeiten! (*Heiterkeit bei GR Kurt Wagner.*)

Jugendarbeitsmarkt in Wien: Seit Herbst 2012 haben wir eine rückläufige Jugendarbeitslosigkeit in Wien. Das lasse ich mir von Ihnen nicht schlechtreden! Das ist auch ganz konkret eine Entscheidung von politischen Handlungen, von politischen Maßnahmen, die wir setzen. (*GR Ing Bernhard Rösch: Trotz SPÖ!*) Ich erkläre Ihnen auch gerne, welche. (*GR Ing Bernhard Rösch: Trotz SPÖ!*)

Ja, es ist ein Problem, dass nur noch 8,5 Prozent der

Betriebe in der Privatwirtschaft Lehrlinge ausbilden. Jetzt kann man es machen wie Sie, einen Blum-Bonus fördern, den es übrigens - es gibt immer noch genug Förderungen, Herr Rösch, das sollten mittlerweile auch Sie wissen: 160 Millionen EUR im Jahr werden an Betriebe zur Förderung ausgeschüttet. Nur, es bringt nicht das, was wir wollen!

Daher: Was machen wir? Ganz konkret: Auftragsvergabe der Stadt Wien. Jene Betriebe, die Lehrlinge ausbilden, werden verstärkt berücksichtigt, denn die, die sich um das Wohl der Jugend und um die Gesellschaft kümmern, sollen auch von der Stadt, von der Gesellschaft etwas bekommen. Das ist hundert Mal gescheiter (*GR Ing Bernhard Rösch: Das glaubst ja selber nicht!*), als noch mehr Euro irgendwelchen Konzernbossen in die Brieftaschen hineinzustecken, die offenbar Sie vertreten! (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ihr werdet demnächst eine neue Berufsschule haben. Der Herr Rösch kann erklären, warum sein Parteifreund, der Herr Aigner, der für die FPÖ im Stadtschulrat sitzt, zum Beispiel gegen den Neubau der Berufsschule für Verwaltungsberufe gestimmt hat. So viel zum Thema: Die FPÖ vertritt irgendwelche jungen Leute, irgendwelche Lehrlinge.

Wir wollen, dass diese Berufsschule für euch nicht nur Stein und Mörtel ist, den man irgendwo hinstellt, sondern ein Symbolbild dafür, dass Lehrlinge in dieser Stadt etwas wert sind, dass ihr bestmögliche Rahmenbedingungen kriegt. Weswegen wir übrigens auch über 18 Millionen EUR in diesem Jahr in die Berufsschulen investieren, weswegen wir eine neue EDV-Ausstattung haben (*GR Mag Wolfgang Jung: Und 50 Millionen ... eure Partei!*), weswegen wir eine kostenlose Berufsmatura haben, weswegen wir „early complete“ haben, damit noch mehr Jugendliche die Lehrabschlussprüfung schaffen.

Uns geht es um Zukunftsperspektiven für junge Leute, damit ihr das Leben führen könnt, wie ihr euch das vorstellt. Ihnen geht es nur um irgendwelche Wutreden, die bar jeder Wahrheit sind, die ohne konkreten Inhalt sind. Kein einziger Vorschlag für einen Arbeitsplatz mehr! Das müssen Sie verantworten.

Ich bitte euch darum, das bei der Arbeiterkammerwahl zu berücksichtigen, wählen zu gehen, nachzudenken. Da haben Sie ausnahmsweise einmal recht: Nachdenken ist immer gut, weil dann der Unterschied klar wird. Sie sind die Lehrlingsverräter, wir sind die Lehrlingsvertreter, und das ist entsprechend der Unterschied. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Meine Damen und Herren! Ich bitte die Besucher auf der Galerie, sich jeglicher Äußerungen dazu zu enthalten. Unsere Geschäftsordnung sieht, glaube ich, ganz zu Recht vor, dass daran nicht gedacht ist. Bitte, das auch zu beachten.

Die Aktuelle Stunde ist beendet.

Bevor wir zur Erledigung der Tagesordnung kommen, gebe ich gemäß § 15 Abs 2 der Geschäftsordnung bekannt, dass an schriftlichen Anfragen des Klubs der ÖVP der Bundeshauptstadt Wien acht und des Klubs der

Wiener Freiheitlichen vier eingelangt sind.

Vor Sitzungsbeginn sind von Gemeinderatsmitgliedern des ÖVP-Klubs der Bundeshauptstadt Wien drei Anträge eingelangt. Den Fraktionen wurden alle Anträge schriftlich bekannt gegeben. Die Zuweisungen erfolgen wie beantragt.

Von der Bezirksvertretung Alsergrund wurde ein Antrag betreffend Benennung einer öffentlichen Verkehrsfläche eingebracht. Dieser Antrag wurde dem amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Kultur und Wissenschaft zugewiesen.

Die Anträge des Stadtsenates zu den Postnummern 3 bis 6, 8, 10 bis 14, 16 bis 19, 21 bis 23, 25, 26 und 28 bis 31 gelten gemäß § 26 der Wiener Stadtverfassung als bekannt gegeben. Bis zu Beginn dieser Sitzung hat kein Mitglied des Wiener Gemeinderates zu diesen Geschäftsstücken die Verhandlung verlangt. Ich erkläre daher gemäß § 26 der Wiener Stadtverfassung diese als angenommen und stelle fest, dass die im Sinne des § 25 der Wiener Stadtverfassung erforderliche Anzahl von Mitgliedern des Gemeinderates gegeben ist.

In der Präsidialkonferenz wurden nach entsprechender Beratung die Postnummer 2 zum Schwerpunkt-Verhandlungsgegenstand erklärt und gleichzeitig folgende Umreihung der Tagesordnung vorgeschlagen: Post 2, 27, 1, 15, 20, 24, 7 und 9. Die Postnummern werden daher in dieser Reihenfolge zur Verhandlung gelangen.

Es gelangt nunmehr Postnummer 2 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft die Errichtung und Ausstattung eines Kindergartens im 14. Bezirk, Waidhausenstraße 30. Ich bitte den Berichterstatter, Herrn GR Vettermann, die Verhandlungen einzuleiten.

Berichterstatter GR Heinz **Vettermann**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte KollegInnen! Ich bitte um Zustimmung zum eben einreferierten Aktenstück.

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Danke. - Ich eröffne die Debatte und darf darauf hinweisen, dass die Erstredner jeder Partei 40 Minuten zur Verfügung haben, die weiteren Redner jeweils 20. Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Ing Leeb. Ich erteile ihr das Wort.

GRin Ing Isabella **Leeb** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Ja, herzlichen Dank. - Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir haben in der letzten Stunde sehr viel über Qualifikation gehört. Deswegen finde ich es ganz stimmig, dass wir jetzt einen Akt haben, der an dieses Thema nahtlos anschließt. Es geht um sehr frühe Qualifikation. Es geht um Qualifikation, die de facto in der elementaren Ausbildung und Bildung im Kindergarten beginnen muss.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Einführung des beitragsfreien Kindergartens entwickelt sich allerdings, so richtig und so wichtig sie ist, Schritt für Schritt für die Wiener Stadtregierung, aber eigentlich für uns alle zu einem Problem. Für die Zukunftsbereiche Bildung und Kinderbetreuung werden im Wiener Budget knapp 1,9 Milliarden EUR veranschlagt. Das sind die nackten Zahlen. Seit der Einführung des beitragsfreien Kindergartens, der mittlerweile - das muss man auch dazusagen - mehr als die Hälfte des Gesamtbudgets ausmacht und den ich, wie gesagt, in der bildungspoliti-

schen Tragweite auch nicht schmälern möchte, haben wir mehrere Probleme, die wir zu bewältigen haben.

Lobend streicht man gerne die Schaffung neuer Kindergarten- und Kinderkrippenplätze heraus. 2 000 sollen heuer dazukommen. Ich habe es hier schon öfters gesagt: Schön langsam, meine sehr geehrten Damen und Herren, macht mir der rasante Aufschwung an Kindergärten und an Kinderkrippen Sorge! Jahr für Jahr beschließen wir hier im Gemeinderat Mittel, Anschlussfinanzierungen, und ich stelle Ihnen heute zum wiederholten Mal die berechnete Frage: Haben Sie da noch den Überblick? Können Sie die Qualität an den einzelnen Standorten sicherstellen? Wie überprüfen Sie das? Wer überprüft das? Wie oft wird das überprüft? Oder geben Sie die Anstoßfinanzierungen einfach nur, um sich dann Jahr für Jahr über einen gesteigerten Deckungsgrad zu freuen?

Damit kann man das Problem 1 sehr genau eingrenzen: Wir haben einen Wildwuchs an Kindergärten, wir haben keine Garantie, dass die Qualität stimmt. Und ich meine, nicht überall, wo mittlerweile „Kindergarten“ draufsteht, ist auch Kindergarten drinnen.

Bemerkenswert ist für mich allerdings wirklich auch, ich sage jetzt einmal, das Eigenlob, das man da von Seiten der Sozialdemokratie immer wieder hört. Wir haben es in der Aktuellen Stunde auch gehört: 36 Prozent der Kinder unter 3 Jahren haben einen Betreuungsplatz, und im Bereich der Kinder im Alter von 3 bis 6 Jahren ist das Barcelona-Ziel erreicht.

Das ist schön, meine sehr geehrten Damen und Herren, nur glaube ich nicht, dass wir Politik machen sollten für Barcelona- oder sonstige Ziele, sondern für die Menschen in der Stadt. Den Eltern ist es herzlich egal, ob das Barcelona-Ziel erfüllt oder übererfüllt ist. Ein Deckungsgrad von 36 Prozent für die Unter-Drei-Jährigen ist bei Weitem kein Ruhmesblatt für die Stadt Wien!

Jetzt weiß ich schon, es kommt dann wieder: In den anderen Bundesländern ist es schlechter. Nur, das interessiert mich nicht! Dort wohne ich nicht, dort mache ich nicht Politik für die Menschen. Ich möchte Politik für die Wienerinnen und Wiener machen. Ich möchte die Lebensumstände der Menschen verbessern. Diese 36 Prozent, die da angeboten sind, kann man einfach nicht akzeptieren!

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Leben in Wien ist teuer, und das haben auch Sie mitzuverantworten. Die Lebensrealitäten schließen mittlerweile Wahlfreiheit weitgehend aus. Ohne zwei Einkommen kann das Gros der Familien den Alltag nicht finanzieren. Da braucht es ganz einfach ein Angebot, das weit über die 36 Prozent bei den Unter-Drei-Jährigen hinausgeht.

Ein ganz besonders großes Problem ist das für arbeitslose Eltern. Da beißt sich dann nämlich die Katze in den Schwanz: Sie bekommen endlich ein Arbeitsplatzangebot, haben aber keinen Kinderbetreuungsplatz. Was bedeutet das? Die Mütter, die Väter bleiben weiter in der Warteschleife im Sozialsystem und haben keine Perspektive. Das ist meiner Meinung nach wirklich beschämend.

Aber mein neuestes Highlight ist ein aktueller Fall ei-

ner Unternehmerin. Die junge Frau ist im September Mutter geworden und hat sich mit der Bitte um einen Krippenplatz an die MA 10 gewandt. Die Antwort der MA 10 war: Bitte, da brauchen wir eine Bestätigung Ihres Arbeitgebers. Die Mutter: Sie, das geht nicht, ich bin selbstständig. Daraufhin hat sie die Auskunft der MA 10 erhalten: Dann kriegen Sie keinen Platz, Sie nehmen sonst denen, die wirklich arbeiten, einen Platz weg. Sie als Unternehmerin können sich die Zeit ja ohnedies einteilen.

Auch in diesem Fall: Beschämend und einer Stadt wie Wien nicht würdig! Sind wir Unternehmer wirklich Bürger zweiter Klasse? - Nicht nur, was die Befragung auf der Mariahilfer Straße betrifft, sondern auch dann, wenn ich als Unternehmerin Mutter werde! *(Beifall bei der ÖVP und von GR Dr Wolfgang Aigner.)*

Aber wie soll denn das auch alles funktionieren? Die Stadt Wien hat ja nicht einmal den Überblick darüber, wie viele Kindergartenplätze sie wirklich braucht. Das Kontrollamt hat kritisiert, es gibt drei Jahre nach Einführung des beitragsfreien Kindergartens keine gemeinsame Anmeldeplattform für städtische und private Kindergärten.

Das ist das Problem 2: keine Anmeldeplattform, kein Überblick, Chaos durch Mehrfachmeldungen. Sie haben keinen Überblick mehr. Und glauben Sie es mir - oder nicht -, es sind schon viele Eltern händeringend vor mir gestanden und haben gesagt, ich würde gerne wieder dafür zahlen, wenn ich nur die Sicherheit hätte, einen guten Platz zu bekommen.

Dann kommt das Problem 3 dazu, das sich logischerweise aus den Problemen 1 und 2 ergibt. Wir haben heute in der Fragestunde schon sehr viel darüber gehört: Wir brauchen ausreichend gut ausgebildete Kindergartenpädagogen und Kindergartenpädagoginnen.

Wir haben, wie gesagt, heute vieles dazu gehört, auch viel Positives. Wir setzen jetzt verstärkt auf die Ausbildung Erwachsener. Das ist aber eine Aktivität, die wieder einmal klassisch nach SPÖ-Wien-Manier mit dem Rücken zur Wand und um drei Jahre zu spät passiert. Denn es ist natürlich schon total überraschend über uns hereingebrochen, wenn wir den Kindergarten gratis machen, nämlich von null bis sechs, dass wir dann mehr Personal brauchen. Da braucht es drei Jahre, dass wir uns dazu aktiv etwas überlegen!

Was ich aber positiv herausstreichen möchte, ist zumindest die Einsicht, die seitens der Stadt Wien herrscht, dass da wirklich alles nicht mehr so rosig ist, wie Sie es uns zu anderen Themen immer vorgaukeln wollen. Sie geben mittlerweile selbst zu, dass die Personalsituation angespannt ist. Das konnten wir am Wochenende in den diversen Medien nachlesen.

Was ich aber besonders unverfroren finde, ist die Aussage - ich weiß nicht, wer es gesagt hat, es wird so zitiert -: Die Stadt spricht von einer angespannten Personalsituation, aber in jeder Gruppe sei zumindest eine Kindergärtnerin. Na, dann hoffen wir, dass die nicht krank wird, wegzieht, ein Kind kriegt oder sonst irgendwie Probleme hat, aber Gott sei Dank haben wir ja pro Gruppe noch eine Kindergärtnerin.

Wie Sie allerdings bei der angespannten Situation auch noch die Sprachförderung - was ja ein wesentlicher Teil des Kindergartens auch sein soll - bewerkstelligen wollen, frage ich Sie schon.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Ausbildung in Richtung Erwachsenenbildung halte ich für richtig. Dennoch möchte ich Sie hier an dieser Stelle ersuchen, dass Sie da noch einmal in sich gehen und, was die BAKIP 21 betrifft, sich ein bisschen überlegen, ob es wirklich vernünftig ist, bei der fünfjährigen Ausbildung von drei Klassenzügen auf einen zurückzufahren.

Jetzt weiß ich schon - da gebe ich Ihnen recht -, die meisten bleiben nicht im Beruf. Ich möchte dem Herrn Oxonitsch da ein bisschen widersprechen. Er hat mir in der Fragestunde geantwortet, dass die Personalpolitik ohnedies eine sehr aktive wäre, die da betrieben wird. In Wahrheit ist es so, dass die Stadt Wien einfach auch zu wenig auf die jungen Menschen zugeht, die in der fünfjährigen sitzen. Man könnte dort wirklich mehr tun. Vielleicht können Sie das als Anstoß nehmen, bei diesem einem Klassenzug, der bei der fünfjährigen verbleibt, aktiv auch an die jungen Leute heranzutreten.

Was mir aber wichtig ist, ist, dass durch diese Schließung von 2 Klassenzügen 60 jungen Menschen, die in Wien eine höhere Ausbildung, sprich, Matura, machen und damit ihr Arbeitslosenrisiko minimieren, die Chance auf bessere Ausbildung genommen wird. Deswegen stelle ich den Antrag, dass die Reduktion der drei Klassenzüge in der fünfjährigen Ausbildung zurückgenommen wird. Geben Sie den jungen Menschen in dieser Stadt eine Chance! Minimieren Sie das Arbeitslosenrisiko, Matura ist ein wichtiger Weg dazu. Was noch dazukommt: Im 21. und 22. Bezirk - riesigen Stadtentwicklungsgebieten - gibt es nicht allzu viele Schulen, die Maturaabschluss ermöglichen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich darf also abschließend zusammenfassen: Das große Erfolgsmodell beitragsfreier Kindergarten hat drei Probleme herauskristallisiert. Sie haben keinen Überblick, weil Sie keine Anmeldeplattform haben; nach drei Jahren ist es nicht gelungen, so etwas zu installieren. Es gibt einen Wildwuchs an Kindergruppen, wo wir nicht mehr wissen, ob wir die Qualität sichern können. Und es gibt zu wenig Personal; das wird sich auch durch die Offensive, die jetzt gestartet wird, nicht schnell und dramatisch ändern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte zum Abschluss meiner Rede auf ein Thema kommen, das uns hier bereits mehrfach beschäftigt hat, und möchte dazu auch Vertreter des Vereins „Ehemalige Heimkinder“ auf der Zuschauertribüne recht herzlich begrüßen.

Ich habe in der Jänner-Sitzung des Gemeinderates zum wiederholten Mal den Antrag auf Ausrichtung einer Versöhnungszeremonie durch die Stadt Wien gestellt. Jetzt weiß ich schon - wir haben es gehört, wir haben es auch in einer Aussendung nachlesen können -, man strebt eine bundesweite Zeremonie an. Das kann dauern, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Procedere, dass nur jährlich Sitzungen der Landesjugendreferenten stattfinden, die dann aber auch erst Rücksprache mit den eigenen Bundesländern halten müssen,

verheißt da nichts Gutes.

Man strebt eine Entschuldigungszeremonie im Reichsrats-Sitzungssaal an. Ich darf nur logistisch anmerken: Es hat allein in Wien 1 900 Opfermeldungen gegeben, 1 300 Entschädigte. (*GR Dominik Nepp: Brauchen wir das Prater-Stadion?*) Ich weiß nicht, wie Sie dann auch die anderen Bundesländer dazu in den Reichsrats-Sitzungssaal pferchen möchten. Deswegen bringe ich heute zum wiederholten Mal den Antrag ein, binnen Jahresfrist eine solche Zeremonie auf Wiener Landesebene zu organisieren. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Es hat sehr viele Reaktionen ehemaliger Heimkinder auf die Aussendungen und Aussagen im Rahmen der vergangenen Sitzung gegeben. Insbesondere möchte ich da eine Aussendung des Kollegen Vettermann herausstreichen, den ich persönlich sehr schätze, von dem ich weiß, dass er integer und sehr offen ist. Ich denke, seine Aussendung war mehr der Parteidisziplin als seiner persönlichen Überzeugung geschuldet. Diese Aussendung hat sehr viel Befremden hervorgerufen.

Ich darf die Gelegenheit nutzen und der Bitte nachkommen, eine offizielle Stellungnahme des Vereins „Ehemalige Heimkinder“, was die Ausrichtung einer Versöhnungszeremonie betrifft, vorlesen:

„Es muss endlich Schluss sein mit dem Spielen auf Zeit, dem Abschieben der Verantwortung auf Länderebene und umgekehrt, seitens des Bundes und auf Landesebene. Diese Art des Umganges mit den Betroffenen aus dem Heimkinder-Skandal ist letztklassig.

Die Opfer haben uneingeschränkten Respekt und Würde zu erhalten. Die Fortsetzung vom Heimkind zum Bittsteller und Almosenempfänger muss ein rasches Ende haben, um nicht das Gefühl zu erwecken, hier wird das Opfer neuerlich zum Opfer gemacht.

Eine sogenannte Entschuldigungszeremonie ist in diesem Zusammenhang keine Frage der Zeit, sondern ausschließlich des politischen Willens. Denn es sind viele Jahre vergangen, in welchen sich der Bund und die Länder die Verantwortung gegenseitig zuschieben.

In Fällen, in denen Betroffene in mehreren Erziehungsanstalten untergebracht waren, gibt es die seltsamsten Versuche, auf dem Rücken der Opfer Pontius und Pilatus zu spielen. Betroffene Missbrauchsopfer vermissen den ernsthaften Umgang mit ihnen, wenn hier auf Zeit gespielt wird. Das Thema ist zu ernst und zu schade, um politisch Völkerball zu spielen.

Die Signale seitens der Politik sind keine guten, die ausgesandt werden, wenn es zum Beispiel um eine Versöhnungszeremonie geht. Es wird unter den Betroffenen auch heftig diskutiert, ob es eine solche geben soll. Einige sagen, da gehe ich nicht hin. Andere wiederum, viele, ja, es soll eine Zeremonie geben, ich werde hingehen, diese Zeremonie ist für meine Vergangenheitsbewältigung von Bedeutung.

So zieht sich das pro und contra durch das Thema auf unserer Seite. Wie auch immer, es muss durch die Politik die Möglichkeit geschaffen werden, sich entscheiden zu können. Ob dies nun auf Landes- oder Bundesebene geschehen soll, ist Ansichtssache. Darüber kann diskutiert werden, aber nicht auf dem Rücken der Be-

troffenen.

Der tiefe Graben, der durch all die Versäumnisse, durch den Bund, die Länder, die Kirche und private Träger, durch das Wegschauen, Gutheißen, Ignorieren aufgerissen wurde, ist ohnehin nicht zuzuschütten. Es sollte aber eine Brücke der Versöhnung seitens der Politik ohne viel Wenn und Aber angeboten werden.

Entschuldigung kann es keine geben. Der Heimhalter kann nur um Verzeihung bitten. Denn entschulden kann das Opfer den Täter. Aber ein Eingeständnis des Versagens der Heimhalter wäre ein erster Schritt, die Vergangenheit der Betroffenen und Missbrauchsopfer leichter aufzuarbeiten, ohne die Willkür von verantwortlichen Politikern, eine Zeremonie vom Bund abhängig machen zu wollen.

Wenn der SPÖ-Abgeordnete Vettermann mit Begeisterung aufzählt, was nicht alles schon in Wien für die Betroffenen getan wurde, dann könnten ihm die Betroffenen ohne Begeisterung aufzählen, was nicht getan wurde und nicht getan wird, um die Betroffenen ernst zu nehmen.

Es geht den Betroffenen nicht darum, was getan wurde, denn aus dieser Sicht werden sie wieder zu Almosenempfängern und wieder zu Opfern - denen hat man eh schon was gegeben, und jetzt ist dann a Ruh' -, sondern die ganze Thematik ist endlich mit Anstand und Würdigung der Opfer so weit zu Ende zu bringen, wie dies möglich ist. Das ist schlussendlich die Aufgabe der verantwortlichen Heimhalter, die ja auch geduldet haben, dass Missbräuche in den Heimeinrichtungen stattgefunden hatten.

Der Verein Ehemalige Heimkinder Österreichs ersucht Sie, Frau Leeb, unsere Mail bei der nächsten Gemeinderatssitzung den Gemeinderäten vorzulegen. Mit freundlichen Grüßen: Franz Josef Stangl, Schriftführer. Romana Schwab, Obfrau des Vereins Ehemalige Heimkinder.“

Was ich mit großer Freude und Demut getan habe. - Danke. (*Beifall bei der ÖVP und von GR Dr Wolfgang Aigner.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächste Rednerin zum Wort gemeldet ist Frau GRin Mag Wurzer. Ich erteile ihr das Wort.

GRin Mag Martina **Wurzer** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Lieber Heinz in meinem Rücken! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ja, Wien wächst! Das ist gut so, darüber freuen wir uns. Das heißt aber auch, dass das Wachstum dieser Stadt uns vor enorme Herausforderungen stellt.

Eine davon ist, genügend und ausreichend Kinderbetreuungsplätze zur Verfügung zu stellen. Das heißt für uns, da strengen wir uns sehr an. Die Zahlen wurden bereits von meiner Kollegin Leeb genannt, und auch immerhin anerkannt, wir strengen uns an, pro Jahr an die 1 500 Betreuungsplätze für Kinder zu schaffen, zusätzliche Betreuungsplätze zu schaffen. Das kostet nicht nur Geld, sondern das kostet natürlich auch Anstrengungen, genügend Personal, gut qualifiziertes und gut ausgebildetes Personal zur Verfügung zu stellen.

Genau das haben wir uns vorgenommen, genau das

unternehmen wir mit dem Versuch, auf Erwachsenenbildung umzustellen in der BAKIP 21, also der stadteigenen, landeseigenen Bildungseinrichtung. Ich möchte kurz erwähnen, dass das eine der wenigen ist, die es überhaupt noch in Österreich gibt. Nicht jedes Bundesland leistet sich eine eigene BAKIP, eine eigene Ausbildungseinrichtung für KindergartenpädagogInnen. Wir tun das mit zirka 7 Millionen EUR im Jahr, leisten unseren Beitrag und versuchen eben, in die Offensive zu gehen und genügend Personal auch tatsächlich zur Verfügung zu stellen.

Deshalb fällt es mir hier immer ein bisschen schwer, muss ich sagen, mit der Kritik der ÖVP umzugehen, weil Sie einerseits kritisieren, dass wir zu langsam sind, das Personal zu lukrieren, andererseits aber genau diese Anstrengung, die BAKIP 21 auf Erwachsenenbildung umzustellen, auch wieder kritisieren. Ich komme da also sozusagen nicht zusammen, welchen Weg wir jetzt gehen sollen, welcher Empfehlung seitens der ÖVP wir folgen sollten.

Wir bleiben einmal sicherheitshalber bei unserem Weg, den wir gut überlegt eingeschlagen haben und gehen. Ich stehe total dahinter und bin extrem überzeugt davon, dass wir hier den richtigen Weg gehen, indem wir, wie ich heute in der Früh schon gesagt habe, eben den zweitbesten Weg gehen. Nicht die Akademisierung der KindergartenpädagogInnen, die wir natürlich bevorzugen würden, wo wir aber auf die Bundesregierung warten müssen, bis sie hier auf Bundesebene endlich Schritte setzt, sondern wir gehen den zweitbesten Weg und forcieren eben die Erwachsenenbildung der KindergartenpädagogInnen.

Es wird für alle, die momentan in der BAKIP 21 ausgebildet werden, also für alle, die den Ausbildungslehrgang mit 14 begonnen haben, natürlich sichergestellt, dass sie dort werden maturieren können. Es wird jetzt, eben nach der Kritik, auch weiterhin eine Klasse des fünfjährigen Lehrgangs weitergeführt werden, also reduzierte Ausbildung der ab 14-Jährigen und dafür forciert die Ausbildung der Erwachsenen in der Kindergartenpädagogik und Elementarpädagogik.

Meine Kollegin Leeb hat es auch erwähnt: Das wird natürlich von allen für richtig gehalten. Von ExpertInnenseite wird dieses Vorgehen im Übrigen auch sehr gelobt, weil wir am Ende tatsächlich mehr KindergartenpädagogInnen in den Kindergärten haben. Das ist das Ziel, das wir erreichen wollen und mit dieser Umstellung auch erreichen werden.

Das heißt also, Erwachsenenbildung gezielt auszubauen, das war ein Ziel, das wir verfolgt haben und an dem wir gern weiter festhalten. Niemand muss sich um die eigene Ausbildung sorgen. Auch alle LehrerInnen werden natürlich weiterhin an der BAKIP 21 dringend gebraucht werden. Niemand muss sich hier also Sorgen machen, dass irgendwie Plätze oder Arbeit verloren gehen würden. Keinesfalls ist das der Fall.

Veränderung heißt natürlich immer, dass nicht alles beim Alten bleibt und nicht alles so bleibt, wie es ist. Wir GRÜNE sind mutig und stark genug, auch dazu zu stehen, nicht nur immer schöne Worte zu finden, sondern

selbstverständlich auch dem Gesagten Taten folgen zu lassen. Die Bundesregierung hat bei der PädagogInnenbildung neu leider komplett ausgelassen, deshalb sind wir in unserem Wirkungsbereich in die Offensive gegangen und haben eben das, was auf Landesebene möglich war, umgesetzt oder gehen es jetzt an.

Alle SchülerInnen werden ihre Ausbildung dort beenden können. Die fünfjährige Ausbildung wurde auf eine Klasse reduziert, und das heißt, die BAKIP ab 14 wird langsam und sukzessive in eine Kollegausbildung für Erwachsene umgestellt. Diesen Weg werden wir weiterverfolgen und hoffentlich auch möglichst rasch umsetzen.

Zum zweiten verpflichtenden Kindergartenjahr möchte ich noch ein paar Worte verlieren, weil das ja aktuell in Debatte ist, auch bundesweit. Es ist sehr zu begrüßen, dass es ein klares Bekenntnis von Ministerin Karmasin und Minister Kurz zum zweiten verpflichtenden Kindergartenjahr gibt. Es ist allerdings eigentlich nicht zu verstehen, warum die Eingrenzung der Verpflichtung auf „die, die es brauchen“ lauten soll. Jedes Kind profitiert vom Kindergarten. Der Besuch der Kindergärten als Bildungseinrichtung bringt allen Kindern etwas und legt einen Grundstein für die Chancengerechtigkeit für alle Kinder. Daher ist es nicht notwendig, auf „die, die es brauchen“ einzugrenzen in dieser Frage.

Allen Kindern tut es gut, mit anderen Kindern und PädagogInnen gemeinsam spielend zu lernen, herumzutoben, zu experimentieren, Freundschaften zu knüpfen und Konflikte auszutragen. Es wäre also verkürzt, sich nur auf die sprachliche Kompetenz von Kindern zu fokussieren. Soziale und intellektuelle Kompetenzen sind mindestens genauso wichtig und notwendig. Es braucht mehr als ein Jahr Zeit, um das zu entfalten, das ist richtig.

Ich lehne es ab, nur manche Kinder zum Kindergartenbesuch zu verpflichten. Es ist Zeit, wegzukommen von einem Blick, der immer nur auf die Defizite mancher Kinder abstellt. Vom Kindergartenbesuch profitieren alle Kinder, höchste Zeit also auch für einen Rechtsanspruch auf ein zweites kostenloses Kindergartenjahr! Denn nichts anderes als das kann eine Verpflichtung bedeuten.

Außerdem freue ich mich auch über den Antrag der ÖVP, der, glaube ich, noch eingebracht werden wird zur Vereinbarung von Beruf und Familie. Ja, den finde ich herzallerliebste, weil er mit 20-jähriger Verspätung das festhält, was wir seit 20 Jahren praktizieren, fordern, also praktizieren jetzt als Regierungspartei und fordern sowieso. Das ist alles außer Frage gestellt, und selbstverständlich teilen wir den Inhalt dieses Antrags. Abstimmen müssen wir ihn allerdings nicht, also positiv abstimmen müssen wir nicht, denn unsere Politik ist getragen von dieser Haltung, die hier ... (*Zwischenruf von GRin Ing Isabella Leeb.*) Das ist gelebte, praktizierte Politik, was in diesem Antrag formuliert wird.

Ich hoffe auf eine spannende Debatte, weiß nicht ganz genau, wohin sie noch führen wird in manchen Facetten. Sollten sich Themenbereiche auftun, die ich jetzt noch nicht erwähnt habe, melde ich mich gern noch

einmal zum Wort. - Danke schön. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner zum Wort gemeldet ist Herr GR Nepp. Ich erteile ihm das Wort.

GR Dominik **Nepp** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich freue mich, dass das Thema der Kindergärten heute als Schwerpunkt genommen wurde. Denn gerade das Thema und die Frage, wie gehe ich mit den Kindern um, wie bilde ich sie aus, wo beginne ich, wann starte ich damit, ist ein zukunftsweisendes Thema. Aber gerade dieses Thema wird von der SPÖ und jetzt auch von den GRÜNEN eigentlich schwer vernachlässigt.

Das „profil“ hat es unlängst auf den Punkt gebracht. Und zwar hat es geschrieben: Lange Wartezeiten, überfüllte Einrichtungen, unqualifiziertes Personal. Im europäischen Vergleich ist die Situation der österreichischen Kindergärten beschämend, mit der Konsequenz, dass wertvolles Entwicklungspotenzial vernachlässigt wird.

Das schreibt das „profil“, und ich muss sagen, es hat leider recht. Das schreibt ja nicht nur die Zeitung, und das behaupten nicht nur wir, sondern das sagen auch die Pädagogen selbst, die betroffen sind.

Frau Keller, die Vorsitzende der Berufsgruppe Kindergarten- und HortpädagogInnen Wiens, beschreibt es so, dass es allein schon wegen des Betreuungsschlüssels, der in Wien herrscht, der auch verbessert werden muss, zu einer Massenkinderhaltung kommt, dass einzelne ausgebildete Kindergartenpädagoginnen, nur eine einzige für 25 Kinder zuständig ist. Wenn sie Glück hat, bekommt sie noch eine Assistentin, aber oft auch nicht. Dadurch bleiben nicht nur die Defizite bei vielen Kindern unentdeckt, sondern auch Begabungen verborgen.

Wenn das schon Pädagogen und Pädagoginnen sagen, die damit zu tun haben, dann muss das doch bitte ein Warnsignal sein. Dann müssen ja schon alle Alarmglocken läuten. Hier herrscht akuter Handlungsbedarf!

Herr Oxonitsch hat sich darauf gemeldet, auch in der Presse, und hat das irgendwie mit einem Schmunzeln lapidar abgetan, quasi so: Es gibt immer eine Diskussion zwischen den Beschäftigten und den Dienstgebern, und es ist immer zulässig, dass Beschäftigte für ihre Interessen Demonstrationen abhalten und Forderungen stellen. Für mich ist das aber eine klare Auseinandersetzung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, die hat man immer.

Hier muss man eindeutig sagen: Sie wollen das Problem nicht lösen! Sie tun das als üblichen Konflikt ab. Wenn Sie sich immer so international vergleichen wollen, mit internationalen Studien wie zum Beispiel Mercer, dann sage ich: Schaffen Sie doch endlich auch internationale Standards im Bereich der Kindergartenpädagogik! Internationale Standards, wo auf 20 Kinder 4 bis 5 Erwachsene kommen, das fordern wir Freiheitliche. Wir wollen diese internationalen Standards in Wien umgesetzt wissen. *(Beifall bei der FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.)*

Aber diesem Pädagogenmangel werden Sie ja auch nicht Herr. Allein schon beim derzeitigen Betreuungs-

schlüssel fehlen uns hunderte Pädagogen. Es ist eben Fakt, dass es zu wenige Pädagogen gibt, nicht nur für die Betreuung von Unter-Drei-Jährigen. Hier hat es eindeutig der StR Oxonitsch verabsäumt, den Gratiskindergarten richtig vorzubereiten, diesen Kindergarten richtig einzuführen. Sie haben das damals in einer Husch-Pfusch-Aktion gemacht, nachdem Sie gesehen haben, dass der mediale Druck und der Druck der jungen Eltern zu groß wird, weil wir das schon jahrelang gefordert haben.

Sie haben das dann husch, pfusch eingeführt, und Sie haben es vier Jahre später immer noch nicht geschafft, diese Misere auszubessern. Ich frage mich nur: Was hat der StR Oxonitsch die letzten vier Jahre gemacht? Er hat Zeit gehabt, dieses Manko zu beheben. Nur Inserate zu schalten und ständig in dilettantischen Ballettposen vor irgendwelchen Kameralinsen herumzuhüpfen, kann einfach nicht genug sein.

Bezüglich der BAKIP 21 sehe ich es natürlich nicht so, wie es Frau Wurzer sieht, dass das ohnehin alles gut läuft. Ich kann nur erinnern, wir hatten gerade vorhin eine Debatte bezüglich der Ausbildung junger Menschen, und hier wird von Rot-Grün immer die Ausbildungsgarantie ins Spiel gebracht. Darum verlangen wir Freiheitliche, dass einfach jeder Schüler/jede Schülerin, die diese Ausbildung machen will, auch einen Platz bekommt. Das wollen Sie beinhart streichen, da wollen Sie sagen, das sollen irgendwelche Erwachsene machen? Gerade hier versagt die Ausbildungsgarantie des rot-grünen Wiens bei jungen Menschen, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.)*

Sie müssen grundsätzlich, wenn Sie die Menschen in diesem Beruf behalten wollen, diesen Beruf attraktiver machen. Sie müssen bessere Rahmenbedingungen schaffen, Sie müssen besser bezahlen, auch wenn sich der StR Oxonitsch immer rühmt, wir haben das letzte Mal ohnehin 6 Prozent Lohnerhöhung gemacht. Da sage ich, 6 Prozent von nichts bleibt auch nichts. Deswegen sollten Sie sich auch nicht wundern, dass viele ausgebildete Lehrer und Kindergartenpädagoginnen in die Bundesländer abwandern.

Jetzt wollen Sie sogar das zweite verpflichtende Kindergartenjahr einführen. Sebastian Kurz hat das ja gefordert, Sie begrüßen es natürlich. Aber ich möchte Ihnen schon sagen - weil Sie irgendwie so gesagt haben, das ist wichtig, und die sollen sich nicht aufpudeln, die das nicht wollen -, wir wollen hier keine Zustände wie in der DDR, wo die Familie verstaatlicht wurde! Und ich verwahre mich dagegen, dass Sie Eltern, die sich selber um die Kinder kümmern wollen und sie nicht in staatliche Obsorge und Obhut geben wollen, als Eltern zweiter Klasse degradieren. *(Beifall bei der FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.)*

Sie schaffen es ja nicht einmal, das erste verpflichtende Kindergartenjahr richtig durchzuführen. Jetzt wollen Sie schon das zweite einführen. Ich darf nur auf einen Kontrollamtsbericht verweisen, der aufgedeckt hat, wie desaströs dieses gesamte Anmeldesystem eigentlich ist. Die MA 10 kennt nicht einmal den tatsächlichen Be-

darf.

Viele Eltern schildern uns auch, weil sie verzweifelt sind, tagtäglich ihre Behandlung gegenüber der MA 10, wenn es heißt: Ja, melden Sie sich einmal an, es gibt keine Plätze. Dann stehen die Leute da, haben keinen Platz, dann gehen sie selber zu den Kindergärten, dort gibt's auf einmal Plätze. Hier herrscht also ein totales Chaos.

Da frage ich mich, weil das gerade auch junge Frauen und Mütter betrifft, warum die SPÖ-Frauen hier nicht mehr Wirbel machen und einmal dem eigenen Stadtrat die Meinung sagen. Denn diese geforderte Vereinbarkeit von Beruf und Familie findet in Wien nicht statt. Hier sind auch die SPÖ-Frauen aufgefordert, nicht auf dem einen Auge blind zu sein, sondern sich darum zu kümmern, dass der Stadtrat dies durchsetzt! *(Beifall bei der FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.)*

Ich frage mich immer: Wenn Sie das alles nicht schaffen, wie können Sie dann ständig sagen, dass die Sprachförderung in Wien so toll klappt? Bgm Häupl hat ja gesagt, er möchte kein Kind mehr in der 1. Klasse Volksschule haben, das nicht Deutsch kann. Da sage ich, dann müssten vielleicht manche Schulklassen in Ottakring oder Rudolfsheim-Fünfhaus leer stehen, weil das wirklich eklatant ist, was dort an Sprachförderung nicht passiert.

Die Plattform EduCare sagt es ja auch schon selber. Da sagt die Sprecherin, gezielte Sprachförderung im Kindergarten scheitert an den fehlenden Rahmenbedingungen. Gezielte Unterstützung von Vierjährigen mit Sprachproblemen ist derzeit im Kindergarten schwer möglich. Gezielte Sprachförderung im Kindergarten scheitert an den fehlenden Rahmenbedingungen, und zwar deswegen, weil immer mehr Zusatzaufgaben den Kindergartenpädagogen zugeschoben werden, ohne die dafür nötigen Bedingungen zu schaffen.

Hier muss man wirklich sagen: Wenn das schon Elternplattformen, Pädagogenplattformen sagen und Sie immer noch nicht handeln, sollten Sie sich vielleicht einmal überlegen, ob Sie hier nicht fehl am Platz sind, Herr StR Oxonitsch!

Aber so, wie Sie sich hier nicht auskennen, kennen Sie sich auch nicht aus, was Sie fördern. Bei diesem Förderwildwuchs von vielen Vereinen hin und her behaupte ich, dass Sie langsam gar nicht mehr wissen, was hier alles gefördert wird. Denn es gibt nur so eine Art Musterbogen, wenn man sich das anschaut, immer wieder für die Förderansuchen. Da gibt immer jeder irgendetwas mit Montessori, mit Gleichberechtigung aller Kinder und so fort an. Das ist irgendwie ein Musterbaustein, den man immer hin und her schiebt, und jeder bekommt dann die Förderung.

Wenn man sich die Förderansuchen anschaut, für die es eine Art Musterbogen gibt, dann sieht man, dass immer wieder etwas wie Montessori, Gleichberechtigung aller Kinder und so fort angegeben wird. Dieser Musterbaustein wird immer wieder hin- und her geschoben, und jeder bekommt dann die Förderung.

Aber anscheinend schauen Sie sich nicht an, was Sie genau fördern! Offenbar ist Ihnen beispielsweise der

Gender-Kindergarten, wo sich die Kinder die Fingernägel lackieren und Rockerln anziehen müssen und statt der Jausentasche mit dem Schminkköfferchen herumgehen, irgendwie durchgerutscht. Darüber rede ich jetzt gar nicht. *(GRin Dr Claudia Laschan: Gehen Sie einmal dorthin und schauen Sie sich das an!)* Das ist Ihr Projekt! *(Weiterer Zwischenruf von GRin Dr Claudia Laschan.)* Entschuldigen Sie, Ihre VBgmin Brauner ist sogar Präsidentin davon! Also tun Sie nicht so, als ob es das nicht gibt, Frau Kollegin! *(Beifall bei der FPÖ. – Zwischenruf von GRin Martina Ludwig-Faymann.)*

Ich behaupte wirklich: Sie sind ahnungslos! Sie wissen es nicht, oder Sie wollen es nicht wissen. *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)* Es ist schwer, mit Ihnen so zu reden, wenn Sie anscheinend Wahrheiten, die gegeben sind, gar nicht realisieren wollen! Es gibt dazu sogar Internetseiten, aber anscheinend ist es Ihr Motto: Meine Meinung steht fest, verwirren Sie mich nicht mit der Wahrheit! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Aber es geht nicht nur um diesen Genderkindergarten, sondern es gibt auch noch viele andere Kindergärten, die – wie ich jetzt einmal sage – vielleicht nicht so förderwürdig sind oder uns nicht förderwürdig erscheinen. So gibt es zum Beispiel die Pädagogischen Experten in Wien. – Das klingt alles sehr schön und gut. Man ist ja abgekommen davon, zu sagen, dass das der Kindergarten „Halbmond“ oder der Kindergarten „Aslan“ et cetera ist. Man nennt das jetzt alles viel schöner. Jetzt heißt es, dass der Kindergarten von den Pädagogischen Experten in Wien betrieben wird. *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)* Wenn man dahinterschaut, ist das der Kindergarten „Tabarak“. Das dürfte ein islamischer Kindergarten sein. Und wenn ich mir das Internet anschau, dann frage ich mich: Wo sind da die Pädagogischen Experten?

Wenn man auf „PEWien“ klickt, dann steht dort „Unsere Team“, was, wie ich einmal sagen möchte, grammatikalisch nicht ganz richtig ist. Unter den Grundsätzen wird unter anderem „Erlichkeit“ genannt. Ehrlichkeit oder Ehre werden ja in diesem Kulturkreis immer sehr groß geschrieben. Allerdings wurde bei „Erlichkeit“ glatt auf das stumme h vergessen. Man kann sagen, dass das ein Flüchtigkeitsfehler sein könnte. Wenn das allerdings ganz groß im Logo steht, dann müsste das doch, wie ich meine, jemandem auffallen! Aber Hauptsache ist, dass es von der Gemeinde Wien gefördert wird!

Dann wird auch noch „mehrmaliges Betten“ verlangt. – Vielleicht können Sie mir erklären, was das sein soll! Ist das vielleicht mehrmalig befohlenes Schlafen am Tag? Oder vielleicht ist das eine Ausbildung in der militärischen Disziplin des Bettenmachens bei Dreijährigen? Oder bedeutet das „Tagwache“? Oder was ist das sonst? – Wahrscheinlich hat man aber „mehrmaliges Beten“ gemeint. – Wenn man sich also allein den Leitspruch dieses Kindergartens „unsere Team ist erlich beim Betten“ ansieht, dann findet man in diesem Leitspruch schon fast mehr Rechtschreibfehler als Buchstaben, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner. – Zwischenruf von GRin Martina Ludwig-Faymann.)*

Das ist nicht lustig, Frau Kollegin Ludwig-Faymann, weil anscheinend nicht evaluiert wird, wohin die Gelder gehen und der Stadtrat anscheinend kläglich versagt, wenn solche Kindergärten einfach betrieben werden, obwohl man nicht weiß, was dort überhaupt gelehrt wird!

Aber das gilt zum Beispiel auch für den Verein MULTIKA betreffend den multikulturellen bilingualen Kindergarten: Auch hier hat man anscheinend versagt und nicht geschaut, was da finanziell los ist, denn der Kindergarten ist in Konkurs. Die Passiva belaufen sich auf 708 000 EUR, die Aktiva sind noch zu sichten. Auch hier konnte man nicht rechtzeitig einschreiten, weil die Evaluierungsmaßnahmen nicht funktionieren. – Hauptsache ist aber offenbar, dass die Gemeinde Wien immer mehr Subventionen in solche Kindergärten buttert, die man nicht mehr unter Kontrolle hat, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.)*

Aber man sieht, es gibt ja auch noch Verbesserungsmöglichkeiten innerhalb der SPÖ. Frau Rudas hat eingesehen, dass sie als Bildungssprecherin versagt hat. Darüber bin ich froh, weil der SPÖ-Klub im Nationalrat dadurch sicherlich eine Niveausteigerung erfahren wird! *(GRin Martina Ludwig-Faymann: Das ist so tief, tiefer geht es gar nicht mehr! – GRin Dr Claudia Laschan: Das ist ja beleidigend!)* Ich bin nicht beleidigend! Nein! *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Ich sage Ihnen, die Amerikaner werden über diesen Schritt nicht froh sein! *(GR Dr Kurt Stürzenbecher: Das ist ein blödes, unkompetentes Gestammel!)* Vielleicht verliert ja ... *(Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.)* Wenn Sie mir zuhören könnten und nicht dauernd hineinkeppeln würden, dann würden Sie vielleicht auch etwas mitnehmen aus dieser Rede! *(Weitere lebhaftes Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Ich sage Ihnen jedenfalls: Die Amerikaner werden nicht froh sein über diesen Schritt, denn vielleicht verliert dann die Elite-Uni Stanford das Prädikat „Elite“. *(Zwischenruf von GR Mag Wolfgang Jung. – GRin Martina Ludwig-Faymann: Genieren Sie sich für Ihren Abgeordneten hier!)*

Aber ich sage nur, der Herr Stadtrat sollte endlich den Mut fassen ... *(Weiterer Zwischenruf von GRin Martina Ludwig-Faymann.)* Genieren Sie sich lieber für Ihren Stadtrat! *(GRin Waltraud Karner-Kremser, MAS: Inhaltslos und frech!)* Ich sage Ihnen, Herr StR Oxonitsch sollte den Mut fassen, einzusehen, dass er gescheitert ist und dass er mit Bildung genauso wenig zu tun hat wie die ehemalige Bildungssprecherin, die Koffer zu packen und vielleicht auch in die Staaten zu gehen! Die Wiener werden es Ihnen danken. *(Beifall bei der FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner. – Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Dr Aigner. – Ich erteile ihm das Wort.

GR Dr Wolfgang **Aigner** *(Klubungebundener Mandatar)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Es ist einerseits sehr erfreulich, wenn wir sehr viel Geld in den Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen

stecken. Ich warne nur davor, dass wir es dabei bewenden lassen, Millionen um Millionen locker zu machen, ohne auch dafür Sorge zu tragen, dass die Ziele, die wir uns mit diesem vielen Geld zu stecken haben, auch erreicht werden.

Das ist ein bisschen auch die Brücke zur lokalen Arbeitnehmerpolitik: Es ist zwar schön, wenn Jahr für Jahr 50 Millionen EUR in einen Bereich investiert werden, es bleibt aber die Frage: Was ist jetzt der Endeffekt? – Und bei mir hat sich der Eindruck verfestigt, dass man in der Stadt Wien beim Ausbau der Kinderbetreuungsplätze keinem durchdachten System folgt.

Ich bin wirklich der Letzte, der für mehr kommunale und städtische Aktivitäten Werbung machen möchte, aber ich glaube, im Bereich der Kindergartenplätze sollte die Stadt Wien auch als Trägerorganisation Ausbaupläne hegen. Ich meine, die Stadt Wien sollte einerseits zusätzliche Kindergärten errichten oder andererseits bewährte institutionelle private Träger wie die Kinderfreunde beziehungsweise die „Kinder in Wien“ beauftragen. Ich persönlich habe nämlich kein gutes Gefühl, wenn wir in jedem Ausschuss irgendwelche Vereine mit Anschlag und sonstigen Finanzierungen fördern, deren pädagogischen Konzepte nämlich teilweise wirklich so sind, dass man das Gefühl hat, dass dort mit Copy & Paste gearbeitet wird. Ich frage mich wirklich, ob das gut ist! Ich meine, die Stadt sollte eher im eigenen Bereich in Eigenregie mehr Plätze in richtigen Kindergärten anbieten. Das wäre meines Erachtens besser, als wenn es tausende Plätze in irgendwelchen Privatwohnungen gibt, wo ein paar Kinder betreut werden und niemand prüfen kann, ob es dort qualifiziertes Personal gibt.

Ich habe im Ausschuss einmal die Frage an die zuständigen Beamten gestellt, ob sie überhaupt in der Lage sind, in diesem Bereich Kontrollen durchzuführen, und darauf wurde geantwortet: Wir kontrollieren allenfalls dann, wenn es Beschwerden gibt. – Nun ja: Bei solchen Kleingruppen muss man wahrscheinlich wirklich warten, bis sich jemand beschwert! In Anbetracht dessen meine ich, dass man, bevor man ein weiteres Kindergartenjahr verpflichtend einführt und noch zusätzlich Plätze schafft, einmal den gegenwärtigen Status konsolidieren und darauf achten sollte, dass hier wirklich die entsprechenden Qualitätskriterien eingehalten werden!

Weiters handelt es sich natürlich, wenn wir zu wenig Kindergartenpädagogen haben, auch um Fragen der Gestaltung des Dienstrechtes, der Bezahlung und der sonstigen Arbeitsbedingungen. Da hat sich halt sehr viel geändert. Auch das ist vielleicht eine Brücke zum Gesundheitsbereich: Vor einigen Jahren hat es noch elendslange Listen von Wartenden auf einen Turnusplatz gegeben, heute muss man hingegen eigentlich froh sein, wenn jemand den Spitalsturnus und dann auch eine Facharztausbildung machen möchte. Der Arbeitsmarkt hat sich einfach geändert, und ebenso wie sich der KAV und andere Spitalsträger überlegen müssen, wie sie als Arbeitgeber attraktiv sein können, müssen sich halt auch die Stadt Wien und die anderen Kindergartensträger Gedanken machen, was sie tun können, um als Arbeitgeber attraktiv zu sein.

Hier besteht ja eine Wechselbeziehung, und das hat selbstverständlich auch etwas mit der Ausbildung zu tun. Ich persönlich weiß nicht, ob die totale „Verakademisierung“ aller Ausbildungen wirklich der Weisheit letzter Schluss ist und ob man damit nicht letztendlich auch Menschen, die durchaus gut mit Kindern umgehen können, eher abstößt.

Im Hinblick darauf muss man sich natürlich auch die Frage stellen, ob man sich für diesen Bereich Akademikergehälter leisten kann und will. Wenn man die Ausbildungen immer weiter verlängert, auf der anderen Seite beim Gehalt aber keine entsprechenden Möglichkeiten sieht, dann verursacht man ja den Menschen auch Lebensinkommensverluste, und das hat Nachteile für die Pension, weil jedes Jahr zählt. Wir werden in Zukunft 40 bis 45 Jahre brauchen, und wenn man erst mit 25 Jahren anfängt, ist man bei einer Anforderung von 45 Jahren schon bei einem Alter von 70 Jahren, und ich sage ehrlich, mit 70 möchte ich nicht mehr weder in der Schule noch im Kindergarten stehen! – Daher meine ich, wie gesagt, dass immer nur das Verlängern der Ausbildung und die Einbeziehung höherer Hürden vermutlich auch nicht der Weisheit letzter Schluss ist.

Ich glaube, das ist ein sehr herausfordernder Politikbereich, der natürlich weit ins Gesellschaftspolitische hineingeht und wo auch die Wirtschaftspolitik angesprochen ist. Ich glaube, Wahlfreiheit ist nach wie vor ein hoher Wert. Daher meine ich, dass es wichtig ist, dass man Eltern eine entsprechende Gelegenheit gibt und auch estimiert, wenn sie einen Eigenbeitrag leisten. Selbstverständlich muss es für diejenigen, die das nicht können oder auch nicht wollen, entsprechende Einrichtungen geben, aber seien wir doch froh, dass es auch Eltern gibt, die sich selbst um ihre Kinder kümmern wollen!

Deshalb sind wir auch entsprechend vorsichtig hinsichtlich weiterer Verpflichtungen. Ich glaube, wichtig wäre es jetzt einmal, den Status quo zu konsolidieren und auch in sich zu gehen, ob man nicht im Bereich der eigenen Kindergärten eine Erweiterung vorsehen und eine entsprechende Qualitätssicherung im Bereich der privaten Träger vor allem dieser neugeschaffenen Kleingruppen schaffen möchte. Die großen Träger, Kinderfreunde, „Kinder in Wien“ und kirchliche Einrichtungen, haben ohnehin eine sehr lange Tradition, aber diese privaten Gruppen bedürfen doch einer gewissen Obsorge und auch Betreuung und Begleitung, damit sichergestellt ist, dass letztendlich auch dort die Qualität passt.

Ganz zum Schluss: So wichtig der Kindergarten als Bildungseinrichtung ist, soll er doch auch ein Kindergarten bleiben! Kinder sind Kinder. Früher hat man immer gesagt, der Ernst des Lebens fängt mit sechs an. Dann würde er aber schon mit zwei oder drei anfangen.

Ich glaube, auch da sollte man nicht das Kind mit dem Bade ausschütten. Man kann auch auf spielerische Weise sehr viele Dinge lernen, im Endeffekt sollte aber die Kindheit nicht allzu früh ein jähes Ende finden. *(Beifall bei FPÖ und ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: So. Nunmehr ist Herr GR Mag Czernohorszky zu Wort gemeldet. –

Bitte.

GR Mag Jürgen **Czernohorszky** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Herr Berichterstatter! Meine Damen und Herren!

Ich möchte zuallererst auf ein Thema eingehen, das von Frau Kollegin Leeb angesprochen wurde, das nicht direkt zum Schwerpunkt Kindergarten passt, aber selbstverständlich sehr zentral ist, nämlich das der Heimopfer. – Dazu möchte ich zunächst sagen, dass es unsere Pflicht als Stadt und Gesellschaft ist, sich respektvoll und demütig mit dieser Schuld auseinanderzusetzen. Diesfalls hat die Gesellschaft zweifellos eine Schuld auf sich geladen, und es ist überhaupt nicht wegzudiskutieren, dass es unsere Pflicht ist, adäquat damit umzugehen, und zwar nicht, um jemals – das hat auch Frau Kollegin Leeb richtig zitiert – „Ent-Schuldigung“ zu erlangen, darum geht es überhaupt nicht, sondern um das Richtige zu tun.

Ich bin der Meinung, dass das die Stadt Wien – wenn auch zu spät so wie alle anderen Bundesländer, die Kirche und der Bund – letztlich doch getan hat: Wir haben 40,5 Millionen EUR für Heimopfer ausgeschüttet, es wurden drei Studien in Auftrag gegeben und auch veröffentlicht, und im Übrigen hat sich der Herr Bürgermeister auch zwei Mal öffentlich entschuldigt, und zwar am 24.8.2010 in einer Pressekonferenz und am 25.10.2011 hier im Gemeinderat.

Ich glaube – und das ist überhaupt keine Verzögerungstaktik, sondern unserer Meinung nach der einzige richtige Weg –, dass es anzuerkennen gilt, dass das Phänomen ein gesellschaftliches Phänomen war, das die Stadt Wien, das Land Niederösterreich, das Land Oberösterreich, alle Bundesländer, den Bund und die Kirche betroffen hat. Dabei hat sich die Gesellschaft Schuld aufgeladen. Viele Heimopfer waren ja in drei oder vier Heimen, und es ist daher notwendig, dass man sich einmal bundesweit damit befasst, und es ist daher meines Erachtens der richtige Schritt, dass die Stadt Wien beziehungsweise unser StR Oxonitsch bei den JugendreferentInnen den Vorschlag eingebracht haben, dass das Österreich-weit geschehen soll.

Noch einmal: Ich glaube, das ist der richtige Schritt; das ist über den Weissen Ring auch von vielen Opfern zu uns gekommen. Sie sind Opfer vieler Einrichtungen geworden. Es ist dies ein bundesweites Phänomen, und Österreich hat sich bundesweit damit auseinanderzusetzen.

Jetzt zum Schwerpunktthema: Ich möchte kurz sagen, dass ich mich mit den Anträgen der ÖVP beziehungsweise mit dem, was Frau Kollegin Leeb gesagt hat, weniger hingegen mit dem, was Herr Kollege Nepp gesagt hat, auseinandersetzen möchte. Ich bin nämlich nicht bereit, eine inhaltliche Auseinandersetzung auf der Basis von dummdreisten Beleidigungen in der Hoffnung zu führen, dass bei irgendwelchen schenkelklopfenden Witzen irgendein Sager überbleibt, mit dem irgendwelche anderen Leute schlecht gemacht werden. – Das ist meiner Meinung nach nicht Politik! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Aber vielleicht bleibt auch etwas für Sie hängen. Ich möchte ein paar Informationen bringen, damit man die Debatte vielleicht in Zukunft wieder informativ betreiben kann.

Ein Antrag der ÖVP wurde zum Thema Vereinbarkeit von Beruf und Familie gestellt. Dabei geht es um Ziele wie mehr Kindergärten in Wien, eine höhere Versorgungsquote, mehr Kinderkrippen und eben eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Ich möchte schon sagen, dass es mich einigermaßen erstaunt, dass uns heute, im Jahr 2014, dieser Antrag ereilt, weil wir seit Jahren beziehungsweise mittlerweile sogar seit mehr als einem Jahrzehnt genau an der Erfüllung dieser Ziele arbeiten, und zwar mit sehr viel Energie. Ich bin ziemlich genau vor 13 Jahren, am 25. März 2001, in den Gemeinderat gewählt worden. Vor 13 Jahren haben sich die Kindergartenausgaben auf 286,5 Millionen EUR belaufen, und wir hatten 64 421 Kindergartenplätze. Das war schon damals relativ viel.

In der damaligen Situation führten wir eine Debatte über den Begriff Kindergartenbetreuungseinrichtungen, und nicht alle in diesem Haus und nicht alle in der Gesellschaft waren der Meinung, dass Kindergärten Bildungseinrichtungen sind. Und wir führten eine Debatte darüber, ob es sinnvoll oder nicht vielleicht sogar schädlich für die Kinder ist, wenn sie in Kinderbetreuungseinrichtungen sind.

Das war 2001. Damals führten wir eine Debatte primär mit der FPÖ, ob nicht außerhäusliche Betreuung für Kinder schlecht sei. Wir führten eine Debatte, wie wir es in Wien auffangen können, dass der Bund – ich erinnere daran, 2001 wurde die schwarz-blaue Bundesregierung angelobt – die Kindergartenmilliarde und damit jegliche bundesweite Unterstützung für den Ausbau von Kindergärten abgeschafft hat.

Wir führten eine Debatte in der Bildungspolitik mit einer Bildungsministerin, die Lehrerinnen und Lehrer zur Frühpension geraten und jungen Leuten gesagt hat: Geht nicht in den PädagogInnenberuf! – Das war die Situation 2001.

In der Zwischenzeit, seitdem ich da bin, hat sich einiges getan. In der Zwischenzeit gab es einen massiven Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen. In der Zwischenzeit wurde in Wien – ausgehend von Wien und dann in ganz Österreich – ein Bildungsplan formuliert, gemäß welchem Kindergärten in ihren Pflichten, Bildungseinrichtungen zu sein, qualifiziert werden sollten. Es wurde an der Qualifizierung von PädagogInnen gearbeitet. Und als einziges Bundesland hat Wien diese Pflicht erfüllt. Als einziges Bundesland hat Wien selber Schritte gesetzt, um Pädagoginnen und Pädagogen für den Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen zu qualifizieren.

Es ist richtig: Es gab und gibt einen Mangel an qualifizierten Pädagoginnen und Pädagogen. Wir haben allerdings nie gesagt, ergreift gar nicht diesen Beruf, ihr lieben Jugendlichen von heute! Vielmehr haben wir als einziges Bundesland in die Ausbildung von PädagogInnen investiert. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

In der Zeit von 2001 bis 2014 haben wir den beitragsfreien Kindergarten beschlossen. Das ist ein Riesen-

schritt, der in kleinen Facetten von anderen Bundesländern nachgeahmt und wieder rückgängig gemacht wurde. Wien ist das einzige Bundesland, das diese wichtige Forderung für unsere Kinder in unserer Stadt erfüllt hat, und zwar nicht für Kinder von drei bis sechs Jahren, sondern von null bis sechs Jahren.

Wir haben massive Schritte in der Sprachförderung gesetzt. Ich erinnere an das 1+1-Fördermodell. Und es gab einen starken Ausbau von Ganztageschulen.

So. Es tut mir leid, dass ich Sie jetzt mit einigen Zahlen konfrontieren muss – aber sonst macht es keiner –, denn ich möchte, dass wir auf der Ebene von Inhalten und Fakten darüber reden, wo wir heute stehen.

Ich erinnere daran: 2001, als ich hier eingezogen bin, gab es 64 421 Plätze. Heute sind es 82 376, also um mehr als 20 000 mehr. Damals beliefen sich die Ausgaben auf 286,5 Millionen EUR, jetzt gibt die Stadt Wien 677 Millionen EUR für Kinderbetreuung aus. 677 Millionen EUR! Das ist ein Mehr von 390 Millionen EUR! Allein bei den Kindergärten und bei den Kinderkrippen haben wir ein Plus von 25 000 Plätzen.

Die Betreuungsquote wurde angesprochen, und ich kann es Ihnen nicht ersparen, sich einmal auf der Zunge zergehen zu lassen, wie sich die Situation in Österreich darstellt. Wie ist die Situation? – Ich lasse jetzt die Kindergärten weg, weil die Situation in Österreich relativ gut ist. Es gibt aber noch einen anderen Bereich, nämlich die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, darauf komme ich noch zurück.

Die Betreuungsquote bei den Kinderbetreuungsplätzen für 0- bis 3-Jährige in Österreich beträgt im Durchschnitt 20,8 Prozent. Ich nehme jetzt die Zahlen von Statistik Austria 2012: 2012 betrug die Quote in Wien 34,8 Prozent, in der Zwischenzeit sind es 36 Prozent, wie Frau Kollegin Leeb gesagt hat. Das ist mit Abstand die höchste Quote. In Oberösterreich sind es 11 Prozent, in Salzburg 16 Prozent, in Kärnten 18 Prozent, in Vorarlberg 19 Prozent, in Tirol 19 Prozent, in Niederösterreich 21 Prozent, im Burgenland 30 Prozent.

Ich sage nicht – aber darauf komme ich am Schluss zu sprechen –, dass das das Ziel sei. Ich sage nur, dass man bitte anerkennen muss, dass wir seit Jahrzehnten nichts anderes tun, als an diesen Zielen zu arbeiten, die Sie jetzt zum ersten Mal in Ihrem Antrag formuliert haben. Es ist das das Zwischenergebnis. Das Zwischenergebnis heißt, dass Wien momentan – ich habe mir das irgendwo aufgeschrieben, ich nenne jetzt nur eine durchschnittliche Zahl und reiche die genaue Zahl nachher nach – ungefähr zwei Drittel aller Kinderkrippenplätze in ganz Österreich schafft.

Das war die Betreuungsquote. Sie nennen in Ihrem Antrag die Versorgungsquote, also die Quote, wie viele Plätze es für Kinder gibt, die nicht unbedingt an jedem Tag in Anspruch genommen werden. Diese beträgt momentan für die 0- bis 3-Jährigen 39,4 Prozent, für die 1- bis 3-Jährigen 58,9 Prozent und für die 3- bis 6-Jährigen 104,9 Prozent. – Das ist die Ist-Situation.

Die Ist-Situation im Zusammenhang mit Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist noch spannender. Die Ist-Situation betreffend Vereinbarkeit von Beruf und Familie

hat viel mit den Öffnungszeiten zu tun. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer arbeiten im Minimum 8 Stunden am Tag zu unterschiedlichen Zeiten und haben 5 Wochen Urlaub. In Wien haben Kindergärten im Durchschnitt laut einer Studie der AK, die im Jänner 2014, also jetzt gerade, veröffentlichte wurde, 11,2 Stunden am Tag geöffnet, und in Wien haben Kindergärten 3 Ferientage. Im österreichischen Durchschnitt betragen die Öffnungszeiten durchschnittlich 8,7 Stunden, und es gibt 40 – 40! – Ferientage, also 8 Arbeitswochen. Das ist der Durchschnitt in Österreich. Zum Beispiel in Tirol oder Vorarlberg sind es sogar 11 Wochen! – Das ist die Situation.

Sie haben die internationale Situation angesprochen, und daher habe ich mir das auch sehr genau angeschaut. In Frankreich haben die Kinderbetreuungseinrichtungen 6 Stunden am Tag geöffnet und 80 Ferientage, in Italien sind es 8 Stunden am Tag und 40 Ferientage, in Dänemark haben die Kindergärten 10 Stunden am Tag geöffnet und 9 Ferientage.

Wien ist Vorreiter in Österreich, und betreffend die Vereinbarkeit von Beruf und Familie auch Vorreiter in Europa, und darauf können wir stolz sein. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Die Allerbesten sind wir nicht. Ich habe lange gesucht und dann ein Beispiel gefunden: In Finnland und Polen gibt es null Ferientage, aber in Finnland hat der Kindergarten nur zehn Stunden geöffnet, in Polen fünf Stunden, in Wien hingegen elf Stunden.

Noch eine Zahl: Die Arbeiterkammer hat Kriterien festgelegt, wann ein Kindergarten im Hinblick auf seine Angebote mit Berufstätigkeit vereinbar ist: Dabei geht es nicht nur um die Schließzeiten, sondern es geht auch darum, ob es zum Beispiel Essen gibt. Es geht darum, ob der Kindergarten jeden Tag geöffnet oder vielleicht am Freitag geschlossen hat. – Das sind die sogenannten VIF-Kriterien.

2012, sagt die Statistik Austria – lassen Sie sich das bitte auf der Zunge zergehen! –: In Österreich erfüllen momentan 35,1 Prozent aller Kinderbetreuungseinrichtungen diese Kriterien. 35 Prozent aller Kindergärten erfüllen das Kriterium einer Vereinbarkeit von Beruf und Familie! Das ist die Situation, und insgesamt ist diese sehr traurig. Ich erspare Ihnen jetzt das Vorlesen der Zahlen einzelner Bundesländer. In Vorarlberg sind es zum Beispiel 12 Prozent. In Wien sind es hingegen 95,3 Prozent. Von 28 000 Plätzen in Österreich befinden sich 17 500 in Wien.

Das hat meiner Meinung nach einen Grund, und der Grund ist Politik. Warum in Wien? – Die Einkommensschere zwischen Frauen und Männern beträgt in Wien 21,5 Prozent und in Österreich 39,9 Prozent, wobei 21,5 Prozent natürlich zu viel sind, das ist ja ganz klar. Der Grund dafür ist jedenfalls eine entsprechende Politik, nämlich eine Politik betreffend Kinderbetreuungsplätze, Quali-Pläne, Wiedereinsteigerinnenprogramme und so weiter und so fort. – Auf diese Politik können wir stolz sein, und wir haben ein wichtiges Zwischenziel erreicht. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

So viel zu den Fakten. Jetzt bin ich seit 13 Jahren

hier, und ich wünsche mir wirklich zutiefst, dass diese irgendwann einmal anerkannt werden. Es gibt Jahr für Jahr eine Besserung, auch im Vergleich zu allen anderen Bundesländern, und es wäre schön, wenn das einmal außer Streit gestellt werden könnte!

Jetzt zu den Kritikfällen. Einen Kritikfall greife ich jetzt heraus, nämlich das Thema Wildwuchs. Dazu ist zu sagen: Prinzipiell ist die MA 11 als Behörde verantwortlich für jeden Kindergarten und jede Kindergruppe in dieser Stadt im Anlassfall, aber natürlich auch bei der Genehmigung sowie auch im Hinblick auf den Bildungsplan und auf die Überprüfung der Sprachförderungsmaßnahmen. Ich möchte die Zahlen, die im Zusammenhang damit genannt werden, dass es angeblich einen Wildwuchs und immer mehr kleine irgendwie Vereine gibt, die irgendetwas tun, wieder richtigstellen: Gegenwärtig sind 75 Prozent aller Kindergartenplätze entweder städtisch oder von großen Trägern, 40 Prozent sind städtisch, die anderen werden von sehr großen Trägern wie „Kinder in Wien“, „St Nikolaus“ und den Kinderfreunden betrieben. Kindergruppen gibt es überhaupt nur 7 Prozent, diese Anzahl bleibt ungefähr immer gleich, dabei gibt es aber auch zwei sehr große Träger, mit denen wir zusammenarbeiten, nämlich den Verein Kindergruppen und den Verein elternverwaltender Kindergruppen. Aber sicherlich sind auch hier entsprechende Ziele zu definieren.

Einen Punkt möchte ich noch erwähnen, nämlich Einzelfälle wie etwa den Fall mit der Unternehmerin. Frau Kollegin Leeb! Warten Sie nicht, bis man letztlich im Gemeinderat irgendetwas machen kann, sondern helfen Sie als Politikerin und Politiker! *(GRin Ing Isabella Leeb: Hab ich schon!)* Helfen Sie, indem Sie das Problem im Büro des Stadtrats schildern, dann wird es gelöst, denn dabei handelt es sich natürlich um etwas, was zu lösen ist. *(GRin Ing Isabella Leeb: Ist schon gelöst!)* Wurde gelöst? Passt! Das darf natürlich nicht geschehen, aber das ist ein Einzelfall, den man allerdings bitte nicht als Beispiel für ein System darstellen soll! *(GRin Ing Isabella Leeb: Das ist kein Einzelfall!)*

So. Die Ziele sind klar, das ist ja völlig selbstverständlich: Das Ziel ist es, dass jedes Kind in dieser Republik, aber natürlich auch in dieser Stadt, zwischen drei und sechs Jahren in einem Kindergarten sein soll. Jedes Kind braucht einen Kindergartenplatz, der hohen qualitativen Richtlinien entspricht. Es ist dies die erste Bildungseinrichtung, und diese muss gut sein. Dafür braucht es Betreuungskräfte, die gut sind, und das ist natürlich auch eine Aufgabe der Stadt

Ganz kurz zur BAKIP 21: In diesem Zusammenhang muss man ein Missverständnis aufklären. Die BAKIP 21 ist eine Einrichtung der Stadt Wien mit der Aufgabe, PädagogInnen für Einrichtungen der Stadt Wien auszubilden, nämlich Kindergärtner und Kindergärtnerinnen. Die Bildungsanstalten für Kindergartenpädagogik fallen prinzipiell in die Kompetenz und in den Aufgabenbereich des Bundes. Die Stadt Wien hat sich aber immer dazu bekannt und die Maßnahmen in den BAKIP ausgebaut, und sie steht auch zu den 7 Millionen Investitionen.

Ernsthaft betrieben haben wir die Erwachsenenbil-

dung mit „Change“ und „Pick up“. Und seit 2008, seitdem es „Change“ und „Pick up“ gibt, hat sich die Zahl ausgebildeter PädagogInnen verdoppelt, und zwar allein durch die entsprechenden Angebote.

Noch einmal: Kein anderes Bundesland hat irgendetwas für die Ausbildung von PädagogInnen getan. Wien hat seit 2008 diese Modelle, und die Zahl der PädagogInnen hat sich verdoppelt. Deswegen wollen wir diesen erfolgreichen Weg weitergehen, weil AbsolventInnen der 5 Jahre – übrigens sind 40 Prozent davon Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher – ganz massiv nicht in dem Maß in andere Berufe wechseln, sondern in die Kindergärten gehen, und unsere Aufgabe ist es nun einmal, mit der BAKIP 21 Pädagoginnen und Pädagogen für unsere Kindergärten zu schaffen. Das ist ja auch das, was Sie einfordern. Deswegen machen wir das.

Übrigens wollen wir mit den AssistenzpädagogInnen nicht nur den Output, sondern auch die Qualität erhöhen. Das ist eine Forderung. Herr Kollege Nepp! Sie haben sich diese Institution richtig gemerkt: Es ist dies eine Forderung von EduCare und allen anderen Expertinnen und Experten betreffend Qualitätssteigerung, und deswegen machen wir das sehr gerne.

Im Übrigen bitte ich aber auch um die Unterstützung der ÖVP bei unserer Forderung, generell bundesweit mehr berufsbildende höhere Schulen zu schaffen, denn das ist in unserer Republik ganz, ganz dringend von Nöten. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Lange Rede, kurzer Sinn: Die Ziele sind klar, und ich kann mir vorstellen, dass wir betreffend die Ziele sogar einer Meinung sind. Wir betreiben dafür einen riesigen Aufwand. Noch einmal: Vor 13 Jahren waren es 286 Millionen EUR, heute sind es 677 Millionen EUR. Und damit das nicht der Berichterstatter sagen muss: Wir beschließen heute 7 Millionen EUR für einen Kindergarten in der Waidhausenstraße. Es ist dies ein großartiger Bau, der für die Bewohnerinnen und Bewohner im 14. Bezirk wirklich wichtig ist. – Das ist ein Beispiel von sehr vielen weiteren. Und wir gehen weiter in Richtung dieser Ziele.

Etwas dabei finde ich lustig. Stellen wir uns das Ganze einmal als Rennen vor: Alle haben ein gemeinsames Ziel. Alle Kinder in Österreich sollen einen Kindergartenplatz haben. Das soll aber nicht irgendeine Betreuung sein, es soll mit dem Beruf vereinbar sein, es werden Krippenplätze für alle benötigt, die das brauchen, et cetera. Das ist ein Rennen. Und bei diesem Rennen laufen alle Bundesländer mit, Wien ist dabei immer ganz weit vorne, läuft am schnellsten, ist kurz vor dem Ziel. – Und wenn man dann sagt, dass da ein Defizit und Nachholbedarf bestehen, dann finde ich das wirklich relativ lustig!

Wir müssen jetzt einfach nur weiterlaufen. Und glauben Sie mir: Wir werden weiterlaufen. Wirklich wichtig dabei wäre auch, dass wir dazu beitragen, dass auch die anderen ans Ziel kommen. Es darf nämlich nicht davon abhängig sein, ob ein Kind in Wien oder in Vorarlberg geboren ist, dass es einen gescheiterten Kindergartenplatz bekommt, und es darf nicht davon abhängig sein, ob die

Mutter dort arbeiten gehen kann oder nicht.

Deshalb bitte ich um Ihre Unterstützung in jenen Bundesländern, wo Ihre Parteien etwas zu sagen haben beziehungsweise Ihre Partei etwas zu sagen hat, denn damit alle durchs Ziel kommen, brauchen manche noch ein bisschen mehr Hopp-auf-Rufe als wir. Wir müssen einfach weiterlaufen, und das werden wir sehr gerne tun! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zu Wort gemeldet ist Frau GRin Mag Anger-Koch. Ich erteile es ihr.

GRin Mag Ines **Anger-Koch** *(ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren!

Bevor ich den heute schon viel zitierten Antrag hier einbringen möchte, möchte ich ein paar Worte sagen: Herr Czernohorszky! Danke vielmals für Ihre ausführlichen Worte! Natürlich rennen wir auch, und natürlich sind wir auch ... *(Zwischenruf von GR Mag Jürgen Czernohorszky.)* Bitte? – Ach so, Sie gehen nicht weg!

Natürlich laufen wir auch, allerdings haben die Betroffenen nichts von der Statistik, die Sie uns jetzt vorgelesen haben! Und Sie haben es ja selbst gesagt: Der Wunsch ist eine Vollversorgung. Auch wir in der Opposition wollen die Situation verbessern, und wenn wir alle dasselbe Ziel vor Augen haben und denselben Weg gehen, dann freut uns das natürlich sehr.

In diesem Sinne bringe ich jetzt diesen Antrag mit meinen Kolleginnen Barbara Feldmann und Isabella Leeb betreffend die Vereinbarkeit von Beruf von Familie ein, wobei wir in formeller Hinsicht die sofortige Abstimmung verlangen. – Danke. *(Beifall bei der ÖVP)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Berichterstatter verzichtet auf sein Schlusswort.

Daher kommen wir gleich zur Abstimmung. Ich bitte jene Damen und Herren, die der Postnummer 2 die Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. – Das ist einstimmig.

Wir kommen nun zu den Anträgen.

Es liegt ein Beschluss- und Resolutionsantrag der ÖVP betreffend Erhaltung der BAKIP 21 in der bisherigen Form vor. Es wurde die Zuweisung beantragt. Wer der Zuweisung dieses Antrages die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Die Zuweisung ist einstimmig so erfolgt.

Der nächste Antrag der ÖVP betrifft die öffentliche Entschuldigung der Stadt Wien bei den Opfern des Wiener Heimskandals. Es wurde die sofortige Abstimmung beantragt. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Dieser Antrag erhält die Stimmen der ÖVP, der FPÖ und des klubunabhängigen Mandatars, das ist die Minderheit, und daher ist dieser Antrag abgelehnt.

Antrag Nummer 3 ist ebenfalls von der ÖVP und betrifft die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Es wurde die sofortige Abstimmung beantragt. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das ist die Minderheit. Die ÖVP, die FPÖ und der klubunabhängige Mandatar haben diesen Antrag zugestimmt.

Es gelangt nunmehr Postnummer 27 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft den Ankauf von Anteilen einer Liegenschaft im Wien 19, KatG Nußdorf, den Verkauf einer Liegenschaft Wien 8, KatG Josefstadt, sowie die Kaufoption einer Liegenschaft in Wien 15, KatG Fünfhaus. Ich bitte die Berichterstatlerin, Frau GRin Eva-Maria Hatzl, die Verhandlungen einzuleiten.

Berichterstatlerin GRin Eva-Maria **Hatzl**: Ich bitte um Zustimmung zum vorliegenden Akt.

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Frau Bezirksvorsteherin Mag Mickel-Göttfert.

Bezirksvorsteherin Mag Veronika **Mickel-Göttfert**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren!

Nach mehr als drei Jahren als Bezirksvorsteherin in der Josefstadt nutze ich heute erstmals das Recht, im Gemeinderat das Wort zu ergreifen. Ich nehme diese Gelegenheit wahr, sehr geehrte Damen und Herren, weil es um eine sehr, sehr ernste Sache geht.

Sehr geehrte Gemeinderäte! Ich möchte Ihnen gerne zwei Fragen stellen. Ich frage Sie: Würden Sie eine Immobilie, die im Dezember 2012 900 000 EUR wert war, 14 Monate später um 3,2 Millionen kaufen, wie es bei der Muthgasse der Fall ist? Ich frage Sie: Würden Sie eine hochwertige Immobilie um 1 750 EUR pro Quadratmeter verkaufen, wenn der aktuelle Immobilienpreis bei durchschnittlich 5 600 EUR liegt, wie es bei der Feldgasse der Fall ist? – Ich bin mir sicher, sehr geehrte Damen und Herren, Sie würden das privat bestimmt nicht tun! Aber Sie geben Ihr Okay zu solchen Geschäften, wenn Sie heute dieser Vorlage zustimmen! *(Beifall bei ÖVP, FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.)*

Ich stelle jetzt erst einmal nicht die Frage, warum das so ist oder wer davon profitiert. Ich bin heute gekommen, um Sie zu informieren und Sie zu einem Umdenken zu bewegen: Die Feldgasse 9 darf nicht verkauft werden! Erst im Mai 2013 haben sich die Wiener GRÜNEN, Herr Klubobmann Ellensohn und Herr GR Chorherr, dafür ausgesprochen, dass städtische Liegenschaften künftig im Eigentum der Stadt Wien verbleiben. Damit soll Wohnen leistbarer werden. – Ich habe Ihnen auch den Artikel mitgebracht, Herr Klubobmann, falls Sie sich nicht mehr erinnern können! Ich finde das großartig: Wir sind ja heute auf einer gemeinsamen Linie, und ich darf die Kollegen des Grünen Klubs hier herzlich einladen, uns zu unterstützen!

Worum geht es im Konkreten? – Ich habe Ihnen eine Schautafel mitgebracht. Auf dieser sehen Sie, sehr geehrte Gemeinderäte, welche wundervollen Immobilien im Eigentum der Stadt Wien sind. Und ich darf Sie auch sehr herzlich zu mir in die Josefstadt einladen, dieses Objekt zu besichtigen. Es ist ein traumhaft schönes, denkmalgeschütztes Gebäude in der Feldgasse 9. Es wurde 1892 von den Architekten Fellner und Helmer errichtet. Fellner und Helmer sind sicherlich hier im Haus keine Unbekannten. Im Gegenteil: Sie zeichnen sich für die Errichtung sehr wichtiger Gebäude in Wien, in Österreich und in ganz Europa aus. Ich nenne das Wiener Konzerthaus, das Akademietheater, das Opernhaus in

Graz und vieles mehr.

Ab 1893 wurden in diesem Gebäude ein Spital und ein Ambulatorium für unbemittelte Frauen betrieben, und zwar bis in die 50er Jahre. Derzeit befinden sich in der Feldgasse 9 die Labors der Umweltmedizin der MA 39, die hier rund um die Uhr wichtige Messungen vornehmen, etwa die Qualität unseres Trinkwassers prüfen. Ich habe mir versichern lassen, dass die Qualität des Wiener Trinkwassers hervorragend ist. Das wird Sie nicht überraschen, und das hat mich nicht überrascht.

Aber ich war sehr wohl sehr überrascht, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Donnerstag, dem 6. Februar, also wenige Tage vor dem Beschluss im Gemeinderat am 10. Februar, keine Ahnung hatten, dass ihr Haus verkauft wird. – Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist letztlich eine Stilfrage, wie man mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern umgeht. Aber das ist für mich persönlich auch ein Hinweis darauf, dass man in dieser Angelegenheit sehr überhastet unterwegs ist.

Ich frage mich: Warum bloß? Warum hat man so eine Eile, diesen Immobilien-Deal über die Bühne zu bringen? Die Übersiedlung dieses Labors ist sehr komplex und sehr kostenintensiv. Aber es hat niemand für notwendig erachtet, mit den Menschen vor Ort zu sprechen. Ich möchte gerne wissen: Was kostet die Absiedlung des Labors? Ich höre, das ist sehr kostenintensiv. Die Umsiedlung wird horrenden Kosten verursachen und damit zugleich einen großen Teil des Verkaufserlöses, der eh denkbar gering ist, verschlingen.

Nun zu den „hard facts“: Das Gebäude weist eine Nutzfläche von 1 226 m² auf und verfügt über eine Gartenfläche, die im Verkehrswertgutachten sogar als überdurchschnittlich große Gartenfläche bezeichnet wird. Und ich musste sehr schmunzeln, als ich die Tagesordnung des Gemeinderatsausschusses gelesen habe. Dort steht: Fläche: 877 m². Daraus ergibt sich bei einem Verkaufspreis von 2,1 Millionen EUR ein durchschnittlicher Preis von 2 395 EUR pro Quadratmeter, der auch auf der Tagesordnung ausgewiesen war. Und warum ist von 877 m² die Rede? Ich habe mich damit näher beschäftigt: Der Grundriss beziehungsweise die Grundfläche der Immobilie hat 877 m². – Das ist also wirklich ein Schildbürgerstreich! Eine solche Berechnung können Sie anstellen, wenn es sich um Ackerland in den Bundesländern handelt! *(Beifall bei ÖVP, FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.)*

Diesfalls geht es aber um eine wertvolle städtische Immobilie, die bebaut ist, und deshalb ist diese Berechnungsmethode wirklich in Frage zu stellen! – Ich frage mich natürlich: Wollte man den durchschnittlichen Preis künstlich hochrechnen? Ich frage mich, sehr geehrte Gemeinderäte: Welche Unterlagen und welches Zahlenmaterial werden Ihnen eigentlich als Entscheidungsgrundlage zur Verfügung gestellt? – Ich hoffe, dass es nicht so wenig ist, wie die Bezirksvorsteher dieser Stadt erhalten! *(Beifall bei ÖVP, FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.)*

Mich empören zwei Dinge ganz besonders an diesem Deal, und ich möchte das jetzt genauer ausführen. Ich bin empört, dass die Stadt Wien wertvolle Grundstü-

cke im innerstädtischen Raum aufgibt und Dienststellen absiedelt. Neben der Feldgasse 9 betrifft das beispielsweise auch die Rathausstraße 1, eine Liegenschaft gleich um die Ecke. Es wird aber kein Diskurs darüber geführt, wie man diese Liegenschaften auch in Zukunft öffentlich nützen könnte. Ich meine, diese Flächen könnten gerade im innerstädtischen, dicht besiedelten Raum genützt werden, um leistbare Wohnangebote für junge Menschen zu schaffen.

Sehr geehrter Herr StR Ludwig! Ich darf auch Sie begrüßen. Sie haben erst am 17. Februar in Brüssel beim Gipfeltreffen der EU-Hauptstadt-Bürgermeister betont, wie wichtig soziale Durchmischung und leistbares Wohnen sind. – Ich unterstütze diese Idee selbstverständlich, doch leistbares Wohnen sollte meiner Meinung nach nicht nur an der Peripherie stattfinden, sondern auch im innerstädtischen Raum. Junge Menschen und Familien in der Josefstadt möchten genauso leistbares Wohnen wie Favoritner, Simmeringer oder Donaustädter, und ich würde Sie ersuchen, Herr Stadtrat, dass Sie mithelfen, das zu ermöglichen!

„Weil die Wahrheit dessen, was man redet, das ist, was man tut, kann man das Reden auch lassen.“ – Das ist ein ganz wunderbares Zitat! Ich gebe mich sicherlich nicht der Illusion hin, dass Politiker das Reden jemals ganz sein lassen werden, aber nur zu reden, das ist eindeutig zu wenig. Ich möchte, dass für den innerstädtischen Bereich und die Menschen, die dort leben, auch etwas getan wird. *(Beifall bei ÖVP, FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.)*

Ich erinnere an dieser Stelle auch an die Forderung der grünen Vizebürgermeisterin nach leistbaren Mieten. Sie hat gesagt, 7 EUR Miete pro Quadratmeter seien genug, und in der damaligen Debatte hat Herr GR Chorherr, den ich leider heute vermisse, gemeint, dass es eine Horrorvorstellung ist, wenn junge Menschen eine Wohnung suchen und nur zu astronomischen Preisen eine bekommen. – Meiner Meinung nach sind Deals wie der heutige ein Horror.

Sehr geehrte Damen und Herren! Machen wir ein gemeinsames Gedankenexperiment! Ich habe Ihnen die wunderschöne Immobilie in der Feldgasse gezeigt. Dort könnten Sie zehn wunderschöne Familienwohnungen, fünf leistbare Startwohnungen für junge Menschen, eine Kinderbetreuungseinrichtung im Erdgeschoß mit Garten zum Herumtollen und ein Büro für Jungunternehmer oder Start-ups errichten, und all das mitten im 8. Bezirk, gut erschlossen mit öffentlichem Verkehr und wunderbar mit dem Fahrrad erreichbar. Ist das nicht eine Vorstellung, die Ihnen gefällt?

Sie wollen vielleicht weitere Beispiele für mögliche Nutzungen, und ich habe noch einige für Sie. Wir haben gerade über die Kindergärten debattiert. Allein der Stadt Wien fehlt es derzeit an rund 200 KindergartenpädagogInnen. Der im Bezirk ansässigen Bildungsanstalt für Kindergartenpädagogik fehlt es wiederum an Räumlichkeiten für Übungskindergärten. Und oft kommen Eltern zu mir, die verzweifelt sind, weil sie keinen Kindergartenplatz finden. Hier könnte man drei Fliegen mit einer Klappe schlagen! Das wäre eine Nachnutzung des Ge-

bäudes in der Feldgasse 9 mit erstens genug Räumlichkeiten für einen Ausbildungskindergarten, zweitens mehr Kindergartenplätzen und drittens mehr Raum für die Ausbildung der dringend gesuchten PädagogInnen. – Sie sehen, es gibt genug Ideen, es geht nur darum, dass Sie sich ein Herz nehmen und mit uns Gespräche über Alternativen zum Verkauf führen!

Nun möchte ich, losgelöst von der inhaltlichen Debatte über die Nutzungsmöglichkeiten dieser Liegenschaft, zu der Frage kommen: Wie ist dieser Verkauf eigentlich vonstatten gegangen? – Es empört mich, dass das Verfahren, das zum Verkauf dieser Liegenschaft geführt hat, völlig intransparent ist und dass eine wertvolle Liegenschaft unter ihrem Wert verkauft wird.

Nun muss ich wieder den Planungssprecher Chorherr zitieren, der jüngst gemeint hat, dass dieser Verkauf sehr problematisch ist. – Eine 100 m² große Wohnung in der Josefstadt kostet derzeit durchschnittlich 560 000 EUR, und es kann auch teurer werden, wenn es sich beispielsweise um ein Dachgeschoß handelt. Es ist mir daher unverständlich, wie ein historisch wertvolles Gebäude mit einer Nutzfläche von über 1 200 m² und 700 m² Grünfläche um 2,1 Millionen EUR verschertelt wird, ich kann das leider nicht anders bezeichnen! Selbst wenn man von einer Luxussanierung von 1 500 EUR pro Quadratmeter ausgeht, bleibt dem Käufer bei einem Wiederverkauf der Immobilie ein Gewinn von 2,8 Millionen EUR. Das ist unglaublich! Ich frage mich, sehr geehrte Gemeinderäte: Wie kann sich die Stadt Wien solche Geschenke leisten? Wer hat sich solche Geschenke verdient? *(GR Mag Wolfgang Jung: Und wer verdient an den Geschenken?)*

Völlig unklar ist: Weshalb wurde gerade diese Liegenschaft zum Verkauf angeboten? Wer darf sich unter welchen Bedingungen Immobilien zum Schnäppchenpreis bei der Stadt Wien aussuchen? *(Beifall bei ÖVP, FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.)*

Erzählen Sie mir bitte nicht, dass es sich im vorliegenden Fall um ein zusammenhängendes Immobilienpaket handelt! Erstens: Die Gesellschaft, die in der Muthgasse verkauft, ist nicht identisch mit jener Gesellschaft, der die Feldgasse 9 zum Kauf angeboten wurde. Das sind zwei unterschiedliche juristische Personen. Zweitens: Der Kaufvertrag der Feldgasse enthält keinerlei Junktimierung mit dem Kauf der Muthgasse.

Der größte Skandal ist jedoch meiner Meinung nach der Kaufpreis, den die Stadt Wien für die Liegenschaft in der Muthgasse leistet. Hatten Sie alle keine Zeit, einen Blick ins Grundbuch zu werfen? Im Dezember 2012 hat die SW1 Immobiliengesellschaft die Liegenschaft in der Muthgasse um 900 000 EUR gekauft, um sie rund 14 Monate später um 3,2 Millionen EUR an die Stadt Wien zu verkaufen: Eine beachtliche Preissteigerung innerhalb von 14 Monaten! Erzählen Sie mir nicht, dass das mit den Verbindlichkeiten zu tun hat, die übernommen werden!

Ich habe Ihnen auch den Kaufvertrag mitgebracht. In diesem Kaufvertrag sind keinerlei Verbindlichkeiten ausgewiesen, die übernommen werden würden, und sollte es Verbindlichkeiten geben, dann gäbe es ein anderes

Problem, denn dann hätten wir es mit einem Fall der Steuerhinterziehung zu tun, da ja klar ist, dass für einen Kaufvertrag auch entsprechende Steuern zu entrichten sind. *(Beifall bei ÖVP, FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.)*

Sehr geehrte Damen und Herren! Noch vor wenigen Jahren kritisierten die Wiener GRÜNEN den dilettantischen Verkauf von städtischen Wohnhäusern unter dem Titel „Ohne Ausschreibung einfach billiger“, und auch in diesem Fall hat keine Ausschreibung stattgefunden. Damals waren die GRÜNEN bei Immobilien-Deals noch sehr kritisch. Was aber tun Sie jetzt, Herr Klubobmann Ellensohn? – Sie sind „part of the game“! *(Beifall bei ÖVP, FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.)*

So muss zum Beispiel die Bundesimmobiliengesellschaft alle Liegenschaftsverkäufe über 10 000 EUR in einem öffentlichen Verfahren abwickeln. Warum gibt es keine vergleichbaren Regeln in der Stadt Wien? Interessanterweise wurde erst gestern ein neues Immobilienmanagement der Stadt Wien vorgestellt! Es ist dies ein Konvolut an Abstimmungs- und Vorlagepflichten, und das wurde sogar damit begründet, dass sich die Dienststellen nicht gegenseitig im Preis hochlizitieren. Im Hinblick darauf frage ich mich aber ganz offen: Wo sind die dringend benötigten Transparenzregeln? Wo sind die Spielregeln, damit so etwas nicht mehr passieren kann?

Sehr geehrter Herr Chorherr! – Er ist noch immer nicht da. Herr Ellensohn! Ich frage Sie: Warum möchten Sie diesem Verkauf in der Feldgasse 9 zustimmen, wenn Sie im Mai 2013 – also noch vor wenigen Monaten – gemeint haben, dass städtische Liegenschaften im Eigentum der Stadt Wien verbleiben sollen? Warum lassen Sie zu, dass dieser Verkauf ohne Ausschreibung beziehungsweise ohne Bestbieterverfahren, bei dem man sicherlich einen höheren Verkaufspreis erzielen können hätte, stattfindet?

Sehr geehrte Damen und Herren! Die Vorkommnisse der letzten Wochen lassen bei mir das Gefühl entstehen, dass die Stadt Wien Dienststellen gezielt absiedelt und innerstädtische Liegenschaften verkauft werden. Neben der Feldgasse wird auch mit der Liegenschaft Rathausstraße 1 ähnlich vorgegangen. Die MA 14 wurde in die Stadlauer Straße abgesiedelt, und am Standort Rathausstraße 1 werden um 40 Millionen EUR Luxusbüros und eine Shopping Mall entstehen, und dabei wird noch dazu die historische Sichtachse von der Josefstädter Straße auf den Stephansdom zerstört. Ist das die Strategie der Stadt Wien? Ist das Ihre Strategie im Hinblick auf leistbares Wohnen? – Ich möchte das nicht glauben! Bitte legen Sie auf den Tisch, welche Immobilien noch zum Verkauf anstehen, und geben Sie uns Bescheid, ob Sie diesbezüglich Gespräche mit den betroffenen Bezirken suchen werden! *(Beifall bei ÖVP, FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.)*

Im – sehr aktuellen – Entwurf zum Stadtentwicklungsplan 2015 ist die Rede davon, dass das Ziel, bis 2025 Raum für 120 000 Wohnungen zu schaffen, erhalten bleibt. – Ich zitiere jetzt: „Wie bisher soll ein Teil dieses Bedarfs in bestehenden Gebäuden und durch eine Vielzahl kleiner Neu-, Zu- und Umbauten abgedeckt

werden.“ – Das ist genau der Fall, den wir in der Feldgasse 9 haben. Sie haben jetzt, wenn Sie in der Feldgasse 9 leistbares Wohnen schaffen, die Möglichkeit, zu zeigen, dass Sie es mit dem Stadtentwicklungsplan auch wirklich ernst meinen!

Sehr geehrte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte! Wenn Sie diesem Deal zustimmen, dann zerstören Sie nicht nur die Hoffnung auf leistbaren Wohnraum, sondern Sie setzen auch Millionen von Euro in den Sand: 2,3 Millionen EUR zu viel gezahlt für die Muthgasse, rund 2,8 Millionen EUR als Geschenk an den Käufer der Feldgasse plus noch nicht absehbare Kosten für den Umzug des Umweltlabors.

Sehr geehrte Gemeinderäte! Sehr geehrte Damen und Herren von der SPÖ und den GRÜNEN! Stimmen Sie dieser Vorlage beziehungsweise diesem Deal nicht zu! Ermöglichen wir gemeinsam dringend notwendige Alternativen wie leistbares Wohnen und mehr Raum für Kinder im innerstädtischen Bereich. *(Beifall bei ÖVP, FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Mag Kasal. Ich erteile es ihm.

GR Mag Günter **Kasal** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! *(GR Mag Wolfgang Jung: Die GRÜNEN machen alles mit!)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe auf der Rednerliste am Vormittag auch noch Herrn Chorherr eingeteilt gesehen, aber er hat offenbar zurückgezogen. *(GR Mag Wolfgang Jung: Er ist auf der Mahü!)*

Ich fürchte, er schämt sich dafür, weil diese Immobilienangelegenheit schon der wiederholte Fall ist, in dem die Grünen sich von den Roten domestizieren lassen und diese unterstützen. Wir haben das Beispiel im 13. Bezirk betreffend den Seckendorff-Gudent-Weg. Es ist dies eine sehr dubiose Flächenumwidmung, wobei in das gesamte Projekt Herr Chorherr massiv involviert war. Herr Chorherr hat auch beim Verkauf des Tröpferlbads in der Ratschkygasse mitgestimmt, sowohl im Ausschuss als auch hier im Gemeinderat. Herr Chorherr ist aber gleichzeitig auch derjenige, der von diesem Ort aus mit sehr vielen winkenden Aktionen erklärt hat, dass die GRÜNEN gegen Grundstückverkäufe der Stadt Wien sind, dass die GRÜNEN sich dagegen aussprechen und natürlich dafür sind, jedes Grundstück im Eigentum der Stadt Wien zu handeln.

Sehr geehrte Damen und Herren! Worum geht es jetzt tatsächlich? – Es geht um den Ankauf einer Liegenschaft im 19. Bezirk in der Muthgasse um 3,2 Millionen EUR. Es geht um den Verkauf der Liegenschaft Feldgasse 9 um 2,1 Millionen EUR bei gleichzeitiger Kaufoption der Liegenschaft Koberweingasse 1 um 1,6 Millionen EUR.

Jetzt möchte ich einmal die Situation beleuchten, wie sich das für uns als Gemeinderäte beziehungsweise im Ausschuss mit Herrn StR Ludwig darstellt: Am Mittwoch, dem 5.2., um 15.04 Uhr, also knapp zwei Werktage vor dem tatsächlichen Ausschuss, in dem dieses Aktenstück behandelt und beschlossen wurde, wurde ganz ordentlich eine E-Mail versendet, dass es einen Nachtrag

geben wird, nämlich genau dieses Aktenstück. – Zwei Tage sind aber sehr wenig Zeit, um dieses Aktenstück zu behandeln, einzusehen und zu recherchieren! Daher wundere ich mich sehr, warum man ein Aktenstück betreffend einen Verkauf in dieser Dimension nicht einfach in den nächsten Ausschuss bringt, sodass alle ausreichend Zeit haben, um sich in die Materie einzuarbeiten!

Ich habe am Donnerstag Akteneinsicht genommen, und das Ganze hat sehr eigenartig auf mich gewirkt: Es war dies die Verknüpfung eines Ankaufs, der begründet wird mit Raumnot in der Muthgasse, wo die MA 34 Synergieeffekte wahrnehmen möchte, um aus der Theodor-Sickel-Gasse abzusiedeln. – Dabei geht es allerdings nicht um Synergieeffekte für die MA 34, sondern da geht es darum, dass in der Theodor-Sickel-Gasse wahrscheinlich andere Bauprojekte geplant sind; mit Synergieeffekten hat das nichts zu tun gehabt!

Aber das ist ja nur eine Nebengeschichte. Das Interessante an der ganzen Sache ist, dass im Akt steht: Nun wurden die Flächen – gemeint ist die Muthgasse 56–58 – zum Kauf angeboten. Und das ganz Interessante dabei: Im Zuge der Verhandlungen wurde von Verkäuferseite bekannt gegeben, dass man zum Verkauf jedoch nur bereit sei, wenn gleichzeitig die Liegenschaft in der Feldgasse erworben werden kann und ebenso gleichzeitig für die Liegenschaft in der Koberweingasse eine Kaufoption eingeräumt wird. – Entschuldigung bitte: Wo sind wir? – Sie wünschen, wir spielen? Da sagt ein privater Verkäufer, ich habe der Stadt Wien etwas zu verkaufen, aber nur unter der Bedingung, dass ich eine bestimmte Liegenschaft dafür bekomme und gleichzeitig für eine andere, die ich mir auch noch wünschen darf – denn man hat ja einige Wünsche frei in der Stadt Wien –, eine Kaufoption erhalte. – Das ist doch wirklich sehr, sehr eigenartig!

Sehr eigenartig ist auch, dass man, wenn man eine Liegenschaft verkauft, kein Bieterverfahren durchführt und versucht, den bestmöglichen Preis zu erzielen, wie das eigentlich beim Bund, wie richtig bemerkt wurde, üblich ist, sondern man einen Sachverständigen beauftragt. Und dieser Sachverständige – ich spare mir die Nennung des Namens, ich glaube, dieser wurde vorher ohnedies schon erwähnt – ist ein Multitalent. Er schafft sehr viel in sehr kurzer Zeit. Er schafft es – wie aus dem Akt ersichtlich – am 13. Jänner 2014 ein Gutachten zu erstellen, in welchem der Verkehrswert der Liegenschaft Muthgasse, welche die Stadt Wien erwerben will, mit 3,2 Millionen EUR beziffert wird. Zeitgleich, am selben Tag, schafft er es, die Liegenschaft Feldgasse im 8. Bezirk, die die Stadt Wien ja verkaufen muss, um das Grundstück in der Muthgasse kaufen zu dürfen, mit nur 2,1 Millionen EUR zu bewerten.

Wir haben bereits die kritischen Worte der Frau Bezirksvorsteherin dazu gehört, dass das sehr eigenartig ist, dass das sehr gering eingeschätzt wurde et cetera. Das heißt, dieser Sachverständige stellt fest: Dieses denkmalgeschützte Gebäude im Zentrum Wiens in prominenter Lage zwischen zwei U-Bahn-Stationen ist nur 2,1 Millionen EUR wert. Und am selben Tag, ebenfalls am 13. Jänner 2014, als hätte er an diesem Tag nicht

schon wirklich genug Arbeit mit den zwei Gutachten gehabt, schätzt er auch noch schnell die Koberweingasse mit 1,6 Millionen EUR ein. – Das ist sehr eigenartig! Diese Liegenschaft befindet sich 150 m neben der U-Bahn-Station, es handelt sich um ein mehrstöckiges, ich glaube, um ein siebengeschoßiges Gebäude. Und diese Liegenschaft wird nur mit 1,6 Millionen EUR bewertet? Sie befindet sich direkt dort, wo man aus Sicht der Stadt Wien die Stadt weiterentwickeln möchte, wo bereits U-Bahnen bestehen. Das ist wertvoller Grund, diesen wertvollen Grund möchte man weiterentwickeln, und trotzdem gibt man dafür eine Kaufoption in Höhe von 1,6 Millionen EUR?! – Das ist wirklich sehr, sehr dubios!

Kommen wir noch einmal zurück zu den Zahlen: Wie wir bereits von meiner Vorrednerin gehört haben, wurde das Grundstück in der Muthgasse im Dezember 2012 um 900 000 EUR vom jetzigen Verkäufer erworben. 13 Monate später kauft die Stadt Wien genau dieselbe Fläche beziehungsweise dieselbe Liegenschaft um 3,2 Millionen EUR. Was bedeutet das? – Das bedeutet, dass diese Gesellschaft in 13 Monaten einen Gewinn von 2,3 Millionen EUR mit einem einzigen Grundstück geschafft hat! Das ist wirklich sehr beachtlich! Im Hinblick darauf wird man eventuell überprüfen müssen, ob es da nicht vielleicht noch andere Gegebenheiten, die untersuchungswürdig sind, gegeben hat. Und vielleicht wachen die GRÜNEN auch einmal auf und schauen nach! (*GR Mag Wolfgang Jung: Die wollen das nicht hören!*) Herr Chorherr ist leider immer noch nicht da! Er schämt sich wahrscheinlich wirklich furchtbar. (*Beifall bei der FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.*)

Vielleicht wachen die GRÜNEN aber doch einmal auf und überlegen sich, wie eine private Gesellschaft (*GR Mag Wolfgang Jung: Kapitalisten!*) im Dezember 2012 eine Liegenschaft um 900 000 EUR erwerben und 13 Monate später der Stadt Wien, in deren Stadregierung sie sitzen, um 2,3 Millionen EUR Gewinn verkaufen kann!

Ich sage jetzt noch zur Erinnerung: 2,3 Millionen EUR Gewinn macht die Gesellschaft mit der Muthgasse, und die Feldgasse ist nur 2,1 Millionen EUR wert. Das heißt, man bekommt das denkmalgeschützte Gebäude in der Feldgasse eigentlich geschenkt. (*Rufe bei der FPÖ: Wow!*)

Sehr geehrte Damen und Herren! Dafür sind Sie mitverantwortlich, und ich hoffe, dass Sie kurzfristig vielleicht doch noch in sich gehen und diesem Aktenstück die Zustimmung verweigern. (*Beifall bei der FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Vettermann. Ich erteile es ihm.

GR Heinz **Vettermann** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Berichterstatterin! Sehr geehrte Frau Vorsteherin!

Ich freue mich, dass wir uns hier im Rathaus einmal sehen, wenn auch vielleicht der Anlass aus Ihrer Sicht ein etwas freudigerer hätte sein können. Aber ich stehe ja zum heutigen Beschluss und werde auch erklären, warum ich heute mitstimmen werde. Denn es wurde ja

schon richtig gesagt, es geht hier darum, dass in der Muthgasse die MA 34 zusammengeführt werden soll, indem die Betrieb und Technisches Service-Abteilung, die bisher im 10. Bezirk, in der Theodor-Sickel-Gasse angesiedelt ist, in den 19. Bezirk übersiedeln soll. Dort gibt es eine einmalige Chance – denn das sagt sich leicht, man braucht auch Platz –, da eine ehemalige Druckerei direkt an Archivräume und Büroräume angrenzt, sodass man hier auch eine wirkliche sinnvolle Erweiterung durchführen kann. Nebenbei sei nochmals gesagt – da Sie ja eine große Freundin des geförderten Wohnbaus sind, was uns ja verbindet –, dass sich dann auch im 10. Bezirk vielleicht die Chance ergibt, dort mehr geförderten Wohnbau zu haben.

Das heißt, wir brauchen das Grundstück dort in der Muthgasse. Das erklärt natürlich auch ein wenig, warum es kein Bieterverfahren gibt. Es mag sein, dass damit auch ein etwas besserer Preis zu erzielen gewesen wäre. Das weiß man nicht. – Es gibt ja das Gutachten, und es wurde auch von der Gemeinde selbst geschätzt. – Aber nehmen wir einmal an, es wäre vielleicht etwas besser verwertbar gewesen. Nur, das hat ja keinen Sinn, denn ich kann ja nur mit den Personen, die dort Eigentümer sind, diese Verhandlungen führen. Daher kann ich es nicht allgemein an irgendjemanden ausschreiben, denn dann bekomme ich genau das Grundstück, das ich brauche – eben die ehemalige Druckerei –, nicht.

Zum Vorwurf, das sei ja gar nicht die gleiche juristische Person: Stimmt, das sind verschiedene juristische Personen, aber die Eigentümer sind dieselben. Und deshalb macht es ja auch Sinn, diese Verhandlung mit diesen Personen zu führen, und diese Transaktion so durchzuführen.

Jetzt kann man sagen: Na gut, aber warum gerade die Feldgasse? – Es stimmt, derzeit ist diese im städtischen Eigentum und wird von der Umweltmedizin benutzt. Dort gibt es aber schon lange die Diskussion, ob diese nicht in modernere Labors irgendwo anders hin übersiedeln soll. Denn das historische Schloß ist zwar schön, ist aber im Sinne eines modernen Laborbetriebes nicht das A und O – obwohl es ein schönes Gebäude ist und die MitarbeiterInnen dort gerne hingehen, auch auf Grund der Lage, was ich ja auch verstehe. Aber diese Diskussion ist schon lange gegeben, das wird jetzt auch durchgeführt, aber nicht ruckzuck, sondern erst im Jahr 2017. Das heißt, bis dahin wird sich ja dort auch nichts ändern. – Daher muss man sagen, auch diese Übersiedlung macht Sinn.

Da Sie sich Sorgen um den Akt selbst gemacht haben: Ja, tatsächlich wurde bei der Sitzung selbst auch das Aktenstück neu ausgeteilt, sodass auch da alle Zahlen, die vielleicht nicht ganz gepasst haben, entsprechend vorgelegen sind. Daher haben die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte im Ausschuss schon gewusst, worüber sie abstimmen. Es ist klar, dass das nicht unbedingt optimal ist. Natürlich ist es am besten, von Anfang an immer die ganz richtigen Zahlen zu haben – das habe ich auch kritisch betrachtet –, aber am Tag selbst war klar, worüber abgestimmt wird. Der Vorgang war auch

nachvollziehbar und transparent, daher glaube ich, dass es auch gut funktionieren wird.

Ich werde mich jetzt hauptsächlich auf den 8. Bezirk beziehen und auf das Objekt im 15. Bezirk vielleicht mit einem einzigen Satz eingehen. Denn das ist nicht nur nahe bei der U-Bahn, sondern es ist auch der erste Stahlbetonbau. Daher ist es denkmalgeschützt, und man kann also gar nichts ändern. Das treibt den Wert natürlich auch nicht in die Höhe, weil man es nicht so verwerten kann, wie man möchte. – Nebenbei gesagt, Gott sei Dank genauso, wie auch unser geliebtes Schloß in der Feldgasse unter Denkmalschutz steht, was ja ebenfalls eine gute Sache ist.

In dem Sinn sprechen Sie, wenn Sie sich im Moment aufregen, zwar als Vorsteherin, aber nicht für die gesamte Josefstadt, sondern – entschuldigen Sie, dass ich das einmal so sage –, durchaus parteipolitisch motiviert, und versuchen das eben auch ÖVP-mäßig in parteipolitisches Kleingeld umzumünzen. Und das, finde ich, hat sich die Josefstadt nicht verdient. Denn Sie wissen ja ganz genau, dass geförderter Wohnbau dort nicht möglich ist – einfach von den Wertgrenzen her, wieviel eine Renovierung auch kosten darf, damit geförderter Wohnbau stattfinden kann, und das kann eben nicht passieren, weil über den Grenzwerten.

Wenn Sie sich aber so um das leistbare Wohnen in unserem Bezirk kümmern, dann bitte ich Sie, dass Sie doch einmal eine Initiative unterstützen, wie ich sie zum Beispiel zum leistbaren Wohnen gestartet habe. Da geht es nämlich darum, dass die Richtwertmieten entsprechend mit 25 Prozent an Zuschlägen gedeckelt werden, das würde 90 Prozent der Josefstädter Mieterinnen und Mieter etwas bringen. Aber da schweigt die Hausherrenpartei ÖVP verdächtig still und fordert dort geförderten Wohnbau, wo dieser gar nicht möglich ist.

Auch zum Kindergarten möchte ich ein Argument bringen. Erstens einmal stellt sich die Frage, ob wir einen Riesenkindergarten brauchen. Ein gewisser Bedarf ist sicher da, aber wir haben ja übrigens schon den teuersten Kindergarten von ganz Wien in der Josefstadt, nämlich in der Josefstädter Straße. Ich bin als Josefstädter stolz darauf, Wien investiert in diesen schönen Bezirk auch entsprechend hohe Summen. Nur, da geht es halt nicht nur ums Geld. Es wäre natürlich teuer, im Schloß einen Kindergarten zu bauen. Aber was aus pädagogischer Sicht eigentlich auch dagegen spricht, ist der Denkmalschutz, der uns ja so am Herzen liegt. Denn es soll ja weiter so ausschauen, aber es ist natürlich nicht barrierefrei, es entspricht überhaupt nicht den pädagogischen Vorstellungen, die wir von einem Kindergarten haben. Es geht sozusagen aus inhaltlichen Gründen ja gar nicht, dort einen barrierefreien Kindergarten ... (*Zwischenruf von GR Mag Alexander Neuhuber*) – Oder wollen Sie die Standards nicht mehr und sagen, das ist ja egal, hinein ins Schloß, egal, was sonst in allen Kindergärten ist? (*Zwischenruf von GR Mag Alexander Neuhuber*) – Also ich glaube, jetzt auf den Zwischenruf, das will niemand, daher wissen Sie ebenfalls ganz genau, das geht auch nicht.

Wenn dann die Umweltmedizin auszieht, ist das ein-

fach frei: Es geht kein Kindergarten, es geht kein geförderter Wohnbau. Wir brauchen aber jetzt eine Vereinbarung, um in der Muthgasse die andere Dienststelle, nämlich die MA 34, auch zusammenzuziehen. Daher kann man da sehr guten Gewissens heute zustimmen und mitstimmen, weil das für die Stadt auch etwas bringt.

Aber wofür treten wir ein, wofür trete ich als Josefstädter ein? – Dort wohnt zwar im Augenblick niemand, aber die Bevölkerung hat sich natürlich an das schöne Schloß gewöhnt. Deshalb trete ich natürlich dafür ein – das ist eine leichte Übung –, dass die Fassade erhalten bleibt. Das Schloß soll so aussehen wie das Schloß aussieht, weil es schön ist und weil es die Josefstädterinnen und Josefstädter lieben. Es steht unter Denkmalschutz und wird so bleiben. Außerdem gibt es ja auch eine nicht begehbare Grünfläche, und da kämpfe ich darum, dass dieses Grün erhalten bleibt. Das ist ja klar. Denn, auch wenn es nicht betreten werden kann, haben hier die Menschen, die rundherum wohnen, natürlich einen wirklichen Benefit davon, weil es ein Sauerstoffreservoir ist und weil es auch schön ist, wenn man aus seinem Fenster schaut und auf die Grünfläche im Innenhof blicken kann.

In diesem Sinn bin ich dafür: Das Schloß soll bleiben, es soll auch so aussehen, wie es bisher aussieht, es soll die Fassade erhalten bleiben, es soll das Schloß in dem Sinn baulich erhalten bleiben und es soll das Grün, an das sich die Josefstädterinnen und Josefstädter gewöhnt haben, ebenfalls erhalten bleiben. Und damit haben wir dann das Schloß gesichert und das Grün in unserem Bezirk, und beides ist mir persönlich ein Anliegen und steht auch in keinerlei Widerspruch zum heutigen Beschlussantrag. – Vielen Dank, dass Sie mir zugehört haben. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Es ist für den Vorsitzenden nicht einfach, die Wünsche aller Fraktionen zu berücksichtigen, aber nach meinen Aufzeichnungen hat jetzt die nächste Wortmeldung der Herr GR Mag Neuhuber.

Ich darf auch bekannt geben, dass mir die FPÖ angekündigt hat, einen Absetzungsantrag einzubringen und einen Antrag auf namentliche Abstimmung, ob jetzt der Postnummer 27 oder des Absetzungsantrages, weiß ich noch nicht, das werden wir aber noch klären.

Bitte, Kollege Neuhuber, du bist am Wort.

GR Mag Alexander **Neuhuber** *(ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien)*: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Ich bin jetzt einmal überrascht, dass ich dran bin, ich dachte der Kollege Ellensohn hat sich bereits gemeldet. Vielleicht hat er wieder zurückgezogen und muss noch ein bisschen nachrechnen, was der Unterschied zwischen 900 000 und 3,2 Millionen EUR ist. *(Beifall bei ÖVP, FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.)*

Meine Damen und Herren! Sie wissen, ich beschäftige mich berufsbedingt immer gern mit Akten, bei denen es um Immobilientransaktionen geht. Und ich sage Ihnen an dieser Stelle: Irgendetwas an diesem Akt stinkt, er hat einen komischen Odeur. Und es ist ja nicht das erste Mal, dass wir uns mit so etwas beschäftigen, meine

Damen und Herren, das ist immer wieder bei Immobilienverkäufen – Waagner-Biro, dieses ganze Areal um Prater/Krieau, wo Wohnungen gebaut werden und jetzt groß abgefeiert wird in den Zeitungen. Wissen Sie, meine Damen und Herren – und ich habe es Ihnen von dieser Stelle schon oft gesagt –, wie viele zweistellige, wenn nicht dreistellige Millionenbeträge die Stadt Wien dort verloren hat, weil sie die Privatisierung falsch angegangen ist? Es ist immer wieder dasselbe Symptom. Es werden eine Liegenschaft oder ganze Areale ohne Ausschreibung verkauft. Und genau das haben wir heute bei diesem Akt wieder, meine Damen und Herren. Deshalb sage ich: Es stinkt! *(Beifall bei ÖVP, FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.)*

Herr Kollege Vettermann, Sie sind nicht mit einem Wort darauf eingegangen, wieso es die wundersame Kaufpreisvermehrung innerhalb von 14 Monaten gegeben hat. Ja, wir wissen schon, der Wiener Immobilienmarkt steigt. Aber eine Verdreieinhalbfachung in eineinviertel Jahren, meine Damen und Herren, das ist rekordverdächtig. Deshalb sage ich es zum dritten Mal: Genau an dieser Transaktion stinkt etwas! Und wenn es nicht beim jetzigen Kaufpreis stinkt, dann beim vorigen Kaufpreis, meine Damen und Herren. *(Beifall bei ÖVP, FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.)* Irgendwo liegt da ein Fehler im System, das wissen Sie ganz genau.

Zweites: Erstens einmal, der Muthgasse-Kaufpreis ist nicht in Ordnung. Aber ich möchte nur eines außer Streit stellen: Ja, es ist ganz klar, wenn die MA 34 Flächen braucht oder wenn man ein Labor absiedelt, weil das vernünftig ist, wird sich niemand von der ÖVP dagegenstellen, und wahrscheinlich auch nicht von der FPÖ. Dann suchen wir vernünftige Flächen. Aber warum muss das immer im Halbdunkel, in einem Sumpf passieren, meine Damen und Herren? *(Beifall bei ÖVP, FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner. – Amtsf StR Dr Michael Ludwig: Wir reden ja darüber!)* – Jetzt reden wir darüber. Na, wir werden dann schauen, ob wir noch länger darüber reden.

Bleiben wir noch bei dem Thema, wie wir zu diesem Preis kommen: Das Gutachten ist grundsätzlich von der Systematik in Ordnung. Es ist auch ein renommierter Gutachter, darüber brauchen wir nicht zu diskutieren. *(Zwischenruf von GR Dr Kurt Stürzenbecher.)* – Aber, Herr Kollege, das Gutachten ist nicht der Markt. Jeder, der mit Immobilien zu tun hat, weiß, dass Gutachten dem Markt immer sehr weit nachhinken, aus verschiedensten Gründen, auf die ich jetzt gar nicht eingehen will. Gutachten sind immer viel vorsichtiger als der Markt, weil am Markt auch so etwas wie Panik, wie besondere Vorliebe eine Rolle spielt. Ich habe es Ihnen schon bei der Semmelweisklinik gesagt, hier an dieser Stelle, dass ich mehr für das Haus biete. Ich würde Ihnen auch dieses Haus, die Feldgasse, als Immobilienunternehmer teurer abkaufen als die 2,1 Millionen, weil ich vielleicht eine besondere Vorliebe habe oder dort ein Geschäft sehe. Meine Damen und Herren, wir finden den wahren Preis über eine städtische Liegenschaft nur im Sinne einer Ausschreibung heraus, nicht durch Gutachten. *(Beifall bei ÖVP, FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.)*

Eine Immobilie hat immer nur den Preis, den jemand bereit ist, am Markt dafür zu bezahlen, meine Damen und Herren. Daher wäre meine Schätzung für die Feldgasse bei einer Ausschreibung oder Versteigerung – da können Sie dann sagen: Der Neuhuber kennt sich nicht aus mit Immobilien! –, dass man zwischen 0,5 bis 1 Million mehr dafür bekommen würde. Daher wird bei der Feldgasse offensichtlich zu wenig bezahlt, bei der Muthgasse hingegen zahlt die Stadt Wien zu viel. – Und das ist noch kein Grund, dass man sich mit dem genauer auseinandersetzt? Wieso muss das sein, meine Damen und Herren?

Und jetzt komme ich zu den GRÜNEN. Von Ihnen habe ich ja noch nichts gehört, meine Damen und Herren. Auf der einen Seite immer den moralischen Zeigefinger gegen die Immobilienwelt erheben, gegen die an sich so bösen Spekulanten, und hier, bei diesem Akt, Immobilienspekulation vom Allerfeinsten zu unterstützen, meine Damen und Herren. Liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, ihr habt mit Zustimmung zu so einem Akt das moralische Recht verwirkt, dauernd gegen die Spekulanten zu wettern. *(Beifall bei ÖVP, FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.)* Ihr unterstützt Spekulanten.

Ich kann Ihnen heute schon sagen, was bei der Feldgasse herauskommen wird: Entweder werden dort Luxuswohnungen gebaut – wobei, ich sage nichts gegen Luxuswohnungen, das wäre in meiner Branche vermessend –, entweder wird dort um 15 EUR aufwärts pro Quadratmeter vermietet oder es werden Eigentumswohnungen zwischen 5 000 und 7 000 EUR pro Quadratmeter verkauft. *(Amtsf StR Dr Michael Ludwig: Das würde mich wundern!)* Wenn es dann soweit ist und wir wissen, was damit geschieht, können wir noch einmal herkommen und dann schauen wir einmal, wer von uns allen hier dann empirisch nachweisbar recht behalten hat.

Meine Damen und Herren, ich könnte mich da noch lange darüber auslassen. Das will ich aber gar nicht. Ich komme zum Kernpunkt. Sie können doch nicht wollen, meine liebe Koalition, dass hier dauern oder oftmals etwas im Immobilienbereich beschlossen wird, das so ein unangenehmes Odeur hat. Setzen wir diesen Akt heute ab. Schauen wir uns das Ganze noch einmal an: Welchen Flächenbedarf hat die MA 34? In welchem Rahmen können wir es am besten erfüllen? Muss es unbedingt in der Muthgasse sein, kann es auch woanders sein? Verhandeln wir mit dem Eigentümer noch einmal nach. Vielleicht kann man noch einmal nachverhandeln, wenn der sieht, dass das mit der Stadt Wien nicht so leicht geht, und letztendlich schreiben wir die Feldgasse aus. Wenn das Labor dort nicht mehr gebraucht wird, dann verkaufen wir es an den Meistbietenden, meine Damen und Herren. *(Beifall bei ÖVP, FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.)*

Noch ein letztes Wort oder Bonmot: Das habe ich auch bei der Semmelweisklinik gesagt, das ist immer so lustig, das ist ja fast kabarettreif in den Akten, da müsste man einmal ein politisches Kabarett daraus machen. Bei der Semmelweisklinik war es auch so, beim Grundstück daneben. Da kommt jemand und sagt, oh, ich möchte

jetzt ein Grundstück von der Stadt Wien kaufen. – Und dann, auf einmal, geht die ganze Maschinerie ins Rollen. Auch hier. Hier verhandelt man mit einem Eigentümer wegen einer Bürofläche in der Muthgasse, und auf einmal kommt der Eigentümer auf die Idee und sagt, nein, aber das verkaufe ich euch nur, wenn noch zwei weitere Immobilien im 15. und im 8. Bezirk dazukommen. – Bumm! Der muss wirklich gut recherchiert haben, meine Damen und Herren. Das ist schon ungewöhnlich, dass ein Eigentümer sagt: Nein, aber ich hab genau nachgeschaut, was die Gemeinde Wien noch hat, und ich möchte das unbedingt, sonst mache ich den Deal nicht.

Und das Zweite: Die Stadt Wien knickt sofort ein. Herr Kollege Vettermann, ich möchte wissen, ob Sie, wenn Sie eine Eigentumswohnung haben und die verkaufen, auch so schnell einknicken, wenn der Interessent sagt, nein, ich mache es, aber nur unter der Bedingung, dass ich Ihr Sommerhaus und Ihr Auto auch bekomme! *(Beifall bei ÖVP, FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.)* – Das kann ich mir schwer vorstellen. Aber die Gemeinde Wien knickt sofort ein und macht das, weil der Eigentümer von der Muthgasse möchte, dass wir auch noch etwas anderes mitverkaufen.

Meine Damen und Herren, denken Sie ein bisschen rational, wie Sie es im privaten Bereich machen würden, diesen Hausverstand können Sie auf die Liegenschaften der Stadt Wien umlegen. Da brauchen wir gar nicht, so wie der Herr Bürgermeister, groß das Liegenschaftsmanagement ankündigen – eine Uraltforderung der ÖVP seit über 15 Jahren. Da bin ich Zeitzeuge. Gut, wenn es umgesetzt wird. – Nur, das, was Sie heute machen, ist das genaue Gegenteil: Liegenschaftsmissmanagement, meine Damen und Herren. *(Beifall bei ÖVP, FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Mag Gudenus. Ich erteile es ihm.

GR Mag Johann **Gudenus**, MAIS *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Kollege Neuhuber hat eigentlich im Großen und Ganzen das gesagt, wofür es hier geht. Würden Sie privat mit Ihren Grundstücken, mit Ihrem Eigentum, mit Ihren Liegenschaften, mit dem, was Sie besitzen, was Ihnen gehört, so umgehen, wie sie zum Beispiel mit Liegenschaften der Stadt Wien umgehen? Mit dem Eigentum der Wählerinnen und Wähler, der Menschen hier in Wien, mit dem Eigentum der Steuerzahler? – Nein, das würden Sie wahrscheinlich nicht, weil es in Wahrheit jede Rationalität verbietet.

Daher will ich es kurz machen. Es wurde ja schon davon gesprochen, dass dieser Akt – nämlich richtig, so, wie viele andere Akte, die schon in den letzten Jahren vorgelegen sind – einen gewissen Geruch hat, dem einmal nachgegangen werden muss. Es muss dem nachgegangen werden, dass hier im Endeffekt leichtfertig Volksvermögen auf die eine oder andere Weise verschertelt wird und es im Endeffekt hier keine Kontrolle gibt. Und da wollen wir Freiheitliche schon dahinter sein, dass dieser Akt einmal geprüft wird, bevor hier ein Beschluss gefasst wird.

Wir verlangen hier vorherige Aufklärung und Kontrolle, und ich möchte gemäß § 17 Abs 6 beantragen, dass dieser Akt von der Tagesordnung heruntergenommen wird und dieser Antrag auch namentlich abgestimmt wird. *(Beifall bei FPÖ, ÖVP und von GR Dr Wolfgang Aigner.)*

Noch kurz ein Satz zum Thema: „Wir schützen vor den Folgen der Privatisierung.“ – Das war Ihr Slogan im letzten Jahr. Das heißt nicht, dass jede Privatisierung schlecht ist. Aber, Sie zeigen Tag für Tag, dass Sie nichts anderes tun, als zu – im Endeffekt – Schleuderpreisen zu privatisieren. Wer davon Nutzen hat, können sich jeder Wähler und jeder Bürger, jeder Zuseher genau ausrechnen. – Danke sehr. *(Beifall bei FPÖ, ÖVP und von GR Dr Wolfgang Aigner.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Wenn ich den Herrn Klubobmann jetzt richtig verstanden habe, haben Sie nach § 17 Abs 6 die Absetzung des Geschäftsstückes, also von Postnummer 27, beantragt, und über die Absetzung eine namentliche Abstimmung. Habe ich das richtig verstanden? – *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Richtig!)* – Okay, danke. Dann werden wir so vorgehen, sofern der Gemeinderat dem auch so zustimmt.

Zu Wort gemeldet ist nun zu einer tatsächlichen Berichtigung die Frau Bezirksvorsteherin Mag Mickel-Göttfert. – Bitte, Frau Bezirksvorsteher, Sie haben drei Minuten – und tatsächlich berichtigen.

Bezirksvorsteherin Mag Veronika **Mickel-Göttfert**: Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich muss den von mir persönlich sehr geschätzten GR Vettermann gleich mehrmals berichtigen. Sie haben zunächst gesagt, dass es sich beim Ankauf der Muthgasse und beim Verkauf der Feldgasse um denselben Eigentümer handelt. Das ist nicht richtig. Der Ankauf der Muthgasse erfolgt von der SW1 Immobilien GmbH und der Verkauf der Liegenschaft in der Feldgasse erfolgt durch die Huber & Drott GmbH. Es stimmt nicht, wenn Sie auf dieser Basis Ihre Entscheidung treffen.

Punkt 2: Sie haben gesagt, Kindergärten in denkmalgeschützten Gebäuden seien nicht möglich. Woher haben Sie die Information? Ich lade Sie herzlich in den neueröffneten Kindergarten der Piaristen ein. Dieser Kindergarten wurde in einem denkmalgeschützten, ehemaligen Bürgerspital eingerichtet und ist großartig gelungen. *(Beifall bei ÖVP, FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.)*

Punkt 3: Sie haben gemeint, es sei ein Vorteil, dass erst 2017 abgesiedelt werde. Ich sage, das ist der nächste Skandal. Denn wenn Sie sich den Kaufvertrag anschauen, wird der Kaufpreis erst 2017 fällig, das heißt, die ohnehin schon geringen 2,1 Millionen EUR sind noch viel weniger wert. *(Beifall bei ÖVP, FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.)*

Viertens: Ich stehe hier als Bezirksvorsteherin der Josefstadt. Ich mache diese Aufgabe mit großer Freude und großer Begeisterung und ich weise jede parteipolitische Motivation strikt von mir. *(Beifall bei ÖVP, FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Ellensohn. Ich erteile es ihm. *(GR*

Mag Wolfgang Jung: Oh, jetzt wird es spannend!)

GR David **Ellensohn** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Auf vielfachen Wunsch melde ich mich zu Wort. *(Allgemeine Heiterkeit. – GRin Ing Isabella Leeb: Wo ist denn der Herr Chorherr?)* – Christoph Chorherr kann nicht hier sein, weil er woanders auch beruflich tätig ist. *(Allgemeine Heiterkeit. – GR Mag Dietbert Kowarik: Er hat sich aber zu Wort gemeldet. Er war ursprünglich auf der Rednerliste!)* – Nein, Moment: In der Früh gibt es da immer eine lange Liste von Leuten, die sich entschuldigen lassen, weil sie aus verschiedenen Gründen nicht da sind, so auch heute. Ich lese jetzt nicht alle vor, die nicht da sind, aber es ist Normalzustand.

Ich kenne diese ... *(Zwischenruf von GR Mag Dietbert Kowarik.)* – das rentiert sich nicht, ich habe eh 20 Minuten, das dauert ewig. – Ich kenne die Art und Weise, wie gearbeitet wird, aus Oppositionszeiten. Man sucht das Haar in der Suppe und wenn man es glaubt gefunden zu haben – manchmal stimmt es ja auch und deswegen gehen wir es ja Punkt für Punkt durch –, dann ist man froh und breitet sich aus.

Es wundert mich auch nicht, dass ÖVP und FPÖ – das kann ich Ihnen nicht ersparen –, Parteien, die sehr viel mit kriminellen Mitgliedern in eigenen Fraktionen kämpfen *(GR Mag Alexander Neuhuber: Das ist wirklich eine Frechheit!)* –, bei jedem Geschäft vermuten müssen, dass irgendetwas faul gelaufen ist. Das ist logisch. Es ist logisch, dass eine Partei, die einen Herrn Strasser in den eigenen Reihen hat oder das „part of the game“ von Uwe Scheuch, sagt: Das muss irgendwie so sein. Es muss sein, weil es das nicht gibt, dass irgendjemand ein Geschäft normal macht. – Es wundert mich nicht, dass Sie das beide glauben. *(GR Mag Wolfgang Jung: Jämmerliche Ansage!)* – Herr Jung, jetzt gehen wir ganz normal Punkt für Punkt durch, worum es überhaupt geht. *(Anhaltende Zwischenrufe.)*

Erstens: Dieser Ankauf, den wir da tätigen, den macht man ja nicht zum Spaß *(GRin Ing Isabella Leeb: Na, eh nicht!)*, sondern wir kaufen – man könnte darüber reden, ob man das gescheit findet oder nicht – 2 685 m² Nutzfläche und siedeln dort die MA 34 um, vom 10. in den 19. Bezirk. Das finden viele Leute gut. *(GR Mag Wolfgang Jung: Was tut man nicht alles als Regierungspartei! Der Kollege Margulies schaut schon so begeistert!)* Ich möchte nur einen zitieren, der ja die Möglichkeit hatte. Denn da dürfen ja Personen Einwände machen gegen solche Geschäftsstücke, die bekommen sie zugeschickt, dann dürfen sie es zurückschicken. Zum Beispiel wird natürlich die Bezirksvorsteherung im 8. Bezirk gefragt, was sie davon hält, aber natürlich wird auch der Bezirksvorsteher im 19. Bezirk gefragt. Und der hat gegen diese beabsichtigten Transaktionen keinen Einwand erhoben. Ich finde es zumindest positiv zu sehen, in der ÖVP gibt es zu diesem Aktenstück unterschiedliche ... *(GR Mag Wolfgang Jung: Man kriegt immer wieder neue Informationen, Herr Kollege!)* ... unterschiedliche Meinungen. Welche Informationen der Herr Tiller hat, werden Sie nicht wissen – ich auch nicht –, aber es ist nicht unsere Aufgabe, sondern es ist seine Aufgabe, sich die Informa-

tionen zu beschaffen. *(GR Mag Wolfgang Jung: Heute ist es unsere Aufgabe!)*

Diese 2 685 m² kaufen wir um 3,2 Millionen EUR, über den Preis ist jetzt schon gesprochen worden. Der Herr Neuhuber hat dankenswerterweise gesagt, entweder stimmt die eine oder die andere Zahl nicht. Ich nehme an, dass der Quadratmeterpreis, der dort 1 192 ist, Ihnen auch eine Spur normaler vorkommt als der Quadratmeterpreis, der zwischen den zwei Privaten mit 300 EUR pro Quadratmeter gelaufen ist. Das glaube ich tatsächlich auch. Und jetzt muss man dazu wissen – das wurde noch nicht gesagt –, die Firma ist in Konkurs gegangen und hat es um 900 000 verkauft. *(GR Mag Dietbert Kowarik: Dann können Sie nichts mehr verkaufen!)* Wenn ich in Konkurs gehe und es verkaufe, dann muss man sich überlegen, was ich tun könnte. Am besten verkaufe ich es möglichst billig. Wenn es aus der Konkursmasse um 900 000 weitergeht und der Nächste verdient innerhalb weniger Monate tatsächlich 2,3 Millionen EUR damit, dann liegt der Verdacht nahe, dass einer der zwei Preise nicht stimmt. Noch einmal, ich glaube nicht, dass die ÖVP glaubt, dass in der Lage der Quadratmeterpreis bei 300 EUR liegt, sondern schon viel eher bei 1 200 – die 1 192, die hier stehen. Ich würde als Gläubiger der ursprünglichen Firma, die in Konkurs gegangen ist, der um sein Geld umgefallen ist, mir das sehr genau anschauen, würde hergehen und schauen, ob die zwei Privaten miteinander etwas zu meinem Nachteil gemacht haben, was sie nicht machen durften. Denn ich bin ja dann dort um mein Geld umgefallen.

Ich sage ganz deutlich, angesichts dieser Zahlen glaube ich, dass Sie dort erfolgreicher sind, als wenn Sie sagen, der Gutachter hat sich mit den 1 192 EUR total geirrt. Herr Neuhuber, ich glaube, dass wir uns da einig sind, wenn wir uns fragen, was eher passt: 300 EUR pro Quadratmeter oder 1 200. Ich gehe davon aus, dass mehrere Gläubiger – ich bin ja auch schon angerufen worden von Journalisten, die sagen, das gibt es ja nicht, die haben da etwas gedreht; es wird eh daran gearbeitet –, die bei diesem Firmenkonkurs um viel Geld umgefallen sind, tätig werden und versuchen, sich das Geld zurückzuholen. Und das hat nichts mit der Stadt Wien zu tun. *(GR Mag Alexander Neuhuber: Das stimmt ja nicht!)* Da hat ein Privater einen anderen Privaten geschossen, beziehungsweise mehrere. Vielleicht, das gilt es aufzuarbeiten. Aber der Preis, den wir zahlen, den hat uns auch niemand in Frage gestellt. Das muss man fairerweise auch dazusagen.

Was passiert bei der Übersiedelung? Denn die Frau Bezirksvorsteherin hat gesagt, man könnte im 8. Bezirk 10, 12, 15 Wohnungen für Familien schaffen. Ich lese aber auch im „Heute“, dass die Frau Mickel meint – und nicht nur die Frau Mickel, das hat der Herr Neuhuber auch gesagt –, das sei ja viel mehr wert und wir hätten dort für den Quadratmeter 5 600 EUR verlangen müssen, wenn man es verkauft. Jetzt frage ich mich allerdings, wie ich dann leistbaren Wohnbau zusammensammere, wenn ich zuerst um 5 600 pro Quadratmeter verkaufe ... *(Zwischenruf von GR Mag Wolfgang Jung.)* – Moment, das habe nicht ich gesagt, sondern das steht

heute in der Zeitung. Da müsste ja die Frau Mickel das „Heute“ berichtigen und sagen, das „Heute“ hat sie falsch zitiert. Das kann ich nicht ausschließen, das weiß ich nicht. Aber dort lese ich, dass Sie der Meinung sind, der Quadratmeter wäre 5 600 wert. Dann kostet der Quadratmeter aber ohne Sanierung, ohne Herrichten ein Vielfaches von dem, was Sie zuvor als Preise gesagt haben. *(Zwischenruf von GRin Ing Isabella Leeb.)* – Nein, aber Sie müssen ja aufpassen, wie Argumente zusammenpassen. Ich versuche hier auch immer stringent zu arbeiten *(GR Mag Wolfgang Jung: Sie versuchen, Nebelgraten zu schießen!)*, und es wäre doch günstig, das wäre doch im Sinne des Weiterkommens, Herr Jung, wenn alle versuchen, den Akt zu lesen, ihn zu verstehen und dann zu schauen, wie man ... *(Zwischenruf von GR Mag Wolfgang Jung.)*

Was passiert? Diese zehn Wohnungen werden dort wahrscheinlich nicht geschaffen, so wie Sie das gesagt haben. Was passiert denn dort, nachdem die MA 34 im 10. Bezirk beim Viola Park hinausgegangen ist? – Dort werden Wohnungen geschaffen. Dort kann man keine Wohnungen schaffen, wenn das Aktenstück nicht passiert, nämlich 120 geförderte Wohnungen. Das muss man halt auch sagen: Weil wir das beschließen, werden wir dort 120 neue Wohnungen haben. Und die anderen zehn werden wir nicht haben, stimmt. Und ich verstehe die Argumentation von der Frau Bezirksvorsteherin eindeutig – und das meine ich jetzt nicht böse –, aber wenn ich für den 8. Bezirk zuständig bin, dann muss ich nicht automatisch auch über alles hinaus weiterdenken und fragen, welche Folgen das insgesamt für Wien hat. Die Stadtregierung muss überlegen, was ist gescheit für den 8. Bezirk, aber was ist auch gescheit für den 10. Bezirk, was ist gescheit für den 19. Bezirk, und so weiter. Das ist kein Vorwurf, das ist logisch, das müssen Bürgermeister in Dörfern, Städten auch machen. Die Frau Mickel schaut auf den 8. Bezirk, wir müssen auf mehr schauen.

Wir schaffen also 120 Wohnungen, die es nicht gibt, wenn wir diesen Akt nicht beschließen. Das muss man auch wieder dazusagen: Wer immer diesen Akt absetzt, vernichtet die 120 Wohnungen.

Dann kommt als Drittes: Wenn die MA 34 dort nicht auszieht, kann keine Familie einziehen. Die wohnen ja nicht im Shared Space zusammen, die MA 34 und die Familie. Dann kommt noch die Kaufoption für diese Liegenschaft in Fünfhaus, die sechs oder sieben Stockwerke hat, auch unter Denkmalschutz steht. Und jetzt heißt es: Das ist wahnsinnig günstig. – Dann hätte er es doch gekauft, dann hätte er sich doch nicht gleich eine Kaufoption genommen. Es ist halt nicht so sicher, ob das mit dem Denkmalschutz – keine Fassadenveränderung, weil Sie die Fenster nicht rausnehmen dürfen, kein Balkon, keine Terrasse – ein Geschäft ist. Denn wenn es ein Geschäft wäre, hätte er es ja kaufen dürfen. Hat ja niemand gesagt, er darf es nicht haben. Jetzt ist es einmal eine Kaufoption, die der Käufer einlösen kann oder nicht. Aber wäre es so fabelhaft und so einfach, hätte er wohl gleich zugeschlagen. *(GR Mg Wolfgang Jung: Ach Gott!)* Offensichtlich muss er selber nachrechnen, ob es sich ausgeht.

Das sind einfach Hard Facts, das sind ja keine Meinungen. Es ist schon so in der politischen Diskussion: Schön wäre es, wenn Fakten die Meinungen verändern würden. Hier findet der Versuch statt, mit Meinungen die Fakten zu ändern. Das funktioniert nicht. Das geht normalerweise umgekehrt. Wir tauschen Argumente aus, und wenn neue Fakten dazukommen, überlegt man sich, ob man auf der alten Position beharrt oder nicht. Das wäre eine vernünftige Diskussion. Aber wir sind in der Politik. Also läuft das hier anders. Verstehe ich alles.

Wenn wir aber schon über den Achten reden – und da gibt es ja noch mehrere Grundstücke –, dann wäre es auch schön zu wissen, was mit dem Finanzamt passiert, dem ehemaligen Finanzamt auf der Josefstädter Straße. Das weiß ich immer noch nicht. Das ist ein Riesenareal, das kenne ich aus eigener Anschauung. (*GR Dkfm Dr Fritz Aichinger: Ablenkung!*) – Nein, das gehört dort dazu, weil dort die BIG dabei ist und weil man darüber reden kann, was man verkauft, weil im 8. Bezirk das Kartographische Institut von der BIG verkauft worden ist. Den Aufschrei der ÖVP habe ich nicht gehört. Eher wird irgendjemand etwas daran verdient haben, und vielleicht kennen Sie den einen oder anderen davon. Aber es gibt ganz, ganz große Flächen im Achten und das Finanzamt ... (*StR Mag Manfred Juraczka: Also die Muthgasse und die Feldgasse finden Sie super!?*) ... ist tatsächlich für uns eine große Aufgabe, sich zu überlegen, was man dort macht. Und da könnte eine Raika-Aufsichtsrätin sicher Leute, die sie bei der BIG zum Besprechen trifft, verwenden und sich auch darum kümmern.

Mein Problem ist, dass ich durchaus einen Teil der Kritik verstehen würde, wäre das ausschließlich der Verkauf im Achten und sonst nichts und würde als Gegenwert ausschließlich Geld stehen und nicht andere Grundstücke. Wenn man das heute beschließt, besitzt nämlich am Ende die Stadt Wien mehr Quadratmeter als zuvor. So ist das. (*GR Mag Wolfgang Jung: Was kriegst du dafür?*) Jetzt ist schon die Frage, was immer ein Ausverkauf ist: Wenn ich eines hergebe und zwei habe, habe ich dann weniger öffentliches Eigentum oder mehr öffentliches Eigentum? (*GR Mag Wolfgang Jung: Das ist eine grüne Argumentation!*) – Herr Jung, das ist doch eine ganz einfache Rechnung. Eins oder zwei, was ist mehr? Also, das war jetzt nicht wahnsinnig schwierig. (*StR Mag Manfred Juraczka: Ist das nicht peinlich?*) – Nein, peinlich muss Ihnen die Argumentation sein, wie Sie das aufziehen. Und blöd ist, dass die ÖVP intern zwischen dem 19. und 8. Bezirk nicht geklärt hat, wo die Position ist. Das ist ungeschickt.

Noch viel schöner wäre natürlich, wir würden immer alles geschenkt bekommen, wenn wir etwas haben wollen, wir müssten nichts hergeben und die Privaten schenken uns alle Sachen. So läuft es aber nicht. Wozu Sie als Experten im Bereich Korruption einen Beitrag leisten können, ist, dass die Menschen mit der Korruptionsbekämpfungsexpertise tatsächlich etwas anfangen können. Denn bisher höre ich nur: Wahrscheinlich ist das zu billig, und das ist wahrscheinlich zu teuer, und das weiß ich nicht. – Entweder war der Vertrag A zwischen zwei Privaten schlecht oder der Vertrag danach schlecht.

Das teile ich. Entweder – oder. Ich glaube, entweder und dass die 2 Privaten einen Vertrag um 900 000 EUR gemacht haben. 900 000 EUR für 2 685 m² Nutzfläche und ein Büro, in dem ich nichts sanieren muss. Das stinkt. Nur hat die Stadt Wien mit dem Vertrag gar nichts zu tun, denn das ist zwischen Privat und Privat, zwischen der Konkursmasse, die vorher zum Teil noch versichert worden ist, und den neuen Käufern.

Wir als Stadt Wien haben also am Ende mehr Nutzfläche als jetzt. Wir haben eine Umsiedlung von der MA 34, die wir immer haben wollten. Wir schaffen 120 geförderte Wohnungen, die wir sonst auch nicht haben. Und das mit der Kaufoption im 15. Bezirk ist noch nicht einmal sicher, weil um diesen Preis von 1,6 Millionen vielleicht von dem Privaten gar kein Gewinn zu machen ist – daher überlegt er es sich noch. Es ist ein schwieriges Gebäude. Ich habe im ersten Moment auch gesagt, ich hätte das gerne, das hört sich sehr günstig an. Wer schon einmal mit dem Denkmalschutz gearbeitet hat und versucht hat, dort etwas zu erzielen, weiß, billigen Wohnraum kann man dort auf keinen Fall mehr schaffen. Und ob dort Bedarf für sehr teure – und vielleicht am Schluss auch sehr schöne Wohnungen – besteht, das ist ja dann immer die Frage. Aber günstig kann man es dort nicht mehr machen. Und günstig wäre das in der Feldgasse auch nie geworden, vor allem nicht, wenn man realisiert hätte, dass dieser Vorschlag mit 5 600 EUR für den Quadratmeter, bevor ich überhaupt in der Sanierung drinnen bin, eine Wohnung ist, die sich eine Durchschnittsfamilie nicht leisten kann.

Mir würden sachdienliche Hinweise statt Floskeln von irgendwelchen „part of the game“-Mitgliedern helfen. (*GR Mag Wolfgang Jung: Studieren Sie die Akten!*) Sachdienliche Hinweise, wo Sie glauben, dass etwas schiefgelaufen ist. Ich glaube, dass zwischen den zwei Privaten etwas schiefgegangen ist, und dem wird auch schon nachgegangen. Dort sind nicht nur JournalistInnen dran, sondern Gläubiger, die glauben, geschossen worden zu sein und um Geld umgefallen zu sein. Die gehen dem nach. Dort gibt es tatsächlich Leute, die unterwegs sind und sagen, ich glaube, ich bin betrogen worden, von Privat zu Privat, und ich bin als Gläubiger dort übrig geblieben. – Dort wird tatsächlich daran gearbeitet. Wenn Sie mehr haben als es passt mir nicht und ich hätte es gerne anders gehabt, gehe ich dem gerne nach. Ich gehe auch dem anderen Vorwurf nach, den Gläubiger an uns herangetragen haben, die sich nämlich auch gewundert haben, und zwar schon über den Ursprungspreis, und die das jetzt für normal halten. Nur sagen die, sie hätten gerne gehabt, dass der vorher 3,2 Millionen bekommen hätte – das ganze Geld sowieso nicht, weil der Schuldenstand viel höher war –, dann wären sie nämlich nicht mit so einer Quote ausgestiegen, sondern mit einer besseren. Es gibt also tatsächlich in dem Fall einen Korruptionsverdacht, dem nachgegangen wird, und sonst habe ich keinen gehört. – Vielen Dank. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Aktuell liegen mir 3 Wortmeldungen vor. Der nächste Redner ist Herr GR Mag Kasal. Die Restredezeit ist 9 Minuten und 47

Sekunden.

GR Mag Günter **Kasal** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich möchte nur ganz kurz auf den GR Ellensohn replizieren. Er hat jetzt wunderbar zehn, zwölf Minuten lang irgendwelche Zahlenspiele zum Besten gegeben. (*GR David Ellensohn: Fakten!*) – Sie nennen es halt Fakten, mangels besseren Wissens. Okay. Es interessiert mich nicht. Aber ich möchte mich da jetzt nicht auf einen Dialog einlassen. (*Beifall bei der FPÖ. – Zwischenruf von GR David Ellensohn.*) – Kommen Sie wieder raus, ich merke, Sie haben etwas zu sagen. Dann kommen Sie bitte heraus und erklären Sie hier, warum die GRÜNEN einen nach dem anderen Grundstücks-Deal oder Flächenumwidmung unterstützen. Erklären Sie das. Das würde mich nämlich interessieren. Erklären Sie mir, wie Sie es unterstützen können, dass man durch diesen Grundstücksverkauf 2,3 Millionen EUR in 13 Monaten erwirtschaften kann. (*Amtsf StR Dr Michael Ludwig: Das hat er gerade erklärt!*) – Das weiß ich. Aber es war ja nicht schlüssig. Es war ja ein Unsinn. Das war doch ein blanker Unfug. Und ich lade den Herrn Ellensohn herzlich ein. – Oh, der Herr Chorherr ist gekommen! – Die 120 Wohnungen in Favoriten muss man nicht ausgerechnet in der Theodor-Sickel-Gasse bauen. Der 10. Bezirk ist riesengroß, da gibt es mehr als genug Flächen, wo man noch 120 Wohnungen errichten könnte (*Beifall bei der FPÖ.*), 120 Wohnungen errichten könnte, ohne dass ich Baujuwelle, denkmalgeschützte Liegenschaften aus dem Zentrum, aus dem Herzen Wiens an Private verhökere. (*Beifall bei FPÖ, ÖVP und von GR Dr Wolfgang Aigner.*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Mag Neuhuber, zum zweiten Mal. Die Restredezeit beträgt zwölf Minuten.

GR Mag Alexander **Neuhuber** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Herr Klubobmann Ellensohn, Sie können es nicht lassen, bei vielen Gelegenheiten, immer wieder, auch nach dem ich gesprochen habe, meine Fraktion und die Fraktion der Freiheitlichen im Zusammenhang mit kriminellen Handlungen zu nennen. Das haben Sie gerade wieder getan: Korruption und kriminelle Handlungen. Ich weise das in aller Schärfe zurück. Ich habe das schon öfter gesagt. (*GR David Ellensohn: Der Satz war schon richtig!*) Ich lasse mich nicht in diese Nähe rücken, weder ich noch irgendjemand aus meiner Fraktion ist unter irgendeinem Verdacht. Also unterlassen Sie das gefälligst. Das ist schlicht und einfach infam! (*Beifall bei ÖVP, FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.*) Ich lasse mich von Ihnen nicht in die Nähe von Korruption und kriminellen Handlungen rücken. Lassen wir das einmal bitte wirklich so stehen im Raum. Mit „wen auch immer“ Sie nennen, habe ich hier wirklich nichts zu tun.

Meine Damen und Herren, der Herr Klubobmann Ellensohn hat weiter ausgeführt, dass er auch meint, es stimmt etwas im Zusammenhang mit diesem Deal nicht, weil die eine oder die andere Zahl nicht stimmt. Nur,

dann gehen wir doch bitte den einfachsten Weg, den Weg, den wohl auch ein Privater oder ein redlicher Kaufmann in dieser Situation gehen würde, und sagen wir, wir schauen uns die Situation noch einmal neu an, bewerten wir sie. (*Beifall bei ÖVP, FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.*) Ich bin kein Jurist, aber wir sind dort jetzt kein redlicher Käufer mehr. Ich weiß gar nicht, wie das jetzt konkursrechtlich wirklich aussieht, wenn wir da jetzt kaufen. Wir wissen eigentlich, dass da möglicherweise irgendetwas schiefgegangen ist in der Vergangenheit, und wir kaufen da?

Ich möchte nicht sehen, was da noch alles an Juristischem auf uns zukommt und auf die Gemeinde Wien. Es ist wirklich gescheitert: Setzen wir diesen Akt ab, ganz unaufgeregt (*Amtsf StR Dr Michael Ludwig: Das merkt man, ganz unaufgeregt!*), und sagen wir, okay, da sind Dinge herausgekommen, wie dass es da einen Konkurs gegeben hat, dass da vielleicht Zahlen nicht stimmen – setzen wir ihn ganz einfach ab. (*GR Dipl-Ing Rudi Schicker: Ihr seid aufgeregt!*)

Jetzt noch etwas Fachliches: Herr Ellensohn, Sie haben gesagt, dass das in der Feldgasse für den gar kein so ein guter Deal ist, denn sonst hätte er es gleich gekauft. (*GR David Ellensohn: Nein, im 15. Bezirk!*) – Im 15., okay. In der Feldgasse hat er ja überhaupt den Traum, wie die Frau Bezirksvorsteherin ausgeführt hat, besser geht es ja nicht für einen Developer. Er hat jetzt zwei oder drei Jahre Zeit, das Ding zu entwickeln, die Baugenehmigungen einzuholen, wahrscheinlich die Wohnungen schon zu verkaufen – und ganz am Schluss zahlt er einmal der Stadt Wien den Kaufpreis, der aber in der Zwischenzeit nicht verzinst ist, et cetera. (*Beifall bei ÖVP, FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.*) Meine Damen und Herren, das ist die Economy a la Green. Das ist nicht unsere Art und Weise. (*GR Mag Wolfgang Jung: Er ist ja nur Sportreferent!*)

Daher noch einmal in aller Unaufgeregtheit: Schauen wir uns die Sache noch einmal an, rücken wir uns als Stadt Wien doch nicht in die Nähe von irgendwelchen unlauteren Vorgängen – wie auch Ellensohn zugegeben hat –, die in diesem Zusammenhang bestehen, setzen wir den Akt ab und schauen wir ihn uns neu an. (*Beifall bei ÖVP, FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zu Wort gemeldet ist die Frau Bezirksvorsteherin Mag Mickel-Göttfert. Ihre Restredezeit ist fünf Minuten.

Bezirksvorsteherin Mag Veronika **Mickel-Göttfert**: Sehr geehrter Herr Klubobmann Ellensohn!

Sie haben um sachdienliche Hinweise ersucht, ich hätte ein paar für Sie. Und zwar haben Sie jetzt permanent von Konkurs gesprochen, ich habe hier den Firmenbuchauszug. (*Die Rednerin hält ein Schriftstück in die Höhe.*) Hätte es einen Konkurs gegeben, müsste der da drinnenstehen. Und Sie sagen, die Journalisten rufen bei Ihnen an und fragen. Die rufen mich auch an und fragen mich, warum Sie behaupten, dass das aus einer Konkursmasse stammt. Das stimmt nämlich nicht. (*Beifall bei ÖVP, FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.*) Ich sage Ihnen, der Private hat einfach besser verhandelt als die Stadt Wien. Sie haben sich über den Tisch ziehen

lassen. (Beifall bei ÖVP, FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.)

Der zweite Punkt, der auch immer wieder von Ihnen behauptet wird – ich weiß ehrlich gesagt nicht, wer Sie brieft: Sie behaupten, dass der Herr Verbindlichkeiten übernommen hätte. Ich habe das schon einmal in meiner Rede betont: Hätte die SW1 Immobilien GmbH Verbindlichkeiten übernommen, müsste das im Kaufvertrag drinnenstehen. Das ist nicht erwähnt. (Beifall bei ÖVP, FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner. – GR David Ellensohn: Das habe ich auch nicht gesagt!) Und wenn das der Fall wäre, hätten wir einen Fall für die Finanz.

Der dritte Punkt, den ich ansprechen möchte, ist der Viola Park. Es wird jetzt verkündet: Ja, wir bauen den Viola Park groß aus. Ich hatte viele empörte Anrufe von Anrainern des zukünftigen Viola Parks, weil die sagen, hoppala, es gab hier Verfahren, wo man gemeinsam mit den Bürgern vereinbart hat, wo die Grenzen dieses Projekts sind. Und jetzt wird aus der Not heraus – erscheint mir –, behauptet, Viola Park wird noch weiter ausgebaut. – Das stimmt nicht, und verunsichern Sie nicht die Menschen! (Beifall bei ÖVP, FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.)

Ein weiterer Punkt, der mich wirklich empört, ist, dass Sie hier den werten Kollegen Tiller ins Treffen führen. Ich habe auch mit dem Adi Tiller gesprochen. Wenn er das alles gewusst hätte, was hier dahintersteckt, hätte er dem nie zugestimmt (Zwischenrufe bei den GRÜNEN.). Außerdem, es ist eine Schande, wenn Sie darauf stolz sind, dass man Leute über den Tisch zieht, weil man ihnen Akten vorlegt, die nicht vollständig sind. (Beifall bei ÖVP, FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.)

Ich freue mich sehr, dass mittlerweile auch der Herr GR Chorherr eingetroffen ist, auf den ich in dieser Sache wirklich sehr gebaut habe, weil Sie ja immer hier auch sehr kritisch und sehr richtig das Wort geführt haben. Ich habe Ihnen noch einmal zwei Schaubilder mitgebracht, damit wir die Debatte für Sie zusammenfassen können, Herr Abgeordneter, und zwar (eine Graphik in die Höhe haltend) Muthgasse: 900 000 EUR zu 3,2 Millionen EUR – 2,3 Millionen EUR in den Sand gesetzt. Ich darf Ihnen das alles zeigen, um die Debatte zusammenzufassen. Ich habe nicht den Eindruck, dass jetzt schon alle im Bilde sind, worum es hier eigentlich geht. Und dann (eine weitere Graphik in die Höhe haltend) die Feldgasse: Differenz 2,8 Millionen EUR von den möglichen Erlösen.

Herr Klubobmann, das betone ich noch einmal: Ich will nicht, dass die Feldgasse verkauft wird. Ich stelle nur fest, dass die Stadt Wien hier öffentliches Vermögen verscherbelt und sich nicht überlegt ... (Beifall bei ÖVP, FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.) ... und sich nicht die Mühe macht zu überlegen, welche Alternativen wir dort machen könnten – und ich erwähne es noch einmal –, leistbares Wohnen für junge Menschen aus der Josefstadt und mehr Raum für Kinder. – Danke. (Beifall bei ÖVP, FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zu Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Die Frau Berichterstatterin verzichtet auf das Schluss-

wort. (GR Mag Wolfgang Jung: Das war eine schöne Zusammenfassung!) – Herr Kollege Jung, Sie haben heute schon genug Zwischenrufe getätigt, ich war heute eh großzügig. (Allgemeine Heiterkeit.) Also!

Aber apropos großzügig: In Abstimmung mit dem Kollegen Kowarik darf ich aus der Aktuellen Stunde noch dem Kollegen Ing Rösch für seine Äußerung „Punkti, Punkti, Punkti, dann ist das eine Sauerei“ einen Ordnungsruf erteilen. (GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Für die „Punkti“ oder für die „Sauerei“?) – Für die „Sauerei“, nicht für die „Punkti“. Wir haben vorher schon gesprochen, (in Richtung GR Ing Bernhard Rösch) du nimmst ihn in Demut hin.

Wir kommen nun zum Absetzungsantrag, der von der FPÖ eingebracht wurde. Ich darf einmal nachfragen, wer von den Damen und Herren des Gemeinderates diesen Absetzungsantrag überhaupt unterstützt. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand. – Das sind mehr als 25 Mitglieder des Hauses und daher ist er zugelassen.

Es ist die namentliche Abstimmung beantragt worden. Wer der namentlichen Abstimmung die Zustimmung erteilt, den darf ich auch um ein Zeichen mit der Hand bitten. – Das sind auch mehr als 25 Mitglieder des Gemeinderates, daher ist die namentliche Abstimmung vorzunehmen.

Die beiden Schriftführer sind vorbereitet. Ich danke auch der Gemeinderatskanzlei, dass sie uns hier in kurzer Zeit alle Unterlagen gegeben hat, damit wir die Abstimmung durchführen können. Ich bitte um Ruhe im Saal. Bei Aufruf des Namens bitte ein Ja, wer dafür ist, dass der Absetzungsantrag Gültigkeit erlangt, bitte ein Nein, wer dagegen ist, dass der Absetzungsantrag angenommen wird.

Ich bitte den Schriftführer, wer fängt an? – Kollege Rösch!

Schriftführer GR Ing Bernhard **Rösch**: Aichinger.

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Bitte darf ich um Ruhe bitten.

GR Dkfm Dr Fritz **Aichinger** (ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien): (Auf Grund des allgemeinen Lärmpegels ist keine Antwort zu hören.)

Schriftführer GR Ing Bernhard **Rösch**: Aigner.

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Darf ich noch einmal bitten, den ersten Namen vorzulesen.

Schriftführer GR Ing Bernhard **Rösch**: Aichinger.

GR Dkfm Dr Fritz **Aichinger** (ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien): Ja.

Schriftführer GR Ing Bernhard **Rösch**: Aigner.

GR Dr Wolfgang **Aigner** (Klubungebundener Mandatar): Ja.

Schriftführer GR Ing Bernhard **Rösch**: Akcay.

GRin Safak **Akcay** (Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates): Nein.

Schriftführer GR Ing Bernhard **Rösch**: Al-Rawi.

GR Dipl-Ing Omar **Al-Rawi** (Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates): Nein.

Schriftführer GR Ing Bernhard **Rösch**: Anger-Koch.

GRin Ines **Anger-Koch** (ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien): Ja.

Schriftführer GR Ing Bernhard **Rösch**: Baron.
 GR Karl **Baron** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ja.
 Schriftführer GR Ing Bernhard **Rösch**: Baxant.
 GR Petr **Baxant**, BA (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.
 Schriftführer GR Ing Bernhard **Rösch**: Berger-Krotsch.
 GRin Mag Nicole **Berger-Krotsch** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.
 Schriftführer GR Ing Bernhard **Rösch**: Blind.
 GR Armin **Blind** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ja.
 Schriftführer GR Ing Bernhard **Rösch**: Bluma.
 GRin Susanne **Bluma** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.
 Schriftführer GR Ing Bernhard **Rösch**: Chorherr.
 GR Mag Christoph **Chorherr** (*Grüner Klub im Rathaus*): Nein.
 Schriftführer GR Ing Bernhard **Rösch**: Czernohorszky.
 GR Mag Jürgen **Czernohorszky** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.
 Schriftführer GR Ing Bernhard **Rösch**: Dadak.
 GR Michael **Dadak** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ja.
 Schriftführer GR Ing Bernhard **Rösch**: Deutsch.
 GR Christian **Deutsch** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.
 Schriftführer GR Ing Bernhard **Rösch**: GRin Mag Duzdar.
 GRin Mag Muna **Duzdar** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.
 Schriftführer GR Ing Bernhard **Rösch**: Dworak.
 GR Ing Mag Bernhard **Dworak** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Ja.
 Schriftführer GR Ing Bernhard **Rösch**: Ebinger.
 GR Mag Gerald **Ebinger** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ja.
 Schriftführer GR Ing Bernhard **Rösch**: Ekkamp.
 GR Franz **Ekkamp** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.
 Schriftführer GR Ing Bernhard **Rösch**: Ellensohn.
 GR David **Ellensohn** (*Grüner Klub im Rathaus*): Nein.
 Schriftführer GR Ing Bernhard **Rösch**: Feldmann.
 GRin Mag Barbara **Feldmann** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Ja.
 Schriftführer GR Ing Bernhard **Rösch**: Flicker.
 GR Martin **Flicker** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Ja.
 Schriftführer GR Ing Bernhard **Rösch**: Florianschütz.
 GR Peter **Florianschütz** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.
 Schriftführer GR Ing Bernhard **Rösch**: Frigo.
 GR Univ-Prof Dr Peter **Frigo** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ja.
 Schriftführer GR Ing Bernhard **Rösch**: Gaal.
 GRin Kathrin **Gaal** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführer GR Ing Bernhard **Rösch**: Graf.
 GRin Ilse **Graf** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.
 Schriftführer GR Ing Bernhard **Rösch**: Gudenus.
 GR Mag Johann **Gudenus**, MAIS (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ja.
 Schriftführer GR Ing Bernhard **Rösch**: Guggenbichler.
 GR Ing Udo **Guggenbichler** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ja.
 Schriftführer GR Ing Bernhard **Rösch**: Haslinger.
 GR Gerhard **Haslinger** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ja.
 Schriftführer GR Ing Bernhard **Rösch**: Hatzl.
 GRin Eva-Maria **Hatzl** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.
 Schriftführer GR Ing Bernhard **Rösch**: Hebein.
 GRin Birgit **Hebein** (*Grüner Klub im Rathaus*): Nein.
 Schriftführer GR Ing Bernhard **Rösch**: Herzog.
 GR Johann **Herzog** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ja.
 Schriftführer GR Ing Bernhard **Rösch**: Hofbauer.
 GR Manfred **Hofbauer**, MAS (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ja.
 Schriftführer GR Ing Bernhard **Rösch**: Holdhaus.
 GRin Mag Karin **Holdhaus** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Ja.
 Schriftführer GR Ing Bernhard **Rösch**: GR Holzmann.
 GR Ernst **Holzmann** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.
 Schriftführer GR Ing Bernhard **Rösch**: Hufnagl. - Nicht anwesend. - Hursky.
 GR Christian **Hursky** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.
 Schriftführer GR Ing Bernhard **Rösch**: Irschik.
 GR Wolfgang **Irschik** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ja.
 Schriftführer GR Ing Bernhard **Rösch**: Jung.
 GR Mag Wolfgang **Jung** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ja.
 Schriftführer GR Ing Bernhard **Rösch**: Kappel.
 GRin Mag Dr Barbara **Kappel** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ja.
 Schriftführer GR Ing Bernhard **Rösch**: Karner-Kremser.
 GRin Waltraud **Karner-Kremser**, MAS (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.
 Schriftführer GR Ing Bernhard **Rösch**: Kasal.
 GR Mag Günter **Kasal** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ja.
 Schriftführer GR Ing Bernhard **Rösch**: Kickert.
 GRin Dr Jennifer **Kickert** (*Grüner Klub im Rathaus*): Nein.
 Schriftführer GR Ing Bernhard **Rösch**: Klicka.
 GRin Marianne **Klicka** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.
 Schriftführer GR Ing Bernhard **Rösch**: Kopietz.
 GR Prof Harry **Kopietz** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführer GR Ing Bernhard **Rösch**: Korosec.
 GRin Ingrid **Korosec** (ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien): Ja.
 Schriftführer GR Ing Bernhard **Rösch**: Kowarik.
 GR Mag Dietbert **Kowarik** (Klub der Wiener Freiheitlichen): Ja.
 Schriftführer GR Ing Bernhard **Rösch**: Kubik.
 GR Gerhard **Kubik** (Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates): Nein.
 Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: Laschan.
 GRin Dr Claudia **Laschan** (Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates): Nein.
 Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: Leeb.
 GRin Ing Isabella **Leeb** (ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien): Ja.
 Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: Lindenmayr.
 GR Siegi **Lindenmayr** (Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates): Nein.
 Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: Ludwig-Faymann.
 GRin Martina **Ludwig-Faymann** (Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates): Nein.
 Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: Mahdalik.
 GR Anton **Mahdalik** (Klub der Wiener Freiheitlichen): Ja.
 Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: Maresch.
 GR Mag Rüdiger **Maresch** (Grüner Klub im Rathaus): Nein.
 Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: Margulies.
 GR Dipl-Ing Martin **Margulies** (Grüner Klub im Rathaus): Nein.
 Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: Matzka-Dojder.
 GRin Anica **Matzka-Dojder** (Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates): Nein.
 Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: Mayer Alois.
 GR Dr Alois **Mayer** (Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates): Nein.
 Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: Meyer Uta.
 GRin Uta **Meyer** (Klub der Wiener Freiheitlichen): Ja.
 Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: Meidlinger.
 GR Ing Christian **Meidlinger** (Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates): Nein.
 Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: Mörk.
 GRin Gabriele **Mörk** (Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates): Nein.
 Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: Mörz.
 GR Prof Dipl-Ing Dr Kurt **Mörz** (Klub der Wiener Freiheitlichen): Ja.
 Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: Nepp.
 GR Dominik **Nepp** (Klub der Wiener Freiheitlichen): Ja.
 Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: Neuhuber.
 GR Mag Alexander **Neuhuber** (ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien): Ja.
 Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: Nevriy.

GR Ernst **Nevriy** (Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates): Nein.
 Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: Niedermühlbichler.
 GR Georg **Niedermühlbichler** (Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates): Nein.
 Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: Novak.
 GRin Barbara **Novak** (Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates): Nein.
 Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: Peschek.
 GR Christoph **Peschek** (Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates): Nein.
 Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: Ramskogler.
 GRin Mag Sonja **Ramskogler** (Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages): Nein.
 Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: Reindl.
 GR Mag Thomas **Reindl** (Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates): Nein.
 Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: Rösch.
 GR Ing Bernhard **Rösch** (Klub der Wiener Freiheitlichen): Ja.
 Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: Rubik.
 GRin Silvia **Rubik** (Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates): Nein.
 Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: Schicker.
 GR Dipl-Ing Rudi **Schicker** (Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates): Nein.
 Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: Schinner.
 GRin Katharina **Schinner** (Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates): Nein.
 Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: Schubert.
 GRin Ingrid **Schubert** (Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates): Nein.
 Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: Schütz.
 GRin Angela **Schütz** (Klub der Wiener Freiheitlichen): Ja.
 Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: Schuster.
 GR Godwin **Schuster** (Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates): Nein.
 Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: Seidl.
 GR Wolfgang **Seidl** (Klub der Wiener Freiheitlichen): Ja.
 Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: Spitzer.
 GR Mag Gerhard **Spitzer** (Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates): Nein.
 Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: Stiftner.
 GR Dipl-Ing Roman **Stiftner** (ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien): Ja.
 Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: Straubinger.
 GRin Mag Sybille **Straubinger**, MBA (Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates): Nein.
 Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: Strobl.
 GR Friedrich **Strobl** (Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates): Nein.
 Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: Stürzenbecher.

GR Dr Kurt **Stürzenbecher** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: Teiber.

GRin Barbara **Teiber** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: Ulm.

GR Dr Wolfgang **Ulm** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Ja.

Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: Unger.

GR Christian **Unger** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ja.

Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: Valentin.

GR Erich **Valentin** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: Vana.

GRin Dr Monika **Vana** (*Grüner Klub im Rathaus*): Nein.

Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: Van der Bellen.

GR Dr Alexander **Van der Bellen** (*Grüner Klub im Rathaus*): Nein.

Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: Vettermann.

GR Heinz **Vettermann** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: Vitouch.

GRin Prof Dr Elisabeth **Vitouch** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: Wagner.

GR Kurt **Wagner** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: Walter.

GR Norbert **Walter**, MAS (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Ja.

Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: Wansch.

GR Mag Dr Alfred **Wansch** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ja.

Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: Werner-Lobo.

GR Mag Klaus **Werner-Lobo** (*Grüner Klub im Rathaus*): Nein.

Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: Woller.

GR Ernst **Woller** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Nein.

Schriftführer GR Peter **Florianschütz**: Wurzer.

GRin Mag Martina **Wurzer** (*Grüner Klub im Rathaus*): Nein.

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Ist jemand nicht aufgerufen worden? Kollege Hufnagl ist noch nicht da, er hat an der Abstimmung nicht teilgenommen. Dann unterbreche ich die Sitzung kurz für die Auszählung.

(Die Sitzung wird von 13.53 bis 13.55 Uhr unterbrochen.)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Ich nehme die Sitzung wieder auf. Wir haben ein Ergebnis. Der Absetzungsantrag hat 37 Ja-Stimmen und 57 Nein-Stimmen gehabt und ist somit abgelehnt. Daher wird Postnummer 27 in der Tagesordnung weiterbehandelt.

Wir kommen nun zur Abstimmung, wobei ich die Anwesenheit von mehr als der Hälfte der Gemeinderatsmit-

glieder feststelle. Ich bitte jene Damen und Herren des Gemeinderates, die dem Antrag der Berichterstatterin zustimmen wollen, die Hand zu erheben. – Das ist mehrstimmig mit den Stimmen der GRÜNEN und SPÖ angenommen.

Es gelangt nunmehr Postnummer 1 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft eine Subvention an den Verein Projekt Integrationshaus. Es liegt keine Wortmeldung vor. Wer Postnummer 1 zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das ist mit den Stimmen der Regierungsmehrheit und daher mehrstimmig ... (GR Dkfm Dr Fritz Aichinger: *Wir haben auch zugestimmt!*) – Entschuldigung, Herr Klubobmann – und der ÖVP, also SPÖ, GRÜNE und ÖVP mehrstimmig angenommen.

Es gelangt nunmehr Postnummer 15 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft das Plandokument 7292E2 im 22. Bezirk, KatG Aspern. Ich bitte den Berichterstatter, Herrn GR Kubik, die Verhandlungen einzuleiten.

Berichterstatter GR Gerhard **Kubik**: Ich ersuche um Zustimmung zum vorliegenden Akt.

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Mahdalik. Ich erteile es ihm.

GR Anton **Mahdalik** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Herr Berichterstatter! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich habe für den Kollegen Stiftner ein Zetterl mitgebracht. Ein Taferl wollte ich nicht mitbringen, weil er das heute schon in der Fragestunde vorgeäfft hat. Aber ich habe mir gedacht, vielleicht meldet er sich doch zu Wort und verkündet uns, dass die Schwarzen bei der Schwarz-Legalisierung im 22. Bezirk doch nicht mitmachen. Aber nachdem es bis jetzt keine Wortmeldung gibt, bin ich da leider nicht guter Dinge.

Wir haben hier einen Skandal vor Augen, von dem heute der letzte, der 3. Akt über die Bühne gehen soll, nämlich die Legalisierung eines riesigen Schwarzbaus im Naturschutzgebiet des Lobau-Vorlandes, wo alleine der Schwarzbau eine Fläche von 70 m² hat. Das klingt vielleicht gar nicht so viel. Aber man weiß, dass im 22. Bezirk – auch in andere Bezirken – vor einigen Jahren und laufend bei sehr vielen Kleingärtnern, wenn sie 3 oder 4 m² zu viel gebaut haben oder irgendwann schwarz einen Anbau errichtet haben – einen kleinen, damit sie ein Abstellkammerl haben, ist auch nicht in Ordnung – beinhart durchgegriffen wurde. Die haben abreißen müssen.

Im Lobau-Vorland ist die ganze Sache wieder ein bisschen anders. Dort hat zur Errichtung – zumindest vordergründig – eines Schaubauernhofes, der aber seltenerweise über 700 m² Wohn- und Seminarräume verfügt, auf 3 Geschoßen – also für einen Schaubauernhof etwas dubios – jahrelang unter den Blicken der SPÖ im Bezirk, der GRÜNEN im Bezirk, der Magistratsdienststellen, des Bezirksvorstehers dieser Schwarzbau größer werden können. Es hat von den Anrainern sehr viele Anzeigen gegeben, baurechtliche und naturschutzrechtliche. Und weil die Behörde, weil die Politik diesen nicht nachgegangen ist beziehungsweise untätig geblieben ist,

haben die Freiheitlichen auch Anzeigen eingebracht, gegen unbekannt, weil hier der Verdacht des Amtsmissbrauches natürlich im Raum schwebt. Und man fragt sich nicht nur, warum die Schwarzen bei der Geschichte mitmachen – denn vorhin haben sie noch gegen einen dubiosen Grundstücks-Deal gewettert und hier sollte noch eine Anlasswidmung, ein dubioser Schwarzbau legalisiert werden –, sondern auch, warum diese Betreiberin des Schaubauernhofes gleicher ist als die Gleichen.

Wir wollen auch wissen – und auch hier liegt der Verdacht des Amtsmissbrauches nahe –, warum im Bezirksbauausschuss dessen Mitgliedern die 94 negativen Stellungnahmen – das ist sehr, sehr viel; das ist ein kleinräumiges Siedlungsgebiet mit lauter Einfamilienhäusern, und dort gibt es 94 negative Stellungnahmen der Anrainer – vorenthalten wurden.

Die Bürgerinitiative „Natur statt Beton“ hat sich mit uns in Verbindung gesetzt, und wir haben dann nachgefragt, warum dem so war. Die Antwort vom Bauausschuss-Vorsitzenden war: Die Einsprüche wurden nicht an den Bauausschuss gerichtet, sondern an die zuständige MA 21, wie das bei allen anderen Flächenwidmungsverfahren, bei denen es Einsprüche gibt, auch der Fall ist, weil diese an die MA 21 zu richten sind. Das heißt, sie wurden dem Bauausschuss wissentlich vorenthalten, um ein falsches Bild von der Situation zu erzeugen.

Also wir haben es hier mit einem Skandal zu tun, der zumindest in der gleichen Gewichtsklasse ist wie der zuvor diskutierte, nur dass diesmal die ÖVP auch mit an Bord ist. Und da fragt man sich schon: Was ist da „part of the game“ bei den GRÜNEN? (*GR Mag Rüdiger Maresch: Frag den Scheuch in Kärnten!*) Das ist schon lange her, die gibt es alle nicht mehr. Was war da „part of the game“, dass sich die GRÜNEN nicht gegen einen riesigen Schwarzbau im Lobau-Vorland stemmen, sondern diesem noch die Mauer machen? (*GR Dipl-Ing Rudi Schicker: Sind wir schon wieder in Kärnten?*) Was war bei der SPÖ „part of the game“, was war bei der ÖVP „part of the game“, dass man hier diesen riesigen Schwarzbau im Bezirk legalisiert und hier heute im Gemeinderat finalisiert? Was war da „part of the game“? Wer außer der Betreiberin profitiert von der Sache? Gibt es da irgendwelche Kick-back-Effekte? Ich möchte natürlich nichts unterstellen, aber der Verdacht innerhalb der Bürgerinitiative, die zutiefst empört ist, hat sich leider verfestigt. (*GR Dipl-Ing Rudi Schicker: Fragen Sie nach beim Herrn Scheuch!*) Wir werden es vielleicht irgendwann wissen, wenn die Anzeige behandelt wird, was hier bei den Roten, bei den Grünen und bei den Schwarzen „part of the game“ war.

Der Kollege Wansch wird ja nachher das Thema noch eingehend behandeln. (*GR Dipl-Ing Rudi Schicker: Hören wir da etwas über Stiftungen von alten Damen? – Weitere Zwischenrufe bei SPÖ und GRÜNEN.*) Die alten Geschichten gefallen euch am besten, weil euch nichts Neues einfällt. Es fehlt nur noch Schwarz-Blau. (*GR Mag Rüdiger Maresch: Das kannst du auch noch haben!*) Schwarz-Blau hat noch gefehlt, aber die Hypo ist ja eh

gekommen. (*GR Dipl-Ing Rudi Schicker: Wer war denn der Verursacher?*) Und „part of the game“ und der Meischi und, und, und. Ewig die gleiche Leier!

Mich würde auch interessieren, ob jetzt außer den Mandatären des 22. Bezirks jemand über die Örtlichkeit Bescheid weiß. Der Rüdiger Maresch vielleicht, der sich vor der Gemeinderatswahl auf der Liste in der Donaustadt befindet? (*GR Mag Rüdiger Maresch: Auf das komme ich eh gleich!*) Einmal, bei der jämmerlich gescheiterten Lobau-Besetzung, warst du Krapfen-Essen dort unten mit dem Van der Bellen und mit der Glawischnig. Aber ich weiß nicht, ob du die Gegend des Lobau-Vorlandes kennst (*Weiter Zwischenruf von GR Mag Rüdiger Maresch*), ich weiß nicht, ob die Frau Stadträtin sie kennt, aber da seit der heutigen Fragestunde ein Privatissimum im Raum schwebt, würde ich vorschlagen, dass wir dieses Privatissimum vielleicht dort abführen. Wir nehmen, damit wir nicht ins Gerede kommen, den Ernsti Messer mit – das ist ein bisschen eine enterische Gegend (*GR Mag Rüdiger Maresch: Ja, da fährst du immer mit dem Rad! – Heiterkeit.*) –, und am Schluss gehen wir alle zum Roten Hiasl, der gleich daneben ist, was trinken. (*Zwischenrufe bei den GRÜNEN.*)

Aber ihr redet schon wieder wie die Blinden von der Farbe, und ihr wisst, dass das unpassend ist für das Lobau-Vorland. Ihr wart einmal die Naturschützer und legalisiert heute einen 70 m² großen Schwarzbau, der jahrelang unter den Augen der Politik und der Behörden in die Höhe gezogen wurde.

Inhaltlich bin ich - „habe ich fertig“, wie der Trapattoni sagen würde. Ich möchte nur noch eines erwähnen, weil ich heute als Berichterstatter den Kollege Kubik hinter mir sitzen habe. Er hat mir bei der letzten Behandlung des ebenfalls brennenden Themas Steinhof großzügigerweise und generös 20 EUR, 2 Zehner, zugesteckt. Ich habe gesagt, ich werde das natürlich einem guten Zweck zuführen, und damit das Kind einen Namen hat, habe ich sowohl bei den Cliniclowns und bei den Clown-doctors – es kann auch umgekehrt sein –, gespendet und habe je eine rote und eine blaue Nase erstanden. Das habe ich in deinem Namen gemacht, Gerhard. Vielen Dank!

Ich wäre aber noch viel dankbarer, wenn Rot, Schwarz und Grün ein Einsehen hätten und diesen Skandal hier heute nicht finalisieren, sondern – vielleicht ohne Antrag unsererseits – den Tagesordnungspunkt selbstständig von der Tagesordnung nehmen und noch einmal mit der Bürgerinitiative Kontakt aufnehmen würden, denn man muss sich vorstellen, was sich dort abspielen wird, wenn dieser Schaubauernhof dann wirklich in Betrieb ist. Er ist ja schon im Teilbetrieb – dazu habe ich nicht ein Taferl, sondern einen Zettel mitgebracht –, es gibt dort regen Busverkehr, es gibt dort extrem enge Gasserln, wo man vielleicht nicht einmal regulär parken darf. Die Weißkappler rennen ja überall in ganz Wien herum, und wenn irgendwann die Restfahrbahnbreite, die juristisch vorgeschrieben ist, nicht gegeben ist, wird brutal abgestraft. Und da bin ich schon ganz neugierig, ob dann dort bei den Liebkindern von Rot, Schwarz und Grün auch abgestraft wird. Und was es dort für ein Ver-

kehrskonzept gibt, muss uns erst einer vorhupfen. Im Bezirk hat es uns noch keiner verraten können. Es wird dort keines geben. Die Busse und die Privatautos, die kommen, müssen halb im Acker stehen. Das ist alles miteinander illegal. Wurscht! Irgendwer wird schon profitieren, irgendwer wird „part of the game“ sein. Und diese sitzen hier und dort und da (*Der Redner weist in Richtung SPÖ, ÖVP und GRÜNE.*), und das ist eine Schande für dieses Haus. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Zu einer tatsächlichen Berichtigung gemeldet hat sich Herr GR Mag Maresch. Ich erteile ihm das Wort. (*GR Prof Harry Kopietz: Aufpassen, Herr Mahdalik!*)

GR Mag Rüdiger **Maresch** (*Grüner Klub im Rathaus*): Ja, ja, die FPÖ, die nimmt es nicht so genau. Der Kollege Mahdalik hat ja heute erzählt, es gibt eine Bürgerinitiative, die ihn da unterstützt, und die Bürgerinitiative heißt „Natur statt Beton“. Die Bürgerinitiative „Natur statt Beton“ ist die Bürgerinitiative, die unter anderem die Lobau-Besetzung organisiert hat. Ein schöner Versprecher, denn Kollege Mahdalik hat in Wirklichkeit einfach eine Namensokkupation gemacht und hat hintennach dann „pur“ gesagt. Aber heute nicht, heute hat er einfach die andere Bezeichnung genommen.

Deswegen, Kollege Mahdalik – es tut mir leid –, Sie müssen Ihre eigene Erfindung auch benennen können, und die heißt „Natur statt Beton pur“. Das ist eine Erfindung, das ist eine Bürgerinitiative, die wahrscheinlich bei Ihnen zu Hause wohnt. – Danke schön. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Zu Wort gemeldet ist Frau GRin Mag Duzdar. Ich erteile es ihr.

GRin Mag Muna **Duzdar** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrter Herr Berichterstatter! Sehr geehrte Damen und Herren!

Heute geht es um den Beschluss einer Flächenwidmung, die die rechtlichen Voraussetzungen dafür schafft, dass der Schaubauernhof, von dem heute gesprochen wurde, die Vienna Kids Farm, auch in Hinkunft weiter bestehen soll, und es geht auch darum, dass der Kindergarten, der baulich zu diesem Schaubauernhof gehört, realisiert werden kann.

Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist richtig, dass wir heute im Nachhinein eine widmungsmäßige Sanierung vornehmen. Die Widmung geschieht nachträglich, die Politik hat sich bewusst dazu entschlossen, und ich erkläre Ihnen, warum. Nach Abwägung aller Interessen überwiegen in diesem Fall öffentliche Interessen, die Interessen des Gemeinwohls. Es besteht nämlich erstens einmal ein öffentlicher Bedarf an einem Kindergarten in Aspern, und es gibt ein großes Interesse der Allgemeinheit am Weiterbestand dieser Vienna Kids Farm, dieses Erlebnisparks, der sich großer Beliebtheit erfreut und jährlich von unzähligen Volksschulklassen und Kindergartengruppen besucht wird. Kinder haben dort die Möglichkeit, einen ganzen Tag mit Tieren und in der freien Natur zu verbringen.

Für all jene, die dieses öffentliche Interesse an dieser Beschlussfassung in Abrede stellen möchten, möchte ich

sagen, dass ich heute hier eine Mappe habe mit 800 Unterschriften von Leuten, die sich für den Weiterbestand dieser Vienna Kids Farm aussprechen. Gestern und heute noch haben mich E-Mails erreicht, in denen mir mitgeteilt wurde, dass es einen großen Verlust für viele Bildungseinrichtungen bedeuten würde, wenn es diese Vienna Kids Farm nicht mehr gäbe.

Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben heute zum Themenbereich Bildung so viel über Kindergärten gehört, so viel über die Ausbildung von Kindergartenpädagoginnen und -pädagogen, über Qualitätsstandards, und Sie wissen, dass Wien, was die Dichte an Kinderbetreuungsplätzen anbelangt, eine Vorreiterrolle spielt in Österreich. Wien bietet jährlich 54 500 Kindergartenplätze an, und gerade diese pädagogisch so wertvolle Bildungseinrichtung, die für die Förderung und Entwicklung der Kinder unverzichtbar ist, wenn es um die Aneignung von sozialen Kompetenzen geht, wenn es um die Aneignung von Sprachkompetenzen geht, beugt so viel Schwierigkeiten später vor und macht sich natürlich dann in der Schule positiv bemerkbar.

Trotz dieser vielen Tausenden Kindergartenplätze, die wir in Wien haben, haben wir aber nach wie vor einen Bedarf an Kinderbetreuungseinrichtungen, und der Bedarf an dieser Kindergartengruppe an diesem Standort wurde ja auch von Seiten der MA 10 bestätigt. Ich möchte in diesem Zusammenhang in Erinnerung rufen, dass 2010 hier ein Gemeinderatsbeschluss gefasst wurde, der eine Förderung für die Errichtung von Kinderbetreuungsplätzen zuerkannt hat.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Vorredner der Opposition! In keiner Ihrer Reden wurde erwähnt, dass dieser sogenannte Zubau, der heute nachträglich widmungsgemäß saniert wird, für einen Kindergarten bestimmt ist. Sie haben so getan, als ob die Stadtpolitik hier private Interessen schützen möchte, aber in Wirklichkeit geht es hier um ein erwünschtes und beliebtes Projekt, wie es die Vienna Kids Farm ist, und es geht darum, den Grundstein zu legen, damit dieser Kindergarten endlich realisiert wird. Auf der Besuchergalerie sind heute auch Eltern von Kindern, die sich sehr stark gemacht haben für dieses Kindergartenprojekt und die diesen Beschluss nicht abwarten können, damit sie endlich ihre Kinder in diesem Kindergarten unterbringen können.

Ich möchte hier aber auch etwas richtigstellen, denn diese Informationen, die hier verbreitet werden, sind irreführend. Diese sogenannte Bürgerinitiative „Natur statt Beton pur“ – Kollege Maresch hat es auch schon gesagt, hier kommt es zu einer Verwechslung – ist nämlich nicht diese Bürgerinitiative „Natur statt Beton“. Diese Initiative, von der Kollege Mahdalik gesprochen hat, ist eine FPÖ-Initiative, und die behauptet, dass 300 m² Grundfläche im Landschaftsgebiet zubetoniert werden im Zuge dieses Beschlusses. Falsch! Denn mit Beschluss des Gemeinderates im Jahr 2000 wurde die Bebaubarkeit im ländlichen Gebiet auf 250 m² ausgeweitet, und jetzt wird mit diesem Beschluss die Bebaubarkeit in einem geringen Ausmaß erhöht.

Natürlich besteht Verständnis für die Sorgen der An-

rainer und Anrainerinnen bezüglich der Verkehrsprobleme. Und dass man diese Sorgen ernst nimmt, hat ja auch der Bezirk unter Beweis gestellt, indem er einen Antrag beschlossen hat, der besagt, dass Verkehrsbeeinträchtigungen für Anrainerinnen und Anrainer durch den Zu- und Abfahrverkehr so gering wie möglich zu halten sind. Mit diesem Beschluss soll ja auch die zukünftige Ein- und Ausfahrt zur Vienna Kids Farm über die Körberstraße erfolgen. Nichtsdestotrotz möchte ich hier festhalten, dass diese Verkehrsproblematik heute aber auch nicht Gegenstand dieses Beschlusses ist. Mit dieser Flächenwidmung wird in Wirklichkeit die Vienna Kids Farm gerettet, und es wird der Grundstein für einen neuen Kindergarten in Aspern gelegt.

Wir werden dieser Flächenwidmung wohlwollend zustimmen. – Danke. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Mag Dr Wansch. Ich erteile es ihm.

GR Mag Dr Alfred **Wansch** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrter Herr Berichterstatter! Sehr geehrte Damen und Herren hier im Sitzungssaal! Sehr geehrte Damen und Herren, die unsere Debatte an den Bildschirmen verfolgen! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Ich habe hier eine Mappe *(Der Redner hält sie in die Höhe.)*, eine Mappe mit Unterlagen zu dem gegenständlichen Vorhaben, zu dem gegenständlichen Vorhaben einer Änderung des Flächenwidmungsplanes. Ich zeige es Ihnen noch einmal: eine blaue Mappe für einen weiteren rot-grünen Umwidmungsskandal in Wien. Ich habe keine rote Mappe mit Unterschriften, die von besorgten Eltern gegeben werden, die offensichtlich nicht ganz den Tatsachen entsprechend informiert wurden, und vielleicht ergibt sich im Laufe meiner Rede eine Aufklärung, was hier wirklich passiert ist, wie hier mit den Sorgen und Ängsten von Eltern gespielt wurde, nämlich mit den Sorgen für ihre Kinder.

Worum geht es? Es gibt ihm Lobau-Vorland eine Grundstücksfläche, die als Wald- und Wiesengürtel gewidmet ist und die daher ausschließlich landwirtschaftliche Nutzbauten zulässt. In diesem geschützten Bereich werden auf unzulässige Weise und klar und zweifelsfrei rechtswidrig Gebäude und Zusatzbauten errichtet. Diese zusätzlich zu errichtenden Gebäude und das ursprünglich errichtete Gebäude dienen ausschließlich gewerblichen Zwecken. Es wird ein Veranstaltungs- und Gewerbezentrum mit überwiegend Seminar-, Büro- und auch Wohnräumen errichtet und betrieben.

Für dieses in Wirklichkeit rein kommerzielle gewerbliche Seminar- und Veranstaltungszentrum wird in der Folge ein Tarn- und Wohlfühlname gesucht, und dieser Name wurde gefunden. Man nennt das Ganze Schaubauernhof. So taucht das zum ersten Mal in den Unterlagen auf. Jeder Anrainer und Besucher dieses Zentrums weiß, dass dort natürlich kein Bauernhof betrieben wird. Es ist eine bloße Schau im wahrsten Sinne des Wortes. Und weil Schaubauernhof offensichtlich zu durchschaubar war, hat man einen neuen Tarnbegriff gesucht und wieder gefunden. Das ganze firmiert dann unter Vienna Kids Farm, also statt Schaubauernhof sagt man jetzt neu

Wiener Kinderbauernhof. Aber ob Englisch oder Deutsch, es geht in Wirklichkeit wiederum nur um Tarnen und Täuschen.

Und dann kommt der Gipfel der Frechheit in diesem Konzept von Tarnen und Täuschen. Die handelnde Person, die Eigentümerin dieser Liegenschaft, von der wir sprechen, die dort zu kommerziellen und gewerblichen Zwecken genutzt wird, gründet einen Verein und nennt diesen Verein „Kids Farm Nursery School Association – Kindergartenbetreuungsstätte“. Jetzt frage ich mich, warum plötzlich das Wort Kinderbetreuungsstätte? So wenig Englisch und so klar und eindeutig in seiner Begrifflichkeit. Ich kann Ihnen die Antwort geben. Weil im Jahr 2010 eine Förderung der Stadt Wien für die Errichtung und Einrichtung von Kinderbetreuungsstätten beantragt wurde. Das war der Zweck für die Namensgebung, und es hat wunderbar funktioniert, meine Damen und Herren.

Im Jahr 2010 – ich wiederhole: 2010; der Beschluss war genau im April 2010 – ist eine Förderung in Höhe von 100 000 EUR für die Errichtung und Einrichtung von Kinderbetreuungsstätten gewährt worden, 100 000 EUR Steuergeld der Wienerinnen und Wiener für einen Zweck, der uns sehr am Herzen liegt, nämlich für die Schaffung von Kinderbetreuungseinrichtungen.

Was macht jetzt dieses Veranstaltungs- und Gewerbezentrum im Wald- und Wiesengürtel der Stadt Wien, also in einem höchst geschützten Bereich? – Es ist fast überflüssig, es zu sagen. Es gibt seit 2010 dort keine Kinderbetreuungseinrichtungen. Alles andere ist Tarnen und Täuschen, Sand in die Augen streuen und mit den Sorgen der betroffenen Eltern und Kinder spielen.

Es erübrigt sich auch fast zu sagen, die 100 000 EUR wurden nicht widmungsgemäß verwendet, weder 2011 noch 2012 noch 2013, und sie sind bis heute nicht zurückgefordert worden. Ich unterstelle ja oder man hat den Eindruck, dass diese ganze Vereinsgründung nur dazu gedient hat, 100 000 EUR auf die Schnelle abzuholen und einen wunderbaren Begriff zu finden, um einem Schwarzbau in irgendeiner Form einen Kosenamen zu geben. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Aber, meine Damen und Herren, auf die Wiener Beamten ist Verlass. Die Wiener Verwaltung, die Wiener Beamten arbeiten korrekt und vollziehen die Gesetze. Die Rechtslage dort und die Widmung waren ganz einfach für jedermann klar. Das war eine Widmung, die derjenige oder diejenige, die dort ihr Grundstück hat, gekannt hat, und zwar schon lange bevor sie von der Errichtung einer Kinderbetreuungseinrichtung erzählt hat. Dort gibt es eine Widmung, es gibt Gesetze, und die Beamten haben diese Gesetze zu vollziehen und tun das, wenn sie nicht von roten und grünen Stadtpolitikern in rechtswidriger Weise daran gehindert werden. Das sei auch an dieser Stelle gesagt. *(Zwischenrufe bei SPÖ und GRÜNEN.)* Und Ergebnis dieser korrekten Verwaltungstätigkeit ist ein Abbruchbescheid. *(Zwischenruf von GR Mag Rüdiger Maresch.)* Ja, Schwarzbau. Sie kennen die Bauordnung, Sie wissen, was ein Schwarzbau ist. Sie wissen, Sie wissen, wie die Rechtsordnung in Österreich funktioniert, nur, Sie nehmen es nicht besonders

ernst, weil Sie für eine Zivilgesellschaft schwärmen ohne Rechtsordnung und ohne Recht. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Der Herr Vorsitzende Reindl hat das vorher so treffend formuliert, Herr Kollege Maresch. Sie haben schon genügend Wortmeldungen heute gemacht, und ich kann Ihnen ganz einfach sagen, bei Ihnen bedeutet Quantität nicht gleichzeitig Qualität. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Und was passiert jetzt mit dem Abbruchbescheid? Er wird mit Unterstützung des roten Bezirksvorstehers und der roten Bezirkspolitiker ganz einfach ignoriert. Der Abbruchbescheid wird ignoriert, es passiert gar nichts. Und jetzt frage ich Sie, meine Damen und Herren: Was glauben Sie, dass in einem Rechtsstaat passieren würde, wenn ein Sachverhalt wie dieser passiert? Nachweislicher Schwarzbau, die Behörde hat agiert und hat den Abbruchbescheid erlassen. Da würde man meinen, dass erstens einmal die 100 000 EUR zurückgefordert werden, die vollkommen widmungsfremd verwendet wurden, und dass zweitens dieser Bescheid zu vollziehen ist. Aber im rot-grünen Wien ist es anders. Da wird dann still und heimlich versucht, eine Umwidmung zustande zu bringen, um diesen widerrechtlichen Schwarzbau zu legalisieren. Und wieder wird dabei strapaziert, das ist wunderbar, man verwendet Wohlfühlargumente, man spricht wieder davon, es geht doch nur um den Kindergarten und um eine Kinderbetreuungseinrichtung. Nein, meine Damen und Herren, da geht es nicht um eine Kinderbetreuungseinrichtung, sondern da geht es ganz einfach darum, dass durch eine Gefälligkeitswidmung für eine bestimmte Person und deren Gewerbebetrieb Recht geschaffen – ich sage, gebeugt – wird. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Jetzt muss ich der Frau Kollegin Duzdar noch eines sagen. Es ist nicht so, wie Sie es formulieren, die Politik hat sich entschlossen, diesen Schwarzbau zu legalisieren, es haben sich, wie ich schon gesagt habe, rote und grüne Stadtpolitiker mit interessanter Unterstützung durch die ÖVP dazu entschlossen, diesen Schwarzbau durch eine Gefälligkeitsumwidmung zu legalisieren.

Es wurde schon erwähnt, dass dann – still und heimlich sollte es gehen – die Argumente der Anrainer am Bauausschuss vorbeigeschwindelt worden sind und vorbeigeschwindelt werden sollten an der Bezirksvertretung. Diese an die hundert Argumente, die von den Bürgern gekommen sind, haben sich auseinandergesetzt mit Rechtsstaatlichkeit, mit Verkehrsproblematik, durchaus ernstzunehmend argumentiert und begründet. All das sollte verschwiegen werden, sollte unter der Decke bleiben, damit man nur möglichst rasch und einfach zu dieser Umwidmung für den Gewerbebetrieb kommt.

Und jetzt sage ich Ihnen eines: Die generalpräventive Wirkung einer derartigen Vorgangsweise ist fatal. Was ist diese Vorgangsweise? Ich baue schwarz im Wald- und Wiesengürtel ein Gewerbeobjekt, ich ignoriere die Abbruchbescheide. Ich bin freundlich zu roten Bezirkspolitikern, zu grünen Bezirkspolitikern, ich bin sehr freundlich zur SPÖ und zu den GRÜNEN. Näheres führe ich dazu nicht aus, und zur Belohnung erhalte ich dann die Gefälligkeitswidmung, die Legalisierung für meinen Schwarzbau. Meine Damen und Herren! Wer sollte sich in Wien

noch an die Bauordnung halten? Wer sollte sich in Wien noch daran halten, dass wir unseren Wald- und Wiesengürtel, unser Naturgebiet schützen wollen? Wer, frage ich Sie. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Und ich rufe Ihnen etwas in Erinnerung – aus voller Überzeugung und weil das Ganze ein ernstes Thema ist wegen dieser generalpräventiven Überlegungen, die ich angesprochen habe –: Ich erinnere Sie an Ihren Eid, den Sie auf die Verfassung und die Gesetze der Stadt Wien geleistet haben, ich erinnere Sie an Ihre Verantwortung für die Erhaltung des Wald- und Wiesengürtels – nämlich eine Verantwortung für die kommenden Generationen, für die Kinder und Enkelkinder und kommende Generationen; verhindern wir Schwarzbauten in diesem Bereich, den wir schützen müssen für die kommenden Generationen –, und ich erinnere Sie an Ihre Verantwortung für das Vertrauen, nämlich das Vertrauen von Menschen in rechtmäßige Verwaltung und darauf, dass rechtswidriges Handeln bestraft wird.

Aber, meine Damen und Herren, ich darf Ihnen nur kurz aus der Sitzung der Bezirksvertretung Donaustadt berichten. Es war eine Sitzung am 27. Dezember 2013, es war eine Sondersitzung, die auf Antrag der FPÖ-Donaustadt stattgefunden hat, um ganz einfach in der Bezirksvertretung sich diesen Argumenten der besorgten Anrainer zu stellen. In dieser Sitzung hat die SPÖ-Donaustadt naturgemäß beantragt, dass dem Ganzen zugestimmt werden möge, und das war jetzt selbst einigen Bezirksräten der GRÜNEN zu viel. Einige Bezirksräte der GRÜNEN haben ihre Verantwortung wahrgenommen. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Einer!) Sie haben ... (GR Mag Rüdiger Maresch: Einer, nicht einige!) Okay, dann ist es nur einer, der Verantwortung wahrnimmt. (GR Mag Rüdiger Maresch: Einer!) Mag sein. Sie kennen Ihre Bezirksleute besser. Aber ich sage Ihnen, dieser eine ... (GR Mag Rüdiger Maresch: Reden Sie lieber von Vermögen! Wenn irgendwas mit Vermögen ist, da kennen Sie sich aus!)* Denn die anderen haben Sie ja schon rausgeworfen, da gibt es ja wilde Personalrochaden im 22. Bezirk, und vielleicht war das irgendeiner oder irgendeine, die Sie rausgeschmissen haben, weil Sie im Bezirk wüten, weil es im 22. Bezirk engagierte Bezirksräte gibt, die sich nicht nach dem Regime der Landes-GRÜNEN richten wollen. *(Beifall bei der FPÖ.)* So viel zum Regime der Landes-GRÜNEN gegenüber ihren Bezirksorganisationen. Aber dieser eine hat bewiesen, dass er sein Gewissen und seine Rechtschaffenheit über Profitgier und Günstlingspolitik stellt. Leider nicht alle Bezirksräte, leider gab es offensichtlich auch kein Verständnis von Seiten der Landes-Grünen, wo halt Profitgier und Günstlingspolitik gern gesehen und praktiziert werden. Und ich appelliere jetzt ganz einfach an Sie, dieser Gefälligkeitswidmung nicht Ihre Stimme zu geben.

Ich möchte noch eines anführen, nämlich das Thema, das jetzt angesprochen wurde. Herr Kollege Maresch, es geht nicht darum, wie der Name einer Bürgerinitiative ist, sondern, Herr Kollege Maresch, es geht um die Inhalte, die diese Bürger vertreten. Und das sollten Sie ernst nehmen. *(Beifall bei der FPÖ.)* Ihre Partei hat das früher einmal behauptet, dass sie Bürgerinteressen

ernst nimmt. Sie hat das einmal gemeint. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Reden Sie von Vermögen!)*

Ich erinnere Sie an den weisen Spruch vom Kollegen Reindl: Sie haben schon genug Ordnungsrufe gemacht *(Ironische Heiterkeit bei GR Mag Rüdiger Maresch.)*, und setzen Sie Qualität über Quantität. Ich sage Ihnen das ins Stammbuch. *(Zwischenruf von GR Mag Rüdiger Maresch.)* Und wenn Sie etwas zu erzählen haben, dann kommen Sie raus, Herr Kollege Maresch. Offensichtlich gefallen Ihnen diese Wahrheiten nicht.

Und jetzt sage ich Ihnen eines – Sie wissen das, das sage ich jetzt vielleicht als Erklärung für die Zuhörer auf der Galerie –: Es haben Vertreter dieser überparteilichen Bürgerinitiative an jeden einzelnen Gemeinderat ein Schreiben gerichtet, in dem sie ihren Standpunkt erklären, dem sie Beilagen angefügt haben, aus denen Chronologie und Fakten ersichtlich sind, und in diesem Zusammenhang mit den Unterlagen erinnere ich Sie, sehr geehrte Kollegen von den GRÜNEN, von der SPÖ und von der ÖVP, hier stehen die Argumente drinnen. Diese Bürgerinitiative hat sich die Arbeit gemacht, hat die Unterlagen aufgearbeitet *(GR Mag Rüdiger Maresch: Oder hat das der Mahdalik gemacht?)*, hat ihre Schlüsse daraus gezogen. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Mahdalik oder Wansch?)*

Deshalb ist es überhaupt das Widrigste und Schädigste, wenn eine Gruppe, die Anliegen vertritt, die jetzt gerade der Günstlingspolitik der GRÜNEN zuwiderlaufen, dann diffamiert wird, indem man sich nicht mehr inhaltlich mit ihren Themen auseinandersetzt, indem diese Menschen ausgrenzt werden, ausgegrenzt und wahrscheinlich auch mit Hass verfolgt werden, so wie es die grüne Politik ist: Ausgrenzen, mit Hass verfolgen, wer Meinungen vertritt, die nicht die grünen Meinungen sind!

Ich sage Ihnen, meine Damen und Herren: Nehmen Sie Ihre Verantwortung ernst! Nehmen Sie das ernst, was in diesen Unterlagen steht! Und ich sage Ihnen noch eines: Es gibt Beispiele aus jetzt schon mehreren Bundesländern, wo es im Zusammenhang mit Umwidmungsverfahren zu strafrechtlichen Verfahren gekommen ist. Nehmen Sie also auch diese Verantwortung wahr im Sinne der Ausübung der Gesetze! Führen Sie keine bloße Gefälligkeitswidmung für wen auch immer durch!

Und ich sage Ihnen abschließend: Wir freiheitlichen Gemeinderäte werden uns ohne jeden Vorbehalt dafür einsetzen, dass die Gesetze in Wien eingehalten werden und dass es nicht zu Gefälligkeitsumwidmungen und Spekulationswidmungen kommt *(Zwischenrufe bei SPÖ und GRÜNEN.)*, einige Monate, bevor diese Stadtregierung abtreten muss. – Ich danke Ihnen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Zu Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Der Berichterstatter hat das Schlusswort.

Berichterstatter GR Gerhard **Kubik**: Danke schön, Frau Vorsitzende.

Ja, ich denke, die Kollegin Muna Duzdar hat schon einiges gesagt, das auch durchaus schlüssig ist, was man von der letzten Wortmeldung nicht ganz behaupten

kann, aber ich glaube, wichtig ist das Wohl der Kinder an dieser Örtlichkeit. *(GR Johann Herzog: Sie sind Berichterstatter! Keine Beurteilung!)* Na, es war nicht schlüssig. Dieser Schaubauernhof ist auch, wie mir ein Freund bestätigt, der mit seinem Kind dort ist und eine Jahreskarte hat, eine sehr positive Einrichtung.

Aus diesem Grund möchte ich, dass Sie sich dieser Anregung der Kollegin Duzdar anschließen, dem Akt zuzustimmen. – Danke. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Wir kommen nun zur Abstimmung. Ich bitte jene Damen und Herrn des Gemeinderates, die dem Antrag des Berichterstatters, also Postnummer 15, zustimmen wollen, die Hand zu heben. – Es ist dies mehrstimmig mit den Stimmen von SPÖ, GRÜNEN und ÖVP so angenommen.

Es gelangt nunmehr Postnummer 20 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft das Plandokument 7323E im 23. Bezirk, KatG Erlaa. Ich bitte die Berichterstatterin, Frau GRin Gaal, die Verhandlungen einzuleiten.

Berichterstatterin GRin Kathrin **Gaal**: Danke, Frau Vorsitzende! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bitte um Ihre Zustimmung zum vorliegenden Plandokument.

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Ich eröffne die Debatte. Zu Wort gemeldet ist Herr GR Dipl.-Ing Stiftner. Ich erteile es ihm.

GR Dipl.-Ing Roman **Stiftner** *(ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien)*: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Werte Damen und Herren!

Es geht hier um eine Flächenwidmung, vielmehr um ein Bauprojekt, das ein vergleichbares Beispiel in der Vergangenheit dieser Widmungsreihe dieser Stadtregierung sicher sucht. Wenn man sich diese Flächenwidmungen ansieht, dann reihen sie sich irgendwo nahtlos in das ein, was die Verkehrspolitik, die von Rot-Grün, vor allem von Grün vorgegeben ist, hier fortsetzt: Chaos und vor allem das Thema Prestige. Es geht offenbar darum, ein Projekt aus dem Boden zu stampfen, um irgendetwas, wenn schon nichts Vernünftiges, so zumindest ein symbolisches Projekt vielleicht dann bei der nächsten Wahlauseinandersetzung zu haben. Es geht um ein Prestigeprojekt, für das man angeblich am Stadtrand einen Platz gefunden hat. Dieses Projekt, sehr geehrte Damen und Herren, erinnert fatal an das Chaos, das Sie auch auf der Mariahilfer Straße angerichtet haben.

Es wird hier den Menschen ein Hochhaus unter dem Deckmantel der grünen Nachhaltigkeit förmlich aufs Auge gedrückt, ein Hochhausprojekt, das gigantische 30 m hoch ist und daneben stehen Einfamilienhäuser. Es ist jetzt in der Bauklasse V ausgewiesen und wird unter dem schönen englischen Begriff „Urban Farming“ mit einer nachhaltigen grünen Fassade ausgestattet, verdeckt in der Hoffnung, dass man irgendeine Symbolik damit verbinden kann.

Dieses Urban-Farming-Projekt ist besonders deshalb interessant, weil es so hoch ist, dass die dort befindlichen Gärtnereien bereits mit Sorge erfüllt sind, ob sie noch ausreichend Sonnenstunden haben werden. Und wenn man sich das genau anschaut, dann ist genau

dieses Projekt geeignet, weil es in der Nord-Süd-Achse ausgerichtet ist, dass dahinterliegende wahrliche Urban-Farming-Projekt, nämlich eine Gärtnerei, so abzuschatten, dass sie von dort abgesiedelt werden muss, sehr geehrte Damen und Herren. Es kann doch nicht sein, dass man funktionierende Gewerbebetriebe, nur weil man aufs Prestige achten möchte seitens der GRÜNEN, hier in Mitleidenschaft zieht, sodass sie Gefahr laufen, dass sie dort ihrer Erwerbstätigkeit nicht mehr nachgehen können, und ein Wohnprojekt, ein Hochhaus hinsetzen, das absolut nicht in diese Landschaft der vorstädtischen Architektur passt, sehr geehrte Damen und Herren. Es ist ein Projekt, das sich abermals in den Titel „Parallele zur Mariahilfer Straße“ einreihet.

Dass diese Höhenvorgabe von mehr als 30 m, die jetzt ein bisschen reduziert worden ist, aber nicht nennenswert, auf sehr großen Widerstand der dortigen Bevölkerung stößt, ist, glaube ich, vorhersehbar gewesen. Aber das Thema Bürger und Bürgermitbeteiligung steht ja nur auf dem Türschild von der Frau Vizebürgermeisterin, man hat sich ja nur in scheinheiliger Weise mit den Bürgerinnen und Bürgern auseinandergesetzt. Inhaltlich hat man eigentlich nichts bewegen wollen, man hat versucht, es durchzudrücken, und wie aus den Erfahrungen der Vergangenheit anzunehmen ist, werden Sie es heute mit Ihren wenigen Überhangstimmen auch durchdrücken.

Es ist ein Etikettenschwindel. Es ist ein Bauklotz, der grün bemäntelt, hier einfach errichtet werden soll. Bezüglich dieser grünen Vorhänge, mit denen Sie hier agieren, kann ich Sie einladen – das als Argument oder vielleicht auch als Gedankenspiel –, versuchen Sie doch, dieses Projekt in den Wienerwald zu setzen und zu sagen, ja, auch dort möchte ich ein Hochhaus hinbauen. Da werden die GRÜNEN aufschreien und sagen, das ist undenkbar und nicht machbar. Ja, aber ich sage Ihnen, setzen Sie doch einfach auf den Balkonen ein paar Zwergfichten ein und sagen, Sie, das ist jetzt ein nachhaltiges grünes Bauhaus und das passt sich doch wunderbar in die Landschaft ein. Ungefähr so fühlen sich heute die Anrainerinnen und Anrainer in Liesing, die mit Recht diese Art und Weise und dieses brutale direkte Vorgehen des Hineinklotzens von einem solchen Bauprojekt ablehnen, sehr geehrte Damen und Herren.

Es ist ein Bauprojekt mit einer Höhe, die wir wirklich nicht mehr in Form von Toleranz sehen können. Es ist etwas, wo ich meine, dass Sie, wenn Sie schon Symbolik brauchen, um mit relativ hilfloser Stadtarchitektur, die die GRÜNEN jetzt nach den chaotischen Umständen um all ihre Verkehrspolitik offensichtlich in den letzten Wochen und Monaten dieser Legislaturperiode als neues Thema aufzugreifen versuchen, besser daran täten, das nicht in den falschen Regionen auszuführen. Schauen Sie sich vielleicht an, es gibt da und dort sicherlich Entwicklungsgebiete, wo man auch futuristische Architektur einsetzen kann. Aber bitte nicht dort, wo es bestehende Widmungen der Bauklasse I gibt, in unmittelbarer Nachbarschaft Kleingärten beziehungsweise Einfamilienhäuser, und schon gar nicht neben einem funktionierenden Gärtnereibetrieb, der dort dann einfach seiner Lebensgrundlage

beraubt ist, sehr geehrte Damen und Herren.

Das Chaos, das Sie in der Verkehrspolitik angerichtet haben, findet nun seine Fortsetzung im Chaos der Stadtplanungspolitik, und Sie werden verstehen, dass wir energisch auch weiterhin gegen eine solche Art und Weise dieser chaotischen Politik auftreten werden. – Vielen Dank. *(Beifall bei der ÖVP)*

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Ich darf bekannt geben, dass Frau GRin Feldmann und Herr GR Neuhuber ab 14.30 Uhr entschuldigt sind. Das Wort hat nun Herr GR Mag Chorherr. Ich erteile es ihm.

GR Mag Christoph **Chorherr** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrte Damen und Herren!

Das vom Herrn Stiftner kritisierte Wohnprojekt befindet sich in der Tat – da hat er recht – im 23. Bezirk (*GR Mag Wolfgang Jung: Toll!*), unmittelbar neben einer U-Bahn-Station. Wo er schon nicht recht hat, ist, dass es ausschließlich Einfamilienhäuser rundherum gibt. Eines der Ergebnisse der vielen und ausführlichen Gespräche mit der Bürgerinitiative war nämlich, dass dieses Projekt redimensioniert wurde, in der Bauhöhe redimensioniert wurde, was – und jetzt hören Sie ganz genau zu – vereinbart und umgesetzt wird. Der höchste Punkt dieses Gebäudes wird nicht höher sein als ein in einem Siedlungsverband ungefähr 200 m entferntes, seit Jahrzehnten bestehendes Gebäude.

Wenn ich Sie erinnern darf: Wien hat einen enormen Bedarf an gedeckeltem, leistbarem Wohnen. Das ist ein Projekt, das im Zuge der vom Herrn Wohnbaustadtrat ins Leben gerufenen Wohnbauinitiative umgesetzt wird. Das heißt, dort gibt es gedeckelte Wohnungen. Natürlich kann man jetzt auf dem Standpunkt stehen, überall, wo sich Leute aufregen, sagen wir, nein, das bauen wir nicht, oder versuchen, einen Ausgleich zu schaffen. Weil ich in dieses Projekt sehr involviert war – ich alleine bin vier Mal mit der Bürgerinitiative beisammen gesessen – und um es noch einmal zu wiederholen: Das Ergebnis war eine Redimensionierung des Projekts. Kritiker dieser Redimensionierung – und das ist nicht die BUWOG dort, die ich als Kritiker nennen will – sagen, das Ergebnis ist einfach, dass wir jetzt 25 bis 30 Wohnungen weniger haben, die an einem zentralen Standort neben der U-Bahn sind.

Ich glaube, dass BürgerInnenbeteiligung ein Interessenausgleich ist, ein Interessenausgleich der Menschen, die dort wohnen, gegenüber den übergeordneten Interessen. Schauen Sie sich nur die Zuwachsraten des letzten Jahres an, die Wien hat, rufen Sie private wie genossenschaftliche Wohnbauträger an, rufen Sie Wohnbauträger an, die Ihrer Partei nahestehen, und lassen Sie sich erzählen, wie die Vormerklisten dort aussehen. Die sind sehr, sehr, sehr lang.

Also der Ausgangspunkt ist, dass wir überall sagen, um Freiräume, Grünräume auch abzusichern, muss an zentralen Orten maßvoll verdichtet werden. Und wie Sie genau wissen oder nicht wissen wollen, Herr Stiftner, ein Hochhaus muss einem ganz speziellen Verfahren unterzogen werden, und ein Hochhaus ist nach der Wiener Bauordnung ein Bau ab 35 m. Das dort ist kein Hochhaus. Wenn das ein Hochhaus ist, ist der halbe 1. Bezirk

ein Hochhaus, weil es da sozusagen eine Gebäudehöhe von ungefähr 30 m gibt.

Ich sage Ihnen, was ein Hochhaus ist. Nicht weit von dort entfernt ist Alt-Erlaa mit 60 m, ja, mit bis zu 96 m. Das sind Hochhäuser. Die wurden in den 70er Jahren errichtet, zu einer Zeit, wo Wien geschrumpft ist. Und jetzt geht Wien her und baut – oder baut nicht, das ist nicht Wien, das ist in dem Fall die BUWOG, die dieses vormalige Gewerbeareal erworben hat – ein Gebäude mit einer Höhe von 30 m, also genau in der Größenordnung, wie in 200 m ein, ich glaube, Genossenschaftsbau mit 5 oder 6 Bauten dort gegeben ist.

Also: Ja, wir haben uns intensiv auseinandergesetzt mit der Bürgerinitiative, wir haben Gespräche geführt in einer Intensität wie mit wenigen. Einige Vertreter der Bürgerinitiative sind nicht zufrieden, das ist ein Ergebnis eines Dialogs. Das Wesen von einem Kompromiss ist immer, dass keiner wirklich zufrieden ist mit dem Kompromiss. Das ist das Wesen von einem Kompromiss, und einmal mehr sage ich, das ist der Kern der Demokratie, dass man aufeinander zugeht. Viele verstehen das, verstehen auch, dass man entlang von U-Bahnen verdichtet bauen muss. *(GR Mag Wolfgang Jung: Ich werde Ihnen die Wortmeldungen der Bürgerinitiative zukommen lassen!)*

Ich frage schon die Leute auch immer: Sagt einmal, wie lange ist denn das her, dass ihr eine Wohnung gesucht habt? Da verändert sich der Blick einen Hauch. Und noch einmal: Angesichts der Tatsache, wie jetzt in Wien die Geburtenrate ist, wie – was ich aus ökologischen Gründen positiv finde – die Suburbanisierung nicht so voranschreitet, wie befürchtet, sondern dass zunehmend Familien auch in der Stadt leben wollen, ist es gut, vernünftig und richtig, entlang von hochrangigen öffentlichen Verkehrsmitteln, insbesondere von U-Bahnen, zu verdichten. Das tun wir dort maßvoll. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Zu dem Projekt: Ob Sie es mir glauben oder nicht, das Urban Gardening dort stammt nicht von uns. Dort gibt es einen wirklich sehr engagierten Beamten, den ich jetzt ausnahmsweise hervorheben will, weil die Geschichte des Projekts älter ist als die Ressortführung der Frau Vizebürgermeisterin, und der vorhergehende Planungsstadtrat Schicker kennt dieses Projekt auch. Es war ein Anliegen dieses Beamten, ich nenne ihn, des Herrn Pamer von der MA 21, zu versuchen, ein Thema aufzugreifen, das auf der gesamten Welt diskutiert wird *(Zwischenrufe von GR Mag Wolfgang Jung.)* – ja, das auf der ganzen Welt diskutiert wird; ich bemühe mich, das zu ignorieren, ich werde das schaffen; ausatmen, weiterreden –, das auf der gesamten Welt vorangetrieben wird, nämlich dass in Zeiten zunehmenden Klimawandels und zunehmender Überhitzung in der Stadt ein Maximum an Bäumen, an Pflanzen notwendig ist, um die Überhitzung zu reduzieren. Und deswegen wird dort versucht, nicht nur auf dem Dach in Zusammenarbeit mit einer Gartenbauschule Gärtnerei anzubieten, sondern es wird auch versucht, diese sehr großflächige Fassade zu begrünen, um einen Beitrag zu leisten, das lokale Klima im Sommer angenehm zu halten. Hätten Sie einmal Lust,

mit dem Rad durch Wien zu fahren oder zu Fuß durch Wien zu gehen, dann merken Sie das. Wenn Sie durch die überhitzte Stadt gehen und Sie kommen an einem Park vorbei, spüren Sie im Moment, dass es dort angenehmer und kühler wird.

Wir können nicht überall großflächig Parks machen, was wir aber können oder was die Bauträger können und wo die Politik die Rahmenbedingungen setzen kann, ist, dass Bepflanzungen auch in der Vertikalen funktionieren. Und dafür ist das ein Pilotprojekt, das auch schon auf internationales Interesse stößt und wo ich froh bin, dass das dort über eine klare Vereinbarung mit der BUWOG umgesetzt wird.

Ein Letztes: Neue Wohnbauten bieten auch immer die Möglichkeit, neue Schritte im Bereich des Verkehrsverhaltens zu generieren, also der Versuch, U-Bahn, Straßenbahn, Bus, Radverkehr, Fußverkehr zu forcieren. Das passiert dort auch. Nicht nur kommt auch eine Nahversorgungseinrichtung rein, was den Vorteil hat, dass man nicht mehr so weit fahren muss, denn Verkehrsvermeidung heißt auch, dass man unmittelbar dort, wo man lebt, Nahversorgung hat – insofern wird das eine weitere Verbesserung –, sondern es wird auch kostengünstiges Carsharing für die vielen und wachsenden Menschengruppen in Wien angeboten, die gelegentlich eine Autonutzung sehr praktisch finden, sich aber nicht belasten wollen mit den Kosten eines eigenen Autos. Hier werden von Seiten des Bauträgers Carsharing-Autos kostengünstig angeboten, die aber nicht nur den Bewohnern des neuen Baus, sondern auch den Bewohnern der Umgebung zur Verfügung stehen, um hier Anreize zu setzen.

In Summe ein maßvolles, ein kluges, ein mit Bürgerkommunikation redimensioniertes Projekt. Ja, mit dem sind nicht alle einverstanden, aber irgendwann muss die Politik Entscheidungen treffen, nicht vertagen, sondern sich hinstellen und sagen, das finden wir klug, das finden wir richtig. Und angesichts des Wachstumsdrucks und insbesondere des Suchens nach leistbaren Wohnungen sind wir aufgerufen, Projekte wie diese noch an sehr vielen Orten in Wien umzusetzen.

Deswegen hoffe ich sehr oder weiß ich, dass es heute dafür eine Mehrheit geben wird, aber vielleicht geht noch der ein oder andere von der Opposition auch in sich und kommt nicht nur heraus wie der Kollege Walter, bei dem das jedes Mal so klingt: Wien, bau Wohnungen! Ihr baut zu wenig Wohnungen, ihr baut zu wenig Wohnungen! Das ist die Wohnbaurede des Herrn Kollegen Walter, und wenn es konkret wird, windet sich der Herr Kollege hier geradezu sibyllinisch und sagt: Ja, aber da geht es nicht. Und im nächsten Gemeinderat: Ja, da geht es auch nicht. Und in der übernächsten Gemeinderatsitzung: Ja, aber man sollte. Und was kommt dann immer? Ja, irgendwo anders soll man es bauen. *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Der Herr Kollege Stiftner will immer irgendwo anders bauen. *(Widerspruch von GR Dipl.-Ing Roman Stiftner.)* Herr Kollege Stiftner, machen Sie irgendwo anders Politik! Wir machen es in Wien. – Danke schön. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzende GRin Dr. Monika **Vana**: Zu Wort gemel-

det ist Herr GR Irschik. Ich erteile es ihm.

GR Wolfgang **Irschik** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Frau Berichterstatterin! Damen und Herren des Gemeinderates!

Postnummer 20 der heutigen Tagesordnung behandelt Plannummer 7323E, Meischlgasse, Linienzug 1-4, Erlaaer Straße im 23. Bezirk, KatG Erlaa, südlich von Alt-Erlaa, mit einer Grundstücksgröße von zirka 6 500 m². Als dieses Projekt erstmalig in der Bezirksvertretung des 23. Bezirks vorgestellt wurde, waren eigentlich alle Fraktionen dagegen, einstimmig, alle waren dagegen. Der Plan des Bewilligungswerbers, der vorgelegt wurde, war Bauklasse VI, also bis zu 35 m.

Meine Damen und Herren – der Kollege Chorherr hat es ja schon gesagt –, wer ist eigentlich der Bewilligungswerber? Na, das ist die Firma BUWOG. Das ist das, was die SPÖ und die GRÜNEN uns Freiheitlichen so gern um die Ohren hauen: die böse BUWOG, die schlecht privatisierte BUWOG. Und jetzt plötzlich arbeiten SPÖ und GRÜNE für diese BUWOG. Also das ist schon ganz interessant.

Nach dieser erstmaligen Vorstellung, die, wie gesagt, einstimmig abgelehnt wurde, kam es zu mehreren Sitzungen und Gesprächen. Einmal musste der Sitzungssaal vorzeitig verlassen werden. Kein Ruhmesblatt für die Organisation und Administration im 23. Bezirk, das muss man auch sagen. Das Ganze wurde unterbrochen, man musste halt weggehen.

In der letzten Sitzung des Bauausschusses im 23. Bezirk am 12. Dezember des Vorjahres hat man sich auf Folgendes geeinigt – das ist das, was da heute abgestimmt werden soll –: Im Kopfteil Ecke Erlaaer Straße, Meischlgasse maximal 9 Geschoße, Bauklasse V, beschränkt auf 24 m – aber nur dort –, ab einer Höhe von 27 m soll nur die Errichtung technisch notwendiger Aufbauten und so weiter zulässig sein. Das heißt, meine Damen und Herren, 27 plus 4 m sind 31. Gut. Im Rumpfteil entlang der Meischlgasse haben wir nur – unter Anführungszeichen – die Bauklasse IV. 7 Geschoße sollen errichtet werden, wieder maximale Höhe 21 m plus die 4 m für Einbauten und verschiedene technische Einrichtungen. Man kommt dann auf 25 m.

Also von der Bauklasse VI, 35 m, auf die Bauklasse V mit 31 m, und da zu sagen, das ist ein großer Wurf, meine Damen und Herren, das ist schon ein bisschen eine schwache Leistung, um nicht zu sagen, es ist nebbich, insbesondere weil dort Einfamilienhäuser stehen, Gewächshäuser von angrenzenden Gärtnereien und weil der derzeitige Bestand als Bauklasse I respektive Bauklasse II ausgewiesen ist, also maximal 12 m plus 4 m Geschoßhöhe beim zusätzlichen Ausbau.

Interessant ist dann noch Folgendes zu bemerken: Es wurde – ich glaube, das hat heute noch keiner gesagt – im Jahr 2009 eine Studie erstellt, das sogenannte Implementation Lab – das heißt so, also Ausführungslabor –, an dem angeblich 30 Fachleute beteiligt waren. Die Studie ist in Englisch gehalten, und es steht eigentlich nirgends, wer diese Studie in Auftrag gegeben, was sie gekostet und wer sie bezahlt hat. Wer sie bezahlt hat, weiß ich nicht, aber ich kann es mir vorstellen, es wird

vermutlich der Steuerzahler gewesen sein. Bei dieser Implementation Lab, an der 30 Leute mitgearbeitet haben, war einer dieser 30 Fachleute interessanterweise der Mann, der jetzt auch für den aktuellen Plan zuständig ist. Also zuerst hat er im Jahr 2009 eine Studie ausgearbeitet, die gar nicht so schlecht war – unabhängig davon, dass sie auf Englisch gehalten ist –, und da steht zum Beispiel auf Seite 14, dass bei der Gebäudehöhe „menschliche Maßstäbe“ herangezogen werden sollen. Was sind menschliche Maßstäbe? Aber sie sind nicht schlecht. Die Studie geht nämlich davon aus, dass die Gebäudehöhe nicht mehr als 2 Mal die Höhe von Bäumen betragen sollte – 2 Mal die Höhe von Bäumen, na ja, da sind wir eh bei der Bauklasse II, also 12 m, wenn man einen durchschnittlichen Baum mit 5, 6 m hernimmt; nicht gerade vielleicht den Riesenmammutbaum, denn der wäre um die 100 m, das mal 2, das wären dann 200 m, das wäre übertrieben – und die Gebäude nicht mehr als 3 bis 5 Stockwerke respektive Etagen haben sollten, meine Damen und Herren. Das steht da drinnen, das kann man durchaus begrüßen, aber, wie gesagt, interessant ist, dass der, der das vor fünf Jahren ausgearbeitet hat, jetzt genau etwas anderes möchte.

Jetzt wird ihm dieser Plan vorgelegt, und wie ist die Reaktion des Planungssprechers der GRÜNEN – der Kollege Chorherr steht dort hinten –, zu lesen in der „Presse“ vom 28.11? Was sagt Chorherr? „Ich sehe das vollkommen anders als die Bürgerinitiative.“ Bei dieser Gelegenheit ein Kompliment und eine Gratulation an diese sehr engagierte und tatkräftige Bürgerinitiative. Wir unterstützen sie vollinhaltlich. Also was sagt Chorherr? „Ich sehe das vollkommen anders als die Bürgerinitiative.“ Es ist zu signifikanten Reduktionen in der Höhe gekommen.“ Kollege Chorherr, von 35 auf 31, das nennen Sie signifikant? Das ist nebbich, das ist gar nichts. Das ist eine schwache Leistung. Da hätten wir es gleich so lassen können. Das wäre auch nicht viel besser gewesen, das muss ich Ihnen in aller Deutlichkeit sagen. (*Beifall bei der FPÖ.*) Es ist leider so, meine Damen und Herren.

Und verkauft wird das Ganze dann unter dem Deckmantel „Wien wächst“. In 10 Jahren wird Wien vermutlich 2 Millionen Einwohner haben und bis 2030 wird die Republik zirka 9 Millionen Einwohner haben. Das ist immer der Deckmantel. Was daran positiv sein soll, das weiß nur der Herrgott, sonst weiß es niemand. Wir haben die höchsten Steuern seit 1945, wir haben die höchste Verschuldung seit 1945, und wir haben die höchste Arbeitslosenrate seit 1945. Deshalb wird dieses Plandokument von uns Freiheitlichen abgelehnt. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzende GRin Dr. Monika **Vana**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Dipl.-Ing. Al-Rawi. Ich erteile es ihm.

GR Dipl.-Ing. Omar **Al-Rawi** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Danke, Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Damen und Herren!

Ich habe heute eine Mail bekommen von einer Kollegin, die sich an mich als ihren Betriebsrat gewendet und gesagt hat, sie hat sich bei der Genossenschaft, wo sie wohnt, für eine Wohnung angemeldet, und zwar ziemlich ganz am Anfang. Nachdem jetzt der Bau fortgeschritten

ist, hat sie sich wieder gerührt bei dieser Genossenschaft, um zu fragen, wie es ausschaut, und man hat ihr gesagt, gnädige Frau, es haben sich 3 000 Menschen für diese Wohnungen gemeldet, und es schaut nicht gut aus, wir wissen nicht, wie wir ihrem Wunsch Folge leisten können.

Das ist der eine Fakt. Egal, ob Wien wächst oder nicht wächst, aber Tatsache ist, es gibt eine Riesennachfrage nach Wohnungen in Wien. Es ist nun einmal unsere Aufgabe als Politikerinnen und Politiker, dafür zu sorgen, dass gebaut wird, damit die Menschen ihr Wohnbedürfnis befriedigen können. Es ist unsere Aufgabe, auch dafür zu sorgen, dass diese Wohnungen in sehr hoher Qualität realisiert werden. Es ist auch unsere Aufgabe, zu schauen, dass dieses Wohnen auch leistbar ist, und das im Rahmen von Wohnbauinitiativen, gefördertem Wohnbau, Sozialwohnbau zu machen. Es ist gleichzeitig aber selbstverständlich auch unsere Aufgabe, auf die Bedürfnisse und Sorgen der Anrainerinnen und Anrainer Rücksicht zu nehmen, und es ist selbstverständlich auch unsere Aufgabe, auch auf die Bedürfnisse des Bezirkes Rücksicht zu nehmen.

Nun, die Mitglieder dieser Bürgerinitiative – weil Sie das Wort BUWOG in den Mund genommen haben, Kollege Irschik –, die wohnen auch in einem BUWOG-Wohnhaus. Die hätten am liebsten, dass das Vis-à-vis auch so ausschaut, nämlich Bauklasse I, Einfamilienhäuser oder, weiß ich nicht, Reihenhäuser. Das ist ein berechtigter Wunsch. Nur das Problem ist, wenn wir heute bei der Herausforderung der wachsenden Stadt und auch der Bewohner darüber nachdenken, dann sind das halt Ressourcen, und diese Ressourcen sind nicht unbeschränkt da. Ich rede jetzt nicht nur von den Ressourcen des Geldes, sondern auch von den Ressourcen der Grundstücke, die wir haben. Wenn wir jetzt die Gegend dort anschauen, liegt das an der U-Bahn, es gibt sogar eine U-Bahn-Station vis-à-vis. Es ist ein Gebiet, das schon seit 1985 im damaligen STEP als ein zu entwickelndes Gebiet für Wohnen vorgesehen ist, wo ein Subzentrum entstehen soll. Wenn denjenigen, die dort wohnen, von der BUWOG versprochen worden ist, dass vis-à-vis nichts kommt oder dass die Widmung so sein wird wie jetzt und deswegen werden sie dort das Gleiche bekommen, so war das halt ein Versprechen, das ein Wohnbauträger gegeben hat, aber sicher nicht die Stadt und sicher auch nicht die MA 21.

Jetzt entsteht dort ein Projekt des sogenannten Urban Farming oder Gardening, das ja auch ein bisschen auf die Smart City eingeht, und zwar dadurch, dass dort wenig Verkehr entstehen soll und durch die Anbindung an die U-Bahn und durch Carsharing-Möglichkeiten dieses Konzept sozusagen gefördert wird.

Der Bezirk und der Bezirksvorsteher haben sich die Anliegen der Bürgerinitiative auch zu Herzen genommen, die Kollegin Karner-Kremser hat sich da auch sehr eingebracht, und, wie auch der Kollege Chorherr gesagt hat, wann immer wir mit einer Bürgerinitiative oder mit einem Anliegen zusammenkommen, gibt es im Endeffekt Kompromisse, und diese Kompromisse sind für den einen oft nicht weitgehend genug, für den anderen sind

sie ein bisschen zu weit gegangen. Tatsache ist, dass dort jetzt ein Gebäude mit 180 Wohnungen entsteht. Es wurde in der Planung auch darauf Rücksicht genommen, dass es abgetrept wird, dass also der höhere Teil des Gebäudes nicht in dem Bereich ist, wo die Einfamilienhäuser oder Reihenhäuser sind, sondern nach hinten. Es wurde redimensioniert, es wurde erreicht, dass dort auch ein Nahversorger kommt, dass dort auch ein Kindergarten und eine Apotheke entstehen. Man muss natürlich dazusagen, wenn ich dort diesen Nahversorger, die Apotheke oder auch den Kindergarten brauche, brauche ich auch Menschen, die dann dort konsumieren und hinkommen. Es hat mehrere Sitzungen mit der Bürgerinitiative gegeben, und im Endeffekt glauben wir, dass wir hier einen Kompromiss erzielt haben, der in vielen Belangen auf die Wünsche und die Sorgen aller Beteiligten eingegangen ist.

In diesem Sinne glauben wir, dass da etwas erreicht worden ist: Wir errichten dort leistbare Wohnungen mit hochwertigen Verkehrsanbindungen, unter anderem U-Bahn. Da entsteht ein Stadtgebiet, in dem die Ziele der Stadt sozusagen im Fokus stehen. Daher bitte ich um Zustimmung zu diesem Akt. – Danke. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzende GRin Dr. Monika **Vana**: Bevor ich den Vorsitz an Herrn Kollegen Schuster übergebe, möchte ich ihm auch noch offiziell von Seiten des Vorsitzes alles Gute zum heutigen Geburtstag wünschen. *(Allgemeiner Beifall.)*

Zu Wort gemeldet ist Herr GR Mahdalik. Ich erteile es ihm.

GR Anton **Mahdalik** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Frau Berichterstatterin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Lieber Godwin, alles Gute! Vielleicht zahlst du einmal eine Runde. *(Allgemeine Heiterkeit. – Beifall von GR Mag. Wolfgang Jung.)* Aber wenn du „flach“ bist, bezahle ich ein Getränk. *(Allgemeine Heiterkeit.)* „Neger“ darf man nicht mehr sagen, aber Akkilic wäre ohnedies nicht da. *(Zwischenruf bei den GRÜNEN.)* Darum sage ich es ja nicht.

Wir haben es bei der vorigen Wortmeldung gehört: Die SPÖ redet immer von Bedarf, nämlich an Wohnungen und an Kindergartenplätzen und so weiter. Um diesen Bedarf zu befriedigen, werden eben illegale Schwarzbauten legalisiert und es werden die Bedürfnisse der Anrainer einfach vergessen. So passiert es im Lobau-Vorland und im 23. Bezirk. Die GRÜNEN, die früher, zu Oppositionszeiten, jede Bürgerinitiative in ganz Wien unterstützt beziehungsweise nach Möglichkeit unterwandert haben, sehen jetzt – Kollege Irschik hat es ja gesagt – auf einmal alles ganz anders. Daran sehen wir, wie Macht, Geld und Einfluss die Sicht auf das Wesentliche, auf das Menschliche in kurzer Zeit verstellen können.

Damit komme ich schon zum Thema Fluglärm, wenn wir schon thematisch im 23. Bezirk sind. Damit dieses Thema nicht ganz vergessen wird, werden wir heute einen Antrag einbringen. Ich erinnere an die Zeit vor Oktober 2010, als die GRÜNEN sich noch für die Belan-

ge der Bevölkerung eingesetzt haben. Damals hat Rüdiger Maresch als Flugverkehrs-Kapo viele, viele Anträge eingebracht, dass die Flugroute, die 2004 überfallsartig nach dem Mediationsverfahren über Liesing gelegt wurde, ersatzlos zu streichen ist. Kaum in der Regierung, auf der Regierungsbank Platz genommen, wollte er davon nichts mehr wissen. Vorher wollte er sich noch am Maurer Berg anketten – wenn er ihn gefunden hätte! Er kennt sich nämlich im 23. Bezirk etwa so gut aus wie im 22. Bezirk, also genau nicht, aber auf jeden Fall hat er den Bürgerinitiativen das Wort geredet.

Wir haben die gleichen Anträge gestellt. Ihr wart immer zu ängstlich oder gar zu feig, mit uns einen gemeinsamen Antrag zu machen. Aber egal, wir haben an einem Strang in eine Richtung gezogen, und haben gesagt: An die 100 000 Menschen leben heute schon in Liesing. Deren Lebensqualität wurde massiv eingeschränkt, deren Objekte, Grundstücke, Bodenobjekte wurden deutlich entwertet und die Lebensqualität ist drastisch gesunken, sodass sich die Freiheitlichen und die GRÜNEN gleichermaßen dafür eingesetzt haben, dass diese Flugroute, zu der die Liesinger gekommen sind wie die Jungfrau zum Kind, wieder gestrichen wird.

Die Freiheitlichen haben sich zudem noch seit vielen Jahren dafür eingesetzt, dass der gekurvte Anflug ähnlich erprobt und umgesetzt wird, wie es in anderen Großstädten schon lange der Fall ist. Ein technisches Problem kann es nicht sein, es sei denn, dass die Fluglinien und der Flughafen sagen, die Umrüstung ist so teuer. Die Fluglinien wollen natürlich keine Kurve fliegen, denn das kostet jedes Mal ein paar Liter Sprit mehr und Kleinvieh macht auch Mist, und bei vielen Flugzeugen, Flügen, bei vielen Flughäfen macht das natürlich in Summe auch etwas aus. Wir verstehen das und wollen die wirtschaftliche Komponente nicht aus den Augen verlieren, aber für uns zählt die menschliche Komponente doch um einiges mehr. Der gekurvte Anflug wäre jedenfalls möglich.

Die GRÜNEN haben, nachdem sie in der Regierungsbank Platz genommen haben, unsere Anträge für die Auflassung der Flugroute über Liesing nicht mehr unterstützt. Zum Thema Einführung dieses gekurvten Anfluges haben sie gesagt, nein, wir machen das alles anders; wir sind in Gesprächen mit der Austro Control und mit dem Flughafen; die Gespräche sind fruchtbar und werden auch schon bald Erfolge zeitigen. Dass dem nicht so ist, erfahren wir täglich durch die Zuschriften aus dem 23. Bezirk, aber auch aus 10 bis 11 anderen Wiener Bezirken, wo nach wie vor insgesamt an die 300 000 Menschen durch massiven Fluglärm betroffen sind.

Wenn Rot und Grün beziehungsweise die Kapos Maresch und Valentin herausgehen und sagen, die Fluglärmbelastung hat abgenommen in den letzten Monaten, so muss ich sagen, dies nur deshalb, weil der Flugverkehr nachgelassen hat. Das sind zyklische Schwankungen, das kann nächstes Jahr wieder mehr sein, dann gibt es auch wieder mehr Fluglärm. Fluglärm über dicht besiedelten Gebieten kann nur vermindert werden, wenn wir über weniger dicht besiedelte Gebiete fliegen, nämlich mit dem gekurvten Anflug. Das dürfte aber kein

dringliches Anliegen von Rot und Grün sein. Sonst hätten sie erstens schon etwas weitergebracht oder zweitens die freiheitlichen Anträge unterstützt.

Dass das alles nicht so einfach ist, weiß ich schon, so blauäugig bin ich nicht. Da ist es wichtig, dass man darüber mit dem Flughafen verhandelt, dass das Land Niederösterreich mit im Boot sitzt und vieles mehr. Einfach ist gar nichts, hat schon Sinowatz festgestellt, mit anderen Worten. Aber unserer Ansicht nach probiert ihr es nicht einmal, weil euch eben das Hemd näher ist als der Rock und doch jedes Jahr ein paar Millionen aus der 20-Prozent-Beteiligung am Flughafen in die Stadtkassa fließen. Um die paar Millionen kann man dann ein Radjahr, die Mobilitätsagentur oder die grüne „Wienwoche“ mit allem Drum und Dran wieder ermöglichen.

Wir sagen im Interesse von über 300 000 Fluglärmgeschädigten in Wien und vor allem im Interesse der rund 100 000 Betroffenen im 23. Bezirk: Unsere Linie ist seit Jahren die gleiche, die verlassen wir nicht. Die GRÜNEN hingegen haben eine 180 Grad Kehrtwende vollzogen und marschieren jetzt gemeinsam mit der SPÖ in die andere Richtung, nämlich offensichtlich im Auftrag der zahlungskräftigen Fluglärmlobby. Wir sagen: Die ungerechtfertigterweise und ohne Einbindung der Bevölkerung über den 23. Bezirk gelegte Flugroute muss ersatzlos gestrichen werden; und zur Entlastung der Bezirke 4, 5, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 22 und 23 soll der gekurvte Anflug raschestmöglich erprobt und eingeführt werden. *(Beifall bei der FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.)*

Wer dem nicht zustimmt, hat kein Herz für über 300 000 Fluglärmgeschädigte in Wien und vergisst, wofür er gewählt ist. Wir alle sind nämlich nicht hier, um im Auftrag der zahlungskräftigen Fluglärmindustrie beziehungsweise Fluglärmlobby zu agieren, sondern wir sind alle gewählt, um in diesem Haus die Interessen der Wiener Bevölkerung zu vertreten. Das dürfen Sie bei der Abstimmung nicht vergessen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster ist GR Valentin zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

GR Erich **Valentin** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrter Herr Geburtstag habender Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Berichterstatterin!

In Abwandlung der wahren Fundgrube rhetorischer Meisterleistungen des Toni Mahdalik, wer diesem Antrag nicht zustimmt, habe kein Herz, möchte ich dahingehend ergänzen: Wer dem Antrag zustimmt, dürfte wahrscheinlich kein Hirn haben und auf jeden Fall kein aktuelles Wissen. *(Heftiger Widerspruch bei FPÖ und ÖVP.)* – Das ist ein Zitat. *(GR Dr Kurt Stürzenbecher: Das ist ein Zitat! – GR Armin Blind: Das ist eine Beleidigung! Wen haben Sie da zitiert? – Ruf bei der FPÖ: Ordnungsruf!)* Ja, schauen Sie, ich habe noch 19 Minuten und 25 Sekunden, ich habe Zeit. Ich ertrage alle Ihre Zwischenrufe. Ich weiß nicht, ob es Ihnen recht ist, dass ich dann 20 Minuten brauche. *(Weitere Zwischenrufe bei der FPÖ.)* Ja, halten Sie es, wie Sie wollen, ich halte es, wie ich will. Ja, auch das ist in Ordnung.

Ich werde Ihnen auch beweisen, warum das nicht

sehr viel mit Intelligenz zu tun hat, was in dem Antrag steht. Es sind massiv Fakten durcheinandergebracht worden. Zum einen wird in Wien städtebaulich etwas weitergebracht. Es wird in Wien ein richtungsweisendes Projekt bezüglich Wohnungen, Leben und Arbeiten generiert. Egal, in welchem Teil Wiens, überall haben sich Experten sehr, sehr viele Gedanken darüber gemacht. Man kann sicher sein, dass die Freiheitlichen dagegen sind. Wenn es aber darum geht, Dinge durcheinanderzubringen, Menschen in die Irre zu führen, dann kann man sicher sein, dass da die Freiheitlichen zu finden sind.

Schauen wir uns doch an, was Toni Mahdalik uns heute erzählt hat. Manchmal denke ich, es ist schon gefährlich, wenn man immer wieder dieselben Presseaussendungen macht. Irgendwann bleibt das hängen und man glaubt das vielleicht auch selber einmal. Dieses interessante Phänomen dürfte beim Herrn GR Mahdalik durchaus der Fall sein. (*GR Mag Wolfgang Jung: Sie dürfen so weitermachen wie bisher! Sie haben bei den Wahlen verloren!*) – Ja, ich weiß, Sie ertragen das nicht. Mag sein. Wahrheit ist schwer zu ertragen, Wissen ist offensichtlich schwer aufzunehmen. Sie beweisen es tagtäglich. Soll so sein. Ich denke auch, dass Unwahrheiten kurze Beine haben, aber das werden wir ja heute noch feststellen können. (*GR Mag Wolfgang Jung: Sie verlieren!*)

Kollege Mahdalik sagt, dass rund 100 000 Menschen in Liesing vom Fluglärm betroffen sind. Wenn wir uns aber die Lärmkarten ansehen, dann sehen wir, dass es der südliche Teil von Liesing ist. Wenn Sie sich aber das statistische Material Wiens anschauen – ein Vergleich macht sicher –, werden Sie feststellen, dass knapp 90 000 Menschen in Liesing wohnen (*Ruf bei der FPÖ: 96 000!*), dann werden Sie das mit den 100 000 Menschen nicht ganz hinbekommen. Es sind nur zirka 8 000 Menschen, die vom Fluglärm betroffen sind. Wir werden auch die 300 000 Menschen nicht hinbekommen, und wir werden auch dieses Gesundheitsschädigende nicht hinbekommen, wie Sie in ihrem Antrag schreiben. Ich denke, wir können da getrost der Weltgesundheitsorganisation, die Grenzwerte festlegt, Glauben schenken. Die Grenzwerte sind weit von dem entfernt, was jemals in Liesing auch nur gemessen worden ist. (*Zwischenruf von GR Mag Wolfgang Jung.*)

In einem Punkt sehen wir das ähnlich wie Sie: Wenn jemand ein berechtigtes Anliegen hat und sagt, er fühle sich durch Fluglärm belästigt, dann ist das ernst zu nehmen. Der Kollege hat ja gesagt, er steht auf der Seite jener, die sich belästigt fühlen, und hat – und ich denke, das ist nachvollziehbar – einen „curved approach“, also einen gekurvten Landeanflug für Liesing gefordert. Wenn wir das machen, meine Damen und Herren, werden sich die Damen und Herren, die in Simmering und Favoriten leben, sehr freuen. Denn wenn es einen gekurvten Anflug über die Anflugstrecke Westen gäbe, würde das bedeuten, dass gerade über Liesing geflogen werden würde. Die Liesingerinnen und Liesinger würden, denke ich, dankbar sein, aber das ist nun mal das Problem, wenn man sich mit Dingen nicht beschäftigen will und die

Presseaussendung und das Marktschreierische wichtiger sind als die tatsächliche Faktenlage.

Meine Damen und Herren auch Folgendes stimmt nicht: Es mag vieles in der Natur in Zyklen abgehen, aber ganz sicher nicht der Flugverkehr. Die Tatsache, dass weniger Flugzeuge über Wien fliegen, hat nichts mit Zyklen, mit Biologie oder mit Ähnlichem zu tun, sondern mit der Tatsache, dass wesentlich weniger Flugzeuge eingesetzt werden, die wesentlich größer sind, in denen deshalb wesentlich mehr Menschen sitzen, und deshalb – ach so großes Wunder – dieselbe Passagieranzahl tatsächlich mit weniger Flugzeugen transportiert werden kann. Das hat nichts mit Zyklen, sondern bestenfalls mit Wirtschaftspolitik zu tun und mit der Tatsache, dass die Wirtschaft danach trachtet, möglichst kostengünstig Verkehrsverbindungen zur Verfügung zu stellen.

Grundsätzlich, meine Damen und Herren, und ich werde es bei dem gegenständlichen Antrag noch einmal zu beweisen versuchen, versuchen wir zwei Dinge. Die zwei Anliegen dieser Stadt sind unter einen Hut und in eine verträgliche symbiotische Situation zu bringen. Zum einen eine Weltmetropole. Da rühmen wir uns und sind froh, dass immer mehr Menschen diese Stadt besuchen. Wir sind froh, dass wir das Tor zum Osten sind. Damit wir aber Drehscheibe der Wirtschaftspolitik und vieler Konzerne sein können, bedarf es Verkehrsverbindungen. Und diese Verkehrsverbindungen, die zu einem Teil natürlich auch Flugverbindungen sind, versuchen wir unter sehr sinnvollen Rahmenbedingungen, sodass sich möglichst wenig Menschen belästigt fühlen, über die Bühne zu bringen.

Da haben wir als Stadt Wien keine direkte Eingriffsmöglichkeit, das ist der Bundesgesetzgeber. Aber wir versuchen, in bilateralen Verhandlungen etwas zu schaffen. Wenn der Herr Mahdalik in seinem Antrag beziehungsweise die Freiheitlichen schreiben, es ist um keinen Deut besser geworden, dann weiß ich zwar nicht, was Deut für eine Maßeinheit ist – wahrscheinlich eine, die ich noch nicht kenne –; aber tatsächlich sind die Überflüge von Liesing von 14,4 Prozent und 13,2 Prozent im Jahr 2004 im Jahr 2013 auf 8,3 Prozent gesunken. Das ist ein großer Vorteil und beweist einmal mehr, dass das, was in dem Antrag geschrieben steht, nicht stimmt. Sondern wir haben gesagt, wir werden uns in Verhandlungen mit Niederösterreich dafür einsetzen; denn wenn ein Flugzeug nicht über Wien fliegt, dann muss es wohl alleinig über Niederösterreich fliegen, damit sich die Lage für den 23. Bezirk, für Liesing verbessert.

Wenn Sie sich die Mühe gemacht hätten, sich anzuschauen, wie viele der Flugbewegungen, die in Schwechat starten und landen, tatsächlich über Wiener Gebiet gehen, dann hätten Sie festgestellt, dass es weniger als ein Viertel ist. Also unter 25 Prozent der Flugbewegungen, die in Schwechat starten und landen, werden über die Stadt geführt. Das ist ein Erfolg der Verhandlungen, auf den wir mit Recht stolz sein können. Wir haben dazu auch sehr viele positive Rückmeldungen, weil sich die Lärmbelastung tatsächlich nicht ausdehnt.

Lärmkarten von objektiven Sachverständigen – die

der Bund bestellt, die nicht vom Flughafen und auch nicht von der Stadt Wien bestellt werden – beweisen: Fluglärmmzonen gehen zurück, obgleich wir unseren Standard an Flugverbindungen in Wien halten. Ich denke, das ist ein schöner Erfolg und zeigt, dass das Ausspielen von Interessen in der Stadt, wie Sie es überall frönen, in diesem Fall einmal mehr nicht funktioniert.

Meine Damen und Herren, ich bin dankbar, dass die Freiheitlichen und der Herr Mahdalik den Antrag eingebracht haben. So können wir auf diese Fakten einmal mehr aufmerksam machen. Ich will auch etwas, das uns sehr freut, nicht verhehlen: Die Mails und die Beschwerden, was Fluglärm betrifft, gehen massiv zurück, und das sowohl bei der Umweltstelle als auch bei der Stadt Wien. Das zeigt uns, dass wir auf einem guten Weg sind, dass die Maßnahmen wirken und wir auch in der Tat einmal mehr Verbesserungen für die Zukunft im Auge haben. Das ist weniger der „curved approach“ über Liesing, der den Liesingern zig Tausende Überflüge beschern würde. Das würde ich keinem Liesinger raten. Ganz im Gegenteil, da geht es ja nicht um Landungen, die die Liesinger im Süden Liesings bekritteln, sondern die Starts. Da gibt es sehr vielversprechende Verhandlungen. (GR Mag Wolfgang Jung: *Vierversprechend!*) – Ja, vielversprechend. Wissen Sie, Ihre Wortspiele zeigen einmal mehr sehr gut die Grenzen Ihrer Argumente auf. Aber Sie müssen eben mit sich ausmachen, ob Sie mit Argumenten agieren oder mit zynischen Zwischenrufen. Beides wird der Wähler zu werten wissen. Sei's drum.

Sie sind diejenigen, die versuchen, die Leute gegeneinander aufzuhussen. Wir hingegen sind diejenigen, die in dieser Stadt Kompromisse schaffen; egal, ob es in Eßling ist, wo wir tätig sind, damit die Nachtbelästigungen geringer werden, oder ob es um die Haupteinflugroute über den Westen bis Süden Wiens geht oder um Liesing oder um einen gewissen Teil Liesings, wo die Leute unter Starts tatsächlich eine Lärmbelästigung haben, die allerdings – und das ist schön – in den letzten Jahren zurückgegangen ist. – Danke schön. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster ist Herr GR Mag Maresch zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

GR Mag Rüdiger **Maresch** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Berichterstatterin! Meine Damen und Herren!

Beim Kollegen Mahdalik ist es beim Fluglärm immer so ein bisschen – das haben wir heute auch schon gehört – wie bei dieser Geschichte mit der Bürgerinitiative „Natur statt Beton“. Irgendwie kommt er drauf, die GRÜNEN haben gemeinsam Anträgen der FPÖ zugestimmt und es wird was weiß ich, was alles erzählt. Nein, wir haben den FPÖ-Anträgen nicht zugestimmt. Sondern der Punkt war in Wirklichkeit, dass Sie eigentlich, und das vergessen Sie immer, dem Korb I des Mediationsvertrags in Wien zugestimmt haben. Da wurden ganz viele Dinge ausgemacht, die hier heute kritisiert worden sind. Da waren die Wiener GRÜNEN die einzige Wiener Partei, die nicht zugestimmt hat; Sie schon – erster Punkt. (*Zwischenruf bei der FPÖ.*) – Das war der Korb II. Beim

Korb I waren alle außer die GRÜNEN dafür.

Zweiter Punkt: Zur dritten Piste, das ist im Antrag nicht vorgekommen, ist aber auch eine interessante Geschichte. Da hat Ihr niederösterreichischer Fluglärmexperte gesagt, rascher Bau der dritten Piste unter Bürgerbeteiligung. – Finde ich interessant. Also gut. Wunderbar, ein bisschen anders als die Wiener, interessant. (GR Wolfgang Irschik: *Na no na!*) – Klar, die Wiener haben ja mehr Interesse, dass es nicht passiert. Die niederösterreichischen Blauen sehen das ein bisschen anders, ich weiß schon. Die niederösterreichischen Blauen tragen wahrscheinlich Dirndl und Lederhosen und die Wiener sind anders angezogen, ich weiß.

Aber jetzt noch einmal zurück zu der Geschichte. Wir haben immer gesagt, die Abflugroute über Liesing gehört ganz sicher weg, und da gibt es mehrere Möglichkeiten. Die erste Möglichkeit ist, man verhandelt jetzt mit der Austro Control – was gar nicht einfach ist – über die Rechtskurve bei der Borealis. Kollege Valentin hat dazu schon gesagt, ja, da ist einiges möglich. Die andere Möglichkeit war, zu verhandeln, ob ein Teil der Flüge über Bratislava abgewickelt wird. Es ist ja naheliegend, dass diese beiden nur 60 km voneinander entfernten internationalen Flughäfen miteinander kooperieren könnten.

Dieser letzte Punkt ist bis jetzt eigentlich nicht realisiert worden. Der Flughafen Wien hat vor vielen Jahren einmal verhandelt, hat es jetzt aber aufgegeben, da ist noch immer nichts drinnen. Wir sind nach wie vor der Meinung: Die Rechtskurve über die Borealis gehört verhandelt, die Abflugroute über Liesing gehört weg, und es müssen jene An- und Abflugrouten gewählt werden, die über möglichst wenig bewohntes Gebiet abgeführt werden.

Und ganz zum Schluss: Nein, ich wollte mich niemals irgendwo am Maurer Berg anketten; denn ich glaube, ich weiß, wo der Maurer Berg ist. Sie wissen es nicht. – Danke schön. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster ist GR Dipl-Ing Stiftner zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

GR Dipl-Ing Roman **Stiftner** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Ich glaube, wir sind uns einig, dass Vertrauen und so etwas wie ein gewisses Maß an Einhaltung von Versprechen nicht nur im privaten, sondern vielleicht auch im politischen Sinne ein hohes Gut ist, das wir vielleicht gemeinsam auch etwas stärker in den Mittelpunkt rücken sollten. Ich möchte Ihnen hier nur einen roten Faden aufzeigen, mit dem wir vielleicht doch deutlich machen, wo unsere Probleme liegen.

Wir haben heute über die Verlässlichkeit der Standortpolitik vormittags gesprochen. Wir wissen, dass Firmen absiedeln, weil sie eben nicht die Verlässlichkeit in der Wiener Politik erkennen können.

Wir haben, und ich danke dir, Omar Al-Rawi, dafür, dass du zumindest versucht hast, im Rahmen der Möglichkeiten, die dir deine Fraktion und die Koalition bieten, das eine oder andere Wort hier durchaus mit Bedacht zu wählen. Du hast auch deutlich gemacht, dass es da aus der Vergangenheit ja Versprechungen gegeben hat an die dort wohnhafte Bevölkerung, die noch nicht so lange

dort wohnt, dass es zwar Erweiterungsgebiete gibt, dass aber diese Erweiterungen in einer ähnlichen Art und Weise erfolgen wie die einzelnen schon vorhandenen Wohnbauprojekte.

Bitte, man hat dort auch Geld investiert. Es ist ja nicht so, dass man dort einfach sagt, die Leute haben das geschenkt bekommen. Die haben Geld investiert im Vertrauen darauf, dass jetzt Wohnbauprojekte passieren, die ihre Lebensqualität nicht derart nachteilig beeinträchtigen.

Ich glaube, wir sind uns alle einig: Wenn wir in einem Einfamilienhaus wohnen würden, und dann am nächsten Tag, symbolisch gesprochen, aus den Fenster schauen und einen 30 m hohen Turm vor uns hätten oder vielmehr eine Schlange, wir alle persönlich betroffen wären. Dass uns dies wahrscheinlich wütend machen würde, ist klar. Deshalb ist da die Wut der betroffenen Bevölkerung so maßgeblich ausgeprägt, und deshalb ist es vollkommen unverständlich, wenn Kollege Chorherr sagt, es gehe hier um Verhinderung von Wohnbau.

Nein, darum geht es nicht. Die ÖVP tritt sehr maßgeblich dafür ein, Wohnbau zu schaffen. Nur kann man nicht unter den Deckmantel von Symbolprojekten, die da gemacht werden, einen Turm errichten in der Hoffnung, dass man dann am nächsten Wahlplakat der GRÜNEN so etwas wie ein Prestigeprojekt bekommt, damit aber gleichzeitig tausende Menschen in ihrer Lebensqualität maßgeblich beeinträchtigt. Ich glaube, darum geht es.

Vertrauen ist ein wichtiger Punkt. Das ist auch der letzte Punkt, den ich zum Thema Fluglärm anspreche, der heute überhaupt nicht Thema auf der Tagesordnung ist und nur durch einen, sage ich einmal, etwas missglückten Antrag der Freiheitlichen hier heute überhaupt zum Thema geworden ist. Aber obwohl der Antrag inhaltlich vollkommen danebengegangen ist, werden wir ihm zustimmen.

Lieber Toni Mahdalik – ich sehe ihn jetzt nicht –, da ist einiges passiert. Ich möchte einfach nur klarstellen: In Liesing sind die Leute hauptsächlich nicht von den anfliegenden Flugzeugen betroffen, sondern hauptsächlich von den startenden Flugzeugen, und startende Flugzeuge können nicht „curved approach“ machen, das sind die anfliegenden. Das zu vermischen, zeigt eigentlich, dass man sich mit dem Thema nicht wirklich auseinandersetzt. Aber wie gesagt, aus symbolischen Gründen werden wir diesem Antrag zustimmen, wenngleich ich inhaltlich deutlich mache, mit welcher populistischen Art und Weise offensichtlich die Freiheitliche Fraktion hier an dieses Thema herangeht.

Aber ich möchte hier vor allem dich, Erich Valentin, an dein Versprechen erinnern – und das ist der rote Faden –, sich zu bemühen, dass man mit dieser Flugroute endlich zu einer Lösung kommt. Es gibt Lösungen, das wissen wir. Es geht nicht darum, irgendwo etwas zu verhindern, sondern es geht darum, ein Minimum an Betroffenheit in der Bevölkerung zu erzeugen. Aber so, wie es damals gelaufen ist – und da sind wir uns ja, glaube ich, zumindest größtenteils einig –, ist es eine unglückliche Art und Weise gewesen. Es gibt technische Möglichkeiten, diese Flugroute über Liesing, die zu

Recht derart viele Emotionen hervorruft, auch zu verlegen. Diese Möglichkeiten können doch jetzt endlich einmal umgesetzt werden.

Wir diskutieren seit Jahren darüber. Es wurde versprochen, das anzugehen. Mit der Frau Ministerin auf Bundesebene, die dafür auch couleurmäßig zuständig ist, sollte es jetzt möglich sein, eine Lösung zu finden. Damit sind wir wieder am Ausgangspunkt: Wenn Versprechungen gemacht werden, setzt der Bürger Vertrauen darauf und möchte gerne, dass das eingehalten wird. Wenn er aber nicht bekommt, was versprochen wurde, ist er verärgert, und das zu Recht. Genau das ist der rote Faden, der sich letztendlich durch die Wiener Politik zieht – aber vielleicht da und dort auch die Politikverdrossenheit, die wir alle gemeinsam wahrnehmen.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster hat sich Dipl.-Ing. Al-Rawi zu Wort gemeldet. Restredezeit: 14 Minuten. Ich erteile ihm das Wort.

GR Dipl.-Ing. Omar **Al-Rawi** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Danke, Herr Vorsitzender. Ich mache es auch ganz kurz, werde nicht die ganze Zeit verbrauchen. Lieber GR Stifter!

Also diese Argumentation höre ich jetzt sehr oft, bei sehr vielen Dingen. Wir haben Geld investiert, wir haben hier eingekauft durch die Entstehung von was auch immer. Vis-à-vis ist jetzt der Wert gefallen und so weiter. Ich glaube, es ist sehr wichtig, dass wir uns endlich davon trennen, die Schaffung von Wohnraum als eine Kapitalinvestition zu betrachten. Wenn eine Stadt wächst, wenn sie lebt, dann gibt es eben neue Herausforderungen, und da kann nicht alles bleiben, wie es war: Ich kaufe und hätte am liebsten, dass vor mir nur die grüne Wiese ist. Ich ziehe ins Grüne und soll der Einzige sein und kein anderer soll dazukommen.

Diese Sorgen sind durchaus berechtigt, ich will sie nicht ganz vom Tisch wischen, aber es darf nie das einzige Argument bleiben: Ich habe jetzt etwas investiert, ich habe in etwas vertraut und jetzt kommt etwas anderes. Plötzlich ist da eine Straße, und jetzt fährt die Eisenbahn plötzlich in einem höheren Intervall, jetzt gibt es eine höhere Lärmbelastung, und so weiter.

Das ist nun mal so in einer Stadt. Und wenn wir oft diese Argumente hören wie, ich habe hier gekauft, oder selbst wenn man in einem Sozialbau lebt, wir haben etwas investiert, ich habe da die Möbeln hineingestellt und jetzt ist die Wohnung beispielsweise wegen Lärmbelastung nicht mehr so viel wert, und jetzt muss ich ausziehen, jetzt habe ich Geld verloren –, so muss ich sagen, jede Stadt will etwas machen. Unser Ziel ist es, den Menschen leistbaren, schönen, qualitativen Wohnbau zu ermöglichen. Es geht uns aber nicht darum, Geld zu vermehren; es geht nicht darum, irgendetwas noch teurer oder noch besser zu machen. Das sollten wir nicht vergessen. – Danke. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Zu Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Ich möchte auch mitteilen, dass ich mir den Beginn der Rede von GR Valentin anschauen werde, um zu entscheiden, ob tatsächlich ein Ordnungsruf notwendig

wäre oder nicht.

Die Berichterstatterin hat auf das Schlusswort verzichtet. Wir kommen daher zur Abstimmung. Wer der Postnummer 20 die Zustimmung erteilt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. – Dies wird von den Regierungsparteien unterstützt und hat damit die entsprechende Mehrheit.

Es wurde ein Beschlussantrag der FPÖ-Gemeinderäte Mahdalik, Gudenus und Jung betreffend Einstellung der Flugroute über Liesing eingebracht. In formeller Hinsicht wurde die sofortige Abstimmung verlangt. Wer diesem Beschlussantrag die Zustimmung gibt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. – Das wird von der Opposition unterstützt und hat damit keine ausreichende Mehrheit.

Es gelangt nunmehr die Postnummer 24 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft das Plandokument 8042 im 3. Bezirk, KatG Landstraße. Ich bitte den Berichterstatter, Herrn GR Kubik, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter GR Gerhard **Kubik**: Danke schön. Ich ersuche um Zustimmung zum vorliegenden Akt.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich eröffne die Debatte. Zu Wort gemeldet ist Herr GR Ing Mag Dworak. Ich erteile es ihm.

GR Ing Mag Bernhard **Dworak** (ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien): Herr Vorsitzender! Ich darf dir, lieber Godwin, auch von unserer Fraktion alles Gute zum Geburtstag wünschen. Die Frau Stadträtin hatte ich gerade gesehen, sie ist entfleucht. Meine Damen und Herren!

Bei diesem Akt muss man von einem politischen Lieblingssport der GRÜNEN sprechen, der Stellplatzverhinderung im dichtverbauten Gebiet bei Neu- und Umbauprojekten. Das ist ein Sportvergnügen, meine Damen und Herren, bei dem die GRÜNEN einsame Spitze in diesem Hohen Haus sind. Das hat nicht zuletzt die Diskussion gezeigt, die wir in einem ähnlich gelagerten Fall in Meidling in der letzten Gemeinderatssitzung hatten. Auch dort wollten die GRÜNEN die Stellplatzverpflichtung reduzieren. Dort hat zwar der Koalitionspartner ein Veto eingelegt, und wir haben angenommen, dass endlich Vernunft einkehrt mit dieser Politik der absoluten Stellplatzvernichtung.

Aber offensichtlich ist das nicht der Fall, denn wir haben gesehen, dass beim Entwurf des neuen STEP diese Stellplatzverpflichtungsphobie weitergeführt wird und dass in diesem für die Planung der nächsten Jahre entscheidenden Grundsatzpapier die Parkplätze im Allgemeinen und besonders die Stellplätze bei Neubauten verteufelt und als rückschrittlich hingestellt werden. Die Linie, meine Damen und Herren, lautet weiterhin, die Stellplatzverpflichtung muss reduziert werden; und angesichts der Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung und einer Zunahme des Mobilitätsbedarfs in dieser Stadt ist das unserer Meinung nach ein Widerspruch in sich selbst. (Beifall bei der ÖVP.)

Aber wir wissen, widersprüchlich ist die gesamte grüne Verkehrspolitik. Wir dürfen nur an die Mariahilfer Straße erinnern. Wir werden dort immer wieder mit den

Widersprüchlichkeiten konfrontiert. Wobei uns die GRÜNEN nicht sagen können, wohin die Autos kommen sollen, wenn die Verpflichtung für den Wohnungsneubau immer mehr wegfallen soll. Von grüner Seite, vom Kollegen Chorherr höre ich nur immer: In Zukunft wird es keinen Autobesitz mehr geben – wie Sie wissen, ein durchaus besitzfeindliches Argument –, daher bereiten wir schon die Straßenräume für weniger Autos vor und reduzieren die Stellplatzverpflichtungen im dicht verbauten Stadtgebiet.

Diese Linie zieht sich in dem vorliegenden Flächenwidmungsplan beziehungsweise auch in dem jetzt eingebrachten Abänderungsantrag von Rot und Grün durch. In einem dicht verbauten Gebiet, wo in Zukunft die Zentrale der Post mit rund 1 000 Mitarbeitern entstehen wird, will man die Stellplatzverpflichtung nochmals reduzieren beziehungsweise dann nur eine Höchstzahl an Parkplätzen ausweisen. Diesem Vorschlag können wir auf keinen Fall zustimmen, denn es wird durchaus Mitarbeiter geben, die aus dem Umland kommen, die doch den einen oder anderen Parkplatz benötigen. Ich glaube, dass es eine unheilige Allianz zwischen der Post und der Stadtregierung gibt, die hier sich einfach die Errichtung der Stellplatzverpflichtung optimal beschönigen lassen will.

Dass die GRÜNEN etwas gegen Parkplätze haben, ist uns klar. Aber angesichts von überfüllten öffentlichen Verkehrsmitteln frage ich mich, wie das weitergehen soll. Wir haben ja heute auch gehört, dass die ÖBB aufgefordert werden, sozusagen mehr in das öffentliche Netz als schnellstes erweiterbares Nahverkehrsmittel zu investieren. Das erscheint uns einfach zu wenig. Wir waren ursprünglich bei diesem Plandokument dafür. Wir haben uns schweren Herzens überlegt, dem Plandokument zuzustimmen, aber auf Grund der Tatsache, dass hier dieser Abänderungsantrag kommt, können wir einfach diesem Plandokument nicht zustimmen. Wir werden daher weder dem Abänderungsantrag noch dem ursprünglichen Plandokument zustimmen.

Meine Damen und Herren, apropos Mobilität: Nachdem sich die Frau Vizebürgermeisterin heute im „Österreich“-Bericht plötzlich dafür ausgesprochen hat, dass niedergelassene Ärzte von der Parkpickerlpflicht ausgenommen werden und wir diesen Sinneswandel natürlich begrüßen, bringe ich mit meinen Kollegen und Kolleginnen Ingrid Korosec, Ines Anger-Koch und Martin Flicker und Roman Stiftner den nachfolgenden Beschlussantrag ein: „Der Wiener Gemeinderat spricht sich dafür aus, niedergelassenen ÄrztInnen durch entsprechende Adaptierung der Pauschalierungsverordnung eine Ausnahmewilligung zu gewähren, um dadurch die Gleichstellung mit Gewerbebetrieben bei der Parkraumbewirtschaftung zu erreichen.“

Wir haben unseren Antrag auf „sofortige Abstimmung“ auf „Zuweisung“ geändert. Ich hoffe, meine Damen und Herren, dass Sie dem jetzt zustimmen werden. – Ich danke. (Beifall bei der ÖVP.)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster ist Herr GR Mag Maresch zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

GR Mag Rüdiger **Maresch** (Grüner Klub im Rat-

haus): Sehr geehrter Herr Vorsitzender!

Vorsitzender GR Godwin **Schuster** (*unterbrechend*): Entschuldige, wenn ich dich jetzt unterbreche, aber ich danke sehr dafür. (*GR Mag Rüdiger Maresch: Bitte schön.*) Ich weiß, wo ich morgen anstoßen werde, nämlich am Nachmittag beim Kleinen Opernball der ÖVP im Wiener Rathaus, weil das immer ein ganz tolles Fest ist.

GR Mag Rüdiger **Maresch** (*fortsetzend*): Das ist fein. Ich werde nicht am Opernball der ÖVP anstoßen, aber das macht nichts. Wir können vielleicht heute einmal anstoßen. (*GR Dkfm Dr Fritz Aichinger: Bist eh eingeladen!*)

Aber jetzt ganz kurz zu den Ausführungen des Kollegen Dworak: Lieber Bernhard, es ist immer eine Frage: Mit welchem Verkehrsmittel fährt man zu seiner Arbeit? Es gibt Leute, die fahren mit dem Auto, die brauchen einen Parkplatz. Wenn es keinen Parkplatz gibt, dann kommen die Menschen und sagen, hey, baut eine Garage, am besten umsonst. Das ist eine Frage der Verteilung des Geldes. Nachdem das Geld nicht unendlich vorhanden ist, muss man schauen, wofür man es ausgibt, aus strategischen Gründen. (*Heftiger Widerspruch bei der ÖVP.*)

Wie hat der Herr Kollege Chorherr vorhin gesagt? Das hat mir gut gefallen: Durchatmen, schauen, einfach weiterreden. Genau, war ein guter Tipp, mache ich jetzt auch. Also noch einmal: Es ist strategisch wichtig, Garagen dort zu bauen, wo sie notwendig sind. An manchen Stellen sind sie nicht notwendig, das wissen wir. Es gibt viele Garagen, die heute leer stehen. Die sind zum Teil mit Wohnbauförderung gebaut worden, mit Geldern der Stadt. Offensichtlich kann sich die Stadt das nicht leisten.

Bei dieser Sache mit der Post haben wir einen Abänderungsantrag. Ja, es ist richtig. Kollege Dworak hat das schon gesagt: Wir haben jetzt eine Stellplatzverpflichtung mit 50 von 100 nach dem Wiener Garagengesetz festgelegt. Insgesamt dürfen 185 Stellplätze hergestellt werden. Deswegen gibt es diesen Abänderungsantrag der Kollegen Chorherr, Kickert, Kubik und meiner Wenigkeit. Bitte schön. Das war das eine.

Das Zweite war: Ja, man kann auch dazulernen. Die ÖVP hat ihren Antrag auf Zuweisung verändert. Wir haben darüber schon einmal diskutiert. Ja, wir werden uns das anschauen. Es gibt durchaus gute Argumente dafür, dass Ärzte in bestimmten Bereichen da Verbesserungen brauchen. Wir werden uns das anschauen und es wird natürlich eine Beantwortung geben.

Ich möchte nur grundsätzlich noch einmal sagen, ich finde es interessant, was dann immer kommt: Verkehrspolitik, widersprüchlich, Mariahilfer Straße. Jetzt frage ich mich ganz ernsthaft: Die ÖVP hat massiv auf die Ablehnung des Parkpickerls gesetzt. Jetzt ist das Parkpickerl gekommen und es gibt große Zufriedenheit. (*Heftiger Widerspruch bei der ÖVP. – StR Mag Manfred Juraczka: Leben Sie in einem Paralleluniversum?*) Was macht die ÖVP, wenn die Bevölkerung die Mariahilfer Straße befürwortet? Dann könnt ihr ein Inserat aufgeben, ob euch die NEOS ein bisschen bei der Themenfindung unterstützen. – Danke schön. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Zu Wort ist nie-

mand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Der Berichterstatter hat das Schlusswort.

Berichterstatter GR Gerhard **Kubik**: Ich ersuche auch um Zustimmung und auch um Zustimmung der Zuweisung zu diesem Antrag seitens der ÖVP.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Wir kommen nun zur Abstimmung.

Es wurde von den Regierungsparteien ein Abänderungsantrag eingebracht. Wer diesem Abänderungsantrag die Zustimmung erteilt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. – Das wird von den Regierungsparteien unterstützt und hat damit die entsprechende Mehrheit.

Wir kommen nun zur Abstimmung der Postnummer 24 inklusive des Abänderungsantrags. Wer diesem zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. Auch dies wird von den Regierungsparteien unterstützt und hat damit ausreichende Mehrheit.

Es wurde auch ein Beschluss- und Resolutionsantrag der ÖVP eingebracht, betreffend Gleichstellung von niedergelassenen ÄrztInnen mit Gewerbebetrieben bei der Parkraumbewirtschaftung. In formeller Hinsicht wird die Zuweisung des Antrags verlangt. Wer dieser Zuweisung zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. – Diese Zuweisung wird einstimmig unterstützt.

Es gelangt nunmehr die Postnummer 7 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft eine Subvention an den Kulturverein österreichischer Roma – Dokumentations- und Informationszentrum. Ich bitte die Berichterstatterin, Frau GRin Mag Straubinger, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatterin GRin Mag Sybille **Straubinger**, MBA: Ich bitte um Zustimmung zum vorliegenden Akt.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich eröffne die Debatte. Zum Wort gemeldet ist Herr GR Mag Ebinger. Ich erteile es ihm.

GR Mag Gerald **Ebinger** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Wie jedes Jahr möchte ich kurz begründen, warum wir dieser Subvention nicht zustimmen. Es geht uns darum, dass hier eigentlich eine reine Gehaltssubvention vorliegt, das werde ich dann noch kurz ausführen. Außerdem sind wir der Meinung, diese Archivarbeit ist sicher wichtig, aber die könnte genauso gut bei irgendeiner größeren Institution untergebracht werden. Die zwei Personen, um die es da geht, könnten irgendwo angestellt werden, wir hätten gar nichts dagegen. Wenn es eine Subvention ist, müsste irgendwie auch ein Output sein. Es muss klar sein, woran da wissenschaftlich oder künstlerisch gearbeitet wird.

Ich sage das aus folgendem Grund: Wenn Sie sich anschauen: Einnahmen Stadt Wien, MA 7, und es geht um die 115 000 EUR Einnahmen. Eigenleistung 6 000 EUR, sonstige 1 000 EUR. Dem gegenüber stehen künstlerisch-wissenschaftlicher Sachaufwand von 3 484 EUR, Personalaufwand künstlerisch-wissenschaftlich 4 700 EUR. Also diese 3 484 EUR und 4 700 EUR korrespondieren für mich irgendwie mit den Einnahmen. Es geht hier um einen Ball und um einen Roma-Advent – soll sein.

Dann gibt es noch ein anderes Missverhältnis: Verwaltung, Personalaufwand 113 550 EUR. Wenn das so ist, dass der Herr Sarközi da das Archiv, die Zeitschriften und sonst irgendetwas betreut, dann müsste da irgendwo auch ein Sachaufwand für die Verwaltung dabei sein. Das ist auch irgendwie unlogisch, zumindest wenn ich mir den Akt hier anschau. Da ist ein Verwaltungssachaufwand von 265 EUR angegeben. Das kann es ja wirklich nicht sein!

Am Ende sind, wie gesagt, die zwei kulturellen Veranstaltungen erwähnt, die auch mit Einnahmen verbunden sind. Ich nehme an, das ist der Ball. Und am Ende sind dann noch detailliert bis hin zur Gebietskrankenkasse die zwei Gehälter angegeben. Es geht ja nicht darum, dass diese Gehälter zu hoch oder sonst irgendetwas sind, sondern es ist in Wirklichkeit eine Subvention – und das ist eben eine Ausnahme zu anderen Dingen –, der eigentlich nur zwei Gehälter gegenüberstehen. Damit die beiden Herrn ihre Tätigkeit machen können, müsste meines Erachtens hier auch ein Sachaufwand sein. Aber es gibt für die tägliche Arbeit in diesem Verein keinen Sachaufwand außer 265 EUR.

Vielleicht gibt es da noch andere Subventionen, von denen wir nichts wissen. Dann wäre es aus Gründen der Transparenz sicher besser, wenn man das alles zusammengeben würde. Dann könnten wir auch leichter zustimmen, weil wir dann kein Missverhältnis sehen würden. – Danke vielmals. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster ist GR Baxant zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

GR Petr **Baxant**, BA *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Vorsitzender!

Ich könnte es mir jetzt leicht machen und sagen, der Herr GR Ebinger will dem wegen Xenophobie nicht zustimmen. Ich bin meistens hart, versuche aber auch fair zu sein. Ich habe mich heute auch schon lang und breit ausgetauscht mit GR Ebinger und nehme ihm ab, dass er wirklich besorgt ist, weil es sich um eine Gehaltssubvention handelt. Ich habe ihm auch gesagt: Du wirst heute das sagen, was du die letzten zwei Jahre gesagt hast, und ich werde auch das wiederholen, was ich die letzten zwei Jahre gesagt habe *(GR Mag Wolfgang Jung: Ja, sicher!)*: Ich bin überzeugt davon, dass Kulturarbeit, Vernetzungsarbeit, Bewusstseinsbildungsarbeit natürlich nicht von Computern gemacht werden kann, die fast nichts kosten sollen, sondern von Menschen. Und diese Menschen, für die wir heute eine Gehaltssubvention beschließen – das stimmt –, tun eben diese ganz wichtige Arbeit.

Wir wissen, dass Roma und Sinti auch in unserem Land einen ganz schwierigen Stand haben. Deswegen ist eine solche Bewusstseinsarbeit, die auch dazu beiträgt, dass sich die Bevölkerung der österreichischen Roma und die autochthone österreichische Bevölkerung tagtäglich näher kommen. Wir haben auch darüber gesprochen, Kollege Ebinger und ich – und da hast du mir recht gegeben –, dass bezahlte Tätigkeiten natürlich sehr viele ehrenamtliche Tätigkeiten freisetzen. Das

heißt, wenn ich einen Mitarbeiter bezahle, setzt das zusätzliche ehrenamtliche Tätigkeit frei. Ich bin überzeugt davon, dass es im Sinne der Vernetzungsarbeit, die der Verein macht, sehr notwendig ist. Deswegen bitte ich um Zustimmung zu dem vorliegenden Akt. – Danke schön.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Zu Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Die Frau Berichterstatterin hat auf das Schlusswort verzichtet.

Wir kommen daher zur Abstimmung. Wer der Postnummer 7 die Zustimmung gibt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. – Das wird von der ÖVP, der SPÖ und den GRÜNEN unterstützt und ist damit mehrheitlich angenommen.

Es gelangt nunmehr die Postnummer 9 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft eine Subvention an den Verein Hunger auf Kunst und Kultur, Aktion für den freien Zugang zu Kunst und kulturellen Aktivitäten für von Armut bedrohte Menschen. Ich bitte die Berichterstatterin, Frau GRin Bluma, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatterin GRin Susanne **Bluma**: Ich ersuche um Zustimmung.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich eröffne die Debatte. Zum Wort gemeldet ist Herr GR Mag Ebinger. Ich erteile es ihm.

GR Mag Gerald **Ebinger** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender!

Bei dem Aktenstück Aktion Hunger auf Kunst und Kultur haben wir im Ausschuss dagegen gestimmt. Da geht es, wenn ich die Worte des Herrn Stadtrates hofentlich richtig wiedergebe – Ernst Woller wird das dann sicher noch kommentieren –: Es gibt leider Gottes in dieser Stadt auch viele arme Leute, und diese armen Leute sollen nicht von Kunst und Kultur ausgeschlossen werden. – Da bin ich einer Meinung. Es gibt jetzt auch einen Kulturpass, den man bei den Sozialämtern oder wo auch immer bekommt. Mit diesem Kulturpass hat man mehr oder weniger ein Recht, zu einer Gratiseintrittskarte zu Festivals, Museen, Theatern, und so weiter zu kommen. Das alles ist gut.

Der einzige Punkt, warum wir im Ausschuss dagegen gestimmt haben, ist, dass wir gesagt haben: Brauchen wir da jetzt eine eigenen Subvention von 80 000 EUR? Das schaut ein bisschen so aus, als ob ich jemandem einen Job verschaffen will. Könnte man nicht in der Subvention an die einzelnen Kulturvereinigungen sagen, passt auf, soziales Element, ihr müsst so und so viele Karten Sozialbedürftigen mit Kulturpass zur Verfügung stellen?

Es wurde uns dann gesagt: Es geht nicht grundsätzlich darum, dass die Stadt Wien diese Gratiskarten subventioniert, sondern darum, dass man sich auch nach anderen Subventionen beziehungsweise Sponsoren umschaue. Wir haben dann dankenswerterweise vom Büro des Herrn Stadtrates, also von der Uschi Schwarz – ich nehme an, nach Rückfrage bei der Frau Wagner, die das macht –, ein mehrseitiges, meines Erachtens doch sehr aussagekräftiges Papier bekommen, nämlich über die Aktivitäten dieser, sagen wir mal, kleinen Gruppe –

ich weiß nicht, die Frau Wagner mit einer Sekretärin.

Aussagekräftig ist meines Erachtens auch die Verwendung dieser 80 000 EUR. Wie gesagt, es ist leider Gottes für uns alle bedenklich. Als dieser Verein im Jahr 2006 gegründet wurde, gab es 9 000 Kulturpassinhaber und 2013 schon 30 800. Das ist, wie wir alle wissen, sehr unangenehm für eine doch reiche Stadt.

Es ist allerdings hier auch wunderbar statistisch ausgeführt, was die Frau Wagner da macht. Sie ist offensichtlich den Kulturinstitutionen im G'nack, wie man auf Wienerisch sagt, und schaut, dass es entweder private Sponsoren gibt oder Sammeltöpfe, wie auch immer, jede Kulturvereinigung macht das anders. Es geht auch nicht mehr um diese 30 Kulturvereinigungen, die am Anfang dabei waren, sondern mittlerweile schon um 200. Ernst wird das sicher noch genauer ausführen.

Also für mich sind diese Figuren glaubwürdig. Bei dem Einsatz von 80 000 EUR, den die Stadt dem Verein als Subvention gibt, werden doch an die 80 000 Tickets für Kulturpassinhaber ermöglicht, und das doch, wie ich meine, größtenteils durch private Sponsoren, durch Spenden oder Sonstiges. Wir nehmen zur Kenntnis, dass das offenbar eine treibende Kraft ist, die den verschiedenen Kulturinstitutionen Dampf macht, damit das alles auch wirklich funktioniert. In diesem Sinne werden wir jetzt zustimmen. – Danke schön. *(Beifall bei der FPÖ und von GRin Ing Isabella Leeb.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster ist Herr GR Woller zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

GR Ernst **Woller** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrte Damen und Herren!

Es wäre jetzt sehr einfach für mich, zu sagen, dass ich nichts mehr zu sagen brauche, aber: Ich bin erstens froh darüber, dass auch die FPÖ dem wichtigen Akt jetzt zustimmen wird, sodass dieser Akt offensichtlich einstimmig beschlossen wird. Ich bin auch froh, dass wir dieses Thema hier im Gemeinderat diskutieren können, weil es ein ganz tolles Projekt und eine ganz wichtige Initiative in unserer Kulturstadt Wien ist.

Vor zehn Jahren hat sich das Wiener Schauspielhaus, damals unter der Direktion von Airan Berg gemeinsam mit seiner Marketingmitarbeiterin Monika Wagner, die Idee überlegt, dass man gemeinsam mit der österreichischen Armutskonferenz und Martin Schenk die Aktion „Kulturpass für sozial Bedürftige“ – damals nur für das Schauspielhaus – initiiert hat.

Nachdem Airan Berg dann zwei Jahre später aus der Direktion des Schauspielhauses ausgeschieden ist, war die Frage: Was passiert jetzt mit dieser tollen Aktion? Neuer Direktor, neues Profil, neue Aktivitäten. Der Verein „Hunger auf Kunst und Kultur“ wurde von Monika Wagner und Martin Schenk von der Armutskonferenz gegründet, und zwar in Absprache mit der Stadt Wien.

Es war damals das erste rot-grüne Projekt. Marie Ringler und ich haben das Projekt damals gemeinsam noch in einer Zeit unterstützt, als es gar keine rot-grüne Koalition gegeben hat. So kam „Hunger auf Kunst und Kultur“ zustande. Monika Wagner macht das jetzt seit

2006 in dieser Organisation, für die wir heute hier die Förderung von 80 000 EUR beschließen. Sie ist heute auf Urlaub, sonst wäre sie hier. Sie macht das wirklich großartig. Man muss vor ihr den Hut ziehen. Man muss ihr danken und sagen: Liebe Monika Wagner – ich sage das jetzt hier vom Rednerpult, auch wenn sie es nicht hören kann –, vielen Dank für dein Engagement! Du hast es geschafft, dass wir nun von 9 000 Kulturpässen auf 30 800 Kulturpässen sind.

Einen Kulturpass bekommt man bei einer der Sozial Einrichtungen der Stadt Wien. Wenn man Sozialunterstützung bekommt, bekommt man automatisch, wenn man es will, einen Kulturpass dazu, und dieser Kulturpass berechtigt zum kostenlosen Besuch von Kulturveranstaltungen in dieser Stadt. Es wurde schon gesagt: Es sind jetzt insgesamt nicht 33 Initiativen, die das unterstützen, sondern insgesamt 200 Kultureinrichtungen in dieser Stadt, die sozial bedürftigen Menschen, kulturinteressierten Menschen den kostenlosen Besuch von kulturellem Leben in dieser Stadt ermöglichen.

Das ist eine Erfolgsgeschichte der Kulturstadt Wien. Es ist das Musterprojekt Österreich-weit, und es ist das Vorzeigeprojekt international. Viele Bundesländer haben sich daran orientiert und das übernommen. Viele ausländische Kulturverwaltungen sind nach Wien gekommen, haben sich das Modell angeschaut. Ich weiß, dass dieses Modell in vielen Städten, Ländern und Regionen in Europa, insbesondere in Deutschland, übernommen worden ist. Wir können sehr stolz darauf sein.

Mit diesen 80 000 EUR, die wir da an Grundförderung für den Verein und für Monika Wagner geben, wird unheimlich viel erreicht. 80 000 Tickets werden dadurch mobilisiert. Wien ist eine tolle Kulturstadt. Wir verkaufen im Jahr 20 Millionen Karten für Kulturveranstaltungen. Das ist international einzigartig; und wir sehen, dass sehr, sehr viele Wienerinnen und Wiener dieses Kulturangebot annehmen.

Es ist ganz wichtig, dass sozial Schwächere, die sich sonst den Besuch von Kulturveranstaltungen nicht leisten könnten, mit ihren Kulturpässen, mit der Aktion „Hunger auf Kunst und Kultur“ auch den Besuch von kulturellen Veranstaltungen leisten können. Das muss unser aller Anliegen sein.

Die Aktion „Hunger auf Kunst und Kultur“ ist ein ganz wichtiger Meilenstein, um etwas mehr soziale Gerechtigkeit zu erwirken, und um Hilmar Hoffmanns Grundsatz „Kultur für alle!“ zum Durchbruch zu verhelfen.

Ich danke Ihnen allen für die Zustimmung zu diesem Akt. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Zu Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Frau Berichterstatterin hat auf das Schlusswort verzichtet.

Wir kommen nun zur Abstimmung. Wer der Postnummer 9 die Zustimmung gibt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. – Ich danke sehr für die einstimmige Annahme.

Damit ist die öffentliche Sitzung erschöpft behandelt.

(Schluss um 16 Uhr.)